17 JAHRE in BEWEGUNG

RÜCKBLICK UND DISKUSSION

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Digitized 2016 www.laka.org

Die Letzte: Nr. 41, 18. Jahrgang, Frühjahr 1994, DM 5,–

16 Jahre, die die Welt veränderten

Wir verkaufen unsere Zeitungs-Restexemplare - greift zu !

Einmalige Dokumentation des Zeit- und Bewegungs-geschehens 1978 - 1994

Gorleben Aktuell
Frühjahr 78 - Sommer 81
Nr. 1 - 16

Einzelheft für 1 Mark
als Paket für 10 Mark
(incl. 1004-Broschüre !)

atommüllzeitung
Herbst 81 - Sommer 84
Nr. 17 - 27

Einzelheft für 2 Mark
als Paket für 15 Mark
(incl. verbotene Wendlandblockade-Nr. !)

Atom Nr. 9

atom
Herbst 84 - Frühjahr 94
Nr. 1 - 41

Einzelheft für 2 Mark
als Paket für 45 Mark
(incl. diverser Sondernummern !)

Bestellungen an: atom, Postfach 1109, 21301 Lüneburg (bitte gewünschte Nummern angeben! - Porto kommt noch dazu!)

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
bleiben bis auf Weiteres erhalten !!
atom, Postfach 1945, 37009 Göttingen
atom, Postfach 1109, 21301 Lüneburg

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 5,- Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark.
Konto: "atom", Günter Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 41, Frühjahr 1994
18. Jahrgang, vorläufig letzte Ausgabe
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 81
atommüllzeitung Nr. 69

Beilage:
Dieser Ausgabe ist ein 12seitiges Werbeblatt der Zeitung anti atom aktuell für deren neueste Nummer beigefügt.

Titelbild:
Bert Bostelmann, argum
Brokdorf 7.6.1986

Plakat auf Seite 83:
"Atomtransporte Wir Gehen Gegen An"
DinA2, 4farbig, Preis: 4 DM, ab 10 Stück 2 DM
Bestelladresse: LIGA, Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen, c/o. Heinrich Böll Haus, Katzenstr., 21335 Lüneburg,
Tel.: 04131 - 48599, Anrufbeantworter

Plakat Mittelseiten:
Bilderkollage: **PAN-Foto / Günter Zint**
Landkarte Atomanlagen: **atom**

INHALT

Abschied
Editorial: letzte Ausgabe atom ... oder: nichts bleibt ewig! 4

Wo steht die Anti-AKW-Bewegung nach 20 Jahren Kampf gegen morsche Meiler ?

Rückblickend werden Stärken und Schwächen einer der ältesten neuen, sozialen Bewegungen aufgezeigt, analysiert und versucht, Perspektiven für die Zukunft abzuleiten

Eine der ältesten sozialen Bewegungen im Strudel ihrer Geschichte - **BBA** 10
"Die Bewegung ist tot - es lebe der Widerstand" - **Wolfgang Ehmke** 14
Und sie bewegt sich doch - Anti-AKW-Bewegung 94 - **Jochen Stay** 17
Der Hamburger Atom-Ausstieg - und die Grünen/GAL - **Gewaltfreie Aktion** 21
Grundpositionen - **Jens Scheer** 24
Eigentlich Schnee von Gestern - **Lupus Gruppe** 32
Warum also noch demonstrieren gehen? - **N.N.** 33

17 Jahre atom express/müllzeitung 17 Jahre Bewegung

Wir lassen noch einmal Revue passieren: 17 Jahre, die die Welt veränderten und viele mit uns gefangen nahmen, die mehr sind als eine Jugendsünde oder Jugenderinnerung. In dieser Zeit boten wir der Zeit und den Machern die Stirn und versuchten, das Rad der Zeit selber zu drehen. Kommt also mit, per Anhalter durch den kurzen Sommer der Anti-AKW-Bewegung. Aus Originaldokumenten der Zeitungen atomexpress, Gorleben Aktuell, atommüllzeitung und atom liefern wir Steinchen aus dem Mosaik dieser Zeit.

It´s starting with a kiss - 1977 45
Die wohl entschlossenste Demo der Bewegung gegen AKW Grohnde - 1978 46
In Grohnde, Brokdorf u. Kalkar ist Widerstand angesagt - 1978 47
Es beginnt zu grünen, BI´s skeptisch - 1978 48
Polizeispitzel im Göttinger Arbeitskreis - 1979 49
Einen Monat Freie Republik Wendland auf Tiefbohrstelle 1004 -1980 52
Bundeskonferenz in Bremen: 1500 AKW-GegnerInnen diskutieren.. - 1980 57
Trotz massivem Polizeieinsatz wird in Brokdorf demonstriert - 1981 59
Der Staat schlägt zurück mit der Waffe § 129a - 1983 60
Es steht, nein es stand ein mast in der Wilster Marsch - Autonome Revolutionäre Aktion - 1984 61
Auf zur Wendlandblockade - 1984 62
Erste Blockade eines Castor Behälters - 1984 65
Fusion des atomexpress mit der atommüllzeitung zur atom - 1984 67
Über Atomkraftwerke, Männerherrschaft u. Frauenbewegung - 1985 69
Tag X - Ein Staat sieht rot - Herbst 1984 70
WAA Standort Wackersdorf - 1985/86 73
Tschernobyl: Das Undenkbare wird Realität - 1986 77
Startbahn Schüsse - 1987 78

Editorial - letzte atom ... oder: nichts bleibt ewig!

Einleitung:

Nun haltet Ihr sie also in den Händen, die letzte atom. Ganz überraschend wird es für Euch nicht sein, schließlich haben wir ein ganzes Jahr nichts mehr von uns hören lassen. Eigentlich sollte diese Nummer bereits im letzten Sommer erscheinen, aber wie es denn so ist, es kam immer was dazwischen und der ansonsten vorhandene Druck zum regelmäßigen Erscheinen der Zeitung war bereits bei uns weg.

Was bleibt uns in dieser Ausgabe, der letzten, zu sagen? Auf dem diese Nummer vorbereitenden Treffen in der Nähe von Lüneburg haben wir einige Punkte gesammelt, die wir in diesem Editorial ansprechen wollten. Als einer derjenigen, der die erste und die letzte Ausgabe und auch alle dazwischen mitgemacht haben, fiel mir diese Aufgabe quasi zu. Nun denn, ich tue's gern und hoffe, es kommt rüber, was wir noch sagen wollen.

I. Wie alles anfing und wie es aufhörte:

Nicht viele Leserinnen u. Leser bzw. Abonnenten werden uns von Anfang an kennen, oder doch? Jedenfalls war es der April 1977, also vor fast genau 17 Jahren, als die erste Ausgabe der Zeitung erschien. Es war das Jahr der dritten großen Brokdorf-Demo und wenige Wochen nach der Schlacht um das AKW Grohnde, eine der wohl militantesten und entschlossensten Großaktionen der Bewegung überhaupt. „Atom Express" hieß die neue Zeitung und im Untertitel „Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie in Südniedersachsen und Nordhessen". Zu dieser Zeit entstanden an vielen Stellen regionale Zeitungsprojekte der Bewegung, u.a. Anfang 1978 die „Gorleben aktuell", deren Nachfolgeprojekt „Atommüllzeitung" Jahre später mit dem „Atom Express" zur „atom" fusionieren sollte. Doch davon später.
Schnell wurde der Atom Express zur wohl wichtigsten Zeitung der Anti-AKW-Bewegung und blieb es wohl auch lange Zeit. Seit der ersten Ausgabe 1977 sind nun viele Jahre ins Land gegangen, nach Grohnde folgten Gorleben, Kalkar, wieder Brokdorf, Wackersdorf, Tschernobyl, Schacht Konrad, die vielen kleinen und großen Aktionen gegen Strommasten und Betreiber, die Blockaden und Baumbesetzungen, die Republik Freies Wendland und wie die vielen Brennpunkte der Bewegung alle hießen, dazwischen noch der deutsche Herbst, die Kriminalisierung, die Hausbesetzerbewegung, Friedens- und Anti-Kriegsbewegung, der Kampf gegen die Munitionstransporte und gegen die Startbahn West ..., es waren intensive Jahre, kaum möglich, auch nur die wichtigsten Ereignisse in einem solchen Beitrag zu erwähnen. Das muß und sollte an anderer Stelle geschehen.
Die letzten Jahre der atom waren zunehmend geprägt vom langsamen Ausstieg aus der Zeitungsarbeit und der Bewegungen insgesamt. Wir haben mehrfach in den letzten Ausgaben darüber geschrieben, hatten über neue Zeitungskonzepte diskutiert und uns neue Ziele gesetzt, es blieb aber letztlich die Erkenntnis, daß das Ende der Zeitung, unserer Zeitung, gekommen war und daß wir dies mit aller Konsequenz auch annehmen müssen. Es hat einige Jahre gedauert, bis uns dies klar wurde, manchem von uns fiel dies recht schwer. Die Gründe dafür sind ganz banal, 17 Jahre sind eine sehr lange Zeit, die Zeitungsarbeit kann nicht ewig diese hohe Bedeutung bei jedem einzelnen behalten, auch andere Dinge sind wichtig. Letztlich sind wir da ja auch keine Ausnahme, die Bewegung insgesamt ist in die Jahre gekommen und viele sind nicht mehr dabei oder haben sich andere Prioritäten gesetzt.
Der Niedergang der Bewegung insgesamt und die sich trotz mancher Erfolge ausbreitende Perspektivlosigkeit wirkte sich auch nicht gerade motivierend auf uns aus, das alles fand ja auch in uns statt.

II. Unser Selbstverständnis, die Grundlage der atom-Zeitungsarbeit:

Zurück zu den Anfängen. In der letzten Ausgabe möchten wir rückblickend noch einmal die wichtigsten Eckpfeiler unserer so langen Zeitungsarbeit umreißen. Es waren dies:

* wir haben uns jederzeit als eigenständiges Zeitungsprojekt verstanden, zu keiner Zeit als offizielles Sprachrohr der Bewegung oder bestimmter Fraktionen. Die Redaktionen wurden nicht gewählt oder bestimmt, sie haben sich selbst zusammengefunden um das Projekt herum. So blieb es die ganze Zeit, insofern sind wir auch vor allem uns selbst gegenüber verpflichtet. Versuche, unsere Zeitungsarbeit zu funktionalisieren, haben wir immer abgelehnt, egal von welcher Seite sie kamen. Unser Ziel war immer, die Anti-AKW-Bewegung in ihren verschiedenen Positionen darzustellen, nie aber mit den eigenen Positionen hinterm Berg zu halten - und die waren innerhalb der Redaktionen auch kontrovers genug.

* Grundlage dafür war auch die technische und finanzielle Unabhängigkeit, für die wir viel Kraft aufgewendet haben. Sie hatte immer eine hohe Priorität, die ganzen 17 Jahre verfügten die Redaktionen über eine eigene Technik und blieben finanziell unabhängig. Das war nur zu realisieren über eine strenge, „konservative" Finanzpolitik (für die nach der Fusion vor allem der Lüneburger Teil verantwortlich zeichnete), über ausschließlich unbezahlte Redaktionsarbeit und die Unterstützung aller im Umfeld Beteiligten (die kontinuierliche inhaltliche Unterstützung durch Artikel, Interviews usw., durch die Fotografen, technische u. räumliche Unterstützung befreundeter Betriebe, die vielen Handverkäufer/innen, Spenden etc.). Diese technische und finanzielle Unabhängigkeit war der Garant für die politische Freiheit von Atom Express, Gorleben aktuell, Atommüllzeitung und dann der atom.

* Seit der Fusion von Atom Express und Atommüllzeitung zur atom haben wir das Konzept der Autonomie beider Redaktionen konsequent verfolgt und umgesetzt. Bis einschließlich dieser letzten Ausgabe entstand die Zeitung parallel in 2 Blöcken in Lüneburg und Göttingen, 2 fertige Lay-Outs wurden am jeweiligen Druckort zusammengebracht. Über die ganzen langen Jahre funktionierte diese eigentlich unmögliche Konstruktion sehr effektiv und praktisch problemlos.

* Obwohl nach außen hin offensichtlich ein anderer Eindruck entstand: unsere Zeitungsarbeit war keineswegs „professionell", weder im technischen, noch im organisatorischen, noch im inhaltlichen Bereich. Sicherlich haben wir uns immer einen recht hohen Anspruch bezüglich der Gestaltung der Zeitung gesetzt, uns machte es Spaß, Artikel und Titelblätter gut zu gestalten - was uns sicher nur manchmal gelungen ist. Der zeitweilige Mythos der „bundesweiten Zentrale" entstand dann auch von außen und entsprach nicht den realen Verhältnissen innerhalb der Zeitung. Wir haben uns nicht für so wichtig gehalten. Gerade innerhalb der Redaktion gab es erhebliche Defizite bei sogenannten Theoriediskussionen, zu wichtigen Debatten konnten wir zeitweise keine eigenen Positionen einbringen. Wir beschränkten uns oft auf reine Einleitungspassagen und waren inhaltlich auf den Abdruck von Artikeln bzw. Positionspapieren anderer angewiesen. Wenn wir eigene Positionen vertreten haben, dann waren diese meist bündnisorientiert - nicht um jeden Preis, aber doch geprägt von der Einschätzung, daß wir als Bewgung vor allem da stark sind, wo es uns gelingt, möglichst geschlossen und gemeinsam aufzutreten. Oft genug hatten wir darüber aber auch in der Redaktion unterschiedliche Einschätzungen.

* Der Hauptbezugspunkt unserer Zeitungsarbeit war immer die Anti-AKW-Bewegung. Das haben wir aber nie als Eingrenzung auf eine Ein-Punkt-Bewegung gesehen, wir haben uns auch für andere Themen u. Bewegungen interessiert bzw. zeitweise in ihnen mitgearbeitet. Neben den normalen Ausgaben haben wir es auf insgesamt 8 Sonderausgaben der Zeitung gebracht („Gorleben 1004 Broschüre", „WAA-Standorte-Poker",, „Weltwirtschaftsgipfel /Bonn", „Tschernobyl", „Innere Sicherheit", „Startbahn-Schüsse", „Golfkrieg" und „Kein schöner Land").

* Gegenüber staatlichen Repressionsversuchen haben wir uns bemüht, uns nicht allzusehr einschüchtern zu lassen. Die härteste Bedrohung der Zeitung war sicher das 129a-Verfahren mit den Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen und drohenden Haftstrafen.
Insgamt gab es über 20 Verfahren gegen Atom Express und Atommüllzeitung - vor allem wegen §129a, 88a und 111.
Die Redaktion hat das überstanden, für die wichtige persönliche und politische Unterstützung vieler Menschen wollen wir uns an dieser Stelle ganz besonders bedanken. Dem politischen Druck mußten aber auch wir nachgeben, wir haben danach nicht jede Erklärung abgedruckt, die uns erreichte, weil dies wiederum Verfahren ähnlichen Kalibers gegen uns ausgelöst hätte.

III. Die verschiedenen Phasen in der Redaktionsarbeit.

* Die Anfangsphase der Zeitungsarbeit (Atom Express) war natürlich von den turbulenten Zeiten damals geprägt. Die Ereignisse überschlugen sich, in einem Monat passierte und lief mehr, als später in ganzen Jahren. In der Redaktion gab's am Anfang eine hohe Fluktuation, es dauerte ein paar Ausgaben, bis sich die erste Kernredaktion herausgebildet hatte. Die wichtigste Zeit des Atom Express war untrennbar verbunden mit dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Das Zeitungsprojekt war eine Arbeitsgruppe im Arbeitskreis. Diese Jahre waren geprägt von intensiven Diskussionen und Debatten, von heftigen Fraktionskämpfen innerhalb der Redaktion und von von außen hereingebrachten Diskussionen und Ansprüchen. In diese Phase fällt auch der Austritt einiger Kernmitglieder der Redaktion aus der Zeitungsarbeit und die dadurch ausgelöste Debatte um das Verhältnis von Zeitung und Arbeitskreis gegen Atomenergie sowie die Entscheidungskriterien über Abdruck oder Nichtabdruck von Artikeln. Es ging auch um die Frage: kann die Redaktion gegen ihren mehrheitlichen Willen zum Abdruck gezwungen werden, wie vesteht sich die Redaktion selber.

* Die Lüneburger Redaktionsarbeit war seit ihrem Beginn 1978 eng eingebunden in der WAA-Gruppe, Hrsg. von „Gorleben Aktuell" und später dem Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA), Hrsg. von „atommüllzeitung". So war die Lüneburger Redaktion bis zur Auflösung des LAGA beteiligt an den örtlichen und regionalen Widerstandaktivitäten. Diese Nähe zur aktiven Arbeit vor Ort (Lüneburg, Wendland..) war stets wesentlicher Bestandteil der Zeitungsarbeit.

* Anfang der achtziger Jahre kam es immer wieder zu starken Differenzen zwischen Atom Express und dem KOA, dem Koordinationsausschuß des Arbeitskreises. Die Redaktion, obwohl in sich keineswegs homogen, löste sich langsam vom Arbeitskreis ab und fusionierte dann schließlich mit der Lüneburger Atommüllzeitung

zur atom. Es blieb die enge Nähe und auch personelle Verflechtung zum Göttinger Arbeitskreis, letztlich entwickelte sich die Zeitung aber zu einem völlig autonomen Projekt.
In diesen Zeitraum fiel die lange und intensive Diskussion um die Frauenfrage (fand fast ausschließlich innerhalb der Göttinger Redaktion statt). Eine zeitlang trafen sich Frauen u. Männer in der Göttinger Redaktion getrennt und machten getrennte Lay-Outs. Diese Diskussionen konnten nicht zu einem konstruktiven Ergebnis gebracht werden, irgendwie wußten zumindest die Männer in der Redaktion bis zum Schluß nicht, worum es eigentlich ging und was sie anders hätten machen sollen. Die Frauen kapitulierten schließlich vor diesem Unverständnis und verließen die Redaktion. Zurück blieben in Göttingen nur Männer - ein absolut unbewältigtes Kapitel der Redaktionsgeschichte. Alle waren enttäuscht und gefrustet darüber, daß wir kein Klima schaffen konnten, in dem sich die atom-Frauen auf Dauer hätten wohl fühlen können.
* Mitte der achtziger Jahre steckte die Redaktion nach wie vor in vielen bundesweiten Diskussionen und Zusammenhängen drin, es gab persönliche Kontakte zu Gruppen außerhalb Göttingens und Lüneburgs, zu den großen Wochenendtreffen der Redaktion, die im jährlichen Rhythmus meist im Wendland stattfanden, kamen etliche Menschen aus anderen Städten. Es waren sehr intensive Diskussionen um die Bewegung, den Staat, die Perspektiven und überhaupt. Das waren Highlights der Zeitungsarbeit.
* Die letzten 5 Jahre der atom waren geprägt von einer sehr homogenen Redaktion. Die Kernredaktion bestand aus ca. 12 Leuten, die sich über die Jahre auch persönlich immer näher gekommen waren, sich aneinander gewöhnt hatten. Die Differenzen schliffen sich über die Jahre ab, ein offensives Bemühen um neue Redaktionsmitglieder fand nicht mehr statt, kaum einer hatte noch die Lust und die Energie, sich auf neue Leute einzulassen. Routine beherrschte die Redaktionsarbeit, Effizienz wurde großgeschrieben, mit einem Minimum an Aufwand noch möglichst viel Zeitung machen - das war die Praxis. So manches Redaktionstreffen fand auf einer Autobahnraststätte zwischen Göttingen und Lüneburg statt, fast ein Wunder, was da am Ende immer noch rauskam an Zeitung.
Die privaten Veränderungen durch Kinder bzw. Familie, stärker werdende Berufsbelastungen usw. gingen einher mit einem lautlosen Rückzug aus der bundesweiten aktiven Politik und schließlich aus der Bewegung als solcher. Paralle Entwicklungen fanden fast überall statt.

IV. Unsere Defizite:

Da mensch ja zu Recht keine Urteile über sich selbst abgegeben sollte, und das muß ja erst recht für ganze Kollektive wie Redaktionen gelten, wollen und müssen wir Beurteilungen positiver und negativer Art Euch überlassen. Dennoch wollen wir ein paar Dinge an dieser Stelle ansprechen, die wir als unsere Defizite empfunden haben. Unsere Lücken im Theorie- und Diskussionsbereich wurden ja bereits erwähnt, sie waren jedenfalls größer, als es nach außen vielleicht erschien. Wir waren oft ganz schön überfordert. Sehr bedauert haben wir, daß wir zu keiner Zeit in der Lage waren, die viele Post, die uns erreichte, ausreichend zu bearbeiten und zu beantworten, ebenso telefonische oder sonstwie an uns herangetragenen Fragen. Damit haben wir sicher viele vor den Kopf gestoßen, auch weil dies in so krassem Widerspruch zu unserer sonstigen, professionell erscheinenden Arbeit stand. Viele Anfragen, oft von ganzen Schulklassen, blieben von uns unbeantwortet, wir haben oft schlicht kapituliert vor der Post und sie verdrängt. Das gilt sicher besonders für den Göttinger Teil der Redaktion, da hier lange Zeit die meiste Post landete und am wenigsten drauf reagiert wurde.
Wir können das leider nur so stehen lassen.

V.: Danksagung und Abschied.

* an alle, die jemals in der Redaktion waren, und wo wir die Zeit mit keiner/m missen möchten.
* an alle, die uns mit Artikeln, Fotos, Rat und Tat zu Seite gestanden haben.
* an alle, die oft unter schwierigsten Bedingungen dafür gesorgt haben, daß die Zeitung getippt, gesetzt, layoutet, gedruckt, geheftet und verschickt werden konnte.
* an alle, die uns unterstützt haben, als uns die Repression am heftigsten traf.
* und last not least an alle, die uns mit kleinen und z.T. auch ungewöhnlich großen Spenden finanziell gestärkt haben.

VI.: der Schluß!

Nach Abwicklung der atom wird die Redaktion alle Daten von AbonnentInnen der Zeitung löschen. Eine gewollte oder ungewollte Weitergabe an Dritte ist damit ausgeschlossen. In Zukunft müßt ihr stärker auf andere Publikationen der Bewegung zurückgreifen, auf die Anti-Atom-Aktuell oder andere Zeitungsprojekte, die sehr viel dichter in den aktuellen Diskussionen stehen, als wir das zuletzt konnten.
Eine Bitte noch: laßt uns in Euren Verteilern, sowohl das Lüneburger als auch das Göttinger Postfach wird aktiv weiterbestehen. Denn die Göttinger wie die Lüneburger Redaktion der atom wird sich weiterhin locker treffen und in Kontakt bleiben. Möglicherweise melden wir uns in der einen oder anderen Form wieder zurück.

Zum Schluß noch Eins:
bis zuletzt hat uns die Zeitungsarbeit viel gegeben, wir haben viel Spaß gehabt, viel gelernt und gelitten, aber immer freiwillig und aus vollen Herzen. Es war eine wunderbare Zeit! Die Zeitung war, ist und bleibt ein Teil von uns.

Bernd

Eine schrecklich nette Familie

„... Bis auf wenige Ausnahmen ist in diesen Jahren die Redaktion im Kern konstant geblieben, d.h. die meisten der 10 Leute, die die atomredaktion ausmachen, machen dies schon seit vielen Jahren. Wir sind wohl ein ziemlich verschworener Haufen geworden in diesen Jahren und verstehen uns sowohl persönlich als auch in den politischen Diskussionen sehr gut, ätzende Streitigkeiten und Hahnenkämpfe, Profilierungs- oder Machtkämpfe und was es sonst noch an unerfreulichen Begleiterscheinungen in der politischen Arbeit allerorten gibt, sind uns bislang erspart geblieben..." (atom Nr. 36/91, S.4)

Es ist schon bemerkenswert, wenn frau nach Jahren ihres Ausstiegs aus der Atomredaktion eben jene (zufällig) aufschlägt und diese Zeilen zu lesen bekommt.

Die Unfähigkeit Selbstkritik zu üben, bzw. wenigstens im Rückblick noch Auseinandersetzungen im Gedächtnis zu behalten, hat sich in der Redaktion offensichtlich mit einer Beharrlichkeit gehalten, die ihresgleichen sucht.

Wir haben nicht die Absicht zu guter Letzt alles, was es an Auseinandersetzungen gegeben hat, an dieser Stelle wiederaufzurollen. Für wen auch, haben sie doch augenscheinlich für den zurückgebliebenen (!) Teil der Redaktion gar nicht stattgefunden.

Blick zurück im Zorn

Von Frühjahr '85 bis Anfang '86 konnte die geneigte Leserin Einblick bekommen in eine von vielen Strukturdebatten innerhalb der atom. In dieser Zeit gab es in der atom eine Frauenredaktion.

Wider dem Blackout, hier nochmal einiges im Original:

„...Wir merkten, daß wir uns durchsetzen müssen, daß wir uns - wollten wir diese Zeitung machen - auf einen Kampf innerhalb der Gruppe einlassen mußten, auf einen sehr subtilen Kampf um Positionen. Das ging uns eigentlich gegen den Strich, hatte nichts mehr mit unserem Politikverständnis zu tun ... Wir fingen also an, über Strukturen zu reden, das Ding beim Namen zu nennen ... Wir drangen nicht durch, wurden massiver, konkretisierten unsere Kritik und unsere Zielvorstellungen. ... Es ging inzwischen nur noch darum, die Arbeit für uns erträglicher zu machen. Wir arbeiteten in einem Klima, in dem wir uns Sprüche reinziehen mußten, sexistische, unverschämte, saudumme Sprüche.

... Wenn wir dann über diesen Zustand, diese Strukturen reden wollen, und zwar bald und mit allen, dann kostet das schon wieder Kraft. Denn die Herren kommen nicht nur selber nicht auf die Idee, daß Aussprache angesagt wäre - nein - sie reagieren auch noch aggressiv und mit angeblichem Unverständnis auf unser unbequemes Strukturgefasel. Für sie ist die Redaktion eine 'funktionsfähige Gruppe'." (atom Sommer '85, S. 38-39)

Ob nun '85 eine *„funktionsfähige Gruppe"* oder '91 ein „verschworener Haufen" die Selbsteinschätzung der RedakteurE kannte keine Selbstkritik, sondern maß sich am fertigen homogenen Produkt.

Ständig begleitet war dieser Zustand von der Frage nach der Eingebundenheit der Zeitung in die Anti-AKW-Bewegung, was sich überregional durchaus glaubhaft darstellte, vor Ort aber keineswegs der Fall war. Wer las in Göttingen schon den 'Atom-Expreß'/die atom, außer der Redaktion mit ihren Familienangehörigen?

Diese Frage stellte sich natürlich spätestens dann nicht mehr, als es eine Bewegung de facto nicht mehr gab, wohl aber eine Zeitung. Vielleicht beantwortet aber gerade diese Tatsache sie.

Feministische Graffiti auf dem Auto eines Redaktionsmitgliedes, Sommer '85

Sicher wäre es ungerecht, dieses Debakel allein den Redaktionsmitgliedern anzulasten, schließlich entwickelt eine Zeitung scheinbar 'naturgemäß' eine gewisse Eigendynamik, aber warum nicht auch mal ungerecht sein? Der Wert der atom wird ja sicherlich an anderer Stelle über Gebühr gewürdigt.

Zeitung als Selbstzweck

Frau jedenfalls bekam immer häufiger den Verdacht, daß das Zeitungmachen für einige schon längst zum Selbstzweck geworden war und eine Kritik an der Struktur der Zeitung für manche die Kritik ihres persönlichen Lebensentwurfs beinhaltete. Anders ließen und lassen sich jedenfalls die völligen Überreaktionen bzw. die Ignoranz im Umgang mit Kritik kaum erklären.

Würden wir jetzt ganz gemein sein, so könnten wir fragen, ob hier nicht eine unpolitische Arbeit für ein vermeintlich politisches Produkt geleistet wurde, um das persönliche Abgleiten in immer bürgerlichere Sphären vor eineM selber zu vertuschen.

Aber wir sind nicht so gemein!

Schließlich haben wir ja über Jahre an diesem Produkt selbst mitgearbeitet, auch wenn wir keinerlei Spuren hinterlassen haben. Vielleicht hätten wir die Zeitung mitnehmen sollen ... aber wir nehmen ja unseren Kindern auch nicht den Teddy weg.

Stattdessen sind wir gegangen und haben zusammen mit Frauen aus dem Göttinger Arbeitskreis eine Frauengruppe gegründet - wir treffen uns noch heute. Ähnliche Entwicklungen gab und gibt es in vielen Städten, Frauen haben ihre eigenen Ziele gesetzt, Strukturen geschaffen und die Männer einfach zurückgelassen.

Was diese angeht, so kann sich jede in diesem Fall durch aufmerksames Lesen der atom ab '86 davon überzeugen, wie selbstkritisch sie fortan mit dem Thema Patriarchat und Männerstrukturen in der Linken umgegangen sind.

Thelma und Luise

Wo steht die Anti-AKW-Bewegung nach 20 Jahren Kampf gegen morsche Meiler ?

Mit diesem Diskussionsteil möchten wir den Versuch unternehmen, rückblickend Stärken und Schwächen einer der ältesten neuen sozialen Bewegungen aufzuzeigen, zu analysieren und Perspektiven für die Zukunft abzuleiten.
Wir sprachen deshalb verschiedene Gruppen und Personen aus der Bewegung an, sich mit der eigenen Geschichte, den Ansprüchen, Erwartungen, Enttäuschungen, Widersprüchen sowie weiteren Perspektiven auseinanderzusetzen.

Die BBA Bremen hält fest, daß die Anti-AKW-Bewegung flächendeckend Geschichte geschrieben hat: *"Wie keine zweite Bewegung, mit Ausnahme der Frauenbewegung, hat diese Bewegung, thematisch wie praktisch, als "soziale Bewegung" die siebziger und achtziger Jahre geprägt. Ihre Massenmilitanz, entschlossene Widerstandskultur und Breite des Zuspruchs waren gefürchtet. So manche politische Entscheidungen wurde gekippt und manche/r PolitikerIn mußte kapitulieren."*

Wolfgang Ehmke analysiert den Niedergang der außerparlamentarischen Bewegungen der letzten Jahre: *"Seit der politischen „Wende" in Osteuropa, seit dem Zusammenbruch der DDR hat sich der Zerfallsprozeß aller politischen und sozialen Bewegungen extrem beschleunigt. Außerparlamentarischer Protest, erst recht der dezidiert „antikapitalistische", hat es gegenüber dem Rollback des Parlamentarischen schwer, vermochte sich doch die parlamentarische Demokratie gegenüber allen anderen Regierungsformen als „freiheitlichste" zu präsentieren." (...) "Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß es außerparlamentarischen Protest noch gibt. Wie das Hüttendorf gegen die Mercedes-Teststrecke im Papenburger Moor, die monatelange Betriebsbesetzung der Kalikumpel von Bischofferode, so gibt es die verbliebenen „Anti-AKW- Bewegten", und das nicht nur an den Standorten von (geplanten) Atomanlagen. Mit der Formel „die Bewegung ist tot, es lebe der Widerstand" läßt sich mein Credo am besten umreißen."*

Jochen Stay sieht ebenfalls hoffnungsfroh in die Zukunft: *"Etwas Neues ist am entstehen: Reste der „uralten" Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre und der „alten" Anti-AKW-Bewegung der 80er treffen auf die Kreativität und Aktionslust der Jugendumweltbewegung der 90er."*

Die autonome Gruppe Lupus zeigt Widersprüche auf: *"Haben wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit und Freizeit sprich abhängen bestimmt wurde? Ist es nicht so, daß gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jeder/s einzelnen wird?"(...) "Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen, wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag...*
Genau an diesem Punkt sind bereits mehrere militante Bewegungen zerbrochen: die 68er Studentenbewegung, die autonomen Betriebskämpfe der 70er Jahre, die Häuserkämpfe 72, die Häuserkämpfe 80/81."

Die Gewaltfreie Aktion Hamburg untersucht den Wandel der GAL HH in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD von einem Abschalten der Atomkraftwerke ist keine Rede mehr.

Ein weiterer Artikel wendet sich gegen die "Betroffenheitspolitik" und sieht keinen Sinn mehr in einer Mitarbeit in dieser Bewegung: *"Wohin man und frau auch schaut. Seitdem das Umweltthema vor ca. 20 Jahren von der "Öffentlichkeit" entdeckt worden ist, geht´s mit ihr eigentlich immer nur bergab." (...) "Die Ökologieprobleme sind mittlerweile so allgegenwärtig im Alltag und scheinen doch so wenig veränderbar geworden zu sein, daß in diesen Betrachtungsweisen eigentlich alle immer nur betroffen sein können. Daß dabei "Gegner" völlig verschwimmen, versteht sich von selbst."*

Eine der ältesten sozialen Bewegungen im Strudel ihrer Geschichte

Wo steht die Anti-AKW-Bewegung nach 20 Jahren Kampf gegen morsche Meiler ?

Foto: **Günter Zint** / Grohnde

Seit ca. drei Jahren setzen wir uns in Bremen mit dem Stand der Atomenergiewirtschaft und der Anti-AKW-Bewegung auseinander; entstanden aus der eigenen Enttäuschung zwischen bundesweiten Absprachen, eigener Kraft und formulierten Ansprüchen, Erwartungen und tatsächlicher Umsetzung.
Theorie und Praxis wurden von uns zunehmend als verschiedene Realitäten erlebt.
Hier nun unser Beitrag zum Stand der Bewegung:

Eine der ältesten Bewegungen kann auf eine bewegte Geschichte verweisen. Von 1970 an bis nach Tschernobyl hat die Anti-AKW-Bewegung (ab jetzt abgekürzt AAB) flächendeckend Geschichte geschrieben. Nicht nur mit einem Netz aus Gegeninformation (die ersten Info-Läden) gegen Atomstaat und Atomwirtschaft, auch mit Zugkraft für Demonstrationen, Blockaden und Platzbesetzungen in breiteste Bevölkerungsschichten hinein.
Wie keine zweite Bewegung, mit Ausnahme der Frauenbewegung, hat diese Bewegung thematisch wie praktisch, als „soziale Bewegung" die siebziger und achtziger Jahre geprägt. Ihre Massenmilitanz, entschlossene Widerstandskultur und Breite des Zuspruchs waren gefürchtet.
So manche politische Entscheidung wurde gekippt und manche/r PolitikerIn mußte kapitulieren.
Diese Mischung war für uns der Motor für fortschreitende Bewegung. Whyl, Grohnde, Malville, Kalkar, Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf stehen symbolisch für die Kraft der Straße mit Faust, Verstand und Phantasie; in einer Mischung die Polizeistrategen und Verantwortlichen das Fürchten lehrte.
Quer durch alle gesellschaftlichen Schichten, unabhängig von Alter und Geschlecht, mit den unterschiedlichsten Widerstandsvorstellungen und sozial eingebettet, entwickelte diese Bewegung eine Mixtur, die nicht selten ganze Regionen unregierbar machte. Die gefährliche Mixtur der AAB war die Kraft sich nicht auseinanderdividieren zu lassen an der Frage der Widerstandsformen und ihr verdammt gutes Gewissen bei ihren Vorhaben.
Die AAB war ein Sammelbecken für die gesamte Alternativbewegung, „kritische Intelligenz", Staatsverdrossene und zweite Heimat für „K-Gruppen-Geschädigte". Sie war eine politsche Alternative zu Gruppen die sich für den bewaffneten Kampf entschieden hatten.
Thematisch und praktisch war diese Sammlungsbewegung, bis zur Gründung der Grünen, durchgängig radikal fundamentalistisch orientiert.
Obgleich als klassische „Einpunktbewegung" gegründet hatte sie immer Berührungen mit den sonstigen Knackpunkten in der BRD.
Wenn rückblickend vieles verklärt und romantisch erscheinen mag, die Hauptauseinandersetzungen verliefen zwischen „unten und oben", und nicht, wie in den letzten Jahren, quer durchs Bewegungsspektrum.
Der Blick auf den heutigen Stand der Bewegung zeigt, daß aus einer „Bilderbuchbewegung" eher eine Anhäufung von EinzelkämpferInnen und Relikten aus alten Tagen geworden ist.
1993 vermissen wir oft schmerzhaft die soziale Basis und träumen von den Massen und der Militanz früherer Tage. Geblieben ist die scheinbar unverrückbare radikale und fundamentalistische Kritik an Atomstaat und Atomwirtschaft. Die Inhalte sind identisch, nur unsere Zusammensetzung hat sich verändert.
Spätestens nach dem „Aus" für Wackersdorf und dem Abebben der ersten Betroffenheit kurz nach Tschernobyl stolperte die Bewegung in eine Krise, die sie bis heute nicht losläßt.
Die einstige Stärke des „wir lassen uns an der Frage der Widerstandsformen nicht spalten!", wurde verkehrt in die Frage, „wer hat den richtigen Hebel, um dem angeschlagenen Projekt Atomenergie den Gnadenstoß zu versetzen?".
Mit Abstand zum Geschehen können wir heute feststellen: „Leider keine/r!!"

Die Fraktionen waren so vielseitig und widersprüchlich zugleich, wie die Spektren die einst das Gesicht der Bewegung prägten. Die Gruppe der SchrauberInnen gegen die Mütter und Väter nach Tschernobyl; Militante gegen ReformistInnen; TheoretikerInnen contra PragmatInnen; AnarchistInnen gegen ParlametarierInnen, Profis contra AnfängerInnen, Routiniers gegen Phantasten.
Die Fraktionierung war perfekt und die Gräben konnten bis heute nicht mit einer gemeinsamen Kampagne, Losung, Aktionstagen, oder bundesweit abgestimmter Aktivität überbrückt werden.
Während der Bewegung die Bewegten abhanden kamen, schickte sich die Atomenergiewirtschaft an, ihr Projekt Atomenergienutzung für die Jahrtausendwende vorzubereiten.
Im Gegensatz zur AAB gelangen den Beteiligten am atomaren Roulettisch die Absprachen und Feinabstimmungen hervorragend.
Nach dem Skandal um Transnuklear wurde ersteinmal „neu geordnet". Heraus kamen klare Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Produktionsabsprachen innerhalb des „Brennstoffkreislaufes", Absprachen zwischen Staats- und Privatkapital um wettbewerbshinderliche Konkurrenzen innerhalb des europäischen Marktes abzustellen. Um sich das Leben im europäischen Verbund nicht unnötig schwer zu machen, wurde eine Arbeitsteilung unter dem Motto „Jeder und Jede macht das, was er/sie am Besten kann" verabredet.
Damit läßt sich der Status Quo bis zur Jahrtausendwende locker über die Runden bringen, danach weht eh ein anderer Wind.
Abspecken, konzentrieren und koordinieren war der Geist der Stunde. Osteuropäische Einflußsphären wurden abgesteckt, Strommärkte erschlossen, Leitungsverträge geschlossen, Gemeinschaftsprojekte initiiert, Firmen zusammengefaßt, Zuständigkeiten und juristische Rahmen geklärt und „marode" Ostfirmen aufgekauft und neue Konzepte fürs Überleben gestrickt.
Statt mit der Wiederaufarbeitung haben wir es nun mit der „direkten Endlagerung" zu tun, statt ideologischem Kampf sehen wir uns Konsensgesprächen gegenüber, statt Konfrontation wird Akzeptanzforschung betrieben, statt provokanter Großprojekte wird die bestehende Atomsauce „sicherheitsrelevant"

nachgerüstet und mit dem blauen Umweltengel versehen, statt Gummiknüppel trifft uns ein gesellschaftlicher Schmusekurs, der uns nachdenklich stimmen sollte.

Sollen wir den Sekt kaltstellen oder uns warm anziehen?

Wir werden uns warm anziehen, denn was in den Schubladen der Atomstrategen schlummert ist alles andere als Stoff für politische Befriedung.
Auch sieben Jahre nach Tschernobyl ist vom Ausstieg wenig zu sehen. Die Energieversorgungsunternehmen setzen weiterhin auf Atomenergie und die CO^2 und Ozonlochdiskussionen sollen statt Ablehnung von AKW's eher deren Akzeptanz erhöhen.
Die Qualität des für die Jahrtausendwende gestrickten Atomprogramms liegt nicht in astronomischen Zubauten von Atomanlagen in den alten oder neuen Bundesländern oder im osteuropäischen Vorhof der Konzerne, in Konzession oder Kooperation gebaut, sondern darin, daß wider besseren Wissens und trotz Tschernobyl die bestehende Atomscheiße festgeschrieben und erweitert werden soll.
Es wird nicht über Ausstiegsszenarien gebrütet, der einzigen Form von brüten, der wir etwas abgewinnen können, sondern über Rahmenbedingungen des Ausbaus, der Verfestigung, der Expansion und Zementierung der brisantesten und gefährlichsten Art der Stromerzeugung.
Nicht allein der Zubau, die Erweiterung und die europäische Zusammenarbeit sind es, die uns in Rage bringen, die Perspektive, daß uns Altanlagen von Gorleben bis Mitterteich, von Brunsbüttel bis Grundremmingen, von Cattenom bis Wismuth, von Morsleben bis Ahaus und viele andere auch noch nach dem Jahre 2000 erhalten bleiben erhitzt unsere Gemüter.
Jeder Konsens der, wie geplant, den Weiterbetrieb bestehender Atomanlagen, Absicherung der MOX- und Plutoniumproduktion, direkte oder indirekte Einlagerung, Errichtung neuer Zwischen- oder Endlager, sowie deren Betrieb mit aller dazugehörigen Infrastruktur und die Entwicklung neuer Reaktorlinien billigend in Kauf nimmt, festschreibt, in Umlauf bringt oder am Markt hält, sollte sic unseres Widerstandes sicher sein!

Die Atomenergiewirtschaft hat sich freigeschwommen, während die Anti-AKW-Bewegung nach dem Rettungsring schreit.
Erklärungsversuch:

These: *Der Bewegung wurde das Thema „geklaut"*

Natürlich nicht! Aber die erste Adresse in Sachen Atomenergie sind wir seit Jahren nicht mehr. Positiv gewendet haben wir es geschafft unser Thema in bestehende gesellschaftliche Organisationen zu transformieren.
Negativ gewendet stellen wir fest, daß die Akzente und Positionen in Sachen Atomenergie von Gruppen vertreten werden, die gesellschaftlich opportunistisch und mediengerecht arbeiten.
Beides ist richtig, denn „unser" Thema wird in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen diskutiert und bearbeitet.

These: *Die AAB als inhaltliche, organisatorische und menschliche Klammer*

hat ihre bindende Funktion eingebüßt.
Die AktivistInnen verabschiedeten sich in alle Himmelsrichtungen oder kehrten zu den Bereichen zurück, aus denen sie einst zum bunten Spektrum der Bewegung kamen.
Wer sich die Mühe macht, wird noch alte AktivistInnen in den unterschiedlichsten Bereichen aktiv erleben, deshalb zieht die moralinsaure Zuschreibung nicht, alle ehemals politisch Engagierten hätten sich ins Privatleben verabschiedet oder sich für ihre Karriere aufgerieben.

Wenn einer Bewegung nach 20 Jahren die Massen weglaufen, scheint dies, in historischer Dimension gedacht, reichlich normal. Wir müßten uns vielmehr wundern, daß wir über soviele Jahre hinweg die Menschen mobilisieren konnten, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß wir dies zukünftig nicht nocheinmal bewerkstelligen können!
Ein Vergleich der Blüte der Friedensbewegung mit der der AAB bescheinigt ihr eine weitaus geringere Halbwertzeit.
In ihrem Buch über die Geschichte der „Dritte-Welt-Bewegung" von
W. Balsen/K. Rossel finden sich ebenfalls auf die AAB übertragbare parallele Verläufe.
Balsen/Rossel's These ist einfach und doch treffend:
„Je komplexer sich Zusammenhänge in der Realität gestalten, je länger erwünschte Erfolge auf sich warten lasse, je weniger 'heilige Prinzipien' nicht verwirklicht werden können, je weniger klar sich gesetzte Feindbilder gestalten, desto größer ist die Erosion der Bewegten. Die Bewegten wechseln dann ihr thematisches Arbeitsgebiet, wenn unmittelbare Erfolge zu lange auf sich warten lassen."

In einer Zeit, in der politische Themen, medial aufbereitet, wie Maschinengewehrsalven unser politisches Bewußtsein treffen, ist es schwer zu entscheiden, welches Thema wichtiger ist oder vorrangiger Bearbeitung bedarf. Das *richtige* Thema gibt es nicht. Zu entscheiden haben dies eh die politisch agierenden Subjekte. Da hilft kein Jammer und auch nicht der große Moralhammer, auch wenn es uns oft an die Nieren geht, politisch Aktive sind in den letzten Jahren nicht mehr geworden, eher weniger.
Wenn wir die Vielzahl der zu bearbeitenden Themen durch die kleiner gewordene Anzahl an AktivistInnen teilen, ergibt sich der in den letzten Jahren beklagte Schwund an politischer Betätigung.
Die großen Massen zieht die Bewegung, die gesellschaftlich relevante Probleme mit den Mitteln zu verändern sucht, die den Zeitgeist und die Bedürfnisse der Menschen treffen.
Dieses historische Charisma strahlen wir zur Zeit nicht aus!

Die Geschichte von politischen Bewegungen ist immer die Geschichte von Auf's und Ab's, zyklischem Zuspruch, Stillstand und Mode, auch wenn dies im politischen Spektrum nicht gern gehört wird. Auch die Szene weiß was gerade angesagt ist, und die überzeugtesten GenossInnen wissen ganz genau, wann sie sich ein neues Thema suchen müssen.
20 Jahre auf die Verwirklichung von Träumen zu warten ist für viele um Jahre zu lang.
Es gibt immer spannendere Politprojekte mit mehr „Action", theoretischer Spannung oder medialer Aufmerksamkeit.
Warum sollte in diesem Spiel die AAB eine Ausnahme darstellen?
Eine Bewegung verliert an Zulauf, wenn ihre Feindbilder nicht mehr klar erkennbar sind.
Durch die Fraktionierung der AAB, ein schleichender Prozeß der letzten Jahre, finden sich AKW-GegnerInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen, quer durch Berufsgruppen und soziale Schichten.
Wenn Green Peace mediengerecht im Schlauchboot zur besten Werbezeit durch die Tagesthemen zischt um für „unsere Sache" Werbung zu machen, oder wenn Robin Wood zur Enteignung von Siemens aufruft, der BUND Kongresse mit den Grünen zusammen in Sachen Atomausstieg initiiert, in allen Parteien Atomkraftgegner Innen ausgemacht werden, die Atomenergiewirtschaft zum Atomenergiekonsens ruft und der Chef der FEBA das Projekt Wackersdorf von der Platte putzt, bedarf es wahrlich einiges an Mühe, die Richtigen und die Falschen, die Guten oder die Bösen zu erkennen.
Wenn Soziologen vom „Time gap" sprechen, der Zeit die ein gesellschaftlich relevantes Thema braucht um vom Rand der Gesellschaft in die Mitte der Akzeptanz getragen zu werden, so müssen wir heute wohl erkennen, da ist es angekommen!
ZuschauerInnen werden sicherlich nicht die „wahren" Bewegten erkennen und mit Herrn Habermas „die neue Unübersichtlichkeit ausrufen".

Zu den wegbrechenden Feindbildern gehört auch der Eingangs erwähnte „Schmusekurs" der Atomenergiewirtschaft und deren politische Repräsentanten. Damit meinen wir nicht, daß ein Gummiknüppel oder ein § 129a Verfahren 1993 weniger schmerzhaft wäre als früher und der Widerstand an den Standorten oder Stadtzusammenhängen weniger entschieden zurückgedrängt oder kriminalisiert wird, sondern daß die klassischen Scharfmacher und 100%igen Atomfetischisten, die VertreterInnen der harten Linie, die bei Zugeständnissen an die Bewegung den Untergang des Abendlandes oder die neue Eiszeit herbeieilen sahen, ersetzt wurden.
Ersetzt durch medienglatte Schröders, Engholme, Bennigsen-Förder, Griefhähne oder Ralf Fücks (Bremer Umweltsenator).
Bis die WählerInnen der Grünen mal geschnallt haben, daß es sich bei dieser Partei nicht um die „Anti-AKW-Bewegung" handelt, wird die Atomenergiewirtschaft ihr Programm ins nächste Jahrtausend gerettet haben..
Der „politische Schmusekurs", das Fehlen klarer Widerstandsperspektiven und Kristallisationspunke, bricht einer radikal-fundamentalistisch orientierten Bewegung notgedrungen das Genick.
Denn es kann nicht ihr Stil sein in alter Gewerkschaftstradition des „wir-sitzen-alle-im-selben-Boot" Geplänkels, mediengerechte Lobbypolitik zu betreiben. Dies ist sicher ein Punkt für den zunehmenden Erfolg professionel

arbeitender Umweltverbände.
Das uns diese Form von Erfolg versagt bleibt, kann uns eher als Pluspunkt gutgeschrieben werden.

Auch wenn wir und die Bewegung in die Jahre gekommen sind, von Stillstand kann noch keine Rede sein.
Als durchschlagkräftige Massenbewegung hat sich die AAB überlebt. Die Inhalte sind noch ebenso brisant wie früher, ihre Organisationsformen jedoch Schnee von gestern.
Eine Bewegung lebt von den Menschen, die die Verhältnisse zum Tanzen bringen. In diesem Theater spielen wir eine marginale Rolle. Trotzdem gibt es an ausgesuchten Standorten und in kontinuierlich arbeitenden Zusammenhängen beachtliche Bewegung, die sich nicht zu verstecken braucht.
An diesen Aktivitäten kommt auch heute noch keine Landesregierung oder etablierter Umweltverband vorbei, auch wenn die breite Basis weggebrochen ist.
Im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen haben wir uns verdammt lange über Wasser gehalten.
Sollten sich auch unsere Organisationsformen verändern, den realen Kräften des Restbestandes der Bewegung angepaßt, wäre dies für uns sicher kein ernsthafter Beinbruch.

Wie weiter aus Bremer Sicht:

Unsere Aufgabe besteht nicht darin medien-gerechte Aktionen zu initiieren oder parlamentarisch pflegeleicht zu sein, richtungsweisende wissenschaftliche Publikationen oder Mammutkongresse ins Leben zu rufen (können wir auch, wie die gesammelten Werke der AAB in den Archiven der Infoläden belegen), unsere Aufgabe sollte es sein „Salz in alte Wunden zu streuen" um unserem Gesamtziel, einer Gesellschaft ohne Atomanlagen und Atomstaat, Stück für Stück näher zu kommen.
In diesem Sinne werden wir so weiter machen wie in den letzten Jahren, auch wenn wir keine Mogelpackung als Lösung für die erneute Blüte der Bewegung anbieten können. Wir können kein Nadelöhr anbieten und auch nicht den Hebel, mit dem der Bewegung zu neuem oder altem Schwung verholfen werden kann. Wir schneiden uns weiterhin eigenwillig und auch etwas narzistisch die Stücke aus dem Atomkuchen heraus, die wir zu bearbeiten gedenken, womit wir unseren Ansprüchen am besten gerecht werden.
Organisationsformen die sich überlebt haben und nicht mehr dem realistischen Stand der Bewegung entsprechen, sollten wir ersatzlos streichen, damit wir bei zukünftigen Treffen nicht mehr Zeit darauf verschwenden, zu klären welcher Ansatz nun der bewegungsrelevanteste sei, anstatt denjenigen in die Suppe zu spucken, die verdeckt oder offen das Geschäft der Atomenergiewirtschaft betreiben.

Laßt uns den Anspruch an die AAB auf das Maß zurückschrauben, daß den realen Kräften innerhalb der Bewegung entspricht. Weg mit dem historischen Zwangskorsett der ruhmreichen AAB, weg damit Speerspitze der Bewegung sein zu müssen, das ist Geschichte. Befreit vom historischen Anspruch läßt es sich befreiter aufspielen, wenn wir nicht dem Zwang der Massenmobilisierung erliegen. Wenn die Massen sich wieder einstellen, soll es uns recht sein.
Wir warten jedoch nicht auf bessere Zeiten und auch nicht auf den zweiten Frühling, sondern werden weiterhin mit denjenigen politisch zusammenarbeiten, die sich in der Bewegung Zuhause fühlen.
„Wir streuen Salz in alte Wunden und stehen denjenigen auf den Füßen, die ihren Frieden mit dieser Todesindustrie geschlossen haben."

Mit lieben Grüßen und ein bißchen traurig, weil es wohl die letzte Ausgabe der „Atom" ist.
Für uns war sie ein wichtiges Sprachrohr - auch ein Stück Geschichte!

Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomenergieanlagen
Martin

Foto: **Günter Zint / Grohnde**

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

"Die Bewegung ist tot ... es lebe der Widerstand"

Die „Atom" als Bewegungszeitschrift tritt von der Polit-Bühne ab. Das mag vielen konsequent erscheinen, wo es keine „Bewegung" mehr gibt. Wie viele andere politische und soziale Bewegungen der 70er und 80er Jahre gehört auch die Anti-AKW-Bewegung der Vergangenheit an.

Über die Gründe dieser Entwicklung, die sich Ende der 80er Jahre rasant beschleunigte, haben wir in den letzten Nummern der „Atom" noch gestritten und versuchten auch Antworten zu geben. Im Süden der Republik hat der Baustopp für die Wiederaufar-beitungsanlage (WAA) in Wackersdorf 1989 diese Entwicklung erkennbar früher eingeleitet als im Norden. Dort gab es zuletzt mit der Einwendungskampagne gegen den Schacht Konrad wenigstens noch massenhaft Unterschriften gegen ein Atomprojekt, die Demonstration im Herbst 1991 in Salzgitter - während der Erörterung der 250.000 Einwendungen - blieb dann zahlenmäßig weit hinter kühneren Hoffnungen zurück.

Abertausende gingen nach Tschernobyl auf die Straße, die „neue" Anti-AKW-Bewegung (gegenüber der „alten" an den Standorten und den Ini's in den Städten) entpuppte sich als Strohfeuer. Seit der politischen „Wende" in Osteuropa, seit dem Zusammenbruch der DDR hat sich der Zerfallsprozeß *aller* politischen und sozialen Bewegungen extrem beschleunigt. Außerparlamentarischer Protest, erst recht der dezidiert „antikapitalistische", hat es gegenüber dem Rollback des Parlamentarischen schwer, vermochte sich doch die parlamentarische Demokratie gegenüber allen anderen Regierungsformen als „freiheitlichste" zu präsentieren. Wohlweislich kaschierten die Ideologen des Systems den letztlich entscheidenden Unterschied zwischen *Regierungs-* und *Herrschaftsform.* Massenarbeitslosigkeit, soziale Verelendung und ökologischer Raubbbau sind die Kehrseite des kapitalistischen Systems, Naziterror gegen Ausländer, Schwule, Behinderte ihr Ausdruck. Wer in diesem Staate aneckt, bekommt zu spüren, wie eng die Grenzen dieser „freiheitlichsten aller Regierungsformen" gezogen werden.

Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß es außerparlamentarischen Protest noch gibt. Wie das Hüttendorf gegen die Mercedes-Teststrecke im Papenburger Moor, die monatelange Betriebsbesetzung der Kalikumpel von Bischofferode, so gibt es die verbliebenen „Anti-AKW-Bewegten", und das nicht nur an den Standorten von (geplanten) Atomanlagen. Mit der Formel „die Bewegung ist tot, es lebe der Widerstand" läßt sich mein Credo am besten umreißen.

Dabei haben Atomkraftgegner/innen im Vergleich zu den anderen Ex-Bewegungen noch einen entscheidenden Vorteil: daß Atomkraftwerke gefährlich sind, daß es keine Lösung für die Entsorgung des Atommülls gibt, ist inzwischen Gemeinplatz. Wie ein Sauerteig hat das Wissen um die Gefährlichkeit dieser Form der Energieerzeugung, der zudem blödesten und teuersten Form, sich eine Tasse Kaffee zu kochen, die Gesellschaft durchwirkt, am Ende ganze Redaktionsstuben durchsetzt. Aber auch hier die Kehrseite: wenn nun schon Minister/innen, Zeitungsmacher/innen, Umweltverbände und Ärzte gegen Atomkraft polemisieren, findet mensch endlich die verdiente Ruhe, braucht sich nicht mehr selbst einzumischen, delegiert den Protest und bringt - wie die „Atom" - noch eine letzte Nummer heraus. Obschon glasklar ist, wie sehr es auf den Bodensatz des Anti-AKW-Protests als radikales Ferment ankommt.

Der Rückzug der „Atom" - und der Rundbrief der Ini's, die AAA (Anti-Atom-Aktuell) wird das wohl nicht wettmachen können - geschieht darüberhinaus zu einem recht spannenden Zeitpunkt, in dem das Thema Atomprogramm wieder ins öffentliche Bewußtsein gerückt wurde, Richtungsentscheidungen stehen an.

Nehmen wir die „Bonner Energiekonsensgespräche". Wie wenig wir in der Lage waren, in einer solchen Situation die Themen zu bestimmen, zeigt sich daran, daß manche Blätter wie die „taz" euphorisch titelten, am Ende der Protestbewegung von unten gäbe es nun eine Anti-AKW-Bewegung - von oben. Was war geschehen?
Friedhelm Gieske (RWE) und der inzwischen verstorbene Klaus Piltz (Veba) hatten am 23.11.92 an den Bundeskanzler geschrieben. Ihr Brief war von dem Wunsch diktiert, eine Klärung über den Fortbestand des Atomprogramms einzuleiten. U.a. wollten die Konzernchefs die „Bedingungen für den Neubau von kommerziellen Kernenergieanlagen" klä-ren, über die „Restlaufzeit bestehender Kernkraftwerke" reden wie auch über die „Entsorgung der bestehenden Kernkraftwerke". Ganz klar stand im Vordergrund die Absicht, das Atomprogramm unbeschädigt über die Runden zu bekommen. Dahinter stand keine offensive, sondern eine defensive Haltung:
- wenigstens die bestehenden Reaktoren sollten am Netz bleiben, und ihre Laufzeit sollte unbegrenzt bleiben;
- die Option auf den Neubau eines angeblich inhärent sicheren Reaktors sollte offengehalten werden und von einer breiten parteienübergreifenden Mehrheit im Bundestag gebilligt werden;
- der Verzicht auf die kostspielige Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente im Ausland sollte geregelt werden;
- für die Endlagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle sollte der Schacht Konrad bereitgestellt werden, der Bau des Endlagers im Salzstock Gorleben könnte gestoppt werden.

Das Duo Gieske/Piltz erweckte zugleich mit der Formulierung, daß ihr Vorschlag ein Reflex auf die „pauschale programmatische Forderung" des Atomausstiegs sei und „ein geordnetes Auslaufen der heute genutzten Kraftwerke" präzisiere, enorme Hoffnungen, daß nun der Ausstieg von oben eingeläutet würde.
Politisch verbrannt haben sich in der Folge manche Sozialdemokraten wie Gerhard Schröder und manche Grüne wie Joschka Fischer, Restlaufzeiten wurden gehandelt und im Gegenzug erklärte der hessische Realissimo, müßten auch die Grünen „Entsorgungsverantwortung" übernehmen...was immer das heißt. Am Ende heißt es, daß Atommülldeponien, die eigentlich sicherheitstechnisch nicht zu verantworten sind wie externe Zwischenlager (Gorleben, Ahaus...), verantwortbar sind.
Die Vorschläge Gieskes und Piltz gerieten blitzschnell in den parteipolitischen Sog und wurden bis zur Unkenntlichkeit uminterpretiert, aber auch die Konzernkollegen in den Chefetagen der Bayernwerke rührten sich. Wenngleich RWE und Veba ihr Augenmerk ganz unverhohlen auf die billige Importkohle zwecks Verstromung geworfen hatten, übten sie mit Beginn der „Bonner Energiekonsensgespräche" wieder den Schulterschluß mit den anderen Atomstromern.
Der weitere Gang der Dinge bis zum „Scheitern" der Gespräche ist bekannt. Was bleibt? Die SPD ist (bislang) nicht von ihrem 10-Jahresbeschluß abgerückt. Die Grünen sind so rechtzeitig abgesprungen, daß sie nach aussen weiterhin sich als Partei des Ausstiegs („wir würden ja so gern, können aber

nicht") joschkalieren konnten. Was aber auch bleibt: die Zukunft der Atomkraft ist ungewiss. Nach einem jahrelangen Patt der gesellschaftlichen Kräfte pro und conta Atom neigt sich die Waagschale in Richtung Niedergang der Atomindustrie. Nach Zählung deren Lobby-Zeitschrift „Atomwirtschaft" stehen inzwischen rund 2o Atomanlagen genausoviele stillgelegte, abgebrochene Projekte gegenüber. Und wer genauer hinsieht, wird feststellen, daß dieses Bild sogar noch geschönt ist (aus dem Rahmen fällt allein das geplante neue Atomei Garching II - die Beladung mit 93% hochangereichertem Uran läßt unschwer den Verdacht aufkeimen, daß militärische Gesichtspunkte eine Rolle spielen). AKW's im Wartestand zur Stillegung sind:

- Neckarwestheim, DWR, 1365 Megawatt. Der Boden unter dem Kühlturm kommt nicht zur Ruhe. Bereits zweimal wurde über das Einspritzen von Betonit versucht, den Untergrund zu stabilisieren, der sicherheitsrelevante Kühlturm war um 14,2 cm weggesackt.
- Obrigheim, DWR, 357 Megawatt. Die kommerziell älteste Anlage in Deutschland erhielt erst 1992 vom baden-württembergischen Umweltminister Harald B. Schäfer (SPD) eine Dauerbetriebsgenehmigung. Erst jetzt sind erneut Einzelzeiten behördeninterner Kritik bekanntgeworden. So beträgt die Wandstärke der Reaktordruckbehälters statt 19 nur 16 cm, irreführende Informationen lagen der Genehmigung zugrunde, Nachweise wurden von Gutachtern nicht überprüft.

liche Lösung, das Atomkraftwerk an der Unterelbe durch ein modernes Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Koppelung zu ersetzen, an einem ausstiegsorientierten Gutachten arbeitet die hannoversche Gruppe Ökologie.
In die Schlagzeilen geraten immer wieder auch die anderen Meiler, Brunsbüttel wegen der Rohrleitungsrisse, Krümmel wegen der Leukämiefälle in der Elbmarsch, Würgassen wegen des mangelhaften Brandschutzes...
Bundesreaktorminister Klaus Töpfer (CDU) will die ausufernde Diskussion nach dem Scheitern der Bonner Gespräche mit einem Artikelgesetz (das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist) begrenzen. § 7 des Atomgesetzes wird um einen Absatz 2a ergänzt, dessen Formulierung an Absurdität kaum zu überbieten ist: wird ein AKW neu genehmigt, muß es inhärent sicher sein. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, heißt es im Entwurf, „wenn auf Grund der Beschaffenheit und des Betriebes der Anlage einschneidende Maßnahmen zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen außerhalt der Anlage nicht erforderlich werden". Von dieser neuen „Sicherheitsphilosophie" ausgenommen sind alle Reaktoren, die vor dem 31.12.93 ihre Betriebserlaubnis erhielten. Töpfer konstruiert hier nicht nuf zweierlei (Un-)Recht, er gibt auch denjenigen, die die Verfassungswidrigkeit der Atomkraft betonen, Auftrieb, denn diese Gesetzesformulierung mutet uns den atomgesetzkonformen SuperGau zu.

bei der Wiederaufarbeitung in Frankreich an(ge-) fallen (sind) (werden), dann folgt gleich die nächste Malaise: die Hanauer MOX-Schmiede ist für Jahre blockiert, der Kasseler Verwaltungsgerichtshof kassierte im Juli 93 drei Teilgenehmigungen für die Neuanlage. Dazu kommt - so meine Prognose - noch ein für uns AKW-Gegner günstiges Urteil, diesmal aus Lüneburg. Dort wird am 21. Februar in Sachen Endlager Gorleben der Streit zwischen Töpfer und Hannover ausgefochten. Seit 1.1.93 werden die Schachtansatzpunkte im Salzstock Gorleben ohne gültigen Rahmenbetriebsplan druck- und wasserdicht ausgebaut, ein weiteres Abteufen der Schächte über 345m Tiefe hinaus ist unmöglich.
Als parteiübergreifender Ausweg bietet sich angesichts dieser Lage allein der Deal, die Brennelementzwischenlager als Entsorgungsnachweis zu führen. Allerdings sind wir auch noch da. Seit 10 Jahren verhindern wir die Inbetriebnahme des Atommüllagers, und wir bereiten uns intern auf eine neue Kampagne vor, um mit massenhaftem Protest eine Einlagerung des heissen Mülls zu stoppen.
Und: natürlich geht es um den Schacht Konrad und Morsleben, damit eilig Fässer und Container von der Bildoberfläche verschwinden und in den Bilanzen nicht mehr auftauchen. Schließlich sieht die französische Gesetzeslage, das Loi No. 91-1381", Artikel 3 klar vor, daß radioaktive Abfälle nicht geswapt werden dürfen.

Foto: Wolfgang Hain

- Mülheim-Kärlich, DWR, 1302 Megawatt. Steht seit 1988 still. Zum einen steht die Erdbebensicherheit des Reaktors zur Disposition, zum anderen verweigerte die Umweltministerin Klaudia Martini (SPD) im Dezember die Dauerbetriebsgenehmigung mit dem Argument, die Entsorgung des Meilers sei nicht gesichert.
- Stade, DWR, 672 Megawatt. Erklärtes und nicht eingelöstes Ziel der rot-grünen Landesregierung in Hannover war, den Reaktor bis zum Ende der Legislaturperiode im März 1994 vom Netz zu nehmen. Immer noch favorisiert Gerhard Schröder (SPD) eine mit der Betreiberin Preussen Elektra einvernehm-

Geht es um die Atommüllberge, so kumulieren die Probleme. Ballast möchte die Atomindustrie abwerfen, wenn sie aus der Wiederaufarbeitung aussteigt. Selbst der Bundesrechnungshof rügte im Herbst 93 die Unwirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitung. Auch hier will Töpfer jetzt mit dem Artikelgesetz nachhelfen, § 9 des Atomgesetzes soll die direkte Endlagerung als Entsorgungspfad zulassen. Wird Cap de la Hague oder Sellafield aber nicht mehr als Verschiebebahnhof für den Müll benutzt, so muß der Entsorgungsnachweis, der zumindest das Papier wert war, auf dem er gedruckt war, neu geliefert werden. Geht es um die rund 44 t Plutonium, die

Die ungelöste und unlösbare Entsorgungsfrage ist und bleibt eine Achillesferse der Atomindustrie. Leere Auftragsbücher der Hersteller, der zähe Kampf um jeden Meiler...es geht voran! Halt im Schneckentempo. Und wer weiß, wie wichtig die Aktivität der Bewegten und Unentwegten ist, um einen Gang mehr in Richtung Ausstieg einzulegen, muß schon bedauern, daß trotz des behutsamen Tempos wieder jemand aus der Kurve geflogen ist: die „Atom" selbst, die dazu weiterhin einen Beitrag leisten könnte.

Wolfgang Ehmke

...und sie bewegt sich doch!

Anti-AKW-Bewegung 1994

Etwas Neues ist am entstehen: Reste der „uralten" Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre und der „alten" Anti-AKW-Bewegung der 80er treffen auf die Kreativität und Aktionslust der Jugendumweltbewegung der 90er. Die Zeit, in der auf überregionalen Treffen nur noch die „Krise der Bewegung" Thema war, scheint vorbei. Eine aktuelle Situationsbeschreibung vor dem Hintergrund der Bewegungsgeschichte:

Die Fahne mit der Anti-Atom-Sonne flattert im kalten Wind, der über die Wilstermarsch weht. Polizeihundertschaften mit Helm und Schlagstock sperren die Straßen vor dem AKW Brokdorf ab. Räumfahrzeuge fahren heran. Hubschrauber kreisen über der Szenerie. BGS-Einheiten warten hinter dem Kraftwerkszaun auf ihren Einsatz. Wasserwerfermotoren heulen auf und der nasse Strahl trifft die Demon-strantInnen auf der Fahrbahn. Abends in den Fernsehnachrichten und am nächsten Tag auf den Titelseiten der Tageszeitungen ist von einem brutalen und überzogenen Polizeieinsatz die Rede...
Spielt diese Szene 1976, 1981 oder 1986? Ob ihr es glaubt oder nicht, sie hat sich so und nicht anders im November 1993 abgespielt. 100 zumeist junge Menschen blockierten den ersten Transport abgebrannter Brennelemente, die von Brokdorf ins britische Sellafield gebracht wurden.
Jaja, ich weiß schon, in früheren Jahren waren hier Hunderttausende zugange und heute ist mit der Atomenergie-Problematik keine Massenmobilisierung mehr möglich. Das ist zweifellos richtig. Aber bedeutet es auch, daß der Widerstand gegen Atomanlagen nicht mehr nötig ist? Oder, daß er nichts mehr erreicht? Letzte Reste einer mit den Jahren zahnlos und harmlos gewordenen Bewegung? Die Atommafia auf dem Weg in eine widerstandslosen Zukunft?
Schlichtweg: Nein! Soziale Bewegungen verändern im Laufe der Entwicklung ihr Erscheinungsbild, ihre Aktionsformen und ihre Wirkungen. Die Anti-AKW-Bewegung ist ein leuchtendes Beispiel. Es gab in ihrer Geschichte sicher viele Pannen, Fehleinschätzungen und auch Niederlagen. Doch unterm Strich, bis heute, bleibt ein positiver Eindruck. Es ist den Anti-Atom-AktivistInnen immer wieder gelungen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich dementsprechend einzumischen.

Phasen einer Bewegung

Begonnen hat alles vor mehr als 20 Jahren in kleinsten Grüppchen, die erstmal ohne viel Erfolg versuchten, größere Bevölkerungskreise davon zu überzeugen, daß AKWs gefährlich sind und der Atomstaat droht. Das erste Jahrzehnt der Bewegung war von heute aus betrachtet vielleicht mehr durch die alltägliche Aufklärungsarbeit (Flugblätter, Infotische, Veranstaltungen, Diskussionen) vor Ort geprägt als durch die „bewegungshistorischen" Ereignisse in Wyhl, Brokdorf, Grohnde oder Gorleben.

BESETZUNG DER ENDLAGERFÖRDERTÜRME - GORLEBEN JUNI 1990

Foto: **BI Lüchow-Dannenberg**

Erst durch diese Anstrengungen war es möglich, daß die Anti-AKWBewegung zu einer der größten sozialen Bewegungen in der Geschichte der BRD wurde. Daß schließlich hundertausende demonstrierten und sich allüberall Anti-AKW-Initiativen gründeten, war das Ergebnis jahrelanger unermüdlicher Kleinarbeit.

Natürlich hatte auch das Aufbegehren der Bauern und Bäuerinnen von Wyhl, ihr neuartiges Bündnis mit Freiburger StudentInnen, ihr bis dato in der Republik nie gesehener zäher Widerstandswille und ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen entscheidenden Anteil an der Forcierung der Atomkraft-Debatte. Die richtige Mischung zwischen Information und Aktion zeigte Wirkung:

Das Bonner Atomprogramm wurde gestutzt. Wyhl ist nur das bekannteste derjenigen AKW-Projekte, die niemals realisiert wurden. Das ist das Problem mit den Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung: sie sind im Gegensatz zu den Mißerfolgen unsichtbar und geraten deshalb schnell in Vergessenheit. Wer kennt sie noch, die Namen der vermeintlichen Reaktor-Bauplätze, die heute noch grüne Wiese sind?

Massen-Bewegungen haben eine kurze Halbwertszeit. Da spielt es keine Rolle, ob es um Atomanlagen, § 218, Mittelstreckenraketen, Rassismus oder den Golfkrieg geht. Doch genau diese „Abklingphase" ist oft die entscheidende, wenn es um Erfolg oder Mißerfolg geht. In der „Hochphase" werden die Regierenden alles tun, um zu beweisen, daß sie von der Straße nicht erpreßbar sind. Helmut Kohl 1983: „Die demonstrieren, wir regieren". Noch so gut wie nie folgte der große Erfolg direkt auf Massendemonstrationen und -aktionen.

Erst wenn sich die DemonstrantInnen wieder verlaufen haben und die Bewegungsaktivistinnen sich von schlaflosen Orga-Nächten erholen, wird deutlich, was erreicht wurde: die breite öffentliche Meinung kippt!

Was vorher nur die Position einer radikalen Minderheit war, setzt sich jetzt durch. Und gerade an diesem Punkt erfaßt viele langjährig Aktive der große Frust. Sie haben mit glühendem Herzen verfolgt, wie ihre Mobilisierungs-Anstrengungen endlich Früchte tragen und trotzdem bleibt der schnelle Erfolg versagt. Dabei gilt es nun, sich auf die veränderte Situation einzustellen.

In der Anti-AKW-Bewegung gab es diesen Bruch gleich mehrmals. Jedesmal sind eine Menge „erfahrene KämpferInnen" abgesprungen, haben sich entweder ins Private oder in die Parlamente zurückgezogen oder Politikfeldern gewidmet, die schnellere Erträge versprachen. Diejenigen, die dabeiblieben, mußten neuerlich langen Atem beweisen. Und sie mußten dazulernen: Die Auseinandersetzung spielte sich auf verschiedensten Ebenen ab.

Nötig war nun vielerlei: Einerseits Professionalisierung wie bei den WissenschaftlerInnen von Öko-Institut und Gruppe Ökologie, die für Nachweise der Unsicherheit der Anlagen sorgten, bei den ÄnwältInnen, die die KlägerInnen gegen Atomanlagen vertraten und bei JournalistInnen, die in den Massenmedien gegen das Atomprogramm anschrieben. Andererseits mußten die Initiativen vor Ort verkraften, daß einzelne Atomanlagen in Betrieb gingen und sich mit neuen Aktionsformen gegen den Betrieb der laufenden Anlagen wenden. Für so gut wie jede Facette der Atomenergie-Auseinadersetzung entwickelte die Rest-Bewegung ihr eigenes Know-How.

Erfolge

Und dann, nach Jahren, stellen sich peu à peu die Erfolge ein. Und die werden von der Atommafia in Staat und Industrie natürlich gut verpackt und verschleiert, damit niemand auf die Idee kommt, demonstrieren würde „was bringen". Das haben sie seit Ernst Albrechts öffentlicher Erkenntnis, die WAA in Gorleben sei „politisch nicht durchsetzbar" gelernt. Dann ist es manchmal wie in Wackersdorf: das Aus für die dortige WAA, „aus ökonomischen Gründen", wird zu einem Zeitpunkt verkündet, wo bei BI-Treffen in Schwandorf nur noch ein kleines Häuflein frustrierter AktivistInnen zusammenkam. Aber kann sich jemand vorstellen, daß es den Rückzieher der VEBA auch ohne den Aufstand in der Oberpfalz gegeben hätte?

Gleiches ließe sich auch über andere Atomruinen oder gescheiterte Atompläne berichten: WAA in Dragahn, Schneller Brüter in Kalkar, Hochtemperaturreaktor in Hamm-

Uentrop, Genehmigungsverfahren für das HTR-Modul, Weiterbau der Ost-AKWs in Stendal, MOX-Brennelemente Produktion in Hanau, Atommüllverbrennungsofen in Karlstein. Immer wieder bleiben einzelne AKWs über Monate oder Jahre abgeschaltet, weil heutzutage die Methode „Schwamm drüber" nicht mehr funktioniert: Obrigheim, Mülheim-Kärlich, Brunsbüttel, Krümmel... Das letzte AKW ging vor sechs Jahren in Betrieb und seither wurde nirgends ein neues in Auftrag gegeben.

Das ist das Problem mit den Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung: sie sind im Gegensatz zu den Mißerfolgen unsichtbar und geraten deshalb schnell in Vergessenheit. Wer kennt sie noch, die Namen der vermeintlichen Reaktor-Bauplätze, die heute noch grüne Wiese sind?
Immer noch und immer neu gibt es an zahlreichen Orten kleine, zähe, miteinander eng vernetzte Gruppen, die in der Lage sind, bei entsprechenden Anlässen mit viel politischen Gechick, fundiertem Fachwissen und langjähriger Aktionserfahrung einzugreifen.

Der größte Erfolg der Bewegung liegt bisher sicher im Bereich der ungelösten Atommüll-"Entsorgung". Die von Atomiker-Seite projektierten „Lösungen" konnten alle in der öffentlichen Meinung demontiert und in der konkreten Auseinandersetzung vor Ort um viele Jahre verzögert werden. Damit ist es bis heute gelungen, den wachsenden Atommüllberg als die Achillesverse des ganzen Atomprogramms zu erhalten. Symbol dieser Entwicklung ist die seit über zehn Jahren leerstehende CASTOR Halle in Gorleben.
Mit der zur Zeit anstehenden Änderung des Atomgesetzes wird auch der letzte Strang der Plutoniumwirtschaft gekappt: In Zukunft müssen abgebrannte Brennelemente nicht mehr zur Wiederaufarbeitung ins Ausland. Dies ist die nur logische Konsequenz aus dem Desaster mit dem Schnellen Brüter, dem für die AKW-Betreiber ökonomischen Schwachsinn mit den MOX-Brennelementen und der in diesem Jahr unübersehbaren Erkenntnis, daß Frankreich und Großbritannien die Betriebsabfälle aus den WAAs zurückschicken werden.

Was bleibt?

Die sogenannten „Energiekonsensgespräche" im letzten Jahr haben einiges deutlich gemacht:
Die Stromversorger werden von sich aus keine Initiative zum Neubau von Atomkraftwerken ergreifen, wenn sich nicht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz dafür einstellt. (Ausnahme ist hier unter Umständen das Bayernwerk) Dazu haben sie in den letzten Jahren schon zu viel Geld in den Sand gesetzt. Das erste und einzige Interesse der AKW-Betreiber ist die Absicherung möglichst langer Laufzeiten der bestehenden Reaktoren. Dies soll folgendermaßen erreicht werden:
- Weiteres Aufweichen des SPD-Ausstiegsbeschlusses von 1986 durch die Koppelung der Atomenergiefrage an die Kohlefinanzierung in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern
- Langsamer Abschied von störendem, d.h. teurem, unsinnigem oder besonders umstrittenem Ballast. Beispiele: Wiederaufarbeitung, MOX Produktion, „Endlager" Gorleben, Hochtemperaturreaktoren
- „Lösung" des Atommüllproblems durch Ausnutzen der Einlagerungsgenehmigung in Morsleben bis zum Jahr 2.000, der zügigen Inbetriebnahme des „Endlagers" Schacht Konrad und der Verlagerung des Entsorgungsnachweises auf die Existenz und den Zubau von „Langzeitzwischenlagern" wie in Gorleben, Ahaus und Greifswald.
- Garantie für sogenannte „Restlaufzeiten" der AKWs, um so in den Genuß der millionenschweren Jahre zu kommen, wenn die Baukosten erst mal abgeschrieben sind. Da ist derzeit von 40 Jahren die Rede.

Die Atommafia plant, mit dieser „schlankeren", von allen problematischen Bereichen befreiten Atomwirtschaft, die Mitte des nächsten Jahrzehnts zu erreichen. Denn dann stehen zahlreiche Entscheidungen über Kraftwerksneubauten an. Die Atomindustrie, vor allem Siemens, hofft auf neue Aufträge, zumindest wenn es bis dahin keinen größeren „Störfall" gegeben hat und es durch weitere Propaganda gelingt, die „Akzeptanzkrise" zu überwinden.
Doch selbst ob die beschriebenen Wünsche der Atomiker für die 90er Jahre in Erfüllung gehen, ist absolut offen. Denn obwohl die Anti-AKW Bewegung seit Jahren keine Massen mehr mobilisieren kann ist sie nach wie vor ein entscheidender Machtfaktor. Immer noch und immer neu gibt es an zahlreichen Orten kleine, zähe, miteinander eng vernetzte Gruppen, die in der Lage sind, bei entsprechenden Anlässen mit viel politischen Gechick, fundiertem Fachwissen und langjähriger Aktionserfahrung einzugreifen.
Die neuere Entwicklung gibt da zu Hoffnung Anlaß. Das, was die Atomwirtschaft erst noch vor sich hat, ist den Anti-Atom-AktivistInnen schon gelungen: Unnötiger Ballast wurde abgeworfen (so gehören Fraktionierung und erbitterte Machtkämpfe - mit wenigen Ausnahmen - der Vergangenheit an). Die Bewegung ist „schlanker", d.h. auch beweglicher. Die Lust an der direkten Aktion ist zurück und übt gerade auf Leute aus der Jugendumweltbewegung große Anziehungskraft aus.
1994 kann bereits ein entscheidendes Jahr für die Frage werden, ob die Atommafia ihr oben beschriebenes Überlebenskonzept verwirklichen kann. Denn die dazu nötigen, vom SPD-Verhandlungsführer Gerhard Schröder in die „Atomkonsens"-Verhandlungen eingebrachten Zugeständnisse wie die Inbetriebnahme von Konrad und die „Langzeitzwischenlagerung" von hochaktivem Atommüll kann er selbst nicht einlösen, wenn die Bewegung es nicht zuläßt.
Was steht an?

In Ahaus und Gorleben kann es sich ganz

Brokdorf '93/94:
„Ein Lachen wird sein..."

Die jüngsten Erfahrungen bei den Aktionen gegen die Atomtransporte aus Brokdorf nach Sellafield belegen: Anti-AKW-Aktionen erfreuen sich wieder zunehmdener Beliebtheit, auch und vor allem unter jungen Leuten.
Der erste Transport wurde im November von 100 Leuten blockiert und konnte die Strecke vom AKW bis zur Ortschaft Brokdorf nur im SchrittTempo zurücklegen, was eine ganze Stunde dauerte. Durch das gemeinsame Handeln ist eine Kraft entstanden, die selbst der Kälte (Wasserwerfereinsatz bei -5 Grad) und der Polizeiübermacht trotzte und den Mut wachsen ließ. Das entscheidende Moment dieser Aktionen war nicht die Anzahl der AktivistInnen, sondern die Entschlossenheit, die Ernsthaftigkeit gepaart mit Lebensfreude, der Zusammenhalt in der bunt zusammengewürfelten Gruppe und die Gewißheit, auf der richtigen Seite zu stehen.
So ist auch zu erklären, daß die Aktionen zum zweiten Transport im Dezember noch einen draufsetzten. 13 Leute besetzten für 25 Stunden den Verladekran im AKW Brunsbüttel und verzierten den Transportwaggon mit Parolen und einer großen lachenden Anti-Atom-Sonne. Gleichzeitig befreite eine größere Gruppe vor den Kraftwerkstoren die Zufahrtsgleise auf 20 Metern vom Schotter: die Schwellen hingen in der Luft. Ein fröhlicher „Eingriff in den Schienenverkehr", nicht heimlich in der Nacht, sondern am hellen Tag. Und da die Polizei erst spät und spärlich anrückte und die Gruppe sich dann geschlossen zurückzog, wurden von niemandem die Personalien aufgenommen: nachahmenswert.
Und dies war erst der Anfang. 1994 soll es sechs weitere Transporte geben und die neu entstandenen Aktionsgruppen sind darauf vorbereitet. Die Polizeiführung war bereits beim Dezember-Transport durch kleinste Störungen aus dem Konzept zu bringen. Die Frage stellt sich: was passiert eigentlich, wenn bei einem der nächsten Transporte plötzlich nicht 100 sondern z.B. 2.000 Leute den Weg versperren?
Da ist er wieder zu spüren, der lange vermisste Mut zum Erfolg.
Es ist also möglich, das von vielen Standortinitiativen gefahrene Minimalprogramm vom zu forcieren.
Eine alte Parole bekommt wieder Sinn: „Ein Lachen wird sein, das euch besiegt"

jost

schnell zuspitzen: In Westfalen ist die Einlagerung weiterer Kugelbrennelemente aus dem THTR Hamm-Uentrop geplant - die Mobilisierung dagegen läuft bereits. Im Wendland droht die Lieferung von hochaktivem verglastem Müll aus der WAA La Hague und auch der „normale" CASTOR könnte überraschend aus Philippsburg anrollen.

Und sonst? Die Bewegung rührt sich: Einwendungskampagne gegen neuen Forschungsreaktor in Garching, Elterninitiativen gegen Leukämie, Öffentlichkeitsarbeit zu den Folgen des Uranabbaus in der Ex-DDR und weltweit, Stillwgungskampagne in Biblis, Mobilisierung gegen das neue Atomgesetz, Transportblockaden auch in Neckarwestheim und Gundremmingen...

Der Siemens-Boykott kommt langsam in Fahrt. Ihm kann eine entscheidende Bedeutung bei der Frage zukommen, ob die Atomwirtschaft sich die geringe Chance für Neuaufträge im nächsten Jahrzehnt offenhalten kann, indem der Münchner Konzern weiter an seinem durch ein paar Sicherheitsgimmicks neu verzierten Druckwasserreaktor bastelt. Wenn der Image-Schaden für den Konzern zu groß wird, muß er irgendwie reagieren. Wir können gespannt sein...

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich sehe die bisherige Geschichte der Bewegung als eine Aneinanderreihung von Erfolgen und Mißerfolgen. Weder erkenne ich in den 20 laufenden AKWs einen großen und endgültigen Sieg der Atommafia, noch behaupte ich, die Sache mit der Atomkraft würde sich innerhalb kürzester Zeit von alleine erledigen.

Weiterhin gilt, daß die in dieser Frage seit Jahren bestehende politische Patt-Situation anhält. Das bedeutet: Wir haben weder „gewonnen" noch „verloren". Die Auseinandersetzung dauert an und es ist weiterhin dringend nötig, sich einzumischen.

Plastisch deutlich wird dies am Beispiel Gorleben: Wer von der langen Geschichte des wendländischen Widerstands gehört hat und dann zum erstenmal die Wälle, Mauern, Zäune, Hallen und Fördertürme im Wald zwischen Gedelitz und Gorleben sieht, überfällt Resignation und Ohnmachtsgefühl. Und doch, auch hier ist so gut wie alles noch offen: Lediglich das Faßlager für schwachaktiven Müll ist in Betrieb. Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) ist noch in Bau, das Endlager würde (wenn überhaupt) frühestens im Jahre 2008 den Betrieb aufnehmen und durch die leere CASTOR-Halle pfeift der Wind. Das heißt: der Widerstand ist möglich und nötig wie am ersten Tag nach der Standortentscheidung 1977.

Klein aber fein

In den letzten Jahren waren die bundesweiten Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung oft geprägt von Diskussionen über die „Krise der Bewegung". Jetzt langsam scheint sich die Einsicht durchzusetzen, daß sich eine

soziale Bewegung nicht an den Verhältnissen der Vergangenheit, sondern an den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft messen muß.

Und so gesehen ist die kleine aber feine Anti-AKW-Bewegung 1994 auf der Höhe der Zeit. Klar, es gibt heutzutage andere politische Konfliktfelder, die vielen Menschen eher ins Auge springen, aber trotzdem bleibt die Bedrohung durch die Atomkraftwerke jeden Tag erhalten, solange wir diese nicht stillgelegt haben. Und schließlich ist und bleibt der Konflikt um die Atomenergienutzung ein sehr gutes Lernfeld in politischer Aktion, in Staats- und Parteienverständnis, in Zivilcourage.

Ob eine Ausweitung des Siemens-Boykotts, ob weitere kreative Aktionen in Brokdorf, ob Blockaden in Ahaus, ob ein aufständiges Wendland: 1994 wird ein Jahr der Anti-AKW-Aktionen und es lohnt sich, dabeizusein.

Jochen Stay

Foto: BI Lüchow-Dannenberg

Der Hamburger Atom-Ausstieg und die Grünen/GAL

Situation in der Energiepolitik ...

Hamburg befindet sich als Bundesland AKW-mäßig in einer Sonderstellung. Die HEW, die Hamburg mit Strom versorgt, ist an vier AKW rund um die Hansestadt beteiligt (Brokdorf, Brunsbüttel, Stade und Krümmel). Partner ist jeweils die Preussen Elektra. Hamburg hat keinerlei Aufsichtsbefugnis über die AKW. Dafür gehört ihr die HEW aber zu 73%. Sie kann über die Eigentumsverhältnisse maßgeblichem Einfluß auf die HEW ausüben. In den letzten 25 Jahren wurde da von SPD-Senat und HEW-Vorstand mehr oder weniger einvernehmlich Atompolitik betrieben. Die HEW hat mit rund 80% Atomstromanteil (vorausgesetzt, alle AKW laufen) bundesweit die Spitzenposition. Andererseits gab es '92 - auf Druck der Anti-AKW-Bewegung - eine Satzungsänderung, die die HEW langfristig auf Ausstieg festlegt. D.h. die HEW ist das einzige der großen Verbund-EVU, bei dem es ausgeschlossen ist, daß es neue AKW bauen wird. Die Satzung ist allerdings so formuliert, daß die bisherigen AKW bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen Betriebszeit laufen können.

Darüberhinaus ist die Stadt Hamburg aber

Foto: **Günter Zint** / Brokdorf

Foto: **Günter Zint / Brokdorf**

auch Konzessionsgeberin der HEW und Landesgesetzgeberin. Die Stadt hat auch auf diesem Wege die Möglichkeit, die HEW auf eine Energiewende zu verpflichten. Parlamentarisch also eine weites Betätigungsfeld, auf dem sich nicht -wie sonst üblich - auf das Töpfersche Weisungsrecht zurückgezogen werden kann.

... und in der Bewegung

Wie fast überall sonst war auch in Hamburg und umliegenden AKW-Standorten die Anti-AKW-Bewegung Ende der Achtziger/Anfang der Neunziger Jahre auf einen Rest übriggebliebener Gruppen mit wenigen AktivistInnen geschrumpft. Immerhin war es aber in den letzten 2 bis 3 Jahren möglich, halbwegs koordiniert Aktivitäten abzustimmen und sich gegenseitig zu unterstützen. Dazu hat es immer wieder Ansätze zu diversen Bündnissen im Anti-AKW- und Energiewende-Bereich gegeben. Letzte herausragende Aktivität war die Vorbereitung und Durchführung der Demo gegen das AKW-Brunsbüttel am 26.6.93.
In dieser Zeit haben wir auf Bündnisebene sehr intensiv mit der GAL-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft zusammengearbeitet, konkret mit dem für's Thema zuständigen Abgeordneten und dem Referenten (H. Matthews und D. Seifert). Diese Zusammenarbeit erstreckte sich über gegenseitigen Info-Ausstausch, Erarbeitung gemeinsamer Inhalte, der Organisation von Bündnistreffen bis zur Durchführung gemeinsamer Aktivitäten.
Zur GAL-Fraktion insgesamt hatten die meisten von uns dabei ein sehr distanziertes Verhältnis. Zuletzt hatte die sich dadurch äußerst unbeliebt gemacht, daß sie von der Bundesregierung (!) die Befürwortung militärischer Einsatze in Bosnien einforderten.
Die beiden Menschen, die unsere Bündnispartner bei der GAL waren, gehörten jedoch immer zum oppositionellen linken Flügel innerhalb der GAL. Solange sie für die Gesamtfraktion im Bereich Energiepolitik das Sagen hatten, konnten wir auch gut mit der GAL gegen AKW zusammenarbeiten.

Kontakt:
Gewaltfreies Aktionsbündnis,
Nernstweg 32, 22765 Hamburg,
Tel. 040/3909222.

Neuwahlen in Hamburg

Im Frühsommer wurden wir dann wie viele andere davon überrascht, daß der „CDU-Rebell" Wegener vor Gericht die Ungültigkeit der Bürgerschaftswahl '91 durchsetzen konnte. Moniert wurde die „undemokratische" Kandidatenaufstellung bei der CDU. Beschlossen wurde die Verpflichtung zu Neuwahlen, die dann auch am 19. September stattfanden. Von den Wahlpropheten wurde die rechnerische Möglichkeit einer rotgrünen Koalition als wahrscheinlichstes Wahlergebnis vorausgesagt.
Für die Anti-AKW-Initiativen stellte sich die Frage, ob denn die GAL-Fraktion tatsächlich unsere Inhalte zur Stillegung der AKW und zu einer echten Energiewende in einer Koalition mit der SPD umsetzen will und sich somit für uns über die parlamentarischen Ebene die Möglichkeit eröffnet, unseren Zielen ein ganzes Stück näherzukommen.
Aufgrund der Erfahrungen in anderen Bundesländern waren wir natürlich mißtrauisch. In Niedersachsen hatten die Grünen wesentliche Inhalte aufgegeben, um mitregieren zu dürfen. Das Endlager Gorleben bekam den Rahmenbetriebsplan, Atomtransporte wurden durchgeprügelt, selbst Stade ist noch am Netz, undundund...
Bestärkt wurde unser Mißtrauen gegen die GAL, daß bei der Kandidatenaufstellung für die Neuwahl neue Leute für den Bereich Energiepolitik aufgestellt wurden, einer davon (A. Porschke) gar als Spitzenkandidat auf Platz zwei. Er war uns jedoch aus unserer Arbeit in den Jahren zuvor nicht bekannt. Es roch also danach, daß über solch ein Personenwechsel und der Perspektive einer Regierungsbeteiligung auch ehedem grüne Urforderungen in der Energiefrage gekippt werden könnten.

Wir haben deswegen vor der Wahl Anfang September ein Arbeitsgespräch zwischen den Anti-Atom-Inis und GAL-VertreterInnen organisiert, um zu klären, wo die GAL steht. In dem Gespräch versuchten wir unter Zuhilfnahme juristischer Fachleute die komplexe Materie in Sachen Hamburger Möglichkeiten der AKW-Stillegung und ökologische Energiewende in ein konkreteres Handlungskonzept für Hamburg zu bündeln. Ergebnis war eine inhaltliche Übereinstimmung, wie sie auch in einem Ergebnisprotokoll festgehalten ist. Die Quintessenz lautet:
„Hamburg kann - ungeachtet bundesweiter Maßnahmen - alleine über zwei Wege einen Atomstromverzicht und eine ökologische Energiewende erreichen:

I. Durch Festlegung eines Energiekonzeptes in einem Landesenergiegesetz, einem darauf beruhenden Konzessionsvertrag und einer entsprechenden Strompreisaufsicht
II. als (Mit-)Eigentümerin der HEW
a. durch Vermögensübernahme nach Aktiengesetz und der Bildung von Stadtwerken und, solange diese favorisierte Möglichkeit nicht vollzogen ist,
b. über die Besetzung des HEW-Aufsichtsrates mit AtomkraftgegnerInnen.

Anti-Atom-Initiativen und GAL-Fraktion waren sich grundsätzlich darüber einig, daß diese Wege vom Hamburger Senat unverzüglich zu beschreiten sind."
Einen klaren Dissens gab es allerdings in unserer Forderung, die GAL möge noch vor der Wahl die Stillegung der Hamburger AKW als Bedingung einer Regierungsbeteiligung öffentlich erklären.

Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GAL

Bei der Wahl kam dann - wie erwartet - heraus, daß es eine klare rotgrüne Mehrheit geben kann. Überraschend war allerdings, daß Wegners konservative Statt-Partei auf Anhieb die 5%-Hürde überwunden hatte und somit alternativ zu den Grünen als Koalitionspartner für die SPD zur Verfügung stand. Das führte zur Gespaltenheit bei der SPD mit dem Ergebnis, daß zwar zuerst mit der GAL verhandelt wurde, die Verhandlungsessentials der SPD aber vom Bürgermeister Voscherau festgelegt wurden, der lieber mit der Statt-Partei koalieren wollte.
Die Verhandlungsführung wurde also von der SPD-Rechten bestimmt, die sich wenig kompromißbereit gegenüber der GAL zeigte.
Wir wollten unseren Forderungen nun dadurch Nachdruck verleihen, daß wir möglichst direkt am Verhandlungsgeschehen dran sind

und die GAL-Kommission gegenüber der SPD auch auf unser Wissen zurückgreifen kann (denn mangels Substanz liegt es bei der GAL auch im Detailwissen im argen). Dazu haben wir dann aus unseren Bündniszusammenhängen heraus eine Kleingruppe mit VertreterInnen vom Energiewende-Komitee, Robin Wood und Gewaltfreiem Aktionsbündnis gebildet, schriftliche Vorlagen zu Einzelthemen erarbeitet und Besprechungen mit dem für die Verhandlung zuständigen Abgeordneten Porschke gehabt.

Blackout bei der GAL oder bloße Taktiererei?

Was dann aber bei der entscheidenden Verhandlung zur Energiepolitik am 27.10. herausgekommen war, ist mehr als nur bestürzend: ein 'Kompromiß' in Sachen Ausstieg aus der Atomenergie, bei dem drei AKW ausgeklammert werden (also weiterlaufen können) und das vierte AKW so ab 1999 stillgelegt werden könnte! Und dafür wurde obendrein noch die Forderung nach Aufkauf der HEW aufgegeben.
Uns überraschte nicht so sehr, daß die GAL um der Koalition willen bereit ist, wesentliche Inhalte aufzugeben, sondern daß sie es so früh und sehr umfassend tat. An dieser Stelle haben wir dann die Zusammenarbeit aufgekündigt. Unsere - zuvor gemeinsamen Inhalte -waren gar nicht zur Verhandlung gekommen! Stattdessen versuchte die GAL dem Atomausstieg über die Kündigung der AKW-Gesellschafterverträge beizukommen.
Wir haben das Problem von vorneherein so diskutiert, daß die Kündigung der AKW-Gesellschafterverträge mit der Preussen Elektra wahrscheinlich keine Möglichkeit zur Abschaltung gegen deren Willen bieten. Deswegen müßte die HEW auf der Verhandlungsebene Druck gegen die Preussen Elektra machen, um die AKW-Anteile auszutauschen. Im Ergebnis hätte HEW dann Verfügungsgewalt über zwei AKW, die dann sofort stillgelegt werden können. Hamburg würde keinen Atomstrom mehr beziehen. Zur Zeit sind die AKW Brunsbüttel (seit eineinhalb Jahren) und Krümmel (seit einem halben Jahr) wegen der Rißfunde abgeschaltet. Die HEW haben als Betriebsführerin die Verantwortung für diese Anlagen. Es wäre also ein leichtes, mit der Atomaufsicht in Kiel mit dem Ziel der Stillegung zusammenzuarbeiten. Würde Preussen Elektra nicht auf den Anteile-Tausch eingehen wollen, müßten sie nicht nur gegen die Atomaufsicht in Kiel klagen, sondern auch gegen ihren geschäftsführenden Partner HEW. Wenn ein ausstiegswilliger Senat diesen Weg gehen will, und die HEW (Vorstand, Kleinaktionäre) erwartungsgemäß nicht mitziehen, dann macht der komplette Aktienaufkauf und die Umbildung zu Stadtwerken Sinn, um die HEW unter sichere politische Kontrolle zu bekommen. Darüber hinaus ist für eine ökologische Energiewende unter Regie eines Energiedienstleistungsunternehmens die Umwandlung der HEW von einer Aktiengesellschaft hin zu Stadtwerken unverzichtbar.
Und es gibt auch noch rechtliche Zugriffsmöglichkeiten auf die AKW. Die HEW kann mit einer Klage versuchen, die Betreibergesellschaften der vier AKW aufzulösen. Sie kann diesen Weg beschreiten, wenn sie der Meinung ist. daß dem Atomgesetz nicht Genüge getan wird. Beispielsweise weil die Wiederaufarbeitung in Sellafield nachgewiesenermaßen nach deutschem Atomgesetz nicht schadlos und deswegen der Entsorgungsnachweis der AKW ungültig ist. Ob dieser juristische Weg zum Erfolg führt, entscheiden wie immer die Gerichte. Aber es ist eine Möglichkeit, Druck zu machen.
All das brachte die GAL gar nicht erst in die Verhandlung ein - wohl aus einer Mischung von Unkenntnis und politischen Unwillen heraus. Denn ein Einfordern von sofortigen AKW-Stillegungen auf diesem Wege hätte zuallererst zum Verhandlungskonflikt mit der SPD geführt. Das paßte der GAL - die ja nun mal mitregieren wollte - nicht ins Konzept.
Denn der politische Wille zu einer neuen Energiepolitik ist bei der SPD unter Voscherau nicht vorhanden. Statt dies in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, fiel die GAL der Bewegung in den Rücken, indem sie auf SPD-Linie einschwenkte (Stillegung eines AKW frühestens in sechs Jahren) und in der Öffentlichkeit erklärte, „unsere" Ausstiegsszenarien seien nicht machbar.
Deswegen hat die Kleingruppe die Konsequenzen gezogen und die Zusammenarbeit mit der GAL eingestellt. Es sollte sich niemand mehr die Illusion machen, durch eine GAL-Regierungsbeteiligung würde sich energiepolitisch etwas wesentliches verändern.
Der Mehrheitsflügel der GAL Hamburg hatte ein politisches Interesse daran, dieses Desaster zu vertuschen, um ihre Glaubwürdigkeit als Ausstiegspartei nicht zu verlieren. Deswegen wurden die Initiativen über ihr Sprachrohr Florian Marten in der taz Hamburg auf übelste Weise verleumdet. Indem unsere Position (s.o) verschwiegen wurde, wurde uns Inkompetenz und falsche Beratung der GAL vorgeworfen. So soll die „Schuld" am Verhandlungsergebnis nun auch noch bei uns liegen. Die GAL hat es sich damit bei uns als Bündnispartner in Sachen Energiepolitik und Stillegung der AKW verscherzt.

Am 18.11.93 haben wir von der Kleingruppe aus eine Info-Veranstaltung durchgeführt, wo wir über den ganzen Ablauf berichtet haben. Es waren VertreterInnen fast aller Anti-AKW-Initiativen in und um Hamburg anwesend. Die Kritik an der GAL wurde allgemein geteilt. Aufgeworfen wurde die Frage, ob nicht schon die Zusammenarbeit mit der GAL nach der Wahl zu naiv war. Bereits vorher hätte der Bruch da sein können, anhand der Tatsache, daß die GAL die AKW-Stillegung nicht zur Koalitionsbedingung machen wollte. Dagegen wurde gestellt, daß es uns angesichts der bis dato guten Zusammenarbeit hätte weiterbringen können, ein Bündnis mit einer potentiellen grünen Regierungspartei auszuprobieren.
Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GAL scheiterten dann später an anderen Punkten (4. Elbtunnelröhre/Hafenerweiterung Altenwerder). Nicht jedoch deswegen, weil die GAL hier an ihren ursprünglichen Inhalten festhalten würde - denn es wurden weitreichende Kompromisse angeboten - sondern weil die SPD sich stur stellte. Die SPD-Rechte wollte eben zur Bewahrung des Status Quo lieber mit der STATT-Partei regieren, wozu es jetzt auch gekommen ist. Im Bereich Energiepolitik wurde von SPD und STATT übrigens das vorläufige Verhandlungsergebnis mit der GAL übernommen.
Die GAL präsentierte sich damit als eine Partei, die bereit ist, sich für eine Regierungsbeteiligung zu einem Anhängsel der SPD zu machen und deren bisherige antiökologische Politik bestenfalls etwas abgemildert fortzuführen.

Verhandlungs-Nachspiel

Im Nachhinein und in der Opposition sind nun doch noch einige Kräfte innerhalb der GAL bemüht, den Bereich Energiepolitik inhaltlich wieder zu festigen. Die linke Gruppierung ZAS hat für eine Sonder-MV einen Antrag gestellt, der im wesentlichen auch unsere Inhalte enthält. Die MV wird am 22. Januar (gewesen) sein. Wie es mit der GAL die nächsten Jahre weitergehen kann, wird dann auch von der Beschlußlage abhängen. Mit oppositionellen Kräften innerhalb der GAL (wie H. Matthews und D. Seifert) werden wir auch weiterhin zusammenarbeiten können. Es hat sich aber in jedem Fall gezeigt, daß
- inhaltliche Positionen zu Atom- und Energiepolitik innerhalb der GAL kaum noch bekannt sind
- die Partei im Ernstfall bereit ist, in der Opposition postulierte Forderungen für eine Regierungsbeteiligung aufzugeben und die Arbeit der Initiativen dafür auch zu diffamieren.

Wir haben also von der GAL nichts zu erwarten, wenn sie an die Regierungstöpfe gelangt. Darin unterscheidet sie sich in nichts von der SPD - nur daß diese auch in Oppositionszeiten kein Bündnispartner von uns ist. Damit erledigt sich auch jede Perspektive, direkt über die parlamentarische Ebene unsere Ziele durchzusetzen.
Im Hinblick auf die Bundestagswahl wird es deswegen vermutlich wenig bringen, mit einer grünen Regierungspartei als Kraft für die sofortige Stillegung der AKW zu rechnen. Ein Engagement unsererseits wird sich - wie bei den „Konsens"-Verhandlungen - nur dafür lohnen, die Öffentlichkeit während der Wahlkampfzeit für die Propagierung unserer Forderungen zu nutzen.
Ansonsten wird es wieder vielmehr darauf ankommen, jenseits massenmedialer Öffentlichkeit neue (und alte) MitstreiterInnen zu gewinnen, um mehr außerparlamentarischen Druck entwickeln zu können. Davon haben uns die Aktivitäten zu den Koalitionsverhandlungen leider ziemlich abgehalten.

Wer genauere Infos haben will, kann sowohl unsere inhaltlichen Ausarbeitungen (Ergebnisprotokoll, Detailuntersuchungen) und Stellungnahmen als auch die Pressemeldungen im GAB-Büro anfordern.

Peter Probst

Es galt lange Zeit als gemeinsames Prinzip aller AKW-GegnerInnen, nicht über Atommüllagerung zu reden, während weiterer produziert wird.
Schon dies wird leider seit einiger Zeit durchbrochen, indem öffentlich Überlegungen und sogar konkrete Konzepte als positive Lösungsmöglichkeiten vorgestellt werden. Meist beinhalten sie, den Atommüll auf unbestimmte Zeit in einem stillgelegten AKW zu lagern. Dabei ist leicht einsichtig, daß die bei der Kritik an Atomkraftwerken diskutierten Einwirkungen von außen - typischerweise Flugzeugabsturz - auch bei stillgelegten AKWs eine Katastrophe auslösen können. Denn auf lange Zeit steckt im Atommüllager das Tausendfache der Hiroshima-Radioaktivität, und gegen solche Gefahren ist kein Meiler gewappnet und kann es auch nicht werden.
Bin ich deshalb für Abtransport des Atommülls und Lagerung anderswo?
Keineswegs, das ist gerade der Punkt - ich bin überhaupt und nie und nimmer positiv *"für"* irgendeine Methode der Atommüllagerung zu haben. Und nicht nur jetzt nicht, sondern auch nach der Stillegung aller Atommeiler nicht. Denn jede Zustimmung, jetzt oder irgendwann später, zu irgendeiner Atommüllbehandlung, -bewegung, -lagerung bedeutet Zustimmung, daß irgendwo und irgendwann Menschen geschädigt werden.
Das könnte man ja als gesinnungsethischen Rigorismus abstempeln, aber diese Position hat auch ganz praktisch-politische Bedeutung: Jede jetzt geäußerte Bereitschaft, nach Stillegung aller Atomanlagen konstruktiv mit den jetzigen BetreiberInnen in der Frage der Atommüllagerung zusammenzuarbeiten, ist ein Beitrag zur Verharmlosung des Problems.
Denn es wird signalisiert: Wenn erst einmal die Stillegungsforderung erfüllt ist, werden wir schon gemeinsam eine alle zufriedenstellende Lösung finden. Außerdem trägt es dazu bei, daß St. Florian wieder sein häßliches Haupt erhebt und die Bewegung spaltet. Denn AnwohnerInnen von AKWs können, läßt man sich überhaupt auf derlei Gedankenspiele ein, mit Recht sagen: "Bloß weg von hier mit dem Dreck, und wenn's dann eben nach Gorleben oder Schacht Konrad ist." Leute an Endlagerstandorten könnten kontern: "Behaltet den Dreck bloß in "Euren" AKWs. Makabrer ist noch ein sich schon abzeichnender globaler Florianismus, wie ihn E.U. von Weizsäcker verbreitet, wenn er den Atommüll nach Sibirien schaffen will; auch die strahlenverseuchten Gebiete Kasachstans, Nevadas und der Wüste Gobi bieten sich an.
"Aber irgendwas muß doch mit dem Atommüll geschehen, und bei dessen Lösung dürfen wir uns doch nicht versagen, das wäre ja eine Verweigerungshaltung, und damit machen wir uns doch unglaubwürdig gegenüber der Gesellschaft." So hört man selbst ehemals radikale Leute sprechen, so fühlen offenbar viele.
Ganz im Gegenteil, unsere Aufgabe ist es, in aller Schärfe klarzumachen: Eine Lösung des Atommüllproblems gibt es schlicht nicht und wird es, kann es nie geben. Und an stufenweisen Bewertungen herumzudoktern, weil die eine Methode vielleicht etwas weniger gefährlich als die andere sein könnte, ist kaum etwas anderes, als heute Atommeiler nach ihrer Gefährlichkeit zu ordnen, so daß das eine etwas weniger unverantwortlich als das andere erscheint.
Abgesehen davon, daß eine solche Argumentation die grundsätzliche Kritik an der Atomenergie schwächt, sehe ich auch überhaupt keinen Grund, warum wir uns verpflichtet fühlen sollten, in irgendeiner Weise konstruktiv mitzuarbeiten oder solche Mitarbeit für den Fall der Stillegung anzukündigen. Sollen doch die politisch Verantwortlichen nach erfolgter Stillegung aller Atomanlagen und Beendigung des Atomprogramms das in den großen Atomforschungszentren vieltausendfach versammelte Gehirnschmalz einzig auf den Zweck orientieren, die relativ am wenigsten gefährliche Behandlung des Atommülls herauszufinden - ich werde dennoch jedes Konzept kritisieren, denn jedes wird zu Gesundheitsschäden und Tod von Menschen führen, und kein zustimmendes Wort dazu wird je über meine Lippen kommen.

Jens Scheer
(nach TAZ vom 23. Okt. 93)

Eigentlich Schnee von gestern ?

Der Text ist alt, gute 7 Jahre alt - für autonome Zeitnehmer/innen eine kleine Ewigkeit. Eigentlich Schnee von gestern.
Wir hätten uns lieber gewünscht, die darauf folgenden Ereignisse und (Ge-)zeiten hätten ihn überholt, die Weiterentwicklung autonomer Theorie und Praxis hätte ihn im besten Sinne kompostiert.
Doch die Zeiten scheinen nicht (nur) stillzustehen - sie werfen uns zurück. Wenn wir bestimmte zeitliche Zuordnungen aus dem (folgenden) Text herausnähmen, wäre dieser auch für viele (West-) Deutsche neu und aktuell - fast schon ein wenig zu vorlaut.
Damit ist einiges (schmerzhaftes) über den Stand autonomer Bewegung gesagt.
Das soll als Einleitung für diesen Text, als Anregung für wildere Zeiten genügen.

Jan.94 ***L.U.P.U.S.-Gruppe***

(...)
Seit ein paar Monaten laufen in fast allen Städten und autonomen Zusammenhängen Diskussionen über Fehler und Perspektiven autonomer Politik. Dieser Text kann sich verständlicherweise im wesentlichen nur auf Erfahrungen beziehen, die wir in Rhein-Main-Zusammenhängen gemacht haben. Dennoch glauben wir, daß wir im großen und ganzen im bundesrepublikanischen Trend liegen. Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind also weniger zufällig als typisch.
Warum gerade in den letzten Monaten eine gemeinsame Auseinandersetzung um Perspektiven entbrannt ist, hat für uns eine entscheidende Ursache: Viele scheinbare, unumstößliche Klarheiten, Mythen, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu zersetzen. Plötzlich scheint nichts mehr klar zu sein, Widersprüche und Ungereimtheiten. Da werden Hausbesetzer/innen „krimineller Fluchtburgen" von Nichtverhandlern zu Verhandlern, werden Häuser gegen „fette" Abfindungen freiwillig geräumt (z.B. DM 300.000 „Umzugsbeihilfe" für die Siesmayerstr. 6 in Frankfurt), da beginnen Militante mit Staatsknete die Renovierung ihrer ehemals besetzten, nun legalisierten Häuser, da verschwinden die härtesten Fighter/innen fast spurlos von der militanten Bühne, um im bürgerlichen Leben ihr Comeback - in aller Stille - zu feiern, da fliegen WG's auseinander, deren Bewohner/innen von den vielen Fetzereien entnervt nun in 2-Zimmer-Wohnungen mit Freundin (und Kind) Ruhe und Geborgenheit suchen, da gehen nicht wenige, desillusioniert und unter dem Druck, Kohle machen zu müssen, Arbeitsbedingungen ein, an denen sie schier ausflippen...
Einige von uns wollen diese Widersprüche immer noch nicht wahrhaben, andere schminken sich alle Ansprüche ab und kümmern sich nur noch um ihren eigenen Kram. Für uns sind diese aufbrechenden und nicht selten erschreckenden Widersprüche eine Chance, offen und selbstkritisch damit umzugehen. Denn diese Widersprüche sind nicht neu und ganz plötzlich da: Sie spielten nur scheinbar keine Rolle, als die Bewegung vor Kraft und Selbstüberschätzung strotzte. Es liegt an uns, diese Widersprüche nicht als Schwäche zu begreifen, sondern als Möglichkeit, Radikalität nur daran zu messen, wer alles klar hat, sondern wie ehrlich und solidarisch wir mit unseren eigenen Widersprüchen umgehen. Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wieder wiederholt zu haben, ohne aus ihnen gemeinsam zu lernen. Im Gegenteil: Wir machten unsere Fehler zu Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens, nach dem Motto: Hau rein is Tango.
Für die von uns, die die geplanten Projekte in diesem und im kommenden Jahr (Volkszählung, IWG etc.) wie Fahnenstangen für den autonomen Slalom umkurven werden, wird sich nicht viel ändern. Für uns dagegen zählt erst einmal weniger der Blick auf den Feind, als der Blick um uns herum, der Versuch, genauer klarzukriegen, was sich hinter uns tatsächlich verändert hat. Ist es uns tatsächlich gelungen, autonome Strukturen zu verändern, d.h. vor allem zu entwickeln? Gelang es uns in den letzten Jahren, militante Politik nicht (nur) an den Mitteln, sondern an unseren Inhalten festzumachen? Gibt es Ansätze, die die gängige Praxis militanter Feuerwehrpolitik durch eine kontinuierliche Praxis sozialer Gegenmacht überflüssig macht? Können wir ernsthaft sagen, unsere politischen Strukturen sind anders geworden? Oder wiederholen wir im kleinen das, was wir im großen so radikal ablehnen? Haben sich tatsächlich die Strukturen unter uns Typen, der von Fightern und Schissern, von „Bring-erst-mal-was" und „Was-willst-denn-du" Haltun-

gen wirklich verändert? Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf oder erst dann, wenn wir als Kämpfer aus der Schlacht zurückkehren? Haben wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit und Freizeit sprich abhängen bestimmt wurde? Ist es nicht so, daß gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jeder/s einzelnen wird?

Das Schlimme an all diesen Fragen ist wahrscheinlich gar nicht das Ketzerische, sondern die Tatsache, daß all das uns schon längst nicht mehr provoziert. Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen, wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag...
Genau an diesem Punkt sind bereits mehrere militante Bewegungen zerbrochen: die 68er Studentenbewegung, die autonomen Betriebskämpfe der 70er Jahre, die Häuserkämpfe 72, die Häuserkämpfe 80/81. Was spricht eigentlich dafür, daß es uns nicht genauso ergeht wie jenen radikalen Bewegungen vor uns? Allein dieser Frage nachzugehen würde uns nicht nur unserer Geschichte näher bringen, sondern auch Ansätzen, aus dieser zu lernen, anstatt sie blindlings zu wiederholen.

Es gibt noch einen anderen Punkt, warum uns Konsequenzen unter den Nägeln brennen. Wir gehören zu den „Alten" der militanten Bewegung - manche bezeichnen uns bereits als Opas und Omas, denn nirgendwo ist der Alterungsprozeß krasser als in unserer militanten Szene. Traue keinem über 30. Und in der Tat, es ist etwas dran an dem militanten Generationskonflikt. Viele von uns können an zwei Händen aufzählen, wer übriggeblieben ist. Die meisten von uns haben resigniert, aufgegeben und sich zurückgezogen. Uns geht es dabei nicht um diejenigen, für die ihre Jugendsünden nur der Einstieg in eine alternative Karriere waren. Uns schmerzen diejenigen von uns, die wir selbst nicht mehr überzeugen konnten, weil auch wir ihre Kritik teilten, ohne jedoch unsere Hoffnungen und Utopien aufgegeben zu haben. Wir alle hatten es uns zu einfach gemacht, ihre Resignation und Perspektivlosigkeit zu ihrem individuellen Problem gemacht. Oft hatten und haben wir das Gefühl, diese Gefühle deshalb nicht an uns herankommen zu lassen, weil wir sie selbst in uns trugen. Und so wiederholt sich etwas in der autonomen Szene, was in anderen radikalen Bewegungen gleichfalls zum „ehernen Gesetz" wurde: Die Jungen wiederholen mehr oder weniger die Fehler der Alten, während sich die Alten Zug um Zug zurückziehen, weil sie in der Wiederholung gemachter Fehler keine eigene Perspektive entdecken können. Eine Bewegung jedoch, die nicht alt wird, die nur aus Jugendsünden besteht, die gemachte Erfahrungen nicht mit neuen verknüpfen kann, die aus gemachten Fehlern nicht lernt, sondern geradezu ritualisiert, kann nicht wachsen, sondern stirbt von innen.

Gerade weil wir die Arroganz und Selbstgefälligkeit vieler Altlinker und Ex-Militanter satt haben, verlangen wir von uns selbst eine radikale Kritik unserer eigenen Geschichte.

1. Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwikkelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht.

Gerade die Großdemos nach Tschernobyl haben uns wieder einmal recht schmerzhaft gezeigt, daß wir weder die Möglichkeiten haben, noch die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt sind, daß wir mit militärischer Stärke unsere politischen Ziele durchsetzen können. Unausgesprochen ist die Hoffnung, durch Massenmilitanz das Atomprogramm zu überrennen. Die weitverbreitete Angst, die um sich greifende Verunsicherung, die demoskopischen Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie schienen uns Indikatoren genug zu sein für eine Verbreiterung und vor allem Radikalisierung sozialer Bewegungen. Doch so sehr das „Geschäft mit der Angst" ein Mittel der Herrschenden ist, so sehr haben auch wir insgeheim darauf gesetzt, die Angst der Bevölkerung und die politische Verunsicherung der Herrschenden für eine Art Überraschungscoup nutzen zu können. Um so größer ist nun unsere Frustration und Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß wir unserem Ziel „sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm" kaum einen Schritt näher gekommen sind. Im Gegenteil: Während unsere Massenmilitanz an die Grenzen staatlicher Gewalt gestoßen ist, hat der Staat in einem Maße aufgerüstet, daß die Hindernisse, die wir nun zu überwinden haben, eher größer als kleiner geworden sind. (...)

Wie sehr wir uns militärisch überschätzt haben, zeigt auch unsere Reaktion auf die Diskussion und geradezu reibungslose Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze. Wir verhielten uns so, als ob es uns nichts anginge, einfach gar nicht. (...)
Wir haben uns zwar gelegentlich mehr zaghaft als überzeugend dagegen gewehrt, die Gewaltfrage zur Bestimmung unseres Widerstandes zu machen. Doch letztendlich haben wir sie selbst gestellt und verloren. (...)

2. In vielen Kämpfen der letzten Zeit haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht

Das liegt sicherlich einmal daran, daß uns die Mittel einfach näher liegen als unsere Ziele. Wann haben wir wirklich einmal unsere Ziele aus der sozialen und gesellschaftlichen Realität heraus entwickelt und daran überprüft? Wie oft war unser praktisches Vorgehen vom Vorgehen staatlicher Gewalt bestimmt, anstatt von unseren eigenen Zielsetzungen? Wären uns die Ziele klarer, d.h. eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch unsere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmen. Doch da es nichts vageres gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben gezwungenermaßen unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar. (...)

Für diese Art von Politik auf Durchreise als Jahresabo ist auch kennzeichnend, daß wir die „Brennpunkte" wechseln wie Hemden, spätestens dann, wenn uns der Boden zu heiß wird - dann also, wenn es wirklich darauf ankäme. (...)
Hätten wir tatsächlich das gemeinsame Ziel vor Augen, immer mehr Menschen für einen radikalen Bruch mit diesem Staat zu gewinnen, dann müßten wir uns nicht immer wieder in den Mittelpunkt eines Widerstands drängen, der nicht von den Augenblicken großer

Schlachten lebt, sondern von den Möglichkeiten und Erfahrungen, ihn alltäglich umzusetzen.

3. Unsere politische Militanz hinkt hinter der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen.

Eine Passage aus der Karlsruher Stadtzeitung bringt es auf den Punkt: „Gerade in den Hochburgen der Autonomen (...) ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen. Wir machen Putz, und die Grünen vermitteln das ganze politisch. Solange die Militanten selbst nicht in der Lage sind, diese Arbeitsteilung ... zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, „die Militanten sind der bewaffnete Arm der Grünen." (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 39/86). Wir brauchen nur auf die AKW-Kämpfe nach Tschernobyl zurückblicken, um genau diese Arbeitsteilung bestätigt zu sehen. Während wir uns in den Auseinandersetzungen mit den Bullen aufrieben und verausgabten, zogen die Grünen in aller Seelenruhe an uns vorüber, um sich als einzige politische Alternative zu profilieren. Wie in der Friedensbewegung machten sie sich - fast unangefochten - zu Sprechern der Anti-AKW-Kämpfe. Und je mehr es den Grünen gelang, sich als einzige politische Opposition darzustellen, um so unvermittelter blieb unser praktisches Vorgehen, um so mehr reduzierte es sich auf ein militantisches Schauspiel. Denn dort, wo wir wirklich hätten gewinnen können, in der politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen, waren wir nicht präsent. Im Gegenteil: In der Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Staat haben sie uns nur gestört, die Unentschlossenen, die Aufgeschreckten, die Gewaltfreien, die Becarel-Muttis, die Neuen. Während sich die „neue" Anti-AKW-Bewegung um so „Banales" und „Privates" wie gesundes Leben sorgte, machten wir unbekümmert knallhart Politik; so als ob uns Cäsium und Plutonium nichts angingen, so als ob unser Kampf am Bauzaun nicht mit der Angst vor verstrahlter Nahrung zu tun hätte. Anstatt unseren Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen, stellten wir sie gegeneinander. Das, was unsere Stärke hätte sein können, Politik und Alltag, machten wir zur Trennungslinie.
So war es für die Grünen ein einfaches, sich gerade für jene als Anwalt anzubieten, die erst einmal Fragen stellten und nach gesellschaftlichen Alternativen suchten. Die Grünen organisierten landauf, landab Veranstaltungen, versuchten gerade jene zu erreichen, die nicht auf Demos gehen, sondern eher in die Kirche. Sie sammelten geschickt die kritische Intelligenz um sich, gaben ihr Raum und Zeit, sich öffentlich einzumischen und entwickelten als einzige ein „Ausstiegsszenario", das zumindest die Angst (und die Argumente) vor dem drohenden Steinzeitalter als Kastrationsangst industrieller Omnipotenz bloßstellte. Sie machten mit politischem Erfolg genau das, was unsere Stärke hätte sein müssen: den politischen und ökonomischen Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen. Es hätte an uns gelegen, in der offensiven Auseinandersetzung um Alternativen in diesem System gerade auch die Grenzen eines grünen reformistischen Reparaturbetriebs aufzuzeigen.

4. Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns (noch) kein Zeichen neuer Qualität radikalen Widerstands. Sie ist erst einmal vor allem eine Reaktion auf die staatliche Repression gegen öffentliche Formen von Massenmilitanz

Wenn wir die letzten Ereignisse noch einmal in Erinnerung rufen, so müssen wir doch - bis auf ein paar Ausnahmen - feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte, als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.). Unsere Massenmilitanz ist an Grenzen nackter Gewalt gestoßen, einer Staatsgewalt, der wir auf gleicher Ebene nichts entgegenzusetzen haben. Wir sind heute an Grenzen gestoßen, an die auch viele soziale Bewegungen vor uns gekommen sind. Jedesmal standen diese militanten Kämpfe vor der vom Staat erzwungenen Alternative: entweder sich auf die von ihm vorgegebene militärische Auseinandersetzung einzulassen oder aber langfristig die militanten Kämpfe sozial und politisch zu verankern, mit dem Eingeständnis, erkämpfte Freiräume (besetzte Häuser, Jugendzentren etc.) mit Gewalt nicht halten zu können. Doch vor diese Alternative gestellt, war der Druck des Augenblicks, des Reagierens bereits so groß, daß eine eigene Entscheidung nicht mehr möglich war. Die Kräfte waren aufgezehrt, die (erzeugte) Sympathie der kritischen Öffentlichkeit verbraucht, die Spitze des Skandals gebrochen, der reformierte Teil des „Mißstands" in die politischen Apparate integriert, der antagonistische, unversöhnliche Anteil des Mißstandes polizeilich und ideologisch eingekreist. Von der Dynamik dieser Auseinandersetzung überrollt, wurden wir eher zum Objekt staatlicher Lösungen als daß wir uns als Subjekte militanter Perspektiven verhalten konnten. Und wie damals, so befürchten wir auch heute eine Situation, in der auch wir von der Dynamik staatlicher Repression überrollt werden. Denn nun stehen wir vor der Alternative, uns entweder auf ihre militärische Auseinandersetzungen im weitesten Sinne einzulassen oder aber unsere ganze Kraft auf die Entwicklung sozialer Gegenmacht zu konzentrieren, die endlich die Stärke besitzt, sich weder der Logik und Dynamik staatlicher Gewalt zu opfern, noch sich daran zu messen.

Wenn wir also an die Entwicklung und das Scheitern anderer radikaler Bewegungen erinnern, dann aus der Einschätzung heraus, daß die Sabotagewelle nicht Ausdruck unserer Stärke, sondern oft unser letztes Mittel ist, überhaupt noch unseren Widerstand wirksam zur Geltung zu bringen. Denn geradezu zwangsläufig werden unsere militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand wie sie Ersatz und nicht Mittel militanter Strategien werden. Und so sehr wir uns auch über mehr als 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen, mit der man/frau - nicht selten pädagogisch - in soziale Bewegungen hineinwirkt, anstatt zu allererst innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern. Nicht an Stelle militanter Perspektiven Sabotage zu organisieren kann unser Ziel sein, sondern aus klaren Perspektiven heraus Sabotage als ein Mittel von vielen zu entwickeln und politisch einzubinden.

Die Schwierigkeit, Sabotage nicht als Ersatz, sondern als ein Mittel militanter Perspektiven zu begreifen, hatten wir während der ganzen Startbahnbewegung. Wenig Probleme hatten wir meist, praktische Formen militanten

Widerspruchs zu entwickeln. Unsere größten Schwierigkeiten bestanden damals wie heute darin, unser praktisches Vorgehen in eine konkrete und für alle nachvollziehbare Strategie einzubinden. Allzuoft hatten wir der reformistischen Strategie politisch nichts entgegenzusetzen.

Dieses Dilemma autonomer Politik wiederholte sich in der Friedensbewegung wie in den letzten Anti-AKW-Kämpfen. Anstatt uns an eine langfristige Entwicklung und Verankerung radikaler Perspektiven zu machen, versuchten wir unsere Vorstellungen auf der Straße anstatt zu allererst in den Köpfen der Menschen durchzusetzen. Kein Wunder also, daß wir trotz breiter Verunsicherung nach Tschernobyl weder nennenswert mehr geworden sind, noch daß es uns gelungen ist, die politische Dominanz grüner Realpolitik zu durchbrechen. Geradezu symbolhaft konnte der letzte BUKO-Kongreß in Nürnberg nur unter dem Schutz eines grünen Parteitages stattfinden, nachdem uns klar wurde, daß wir alleine nicht in der Lage sind, einen Kongreß politisch, geschweige denn praktisch durchzusetzen.

Vielleicht ist es gerade diese politische Schwäche, die uns allzu schnell dazu verleitet, den materiellen Schaden von Sabotage und militanten Aktionen überzubewerten. Keine Frage, 150 gefällte Strommasten tun der Atomindustrie weh. Doch solange diese im Verbund mit dem Staat in der Lage ist, politisch den Schaden umzuwälzen (durch zusätzliche Bereitstellung von Geldern, durch Umverteilung im Haushalt, bis hin zu Strompreiserhöhungen), bleibt der materielle Schaden gering. Der politische Schaden verkehrt sich dann sogar - schlimmstenfalls - in sein Gegenteil. Erst wenn es uns gelingt, den politischen Spielraum herrschender Politik, d.h. in diesem Fall privatkapitalistische Verluste zu vergesellschaften, einzuengen, wäre Sabotage tatsächlich ein wirksames Mittel, ihre Projekte im wahrsten Sinne des Wortes unprofitabel zu machen.

Diese Erfahrungen mußten wir auch an der Startbahn machen. Wir haben uns zwar äußerste Mühe gegeben und halten auch nicht inne, nichts ganz zu lassen, - doch letztendlich stand das Projekt nur einmal auf der Kippe, als nämlich die SPD-Regierung befürchtete, ihre eigene politische Basis aufs Spiel zu setzen bzw. zu verlieren. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die Parteien-Koalition von CDU bis DKP noch den größten Einfluß innerhalb der Startbahnbewegung hatte. Wir Autonome begriffen damals, mehr vereinzelt als gemeinsam, erst allmählich die Dimension, die der Kampf um hunderte von Hektar Wald angenommen hat. Es war die Angst vor der Unregierbarkeit einer ganzen Region, die Angst vor dem irreparablen Schaden, die das Projekt für Augenblicke ins Wanken gebracht hat. Weder die Radikalisierung der Startbahnbewegung, noch die sich verbreiternde Sabotage konnten diese Bedingungen wiederholen.

Vielleicht machen diese Beispiele deutlich, daß es letztendlich nicht darauf ankommt, wieviele Strommasten fallen. Politisch entscheidend wird sein, in wievielen Köpfen die Masten fallen. Erst wenn es uns gelingt, dafür die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wird nicht nur der materielle Schaden größer, sondern vor allem der politische. Denn eines ist den Herrschenden klar: Der materielle Verlust ist reparabel, der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dagegen, der Verlust politischer Legitimität staatlichen Handelns ist weder reparabel, noch ersetzbar.

5. Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut.

Auch nach Tschernobyl passierte genau das, was wir als Routine längst drauf haben. Wir forderten nicht nur den sofortigen Ausstieg aus dem Atomprogramm, sondern in aller Bescheidenheit „die Stillegung der herrschenden Klasse". Da wir uns wieder einmal auf ganz Grundsätzliches beschränkten, verfingen wir uns erst gar nicht in den Details politischer Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit. Wir hielten uns also gar nicht erst größer an der Technik- und Ökologiekritik auf, verschwendeten kaum einen Gedanken darauf, welche Bedingungen wir geschaffen haben, um die AKW-Frage nicht nur verbalradikal, sondern ganz praktisch zur Systemfrage zu machen. Gar völlig verpönt war der Gedanke, uns in den Kampf um Alternativen innerhalb des Systems einzumischen, mit dem Ziel, politische Spielräume zu schaffen, die uns einem Kampf darüber hinaus tatsächlich ein paar Schritte hätte näher bringen können. Wir ließen sie einfach alle rechts liegen. Die Mütter gegen Atom, die Ökologen, die Radikaldemokraten, die Gewaltfreien, die Reformisten, Technik- und Wissenschaftskritiker. Statt dessen läuteten wir - wie so oft - zur letzten Runde ein und stellten kurz und bündig die Systemfrage, um sie alsbald in aller Ausführlichkeit zu beantworten: Hau weg den Scheiß!

Vielleicht liegt es in der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, uns und anderen genau zu benennen. Wenn wir uns der Anstrengung stellen würden, nicht nur radikale Gedanken im Kopf zu haben, sondern sie auch auf die Füße zu stellen, dann müßten wir auch von vielen pflegeleichten, sozialromantischen Vorstellungen autonomer Politik Abschied nehmen, denn jede autonome Politik wird letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht. Und wenn ein elementarer Grundsatz autonomer Politik ist, bereits heute das vorwegzunehmen und zu leben, was morgen erst gesellschaftliche Realität wird, dann werden wir auch um Veränderungen innerhalb des Systems kämpfen müssen. Tatsächliche Reformen sind kein Geschenk von oben, sondern waren und sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialanbindungspapier, das Ausländerrecht, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben, von „anerkannten Frauenhäusern" bis hin zur Frauenbeauftragten kein Geschenk des Staates, sondern allesamt Resultat verschiedener Kämpfe der 60er und 70er Jahre. Daß sich die Früchte jener Kämpfe mehr in der Machbarkeit und Modernität herrschender Politik gegen uns kehren, als daß wir sie als politischen Freiraum für weitergehende Kämpfe nutzen konnten, liegt schlicht an uns selbst: an jenen, die ihre revolutionären Kämpfe zugunsten etablierter Sicherheiten eintauschen, und an uns, die nicht in der Lage waren, die Kämpfe in ihrer Radikalität weiterzuführen. Entweder wir nutzen die erkämpften Reformen dazu, den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen, oder aber wir müssen uns mit den Brotsamen abfinden, die vom Tisch herrschender Politik herunterfallen. Wir werden also Ziele formulieren müssen, die das System (gerade) noch zulassen kann, und wir werden für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen müssen, die das System auf jeden Fall zu verhindern versucht.
Erst wenn es uns gelingt, z.B. dezentrale und kommunale Energieversorgungsalternativen (wie Sonnenenergie, Wärmekraftkopplung) mit unserem Ziel der Zerschlagung von (Energie-) Monopolen zu verknüpfen oder z.B. die Forderung nach Volksbegehren und Planungsmitbestimmungsrechten mit eigenen Formen von Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu verbinden; erst dann vertrösten wir uns und andere nicht immer auf morgen, sondern erkämpfen uns bereits heute das, was die Lust auf morgen erst richtig möglich macht.

6. Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes.

Für einige von uns waren die letzten Jahre keine schlechten Jahre. Überall wo es brannte, waren die Autonomen dabei, wo es zu Putz kam, mischten wir kräftig mit, ganz nach dem Motto: Wo wir sind, geht nichts mehr, aber wir können ja nicht überall sein. Der Spiegel widmete uns eine ganze Serie, unter dem aufreißerischen und schmeichelhaften Titel „Schlacht um die Kernkraft". Und unser Innenminister Zimmermann konstatierte, wie bei einer Flutkatastrophe, das Anschwellen der Zahl der Militanten von 500 auf 3.000 bis hin zu 10.000 zu aller Gewalt Entschlossenen. Mit verdüsterter Miene warnt er vor einer Welle der Ge-

walt, die die BRD zu überschwemmen droht. Und während die, die dieses Schreckensszenario verbreiten und ausmalen dazu nutzen, um ihr Modell Deutschland noch sicherer zu machen, genießen einige von uns den Rummel, das grelle Scheinwerferlicht der Medien und die Aufmerksamkeit, die dabei abfällt. Bei manchen haben wir das Gefühl, daß sie selbst beginnen, sich in diesem vom Staat aufgebauten Szenario wohlzufühlen, daß sie anfangen, sich in das Bild zu verlieben, das der Staat und die Medien von uns machen - gerade weil wir diese Gefährlichkeit, Macht und Bedrohlichkeit nur in ihren Horrorvisionen haben, weit davon entfernt, diese Gefahr selbst zu produzieren.
Ein weiteres Kennzeichen autonomer Politik der letzten Jahre ist, daß wir uns mehr oder weniger wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt hangeln, ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich sind unsere Zusammenhänge an der Aktivität eines Themas anstatt ihrer Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive. In viele Themen und Auseinandersetzungen steigen wir erst ein, wenn sei heiß sind, in der Öffentlichkeit diskutiert und von den Medien aufgegriffen werden. Erst dann gewinnen diese Auseinandersetzungen für uns an Wichtigkeit. Doch sobald das Thema out ist, die Medien ihre Teleobjektive einziehen, das Projekt steht oder der zähe Alltag spektakulären Aktionen weicht, sind wir meist wieder auf der Suche nach neuen, brennenden Themen, die gerade angesagt sind. Von Friedensbewegung, Anti-Nato, Anti-Kriegs, Antifa, Anti-AKW, WAA, WWG bis hin zu Volkszählungsgruppen haben viele von uns alles und vieles davon mitgemacht. Meist hielten sich diese Gruppen ein paar Monate, höchstens 1-2 Jahre, zerfielen dann, um sich in wechselnder Zusammensetzung bei einem neuen Thema wiederzusehen. Man/frau wird nicht alt, die Auseinandersetzung miteinander und um das Thema bleibt oft flüchtig und oberflächlich. Und je mehr wir diesen Jahrmarkt aktueller Themen betreiben, desto mehr müssen die Hoffnungen auf soziale Ausdehnung den Fähigkeiten eines Allround-Künstlers untergeordnet werden: Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig. Dabei haben sich Strukturen eines Kleinfamilienunternehmens entwickelt. Fast jede/r kennt jede/n, wir sind alle voll im Streß, haben vor lauter Terminen kaum Zeit, haben meist mehr politisch zu tun, als wir bewältigen können.

Der harte Kern des Unternehmens rackert sich ab tanzt oder besser rotiert auf verschiedenen Hochzeiten, während sich der Großteil der Familie erst blicken läßt, wenn die Firma alles gut vorbereitet hat. Bei jedem Fest dabei...

Wenn wir also hinter die spektakulären Großereignisse blicken, dann stellen wir fest, daß wir uns zwar in den Schlagzeilen herrschender Politik breitmachen konnten, aber noch lange nicht in den Köpfen und Handlungen anderer Menschen. Wir brauchen nur die soziale Verankerung militanter Politik heute mit der militanten Geschichte 1972 vergleichen, um uns im Klaren darüber zu sein, wie schmal der Steg ist, auf dem sich heute autonome Politik bewegt. Denn im Gegensatz zu heute, drohte damals tatsächlich ein Flächenbrand militanter Unruhe, der sich fast in alle gesellschaftlichen Bereiche ausbreitete. Da waren die Jungarbeiter- und die Lehrlingsbewegung, die Betriebskämpfe, die an allen Orten der BRD entstandenen Jugendzentrumsbewegung, die Emigrantenarbeit, die Schülerstreiks, die Studentenunruhen an den Hochschulen, die Internationalismusgruppen, die Stadtteilgruppen, Häuser- und Mieterräte. Sie verkörperten in der Tat ein Stück Gegenmacht. Momente einer erlebbaren Utopie, die sich atmosphärisch für Monate im Leben der Stadt niederschlug und gelegentlich sogar als neues Lebensgefühl bestimmend war. Es lag an der Vielschichtigkeit, Verschiedenheit, an der Vermischung und Verbindung einzelner Kämpfe, die es Staat, Medien und Polizei über lange Zeit hinweg schwer machte, den Brandherd schnell zu lokalisieren.
Denn überall dort, wo er mit aller Gewalt zu löschen versuchte, trat genau das Gegenteil ein: statt Demobilisierung Mobilisierung, statt Einschüchterung Mut, statt der Eindämmung die Ausweitung des Konflikts. Solange das praktische Vorgehen auf der Straße Ausdruck und nicht Ersatz alltäglicher Kämpfe in Schule, Fabrik und Wohnvierteln blieb, war der Staat gezwungen, den Konflikt politisch anzuerkennen. Die Waffen staatlicher Gewalt blieben solange stumm, wie es den verschiedenen Kämpfen gelang, auf das gewaltsame Vorgehen des Staates mit der sozialen Ausdehnung des Konflikts zu antworten.

Wenn also viele von uns die Kämpfe 72 vor allem mit den spektakulären Hausbesetzungen, -räumungen und Straßenschlachten in Verbindung bringen, dann vergessen wir die jahrelangen, alltäglichen, unspektakulären Kämpfe, aus denen heraus sich erst der Häuserkampf entwickeln konnte.
Doch wir brauchen nicht so weit zurückblikken, um zu erkennen, wie schwach der Windstoß sein muß, um uns umzublasen. So bedurfte es während der Häuserkämpfe 80/81 in Frankfurt nur des Konstruktes eines „Schwarzen Blocks", einer kriminellen Vereinigung (Es kam zu Verhaftung von vier „Mitgliedern", die nach ein paar Monaten freigelassen wurden), um dünne Fäden politischer und sozialer Gemeinsamkeiten zu zerreißen. Mit der staatlichen Repression mehr oder weniger auf uns alleine gestellt, zerrieben wir uns noch untereinander und zerstreuten uns schließlich in alle Windrichtungen.

Wenn wir uns also ohne Selbstbetrug eingestehen, daß unsere autonomen Positionen nach wie vor kaum politisch und sozial eingebunden und verankert sind, wenn wir uns eingestehen, alleine weder politisch noch praktisch reale Gegenmacht zu sein, dann müssen wir schleunigst den Laufstall autonomer Politik verlassen. Die bereits beschriebene Ignoranz und Selbstüberschätzung gegenüber anderen Gruppierungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung lassen sich ohne weiteres auch auf den Zustand in den Städten übertragen. Vielleicht ist Frankfurt ein krasses Beispiel für die Isoliertheit einzelner Gruppen und Initiativen und für einen autonomen Alltag, der sich oft nur über irgendwelche Großereignisse herstellt, ansonsten jedoch dem „Zufall" persönlicher Verbindungen überlassen bleibt.

Autonome Politik hat sich hier in Frankfurt seit Jahren nicht mehr kontinuierlich eingemischt. Sie hat sich in überwiegendem Maß außerhalb, jenseits unseres Lebens in dieser Stadt abgespielt. Darüber können auch die Günther-Sare-Demos nicht hinwegtäuschen. Erst im letzten Jahr entstanden wichtige kleine Ansätze, aus unserem Alltag heraus soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln, seien es Stadtteilgruppen oder auch das neugegründete Libertäre Zentrum, das für uns Anarchos und Autonome bisher der einzige Anlaufpunkt ist. Sicherlich, es fällt auch uns oft unendlich schwer, Gedanken und Vorstellungen zu entwickeln, was wir hier in der Stadt - überhaupt noch - wollen, wo inmitten der erdrückenden Betonburgen noch Platz und Raum für unsere Utopien sein könnte. Wo wir die Vorzüge einer

Metropole (alternative Kneipen, Cafés, Kino etc.) nicht nur privat verkonsumieren, sondern auch dem programmierten (in Beton gegossenen) Geld-, Konsum- und Menschenverkehr eigene, radikale Vorstellungen von (Zusammen-)Leben entgegensetzen können. Es hat für uns viel mit der fallenden Faszination und Ausstrahlung autonomer Politik zu tun, daß wir große Bereiche unseres Alltags abgehakt und aufgegeben haben, was sich in den Formen autonomer Politik eher widerspiegelt als bricht. Es sind eben nicht die 10 % autonome Politik, sondern 90 % Alltag, die entweder unsere Utopien wie ein Schwamm aufsaugen, oder die Kraft darstellen, aus der heraus wir sie umsetzen können. (...)

Einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang wollen wir hinzufügen: unser Verhältnis zu den Grünen. Unsere weitverbreitete Ablehnung zu jeglicher grüner Politik hat für uns weniger mit radikalem Anti-Parlamentarismus zu tun, als vielmehr mit der Angst und Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie wir uns selbst schwer damit tun, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren (und offensiv zu vertreten), haben wir schlichtweg Schiß, von grünen Politprofis über den Tisch gezogen zu werden, sobald wir uns auf sie einlassen.
Denn trotz unseres klaren Anti-Parlamentarismus muß uns klar sein, daß auch (und gerade) für uns kein Weg an grüner Politik vorbeigeht. Gerade wenn es uns darum geht, die bereits beschriebene Arbeitsteilung von militantem Vorgehen und grüner Vermittlung zu durchbrechen, müssen wir uns politisch offensiver mit jenen Positionen in der Politik umsetzen. Die Fundamentalisten innerhalb der Grünen sind nicht nur ein Alibi grüner Realpolitik. Sie verkörpern auch einen Versuch, radikale Vorstellungen jenseits konjunktureller Bewegungen als Widerspruch innerhalb und außerhalb parlamentarischer Institutionen zu formulieren. Und etwas ganz entscheidendes können wir von den Fundamentalisten lernen: ihre Anstrengungen und Bemühungen, unsere Vorstellungen von radikalen Utopien in konkrete und greifbare Konzepte zu übersetzen.
Solange die Fundamentalisten ihre parlamentarische Präsenz als Hemmnis herrschender Politik und nicht als Gleitmittel begreifen, halten wir es für wichtig, nach Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu suchen.

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus.

- STEIN DES ANSTOSSES ODER GRABSTEIN ?

Obwohl dieser Teil am Ende steht, müßte er am Anfang jeder radikalen Politik stehen. Doch auch uns fällt es schwer, den Wust aus Alltag, Verdrängung, Gewöhnung und Sicherheiten für uns durchdringbar zu machen. Je näher wir an uns selbst kommen, desto mehr verschlägt es uns die Sprache. Einmal, weil wir es nicht mehr hören können, zum anderen, weil wir selbst in einem Maße darin verstrickt sind, daß unser Handeln oft mehr von Sicherheiten und Gewohnheiten bestimmt ist, als von der Lust und Kraft, ein neues Risiko einzugehen. Diese stumme Anpassung drückt sich auch darin aus, daß die kollektiven Auseinandersetzungen im Alltag mehr und mehr ins Private verdrängt wurden.
Für die meisten von uns sind Job, Kohle, Wohnung und Beziehung Probleme, mit denen sie alleine fertig werden müssen. Man/frau arbeitet völlig vereinzelt, große WG's sind nervig und ätzend geworden, man/frau zieht 2-Zimmerwohnungen wieder vor, und manche genießen sogar die Vorzüge des Single-Daseins, ziehen und wohnen alleine, um endlich tun und lassen zu können, was ihm/ihr paßt. Und je mehr uns die Arbeit aufsaugt, je abstrakter unsere Politik wird, um so existentieller wird die kuschelig-weiche Beziehung, in der wir uns - unbeobachtet - fallen lassen können, in der wir endlich einmal so sein können, wie wir sind - oft fertig, gestreßt und leergesaugt. Eine Beziehung also, wo wir all das versuchen zu bekommen, was wir weder auf der Arbeit, noch in der militanten Politik kriegen: Geborgenheit, Wärme, Vertrauen, Nähe und Intensität. Je mehr also Zweierbeziehungen all das erfüllen sollen, was das Leben uns draußen versagt, desto mehr werden diese Bedürfnisse zum individuellen Glücksspiel (nicht selten Drama) von Zweierbeziehungen, anstatt kollektive Beziehungen für radikale Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen zu sein. Solange Geborgenheit, Vertrauen und Nähe ein Privileg von (Zweier-)Beziehungen bleibt, taugt radikale Politik nichts. Sie bleibt Abbild bürgerlicher Macho-Politik, anstatt sich gerade davon radikal zu unterscheiden.
Und wenn wir unsere autonome Politik betrachten, dann ist sie doch im klassischen Sinne Männerpolitik. Nicht nur, weil Männer und Mannsbilder darin dominieren, sondern gerade deshalb, weil die wenigen Frauen darin nur dann etwas zu sagen haben, wenn sei sich diesen Strukturen angepaßt haben, d.h. eben oft, wenn sie 150 %ige männliche Leistung bringen. Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind. Es bleibt den autonomen Frauen überlassen, unter der harten Schale unseren weichen Kern zu entdecken. In unseren Rhein-Main-Zusammenhängen haben wir einen Punkt erreicht, wo einige Frauen aufgegeben haben, sich gegen diese männlichen Strukturen zu behaupten. Denn es gibt eine typische autonome Form von „repressiver Toleranz": Wir leugnen nicht bestimmte Macho-Strukturen unter uns Männern und gegenüber Frauen, nur wir überlassen es den Frauen, sich damit auseinanderzusetzen. Keine autonome Demo ohne frauenspezifischen Beitrag, keine libertären Tage ohne eine „Frauen-Ecke". Was die Frauenbeauftragte für grüne Realpolitiker ist, ist der autonome Frauenbeitrag für militante Politik.
Viele von uns haben Angst, Bullen anzugreifen, sind aber zu feige, unter uns Männern Kritik zu üben. Das fängt mit dummen, aufgeblähten Machosprüchen an, die mit einem kumpelhaften Lächeln verbraten werden, bis hin zu alltäglichen Verhaltensweisen, die stillschweigend hingenommen werden, weil wir Angst vor einer echten Auseinandersetzung haben, die viele scheinbare Männerfreundschaften in Frage stellen würde. Solange wir selbst nicht das Bedürfnis danach verspüren, unsere Lebens- und Verhaltensweisen radikal zu verändern, bewirkt die Kritik der Frauen bestenfalls eine opportunistische Anpassung (zum Softi) anstatt einer wirklichen Veränderung.
Diese Radikalität in unserem Leben verlangen wir nicht (nur), weil wir mit der Kritik der Frauen umgehen wollen. Wir machen uns selbst kaputt, wenn wir in der Leistungs-Mentalität weitermachen. Gerade weil wir bereits

seit 15 Jahren in diesen Zusammenhängen stecken, können wir mit Sicherheit sagen, daß gerade die Härtner und Hardcore-Männer (und manche Frauen) es waren und sind, die dem inneren und äußeren Druck nicht mehr standhalten und zerbrachen. Viele von ihnen machten jahrelange knallharte Politik, ohne zu merken, daß sie keine wirklichen Freunde hatten, daß sie inmitten ihrer Kämpfe eigentlich alleine blieben. Bezeichnenderweise finden sich viele ehemalige Hardcore-Fighter heute in den klein-bürgerlichsten Verhältnissen wieder.
Ein weiterer Punkt zentraler Politik unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: Die (Lohn-)Arbeit. Abgesehen von den Jobber-Inis scheint die (Lohn-)Arbeit mehr und mehr die Kiste jeder/s einzelnen zu sein. Ob Lehre, Jobs, „garantierte" Arbeit oder alternative Betriebe, jede/r muß alleine schauen, wo er/sie bleibt. Diese extreme Individualisierung existentieller Bedingungen hat für uns zwei Ursachen:

1. Eine militante, autonome Perspektive innerhalb von Lohnverhältnissen existiert seit Jahren nicht mehr. Militante Kämpfe finden zwar außerhalb statt, aber bezeichnenderweise nicht dort, wo sich die Gewalt/Herrschaft dieses Systems ganz zentral ausdrückt: im Produktionssektor. Dem Kapital ist es gelungen, militante Kämpfe aus den empfindlichen (Sicherheits-)Zonen seiner Herrschaft zu verdrängen, gerade dort also, wo zunehmende Technologisierung und Computerisierung den ökonomischen Sektor immer anfälliger und verletzbarer macht für militante Kämpfe (inkl. Sabotage).

2. Es existiert keine militante Perspektive, jenseits von Lohnverhältnissen eigene Arbeits- und Lebensvorstellungen zu entwickeln. Die Faszination alternativer, selbstbestimmter Betriebe ist an der kapitalistischen Realität - der sich auch alternative Betriebe stellen müssen - erblindet.
Die politische und soziale Bedeutung von selbstbestimmten Lebensbereichen ist geschwunden, oftmals bleibt nur das ökonomische Kalkül: die Kohle. Auf der einen Seite der Rechnung steht die Verantwortung für alle und alles, zähe, zeitaufwendige und nervige Diskussionen, auf der anderen Seite ein mickriger Lohn, der an Selbstausbeutung grenzt. Der politische Anspruch wird vielfach nur noch Dekors knallharter Professionalisierung. Manche Cafés und Kneipen z.B. haben heute mehr Angestellte und Aushilfen als Kollektivmitglieder. Ganz nach dem Prinzip: Hire and Fire (ohne Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Anspruch auf Krankheit und Urlaub).
Und nicht wenige von uns treibt die Angst vor diesem Jobberdasein zu neuen Stufen der Qualifizierung. Man/frau beginnt (noch einmal) eine Lehre, eine neue Ausbildung, oder der Abschluß an der Uni wird wieder mit aller Verbissenheit gesucht. Mögen einige von uns auch „das letzte Drittel" als revolutionäres Potential - neu - entdeckt haben, so versuchen viele von uns gerade nicht dazuzugehören, d.h. durch (Nach-)Qualifikation die Chancen auf einen Platz „im zweiten Drittel" zu bewahren.
Die Kluft zwischen der politischen Theorie „vom letzten Drittel" und unseren eigenen Bemühungen um Qualifikation und gesicherten Arbeitsbedingungen; der Graben zwischen der politischen Theorie von den Subsistenzkämpfen und unseren Schwierigkeiten, eigene Arbeits- und Lebensformen jenseits von Wertarbeit umzusetzen, wären für uns zwei zentrale Schnittpunkte, entlang derer wir unser Verhältnis zu Arbeit bestimmen müßten. Denn solange wir keine militante Perspektive innerhalb und außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen entwickeln, wird sich unter uns nur eins durchsetzen: die gnadenlose Individualisierung und Konkurrenz, in der gerade Linke - unter Ausschaltung selbst bürgerlicher Skrupel - bereit sind, im Kampf um den dicksten Krümel sich gegenseitig auszustechen.

Eine militante revolutionäre Perspektive wird nicht umhin können, sich eigene ökonomische Strukturen zu schaffen. Nur die politische und soziale Bestimmung und letztendlich Verankerung selbstverwalteter Projekte im Rahmen einer revolutionären Perspektive kann den Freiraum innerhalb kapitalistischer Rationalität groß genug halten, um unsere Ansätze von Gegenmacht darin zu verankern. Wir brauchen nicht nur Drucker, Schreiner, Metaller, Schrauber, Elektroniker etc. unter uns, sondern vor allem Bedingungen, unter denen sie als Militante arbeiten können. (Das fängt bei illegalen Druckerzeugnissen an bis hin zu Orten, wo wir gemeinsam ungestört reden können).
Wenn wir nicht - wie so oft - von der Zufälligkeit persönlicher Beziehungen und Hilfen abhängig sein wollen, dann müssen wir die fehlenden Strukturen nicht nur immer wieder beklagen, sondern selbst schaffen. Zu einer langfristigen Perspektive gehört für uns eine gemeinsame Anstrengung um den Aufbau und die Vernetzung militanter Projekte. Diese können und sollen nicht alleine privatkapitalistisch vor sich hinwurschteln, sie müssen kollektiver Bestandteil unserer Strukturen werden. D.h. der Preis für die Projekte darf sich nicht nur an ihrer Wirtschaftlichkeit, sondern auch an der Notwendigkeit im Rahmen einer revolutionären Perspektive orientieren.

8. Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt einer revolutionären Perspektive

Wenn wir militante Strukturen heute mit denen vor 6 Jahren vergleichen (oder gar mit jenen während der Kämpfe 71/72), dann wird die ganze Schwäche und asthmatische Kurzlebigkeit autonomer Politik deutlich. Ohne die Strukturen 80/81 zu verherrlichen, so gab es doch zumindest ein autonomes Plenum, eine eigene Zeitung („Vollautonom"), ein illegales Radio („Radio Isnogood") und mehrere Gruppen, die in der Lage waren, gemeinsame Aktionen zu tragen. Heute existiert kaum noch etwas davon. Die wenigen Zusammenhänge sind vereinzelt und stellen sich zudem meist über persönliche Beziehungen her. Die Startbahnstrukturen sind derzeit die einzigen Zusammenhänge, die aufgrund ihrer Kontinuität und Erfahrung handlungsfähig geblieben sind. Ansonsten sind die meisten Treffen und (Vorbereitungs-)Gruppen an kurzfristige Ereignisse oder aktuelle Anlässe geknüpft. Da man/frau kaum auf etwas zurückgreifen kann, muß vieles aus dem Stehgreif und unter dem Druck des Ereignisses organisiert werden. Die immer selben Gesichter teilen zähneknirschend die viele Arbeit unter wenigen auf. Die inhaltliche Auseinandersetzung, die über dem Anlaß hinaus hätte geführt werden müssen, fällt unter den Tisch, da die praktischen Vorbereitungen fast den ganzen Raum einnehmen. Für Erfolg oder Nicht-Erfolg spielen dann mehr Zufall, Glück oder völlig unerwartete Umstände eine Rolle, als unser eigenes Konzept. Manch ein „Erfolg" kam für uns überraschender und unerklärlicher als für die Bullen.

Diese fehlende soziale und materielle Infrastruktur drückt sich zwingendermaßen in oft

vorbereiteten und durchgeführten Aktionen aus. Der Effekt einer 3-fachen Demobilisierung stellt sich ein:
1. Diejenigen, die unter dem Druck der Ereignisse keine Chance mehr sehen, dem etwas entgegenzusetzen, ziehen sich zurück.
2. Diejenigen, die nicht direkt beteiligt sind, haben keine Lust (mehr), sich als Kulisse hirnrissiger Aktionen verheizen zu lassen, weil das militante Vorgehen für sie kein kollektiver Schutz darstellt, sondern nur das Risiko, die Konsequenzen militanten Vorgehens individuell auszubaden.
Und 3. schließlich jene, die unbedingt ihre Aktion durchziehen müssen und damit genau dem Bild Nahrung geben, das Staat und Presse so gerne über uns verbreiten: das von den unverantwortlichen, ziellosen, menschengefährdenden und unschuldige Opfer in Kauf nehmenden Gewaltverbrechern.
Diese aktionistische Politik verleitet viele dazu, die Schlachten an Bauzäunen und Projekten wie Perlen zu einer Kette autonomer Erfolge aufzureihen. Und je weniger militante Kämpfe in unserem Alltag stattfinden und Fuß fassen, desto mehr romantisieren wir gerade diese Ereignisse, die aus unserem ätzenden Alltag herausstechen. Diese Mystifizierung des Feuerscheins ist im großen Maße ein Ausdruck fehlender Strukturen und Perspektiven innerhalb unseres Alltags.
Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur - wie bereits vorgeschlagen - Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler gesellschaftlicher Veränderungen. So mußten die Günter-Sare-Demos geradezu zwangsläufig im Sande verlaufen, nachdem klar wurde, daß wir nicht in der Lage sind, inhaltlich und praktisch über den eigentlichen Anlaß hinauszukommen. So blieb die Parole: Wut und Trauer in Widerstand verwandeln, auf unseren Transparenten haften, anstatt sich in unserem Handeln umzusetzen. Über den Anlaß hinauszugehen hätte bedeutet, sich langfristig mit den Methoden und Zielen des staatlichen Gewaltapparats auseinanderzusetzen, also gerade dort einzugreifen, wo staatliche Gewalt Alltag ist, in den Polizeirevieren, auf den Kommissariaten, bei der Ausländerpolizei, in den Fahndungsapparaten, im Justiz- und Knasapparat.

Es müßte unser Ziel sein, diesem Gewaltapparat eigene, kontinuierliche Strukturen entgegenzusetzen, in seinem Bedürfnis nach Anonymität, ihn praktisch dort zu verunsichern und zu stören, wo er sich am sichersten wähnt, in der Technologisierung von Überwachung und Prävension. Das fängt also bei „Bürger beobachten die Polizei"-, Justiz- und Knastgruppen an, bis hin zur kontinuierlichen Gegenobservation (abhören, Veröffentlichung von Personen und Methoden ziviler Fahndung und Observation) und der Nutzung und Verbreitung der „Jugend forscht"-Ergebnisse (Störsender, Funk etc.). Wenn wir die „Systemfrage" nicht nur verbal stellen, sondern auch ernst meinen, dann genügt es eben nicht, erst dann zu handeln, wenn ein Toter auf der Straße liegt. Dann ist es - wieder einmal - zu spät. Dieses Beispiel läßt sich sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrhythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muß.
Es gibt noch einen anderen Grund, warum wir uns für verbindliche Strukturen stark machen. Wir lehnen aus gutem Grund hierarchische und autoritäre Strukturen ab. Denn sie verkörpern in ihrem Kern genau das, was wir politisch bekämpfen. Doch was wir im Kopf vielleicht klar haben, kommt gerade in vielen aktionsbezogenen Zusammenhängen zum Tragen. Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto unbegreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nicht behaupten können. Denn es gibt eine autonome Variante des kooperativen Führungsstils: Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen und durchgepowert, von jenen, auf die es - unausgesprochen - ankommt.

Für uns ist eine klare, sichtbare und offene Struktur kein Hindernis, sondern Voraussetzung für militanten Widerstand. Wenn wir militanten Widerstand nicht an Kleingruppen delegieren wollen, dann müssen wir Strukturen schaffen, in denen es möglich ist, offen darüber zu streiten und zu diskutieren. Dann müssen wir Orte und Bedingungen schaffen, wo gerade jene uns treffen können, die eben nicht durch persönliche Beziehungen oder Zufall in unsere Zusammenhänge geraten sind.
„Militanter Widerstand ist möglich" bedeutet gerade auch, ihm - soweit möglich - das Geheimnisvolle zu nehmen, Bedingungen schaffen, aus denen heraus er massenhaft möglich ist. Eine breite Basis - die sich nicht in spekulativer Zustimmung, sondern in wachsender Teilnahme ausdrückt - ist der beste Schutz für militanten Widerstand.
Wir sind nicht für ein Autonomes Plenum alten Stils, wo viele zwar überall dabei sind, aber dafür nirgendwo richtig. Uns geht es darum, gemeinsam zu überlegen, welche langfristigen Projekte und Kerne wir aufbauen und vernetzen wollen, an welchen Inhalten und praktischen Notwendigkeiten sich militante Kerne entwickeln müssen (von Ökologie über „Schattenwirtschaft" bis hin zu eigenen Medien, radikaler Medizin, Werkstätten und Sportvereinen...) Die Bedeutung und Wichtigkeit solcher Kerne bestimmt sich für uns daran, inwieweit wir selbst in der Lage sind, unsere Vorstellungen von einer herrschenden Gesellschaft in Keime von Gegenmacht, hier und jetzt, umzusetzen.
Eine autonome Organisation hätte nur Sinn, wenn sich darin militante Kerne wie Mosaiksteine zueinander und ineinander fügen, wenn sich jenseits von Aktualität und Bewegung eine Kontinuität und Verbindlichkeit jener Kerne entwickelt, in denen Politik und Alltag, gegenseitiges Vertrauen und Kompetenz, Lust und Ausdauer, Geborgenheit und Risiko miteinander verschmelzen. Wir wollen endlich wissen und erleben, wofür wir kämpfen.

Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe 1986

Anmerkung atom:
Der Text wurde von der Redaktion der atom in Absprache mit der L.U.P.U.S.-Gruppe um Abschnitte gekürzt (...), die auf konkrete Ereignisse, Termine, Umstände etc. des Jahres 1986 eingehen. Es wurden von uns aber nur die Passagen herausgekürzt, durch deren Auslassung weder die Lesbarkeit, noch die inhaltliche Aussage des Textes wesentlich verändert wurden.

Warum also noch demonstrieren gehen?

"Die Herrschaft der Wirklichkeit über den Menschen, der Wirklichkeit, die sich seiner Herrschaft entzog, also einer nicht-menschlichen Wirklichkeit, beraubt ihn seiner Menschheit, setzt der Entwicklung seiner Persönlichkeit eine Grenze, macht aus dem Menschen eine Zugabe zur Welt der Dinge: der Maschine, des bürokratischen Staatsapparates und so weiter. Auf diese Weise ist die Entfremdung zugleich Selbstentfremdung des Menschen - des Schöpfers der Welt der Dinge, verloren in der unpersönlichen, nicht menschlichen Welt, die ihn sich untergeordnet hat. Nicht nur Produkte des Menschen werden dem Menschen fremd, (...) auch er selbst entfremdet sich, wird sich selbst fremd wie ein Gegenstand: der Mensch beginnt sich selbst als Gegenstand in der ihn umgebenden Welt der Gegenstände zu fühlen, beginnt sich selbst durch das Medium dieser Gegenstände zu fühlen."

A. Schaff in "Marxismus und das menschliche Individuum", 1970

Foto: **Günter Zint**

Es gehört zum guten guten Ton, die derzeitige Ökologiesituation mit Attributen wie z.B. "dramatisch" oder "katastrophal" zu umschreiben. Große Illustriertengazetten, Tageszeitungen aller Coleur, Fernsehmagazine, Nachrichtensendungen usw. wetteifern um das Aufdekken des nächsten Umweltskandals. Wohin man und frau auch schaut: Seitdem das Umweltthema vor ca. 20 Jahren von der `Öffentlichkeit' entdeckt worden ist, geht`s mit ihr eigentlich immer nur bergab. Die Stichworte aus den letzten Jahren akkumulieren sich zu einer unendlichen Liste: Waldsterben, Amazonasraubbau, Ozonlöcher, Treibhauseffekte, Antarktisplünderung Bodenerosion, Atom-Gau's, Robbensterben, Chemieunfälle, Landschaftsverbrauch, Klimakatastrophen, Verkehrskollapse, Aussterben von Tierarten, Ölteppiche ... Über alle Partei- und Klassengrenzen hinweg herrscht Einigkeit in der Festellung, daß die Ökologiesituation von besonderer Wichtigkeit sei, die geradezu ein "neues Denken" zur Lösung der anstehenden Probleme erfordere. Linke und Alternative stimmen in diesen Chor zustimmend mit ein, nicht ohne - die wenig schwer zu fällende - Prognose zu wagen, daß sich die Umweltkrise in naher Zukunft weiter verschärfen werde, wenn nicht "rasch und umfassend" gehandelt werde. Doch je dringlicher das Anliegen auf der politischen Ebene in den letzten Jahren in der BRD als auch auf internationalen Umweltschutzkonferenzen proklamiert wird, desto einfallsloser und pragmatischer werden alle diesbezüglichen sogenannten Lösungsvorschläge: Wer empfindet es eigentlich noch als Widerspruch, wenn in wortgewaltigen Resolutionen die Ökologiefrage zu der Zukunftsfrage der `Gattung Mensch' im 21. Jahrhundert schlechthin erklärt wird, um damit (!) die Notwendigkeit weiterer Konferenzen zu diesem Thema zu betonen. Schließlich habe man sich noch nicht über die Reduzierung irgendeines Schadstoffes um vielleicht 5% in den nächsten 20 Jahren einigen können. Sich links empfindende TAZ-Journalisten kommentieren derartige Farcen mit fulminanten Kritiken, wie z.B. daß die behandelten Lösungsvorschläge "unzureichend" seien oder daß sich die Umweltminister mit ihrer Politik mal wieder "völlig unglaubwürdig" gemacht hätten. Realpolitisch orientierte grüne Reformdemokraten haben mitlerweile in Analysen zur Begründung ihrer Politik eine meisterhafte Kunst darin entwickelt die Umwelt-

katastrophen in den düstersten Farben auszuschmücken, um daran ausgerechnet umwälzende Forderungen wie z.B. `Tempo 30' in den Städten, das Inkrafttreten irgend einer neuen Gesetzesnovelle oder die Einführung dieses oder jenen neuen Abgasfiltersystems anzuschließen. Und je realistischer und ausgearbeiteter alle `Alternativkonzepte' für die kapitalismusimmanente Beseitigung von Müllbergen, Chemiegefahren, der Atomindustrie und des koallabiernden Individualverkehrs in den Städten werden, desto politisch wirkungsloser scheinen sie zu sein. Die Ökologieprobleme sind mitlerweile so allgegenwärtig im Alltag und scheinen doch so wenig veränderbar geworden zu sein, daß in diesen Betrachtungsweisen eigentlich alle immer nur betroffen sein können. Das dabei `Gegner' völlig verschwimmen, versteht sich von selbst. Der fortwährende Apell von `Ökologen' an die herrschenden und beherrschten Klassen einen nicht ganz so unsinnigen, verschwenderischen und umweltgefährenden Umgang mit endlichen Naturreserven zu forcieren, wird von diesen mit einem freundlichen Kopfnicken für das ehrenwerte Anliegen und einem etwas hilflosen Achselzucken quittiert: Wer kann schon morgens um 7 Uhr auf dem Weg zur Arbeit aus seinem im Stau steckenden Auto steigen? Dabei ist allen bewußt, daß in der Tat ökonomischere Formen des Ressourcenmanagements in einer post-modernen Industriegesellschaft denkbar sind. Die darin enthaltene Unterstellung, daß es sich bei der Natur um ein "knappes Gut" handele, ist ja auch deshalb so gnadenlos plausibel, weil sich jeder dabei an die herrschenden Marktmechanismen erinnert fühlt: Dort läßt ein über das Spiel von Angebot und Nachfrage sich verknappendes Gut nur den (Tausch-) Wert desselben steigen. Das mag mit ein Grund für die große Symphatie für die Forderungen der konventionellen Naturschutzverbände sein, immer mal wieder ganze Gebiete, für die aktuell kein anderweitiges Nutzungsinteresse geltend gemacht wird, als Naturschutzreservate auszuweisen. Warum sollte es in einer Gesellschaft, die ihren Naturgrundlagen als freies Gut bislang noch keinen Preis zumessen und damit keinen besonderen Stellenwert einräumen konnte, nicht bestimmte Gebiete als "Naturschutzmuseen" geben, von denen Menschen zunächst einmal ausgesperrt sind. Dadurch erhalten diese Gebiete endlich einen Wert, z.B. als touristische Sehenswürdigkeiten, die gegen die Entrichtung eines Preises betrachtet werden können. Die Subsummierung von ehemals freien Gütern unter das Wertverhältnis regt im übrigen zumeist die menschliche Phantasie ungemein an: Wie oft habe ich mir schon gewünscht mit einem PS-starken Cross-Motorrad durch ein `unberührtes' Naturreservat heizen zu können. Allerdings verstößt das vermutlich gegen die mit der Ideologie der knappen Güter korrespondierenden gewissenhaft lustfeindlich-puritanischen Moral der Umweltschützer. Der Imperativ Umweltschutz gebietet es den Öko-Spießern geradezu, derartigen Phantasien unter dem Motto: "Das gehört sich nicht!" eine drastische Abfuhr zu erteilen. Und wer das nicht hören mag, wird unter dem Beifall der Öffentlichkeit, wenn notwendig mit der ganzen Strenge juristisch-adminstrativer Maßnahmen für sein erklärtermaßen ökologiefeindliches Verhalten bestraft.

Die Ökoalternativ- und Naturmuseumsvorschläge haben sich, indem sie sich in die kapitalkonforme Verwertungslogik wohl- und gutgemeint hineingedacht haben, von einer möglichen politischen Kraft die versuchen würde eine grundlegende Änderung des Mensch-Natur-Verhältnisses zu erkämpfen, längst entkoppelt. Die zumeist akademisch geschulten Ökologen wollen da lieber nix aus dem Ruder laufen lassen. Und so proklamieren sie 'Gewaltfreiheit' der für sie eine andere Umschreibung für Gesetzesgehorsam ist. Dieser dient ihnen dann dazu, sich mit der herrschenden Macht über die "Ökologieprobleme" in den dafür vorgesehenen Formen zu verständigen. Da jedoch der Ökohorror weder mit moralischen Maßhalteappellen noch mit juristischen Fußangeln ausgetrickst werden kann, folgt aus der allseits anerkannten, weil unbestritten plausiblen Erkenntnis, daß z.B. die Müll- oder Individualverkehrssituation gesamtgesellschaftlich eigentlich irrational ist, auf der faktischen Ebene lediglich, daß es alles so weiter geht wie zuvor auch. Warum sollte sich auch etwas ändern, wenn niemand da ist, der versucht diese Änderung zu erzwingen? Und so führt diese Situation zu dem Paradoxon, daß alle mehr oder weniger um die "dramatische Umweltsituation" wissen, sich (vielleicht) klammheimlich ein ganz anderes Verhältnis zur Natur wünschen und ansonsten sich mehr oder weniger bewußt oder gezwungen weiter am Va-Banque Spiel mit den natürlichen Lebensgrundlagen beteiligen müssen.

Warum es nach Tschernobyl keine Atomkatastrophe eines AKW mehr geben wird

Der GAU des AKW in Tschernobyl faßte mit seinen Folgewirkungen in der BRD mehrere Tendenzen zusammen. Einerseits bestätigte er alle bereits in den 70er Jahren aufgestellten Prognosen über die Unsicherheit und Verantwortungslosigeit des Betriebs von Atomanlagen. Seit Tschernobyl wissen alle, die Bevölkerung, Atomkraftgegner wie Befürworter, daß ein AKW nicht nur irgendwann theoretisch in 10000 Jahren vielleicht einmal durchgehen könnte, sondern schon heute oder morgen durchgehen wird. Diese Behauptung steht seit Tschernobyl nicht mehr unter Beweispflicht, da sie zur offenkundigen Tatsache geworden ist. Damit ist auch eine naturwissenschaftliche Beweisführung über die Gefahren der Atomenergienutzung überflüssig geworden, weil sie keinen Gegenstand mehr hat, an dem sie sich abarbeiten könnte. Da spätestens nach Tschernobyl alle um die realen Gefahren eines Betriebs einer Atomanlage wissen, müssen sie auch nicht mehr davon überzeugt werden. Das hat wiederherum zur logischen Folge, daß es in den Protesthandlungen eigentlich nur noch um die Entwicklung von Gegenmacht zur praktischen Stillegung dieser Anlagen gehen kann. In der BRD wurden diese Ansätze zur Gegenmacht im Sommer 86 jedoch kurzerhand von den Bullen zusammen geschlagen. Tschernobyl hat auf der Ebene der Fortführung des Atomenergiesektors weder in der Welt noch in der BRD, mit einer relativ starken Anti-AKW Bewegung einen nennenswerten Einbruch bewirken können. Bundesdeutsche AKW's werden trotz Tschernobyl Tag für Tag weiterbetrieben, obwohl alle um die damit verbundenen nicht irgendwie mehr hypothetischen sondern faktischen Gefahrenpotenzen wissen und obwohl es sehr leicht möglich wäre sie durch andere Energieversorgungsformen zu ersetzen. Was soll damit gesagt werden?

Niemand dürfte sich eigentlich sonderlich über die nächsten größten AKW-Unfall mit vergleichbaren Folgen wie in Tschernobyl . und Umgebung - der ohne Zweifel kommen wird - überrascht und empört zeigen. Niemand kann mehr nach Tschernobyl die Behauptung wagen, daß ein derartiges Ereignis für ihn "unvorstellbar" sei. Das der Widerstand gegen die Atomenergienutzung in der BRD nicht so stark ist um diese Anlagen abzuschalten, hat nichts mit mangelnden Wissen um die Gefahren, als vielmehr mit einer mehr oder weniger gelungenen Verdrängung über dieses über den eigenen Kopf hängende Damoklesschwert zu tun. `Katastrophe' als Begriff macht jedoch nur einen Sinn, wenn durch ein unvorhergesehenes Ereignis etwas überraschendes und unerwartetes geschieht; etwas was den eigenen Alltag über den Haufen wirft. Die Katastrophe, die erwartet und damit kalkuliert werden kann ist jedoch keine. Insofern wäre das zu erwartende durchschmelzen des nächsten AKW's zwar durchaus als schlimm, jedoch nicht als "Katastrophe" zu beurteilen. Sofern man der Ansicht ist, daß bereits der jetzige Zustand im Grunde genommen "eine einzige Katastrophe" sei, so würde daraus ja nur zu folgern sein, daß man allenfalls mittendrin leben würde. Und dieses mittendrin leben heißt auch immer: banaler Alltag und Verdrängung:

Und im Kontext dieser Verdrängung fängt auch der Schreiber dieser Zeilen an, nüchtern darüber zu kalkulieren, was er machen würde, wenn z.B. in der BRD einfach ein AKW durchgehen würde.

Das Beispiel Tschernobyl beweist immerhin auch, daß die Annahme, daß nach einem Atom-GAU einfach nichts mehr ginge, schlicht falsch ist. Tschernobyl ist auch ein Beispiel dafür, daß es offenbar nicht unmöglich erscheint eine bestimmte - sicherlich immer unzulänglich bleibende und natürlich in jeder Hinsicht brutale und menschenfeindliche - Regulierung der eingetretenen Katastrophe mit relativen Erfolg zu betreiben. Zur Beruhigung einiger Emotionen schüttet man einfach irgend ein paar Materialen auf den offen liegenden glühenden Reaktorkern; man zieht dazu noch einen willkür-

Foto: **Günter Zint**

lichen Sperrkreis mit einem Radius von 30 Kilometern um den durchgeschmolzenen Reaktor, schafft die dort lebenden Menschen weg und versucht ansonsten das ganze mit den entsprechenden staatlichen Zwangsmaßnahmen, juristischen, medizinischen und finanziellen Tricks unter Kontrolle zu halten. Alle Geigerzähler werden beispielsweise um den Faktor 100 oder 1000 höher geeicht, damit von diesem weit erhöhten Strahlenlevel aus, mit diesbezüglich um den gleichen Faktor erhöhten 'Grenzwerten' weiter gemessen werden kann. Die Katastrophe wird einfach durch bestimmte Regulierungsmaßnahmen in eine permanente Krise umgewandelt und kleingearbeitet, weil es 1. gar nicht anders geht und 2. alles ansonsten so weiter fortgeführt werden soll, wie vorher auch. Warum sollte soetwas nicht auch für die BRD funktionieren?

Im Jahre 1988 wurde in der Presse ziemlich breit über einen vertuschten Störfall und Beinahe-GAU im AKW Biblis aus dem Jahre 1987 berichtet. Meine ersten Gedanken dazu waren zunächst: "Ja, ist ja eigentlich klar, daß soetwas passiert" und im nächsten Schritt das raisonieren darüber, daß es mich in Berlin im Gegensatz zu den Frankfurtern nicht so direkt erwischt hätte. Eben, wenn's geknallt hätte, hätte man "eben Glück gehabt, was soll's." Um Biblis wäre vermutlich ein ähnlicher Sperrkreis gezogen worden wie um Tschernobyl, die Flüchtlingsbewegungen hätten sich nach einer bestimmten Zeit beruhigt und wären in verschiedene Lager verteilt worden, der Bundespräsident hätte vor Fernsehkameras ein paar `mutigen Helfern' für ihre großartigen Entseuchungseinsätze die Hand geschüttelt; die Bundestagspräsidentin würde in einer Live über alle Rundfunksender übertragenen Rede von der Totenfeier in irgend einer festlich geschmückten Turnhalle mit stockender Stimme allen Hinterbliebenen ein "herzliches Beileid" übermitteln. Und während die Bundesregierung noch einmal eine Sichherheitsüberprüfung aller ohnehin schon sicheren BRD-AKW's zur Fortführung ihres weiteren Betriebes angeordnet hätte, würden sich sozialdemokratische und grüne Politiker für "gerechte Entschädigungen aller Betroffenen" einsetzen. Was auch sonst? Ohne Zweifel ist dieses Szenario inhuman, brutal und gemein, ist es aber damit auch unrealistisch?

Vermutlich würde ich nach einem Reaktorunfall in Biblis, der sich in seinen Folgen vielleicht in etwa mit dem in Tschernobyl vergleichen ließe in Berlin - sofern es mir mein Terminzettel mit anderweitigen Verpflichtungen gerade erlauben würde - auf eine polizeilich angemeldete und erlaubte Großdemonstration gegen die weitere Nutzung der Atomenergie gehen. Allerdings würde ich mich fragen, was eigentlich mit dieser Demonstration ausgedrückt werden soll: Das ich eigentlich schon immer gegen AKW's war, brauche ich mir nicht noch einmal zu beweisen. Die große Mehrheit der Bevölkerung wußte ebenfalls vorher um die AKW-Gefahren und braucht insofern nicht mehr davon überzeugt werden. Fakt ist vielmehr aber auch, daß sie trotz dieses Wissens letztlich - sicherlich mit vielen guten Gründen - genausowenig zur Stillegung dieser Dinger unternommen hat wie ich. Und das Atomkraftgegner mit ihren Warnungen vor den Gefahren der AKW's nochmal auf grausige Weise bestätigt worden sind, ist für die Bevölkerung in der Zone um Biblis - für die ohnehin nur noch Konkursverwaltung betrieben werden kann - bedeutungslos. Zudem ist realistischerweise anzunehmen, daß weder diese noch andere Anti-AKW-Demonstrationen einen nennenswerten Einfluß auf die weitere Fortführung des AKW-Programms werden ausüben können. Warum also noch demonstrieren gehen? Eine gute Frage, die in diesem Falle nicht beantwortet werden kann.

Wo soll das eigentlich alles enden?

Mein Umgang mit der Ökologiefrage hat verblüffende Wandlungen durch gemacht: Ende der 70er Jahre habe ich mich daran in dem Sinne politisiert, als daß ich den herrschenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als zutiefst inhuman, aggressiv und verbrecherisch empfunden habe. Es schien mir es mehr als notwendig zu sein, sich dagegen politisch organisiert zur Wehr zu setzen. Der Kampf gegen AKW's wurde zu einem Sinnbild dafür, einen anderen

Foto: **Günter Zint**

gesellschaftlichen Umgang mit der Natur gegen mächtige Interessen und Gegner durchzusetzen. In der Öffentlichkeit redete man sich den Mund über die Frage fusselig, wie wahrscheinlich es ist, daß ein AKW durchschmilzt. Die Befürworter stritten alles ab, während Atomkraftgegner alles in Zweifel zogen und das Schlimmste prognostizierten. Es existierte zu der Zeit eine relativ klare politische Polarisierung in die Front der Linken, Alternativen und Umweltschützer auf der einen und die kapitalistischen Wachstumsfanatiker auf der anderen Seite. Von der Thematisierung der AKW-Gefahren war es nur ein kleiner Schritt, um bereits lange existierende Umweltprobleme in anderen Lebensbereichen wahrzunehmen. Sie schienen sich auch zu Beginn der 80er Jahre an allen Ecken und Enden zuzuspitzen: Alles drohte ins Rutschen zu geraten, der Wald starb immer schneller, Schadstoffe der Woche machten in den Lebensmitteln Furore, die Chemiegefahren explodierten und Seveso war in der Tat überall. Ab 1980 wurde der "GLOBAL 2000" -Bericht mehrere 100000 mal mit dem Werbeslogan: "Die ökologische Zukunft wird schwärzer als es sich der alternativste Umweltschützer vorzustellen vermag" - verkauft. In Nachfolge zu dem `Club of Rome'-Bericht, der zu Beginn der 70er Jahre erschienen war, rechneten Wissenschaftler im Auftrage des US-Präsidenten, Trends zur weltweiten Umweltsituation in den nächsten 50 Jahren hoch. Gestützt auf eine umfängliche Datenbasis, die ihnen von solchen ehrenwerten Institutionen wie z.B. dem CIA zur Verfügung gestellt worden war, wurden auf über 1500 Seiten minutiös aktuell laufende Entwicklungen der Umweltverwüstung zu der grausigen Prognose verdichtet, daß das Tempo des Ökohorrors in den nächsten Jahrzehnten kaum umzukehren sei. Immerhin spricht es für den Realismus imperialistischer Yankee-Wissenschaftler, daß sie aus ihren Analysen keineswegs fatalistische Schlüsse zogen, sondern sie unter dem Gesichtspunkt diskutierten, wie die "führende Rolle der USA in der Welt" auch in Zukunft unter den sich dramatisch verändernden Bedingungen aufrecht erhalten werden kann. Nichts desto trotz verstärkten derartige Berichte insgesamt in der Öffentlichkeit eine apokalyptische Grundstimmung. Und vor dem kurz bevorstehenden Untergang der Menschheit wurden auf einmal alle Katzen grau, wer ist in diesen Szenarien eigentlich noch der Gegner? Schon damals gab's zeitweise in der Wahrnehmung so`ne Mischung aus stiller Verzweiflung, obgrund der Hoffnungslosigkeit dem Ökohorror noch entkommen zu können und banaler Verdrängung. Sonst wäre ja ein notwendiger Alltag nicht mehr auszuhalten und zu organisieren gewesen. Überhaupt Verdrängung: Sie ist eigentlich ein ganz passables Medium, um unter ziemlich beschissenen Bedingungen sich irgendwie nicht völlig unangenehm durchwursteln zu müssen. Daß permanente Vergegenwärtigen einer im Prinzip kaum veränderbaren apokalyptischen Grundsituation ist für die eigene Stimmung nicht gerade förderlich und macht letztendlich handlungsunfähig. Und wenn ich mir den weiteren Verlauf der 80er Jahre hinsichtlich des Ökohorrors betrachte, dann kann ich feststellen, daß 1. das Ausmaß dieser Verdrängung - von kleinen Ausnahmen wie z.B. Tschernobyl abgesehen - ständig zugenommen hat und ich 2. eigentlich damit in meinem Psycho-Haushalt relativ gut gefahren bin. Was bleibt, ist eine fatalistische Egal-Haltung.

Damit hängt vermutlich auch zusammen, daß mich seit geraumer Zeit Ökohorrormeldungen zumeist eher langweilen. Früher hatte ich noch immer gedacht, daß solche Meldungen "aufrüttelnd" oder gar "kritisch" seien, daß sie vielleicht etwas "bewegen" würden... - Pustekuchen. Das einzige was mich auf diesem Gebiet noch hin und wieder antörnt, sind ein paar reichhaltig bebilderte Illustriertenberichte: Wenn die besten Profi-Fotografen der Welt vor dem Hintergrund einer abgebrannten Amazonasfläche und einer von Rauchschwaden verdunkelten Sonne einen fertig gemachten Indianerstamm mit satten Farben und gelungenen Contrasten abbilden, sind diese Bilder eine ästehtische Augenweide, die ich mir als Hobbyfotograf immer wieder gerne anschaue.

Wie gesagt: Der Ökohorror langweilt mich - so lange er mich nicht unmittelbar betrifft. Mit "unmittelbar betreffen" ist gemeint, daß ich gezwungen wäre, meinen Alltag zu ändern. Aber dieses "Alltag ändern" ist auch leichter gesagt als getan: Im dem Falle, wo es darum geht, unmittelbare Konsequenzen aus dem Ökohorror ziehen zu sollen, stürzt mich das zumeist in eine große Konfusion. So wollte

ich z.B. einmal an einem schönen himmelblauen Sonntag mit dem Fahrrad an einen See fahren. Kurz bevor ich mich auf den Weg machen wollte, wurde über Radio durchgegeben, daß man aufgrund der außerordentlich hohen Ozonbelastung in der Luft nach Möglichkeit zu Hause bleiben bezw. größere körperliche Anstrengungen im Freien meiden solle. In meiner Irritation hab 'ich mich dann davon abhalten lassen los zu fahren, was vermutlich genauso verkehrt war, als wenn ich mich doch auf den Weg gemacht hätte. Jedenfalls hab 'ich mich total geärgert.

Ansonsten fällt mir derzeit nichts, aber auch überhaupt nichts mehr zur Lösung der Ökologieprobleme ein. Immer wieder von neuem fallen Erkenntnis mit diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten zur Lösung eines erkannten Problemes auseinander. Man stelle sich einmal folgendes Szenario vor: Im Prinzip ist davon auszugehen, daß so gut wie alle ganz praktisch und unmittelbar erfahren, daß der Individualverkehr nicht nur täglich ein Schlachtfest auf den Straßen mit tausenden von Toten und Verletzten anrichtet, Menschen mit dem Lärmterror in die Verzweiflung treibt und uns in den Städten sprichwörtlich die Kehle zuschnürt. Um dieses erkannte Problem zu lösen, würden Gruppen damit beginnen systematisch ein unterschiedsloses Abfackeln von Autos zu organisieren. Es gehört nicht viel dazu, um sich den Orkan der Entrüstung in der Stadt Berlin vorzustellen, der nicht nur allein von den deformierten "Ick gloob ick spinne" - Berlinern getragen würde sondern auch Ökologen und Linke umfassen würde. Die Ökologen würden empört darauf hinweisen, daß schon allein das unkontrollierte abbrennen von Autoreifen die Umweltbelastung durch das Freiwerden, z.B. von Chlordibenzufulsuranen in unzumutbarer Weise erhöhen würde. Die Linken würden erbittert die Interessen der kleinen Leuten zu verteidigen wissen, die nun lange Jahre auf der Maloche hätten ihren Puckel krumm machen müssen, um in den Besitz eines PKW zu gelangen. Darüber hinaus sei ein derartiges Unternehmen völlig unpolitisch, würde in jeder Hinsicht mit den Malocherautos die "Falschen" treffen, und überhaupt brauche man zur Lösung dieses Problemes ganz andere, am besten "umwälzende Strategien.", die "Produktion" setze noch allemal den Konsumenten und nicht umgekehrt. Recht haben sie, die Linken und davon abgesehen, würde der Verfasser dieser Zeilen sein eigenes Motorrad auch nicht abfackeln. Und so bleibt alles unverändert, vertraut und unzumutbar wie es jetzt schon ist. Ein Teufelskreislauf also, an dem eigentlich alle mit guten Argumenten und wohlbegründeten egoistischen und selbstzerstörischen Interessen mitdrehen. Und so kommt es, daß ich mit einem diffusen Fortschrittsoptimismus ausgestattet, zustimmend irgendwelche gesamtgesellschaftlich plausiblen Alternativgutachten über die umweltfreundliche Verkehrssituation im Jahre 2050 konsumiere, nachdem ich mal wieder mit meinem Motorrad voller Genuß mit Tempo 150 KmH über die Landstraßen - wenn auch irritiert durch die vielen Straßenbäume - und durch die Dörfer der Mark Brandenburg gerast bin.

Foto: **Günter Zint**

In meiner Wohngemeinschaft wird sorgsam auf getrenntes Müllsammeln geachtet, obwohl wir alle wissen, daß es genauso witzlos ist, wie der Appell an die "Konsumenten" endlich anzufangen, umweltbewußt zu konsumieren, obwohl bei denen eigentlich schon alles aufhört. Die überhöhten Preise in irgendwelchen makrobiotischen Müsliläden gehen mit schon lange auf den Zeiger. Über die Grünen Reformdemokraten mit ihren Vorschlägen aus der Gartenzwergperspektive kann ich nur lachen. Einzig und allein der Öko-Multi Greenpeace nötigt mir einigen Respekt ab. Der hat's mit einem technisch ausgefeilten, zentralisierten und effektiv arbeitenden Aktionsmanagement geschafft, aus dem Ökohorror ein profitables Unterhaltungsgeschäft aufzubauen. Wenn man sich das Spendenaufkommen von Greenpeace in den letzten Jahren anguckt, dann kommt man nicht umhin festzustellen, daß dieser Laden eine einzige Goldgrube ist - der Ökohorror läßt bei Greenpeace die Kassen klingeln. Greenpeace weiß, wie man mit geschickten Werbestrategien Kohle aquierieren kann: Z.B. damit, indem man durchgestylte Transparente mit dem eingetragenen Warenzeichen der Organisation von hohen Schornsteinen flattern läßt. Es ist eine geradezu geniale Idee, noch nicht erschlossene graue Schornsteine als Werbeflächen für Unterhaltungsreportagen in Illustrierten zu erschließen. Bei Greenpeace gibt's auf der Managerebene dufte bezahlte Job's mit dem Hauch von Nervenkitzel und Medienabenteuer. Wer träumt nicht auch mal davon, einen tollen Ausblick von einem Schornstein zu genießen, auf den er sich sonst niemals `raufgetraut hätte oder auf tollen Schiffen mittendrin zwischen aussterbenden Walen, abgeschlachteten Robben und der Antarktis herumzutouren.

Wir leben in einer Zeit in der die Ökologiefrage selbstverständlichstes Anliegen aller herrschenden Institutionen und Charaktermasken geworden ist. Kurz bevor Alfred Herrhausen in seinem katalysatorbetriebenen Daimler von der RAF in die ewigen monetären Weltmärkte geschickt worden ist, setzte er sich noch in einem Interview ganz verhemment für den Schutz der Umwelt ein. Auf die Frage seines stichwortgebenden Interviewpartners was das für ihn konkret heiße, meinte er, daß er sich schon ein paar Tricks ausgedacht habe, um die Brasilianer daran zu hindern, weiter unseren Amazonasurwald kaputt zu machen. Alfred hat dieses Thema so eloquent 'runtergelabert, das mir ganz warm ums Herz wurde, zumal ich weiß, daß solche Typen im Gegensatz zu den Linken nicht nur reden sondern auch handeln. Ohne Zweifel ist das Ökologiethema den Linken in den letzten Jahren enteignet worden. Verbal integrieren, tot- und breitquatschen ist auch eine Methode unbequemen Themen den rebellischen Stachel zu ziehen und den Leuten die Köpfe zu waschen. Aber abgesehen einmal davon, daß es immer richtig ist, denen da oben nichts zu glauben bezw. ihnen das Schlimmste zu unterstellen, lockt das an dieser Frage auch keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

Bleibt hinsichtlich der Ökoprobleme allenfalls noch das Prinzip Hoffnung, mit dem man sich als Linker immer noch versucht an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Immerhin erklären nach allen Umfragen aus den letzten 10 Jahren große Bevölkerungsmehrheiten die Ökologiefrage zu einer der wichtigsten Fragen überhaupt, obwohl sie vermutlich damit in ihrem Alltag genausowenig anfangen können wie ich. Das Problem das aber psychisch ausgehalten werden muß, besteht jedoch darin, daß die faktische Ökosituation für irgendwelche Hoffnungen weder jetzt noch in der Zukunft genausowenig etwas her gibt, wie bislang alle politischen Strategien zur Lösung dieses Problems. Und trotzdem gibt's immer noch Leute, die glauben sich über eine revolutionäre Veränderungen aller Beziehungen der Menschen untereinander aus dem Ökotrouble in eine bessere und humane Gesellschaft katapultieren zu können. Es fällt mir schwer davon überzeugt zu sein.

Michaele Schreyer

anti atom aktuell

anti atom aktuell, c/o Martin Nesemann, Gießener Str. 53, 35415 Pohlheim

Redaktion: c/o Martin Nesemann
Gießener Str. 53
35415 Pohlheim

Vertrieb: c/o Stefan Sonntag
Gießener Str. 77
35452 Heuchelheim

Telefon: 0641/68350
Fax: 0641/68256 (10-12 Uhr)
E-Mail: antiatom@apg.lahn.de

An die LeserInnen
der atom

Gießen, 6.2.1994

Liebe AKW-GegnerInnen,

nun gibt die "atom" ihren Abschied - wieder eine Zeitung weniger in der Anti-AKW-Bewegung. Was auch immer die atom-Redaktion zu diesem Entschluß bewogen haben mag - für uns von der anti atom aktuell steht fest: wir machen weiter! Deshalb möchten wir Euch unsere Zeitung hier kurz vorstellen:

Die aaa erscheint seit 1988 und wurde bis vor etwa einem Jahr in Münster erstellt. Danach sind Redaktion und Vertrieb nach Gießen zur "Gießener Initiative gegen Atomanlagen GIgA" gewechselt. Wir verstehen die anti atom aktuell in erster Linie als Vernetzungs- und Informationsorgan der aktiven Bewegung. Deshalb sind in jeder Ausgabe Berichte von Aktionen und der Situation an den Standorten zu finden. Darüberhinaus geben wir Infos zu bestimmten Schwerpunktthemen (Energiewende, Konsensdiskussion, Super-GAU-Versuche in Cadarache, Anti-AKW im Ausland etc.) und veröffentlichen Hintergrundberichte.

Auch wenn die großen Zeiten von Wackersdorf und Gorleben, die Ära der Hüttendörfer und Bauzäune, vorbei zu sein scheinen: Die Probleme sind nicht kleiner geworden - ganz im Gegenteil! Neben der makaberen Routine des sogenannten "Normalbetriebs" mit erhöhten Leukämieraten, großen und kleinen Pannen, Rissen in den Rohrleitungen usw. dürfen wir z.B. die Atommüllawinen nicht vergessen, die uns in den nächsten Jahren ins Haus stehen und den Menschen in Ahaus, Morsleben und Gorleben große Angst bereiten. Ganz davon abgesehen, daß auch schon wieder Neubauten (Forschungsreaktor Garching, neuer Reaktortyp EPR) ins Auge gefaßt werden.

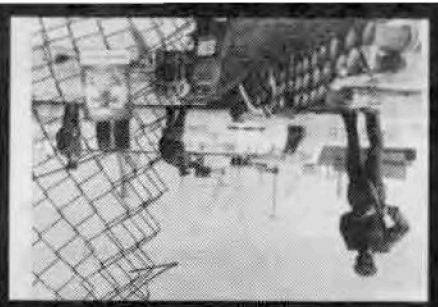
Der Kreis der Aktiven ist über die Jahre hinweg zusammengeschmolzen, doch der Kampf geht weiter! Wir bleiben gefährlich - in Wort und Tat!

STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT UND SOFORT!

Die Redaktion der anti atom aktuell

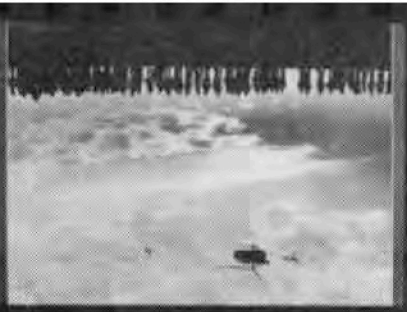
Bankverbindung: anti atom aktuell - M. Nesemann - Volksbank Gießen BLZ: 513 900 00 Kto: 33 411 00

2 ▻ 2A
8 KODAK 5052 TMX

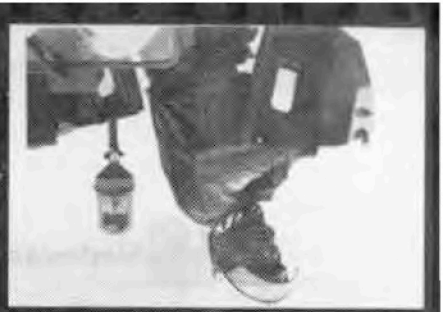


3 ▻ 3A
9 KODAK 5052 TMX

4 ▻ 4A
10 KODAK 5052 TMX

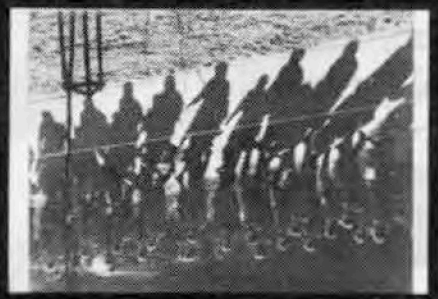


5 ▻ 5A
11 KODAK 5052 TMX



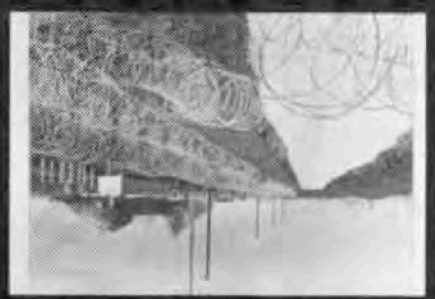
6 ▻ 6A
12 KODAK 5052 TMX

8 ▻ 8A
14 KODAK 5052 TMX



9 ▻ 9A
15 KODAK 5052 TMX

10 ▻ 10A
16 KODAK 5052 TMX



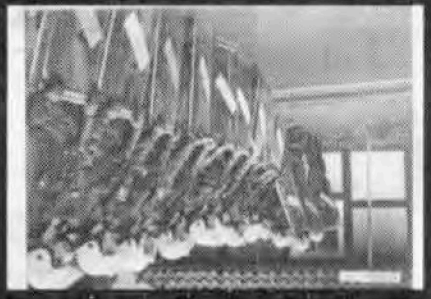
11 ▻ 11A
17 KODAK 5052 TMX

12 ▻ 12A
18 KODAK 5052 TMX

14 ▻ 14A
19 KODAK 5052 TMX

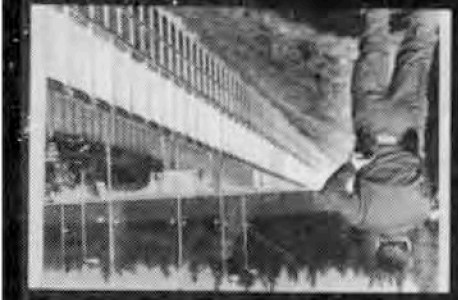
15 ▻ 15A
19 KODAK 5052 TMX

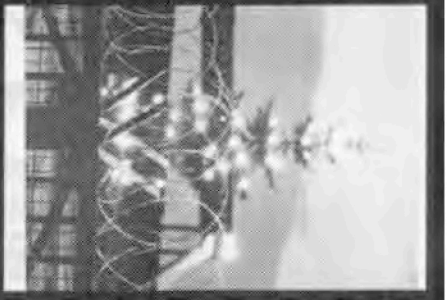
16 ▻ 16A
1



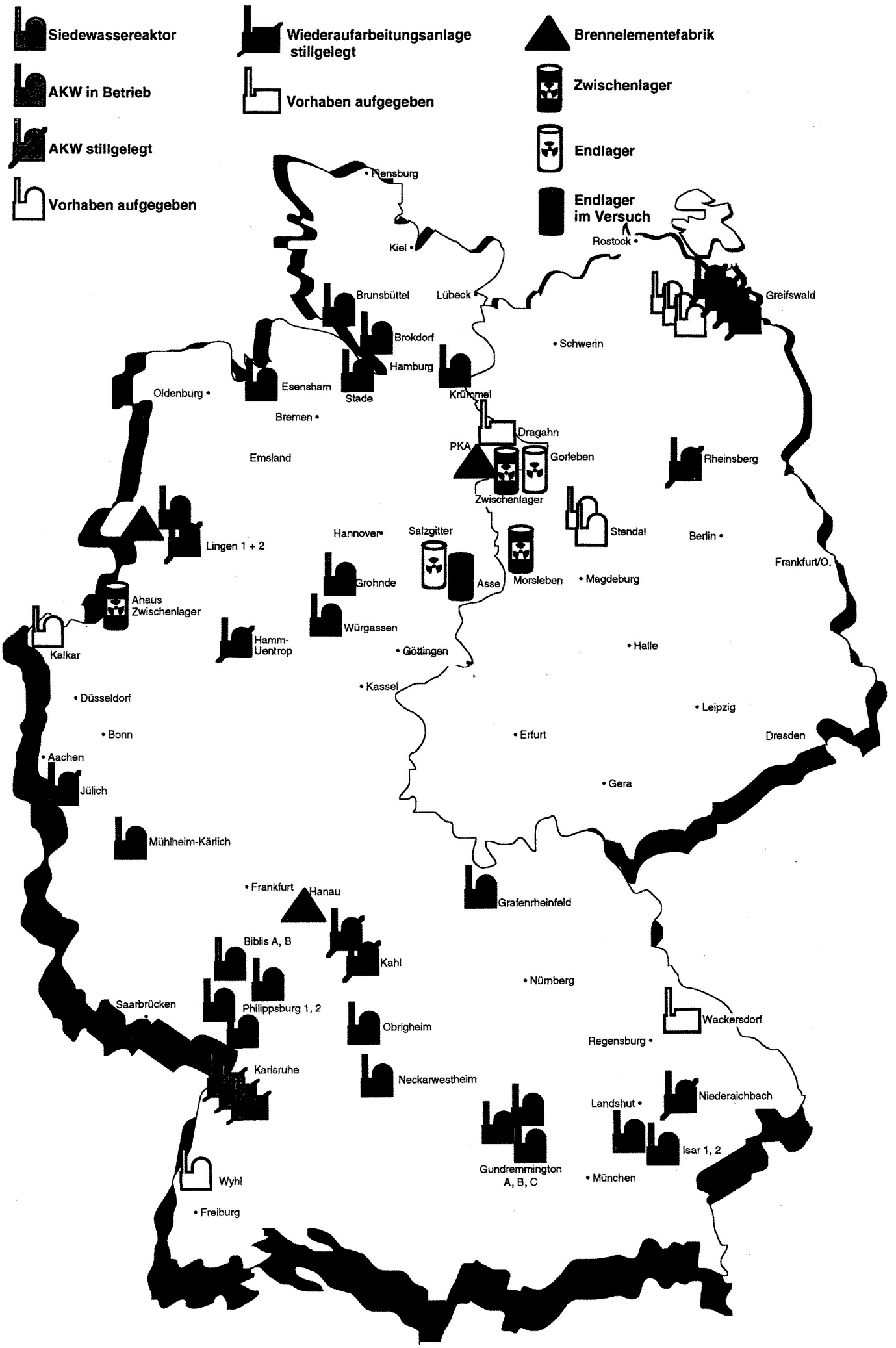
17 ▻ 17A
7 KODAK 5052 TMX

18 ▻ 18A
13 KODAK 5052 TMX





Atomanlagen in der BRD



1
7 KODAK 5052 TMX
4 KODAK 5052 TMX
5 KODAK 5052 TMX
6 KODAK 5052 TMX
1 1A
8 KODAK 5052 TMX
7 7A
9 KODAK 5052 TMX
4 4A
10 KODAK 5052 TMX
5 5A
11 KODAK 5052 TMX
6 6A
12 KODAK 5052 TMX
8 8A
20 KODAK 5052 TMX
9 9A
21 KODAK 5052 TMX
10 10A
22 KODAK 5052 TMX
11 11A
13 KODAK 5052 TMX
12 12A
14 KODAK 5052 TMX
20 20A
20 KODAK 5052 TMX
21 21A
21 KODAK 5052 TMX
22 22A
22 KODAK 5052 TMX
13 13A
23 KODAK 5052 TMX
14 14A
24 KODAK 5052 TMX

anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- berichtet von Aktionen, gibt Einschätzungen und Meinungen der Anti-AKW-Bewegung wieder
- liefert Veranstaltungshinweise und Hintergrundinformationen
- erscheint monatlich

Standorte
Energiewende
Gesundheit
Stillegung
Restrisiko
Transporte
Konsens-Nonsens
Kriminalisierung
Internationales

Kostenloses Probeexemplar anfordern:

anti atom aktuell
c/o Stefan Sonntag
Gießener Str. 77
35452 Heuchelheim

Wichtiger Termin:

Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

18.-20.März 94 in Gießen

Alle Aktiven und Interessierten aus der Anti-AKW-Bewegung sind herzlich eingeladen zur Frühjahrskonferenz der Initiativen gegen Atomanlagen in Gießen. Wie immer soll die Konferenz ein wichtiges Forum zum Austausch der Initiativen untereinander bieten. Ferner sind folgende Arbeitskreise geplant:

- Transporte
- Uranabbau
- Abreißen oder Einschließen?
- Siemens-Boykott
- Situation der politischen Gefangenen
- Ökofaschismus

Weitere Infos und Anmeldung bei:

Gießener Initiative gegen Atomanlagen (GIgA)
Bahnhofstr. 38
35390 Gießen

oder unter Tel. 0641/68350 (Moni)

17 Jahre atom express/müllzeitung
17 Jahre Bewegung

Auf den nächsten 37 Seiten lassen wir noch einmal Revue passieren: 17 Jahre, die die Welt veränderten, die uns und viele mit uns gefangen nahmen, die mehr sind als eine Jugendsünde oder eine Jugenderinnnerung. In dieser Zeit boten wir der Zeit und den Machern die Stirn und versuchten, das Rad der Zeit selber zu drehen.
Kommt also mit, per Anhalter durch den kurzen Sommer der Anti-AKW-Bewegung. Aus Originaldokumenten der Zeitungen atomexpress, Gorleben Aktuell, atommüllzeitung und atom liefern wir Steinchen aus dem Mosaik dieser Zeit. Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht, aber viele werden sich wiederfinden und ihre eigene Geschichte dabei aus der Schublade holen. Wer noch Spaß daran hat, kann sich die alte verstaubte Kiste vom Dachboden holen und genauer nachschauen - falls sie noch dort steht.
Wir haben uns bewußt auf Anti-AKW-Geschichte beschränkt, obwohl andere Themen immer wieder aufgegriffen wurden. Deshalb tauchen Stichwörter wie Antikriegsbewegung, Volkszählung, Weltwirtschaftsgipfel, Nicaragua, Innere Sicherheit, Golfkrieg, Deutsche Einheit und Rassismus nicht weiter auf. Und deshalb endet der Trip auch abrupt vor der Zeit: In den letzten Jahren haben wir uns mehr und mehr anderen Themen zugewandt. Vielleicht symptomatisch, aber so ist es nun mal: Wackersdorf war die letzte Station einer ehemals Geschichte machenden Bewegung.

Mai 77:
It started with a kiss –
und ersten Problemen.

IN EIGENER SACHE

Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie gründete sich am 15. 12. 76, um auch in Göttingen den Kampf gegen die Atomenergie aufzunehmen. Es zeigte sich bald, daß auch hier viele Menschen durch die großen Demonstrationen in Brokdorf wach geworden sind und starke Zweifel an der Atomenergie bekommen haben. Alle von uns sind durch die intensive Beschäftigung mit dem Für und Wider der Atomenergie zu entschiedenen Gegnern der Atomkraft geworden. Wir haben die Notwendigkeit erkannt, die Bevölkerung auf die enorme Gefährlichkeit dieser Technologie aufmerksam zu machen. Wir haben auch erkannt, daß wir uns selber für unsere Interessen einsetzen müssen, da Staat und Industrie alles versuchen, um vor der Bevölkerung diese Technologie als billig, umweltfreundlich und absolut sicher zu rechtfertigen. Um dieses Ziel zu erreichen sind ihnen alle Mittel recht: Untersuchungen über die Gefahren solcher Anlagen werden nicht weitergegeben - Unfälle in Atomkraftwerken werden beschönigt oder ganz verschwiegen - Katastrophenpläne werden nicht veröffentlicht - Wissenschaftler, die andere Meinungen vertreten, erhalten Berufsverbote oder werden strafrechtlich verfolgt - Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk werden zu einseitiger Berichterstattung mißbraucht.

Um all diesem entgegenzuwirken, sehen wir unsere Aufgaben u. a. in folgenden Bereichen:

--konkrete Information möglichst vieler Menschen über die Gefahren von AKWs und Wiederaufbereitungs und Wiederaufbereitungsanlagen
--Diskussion über alternative, umweltfreundliche Energieformen
--Einsatz für den sofortigen Baustopp aller AKWs (z.B. durch direkte Unterstützung der Aktionen anderer Bürgerinitiativen).

Nur durch den Zusammenschluß vieler Menschen können wir das Atomenergieprogramm der Bundesregierung verhindern! Gerichtsurteile wie in Wyhl und der Baustopp in Brokdorf wären sicherlich nicht möglich gewesen ohne die Arbeit der Bürgerinitiativen. Je mehr Bürger jedoch die Notwendigkeit einsehen, dieses Atomprogramm zu verhindern - und sich dabei nicht nur auf die "unabhängigen" Gerichte verlassen -, desto schärfer wird die Reaktion der Gegenseite. Man muß sich wirklich einmal die Situation in Brokdorf und Grohnde vor Augen halten: Der Staat, die Industrie und die Elektrizitätsgesellschaften, untereinander unheilvoll verflochten, müssen tausende von Polizisten einsetzen, ihre Bauplätze zu Festungen ausbauen, um ihre Energiepolitik durchzusetzen.
Seit Brokdorf und Grohnde werden Menschen, die diese Atomkraftwerke verhindern wollen, als Kriminelle und Terroristen bezeichnet und verfolgt: Menschen, die erkannt haben, daß die "Dialoge" mit Vertretern von Staat und Industrie nur dazu dienen, deren Interessen geschickter durchzusetzen, daß Unterschriftenlisten den Baubeginn von Atomkraftwerken nicht beeinflussen und daß Gerichtsurteile wie in Wyhl seltene Ausnahmen sind. Sie sehen nur, daß der Ausbau dieser mörderischen Technologie trotz aller Proteste weitergeht und eine Chance, das zu verhindern, darin, die Bauarbeiten selber zu stoppen. Ein nahezu fertiges AKW, in das mehrere Millionen investiert wurden, wird kaum noch durch ein Gericht verhindert. Aus diesem Grunde griffen viele Bürgerinitiativen zu dem Mittel der Bauplatzbesetzung.

Schwierige Lage der Bürgerinitiativen

Im Moment ist die Anti-Atomenergie-Bewegung in einer schwierigen Lage.Die Bundesregierung setzt alles in Bewegung, um die Bürgerinitiativen als kriminelle Vereinigungen abzustempeln. Um so wichtiger ist deshalb die Öffentlichkeitsarbeit, die wir dem entgegensetzen müssen.
Ein Teil dieser Arbeit soll diese Zeitung sein. Wir werden Sachinformationen liefern, die über andere Zeitungen und Massenmedien nicht zu erhalten sind.
Der Großteil der Artikel befaßt sich mit einer Darstellung der Gefahren von Atomkraftwerken und anderen atomaren Anlagen.

Ein anderer Teil der Zeitung soll ein Diskussionsforum darstellen für die Bürgerinitiativen des südniedersächsischen Raums.

Wir werden versuchen, Artikel über wissenschaftlich-technische Probleme der Atomenergie so zu verfassen, daß jeder sie verstehen kann. Sicherlich wird uns das nicht immer gelingen.

Wir bitten deshalb Sie, unsere Leser, uns auf solche Mängel hinzuweisen. Im Gegensatz zu vielen anderen Zeitungen werden wir auch Leserbriefe abdrucken, die nicht unsere Meinung darstellen. Es ist außerordentlich wichtig, daß Sie Kritik üben, wie wir schreiben und was wir schreiben. Denn wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, eine kritische und bürgernahe Zeitung zu sein.

Auf gute Zusammenarbeit-
Atomkraft - Nein Danke!

Die Redaktion

März 1978:
Gegen den Bau des AKW Grohnde läuft die wohl entschlossenste Demo der Bewegung. Die Kriminalisierung wird zum ständigen Wegbegleiter. (atomexpress 4)

Was war in Grohnde wirklich los?

Die etwa 25000 Atomkraftwerksgegner, die dem Aufruf zur Demonstration am Bauplatz gefolgt waren, wurden zunächst durch massive Polizeisperren (LKWs, Panzerspähwagen, mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten) daran gehindert, eine Kundgebung am Platz durchzuführen. Und das, obwohl die Preußen - Elektra, im Vertrauen auf die Unüberwindbarkeit des Zaunes ein Gelände neben dem befestigten Bauplatz zur Verfügung gestellt hatte. Durch die Entschlossenheit der Demonstranten, sich nicht von der gefaßten Entscheidung, am Bauplatz zu demonstrieren, abbringen zu lassen, gelang es mit zeitlicher Verzögerung, das Baugelände zu erreichen. Dabei wurde auch von den Atomkraftgegnern eine Polizeisperre zur Seite geräumt.

Auf dem Bauplatz befanden sich ca. 1000 Polizisten, 27 Wasserwerfer 5 Hubschrauber mit Landeplatz. Rund 5000 Polizisten und Bundesgrenzschutz, ausgerüstet mit überlangen Schlagstöcken, chemischer Keule, Schutzschilden und teilweise mit Maschinenpistolen, standen in den Nachbarorten Grohnde und Kirchohsen bereit. Die Ausrüstung der Demonstranten bestand aus Regenjacken, Gummistiefeln, Zitronen (Zitronensaft neutralisiert Tränengas), Schutzhelmen und Geräten, um den Zaun zu überwinden.
Als es den Demonstranten gelungen war, eine Bresche in den Zaun zu schlagen, reagierte die Polizei mit bislang noch nicht gekannter Härte und Brutalität: durch den Zaun stach sie mit angespitzten Bambus- und Eisenstangen auf die Demonstranten ein; von zwei Seiten griffen Polizeitrupps an, die niederknüppelten, was ihnen in den Weg kam; auch vor auf dem Boden liegenden - teilweise Verletzten - Demonstranten wurde nicht Halt gemacht; den Höhepunkt dieser beispiellosen Brutalität bildete eine in vollem Gallopp in die sich bereits zurückziehende Menge vorpreschende Reiterstaffel.

Wie war die Reaktion auf die Ereignisse in Grohnde?

Regierung und Presse, sowie die anderen Massenmedien reagierten ungewöhnlich einstimmig. Alle, die nach Brokdorf noch als "Radikale" bezeichnet wurden, wurden nun als "Kriminelle" abgestempelt. "Die Chaoten hatten Waffen für Millionen" (Bild - Schlagzeile vom 21.3) In den ersten Fernsehnachrichten wurde die Meldung verbreitet,die Demonstrenten hätten einen Polizisten lebensgefährlich verletzt. Diese Meldung wurde später nie wiederholt. Kein Wort von unseren Gründen, nach Grohnde zu fahren! Kein Wort, daß den 35 leicht verletzten Polizisten (die z.T. durch Pferde, die durch die eigenen Reihen galoppierten, zu Schaden kamen) 834 z.T. sehr schwer verletzte Menschen auf der Seite der Atomkraftgegner gegenüberstanden! Kein Wort von dem, was den Vorfällen in Grohnde vorausgegangen war!

Wurden die brutalen Angriffe überhaupt erwähnt, so wurden sie als Überreaktionen Einzelner dargestellt.
Die Demonstranten dagegen wurden Kriminalisiert.
Ministerpräsident Albrecht verstieg sich am 23. 3. in Göttimgem sogar zu der Drohung, lebenslängliche Gefängnisstrafen über uns zu verhängen

Erklärung des Göttinger Arbeitskreises zum Prozess gegen Andreas H.

An den Richter, den Staatsanwalt, die Schöffen und alle für diesen Prozess verantwortlichen!!

Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie nimmt am Ende des Prozesses gegen Andreas H. noch einmal dazu Stellung. Er nimmt Stellung nicht als Außenstehender, sondern als direkt Beteiligter, nämlich als Angeklagter. Denn die Tatsache, daß Andreas H. hier vor Gericht steht, ist rein zufällig, jeder andere der über 1000 Menschen aus Göttingen, oder der 20.000 anderen, die sich an der Demonstration in Grohnde beteiligt haben, könnte an seiner Stelle stehen. Wir haben gemeinsam die Demonstration vorbereitet und durchgeführt, kein einziger ist dem Spaltungsversuch von Ministerpräsident Albrecht, der die Parole ausgab, daß die "friedlichen Demonstranten sich von den Verbrechern am Zaun entfernen sollten", gefolgt.

Der Verlauf der Demonstration selbst, die Welle der Solidarität mit den Angeklagten und nicht zuletzt der Verlauf dieses Prozesses hat gezeigt, daß es diese Trennung in sogenannte "Verbrecher" und friedliche Demonstranten nicht gegeben hat und nicht gibt. Das weiß auch Ministerpräsident Albrecht und das wissen auch Sie, Richter Rienhoff und Sie, Staatsanwalt Borchers.

Trotzdem finden diese Prozesse statt, richtiger ist, deswegen finden sie statt. Denn mit diesen Prozessen soll nachträglich die Spaltung in die Atomkraftgegner hineingetragen werden, um so geschlossene Aktionen in Zukunft zu verhindern. Deshalb geht es in diesem Prozess auch nicht um Recht, oder gar Gerechtigkeit - dann würden nämlich ganz andere Leute hier vor Gericht stehen - sondern es geht darum, daß die Justiz zur Durchsetzung des Atomprogramms und zur Unterdrückung dieser Massenbewegung benutzt werden soll. Zur Zeit können sie es sich noch nicht leisten 20.000, 50.000 oder hunderttausend Menschen ins Gefängnis zu werfen,obwohl dies formaljuristisch möglich wäre.

Aber sie hoffen ja, ihr Ziel auch dadurch zu erreichen, indem sie einzelne exemplarisch für alle verurteilen und damit kriminalisieren wollen. Die Vorbereitungen dazu begannen bereits auf der Demonstration selbst; durch willkürliches Herausgreifen Einzelner,dem Spaltungsversuch von Ministerpräsident Albrecht und seiner Drohung den Festgenommenen gegenüber, sie ins Gefängnis zu bringen. Fortgesetzt und weiter vorangetrieben wurde die Kriminalisierung Einzelner durch die beispiellose Hetz- und Lügenkampagne in den gleichgeschalteten Massenmedien, die heute noch anhält. Die ganze Macht des Staatsapparates wurde und wird in die Waagschale geworfen, um diese Prozesse zu rechtfertigen. Auch die äußeren Bedingungen in diesen Prozessen, das Verhalten der Richter und Staatsanwälte, die Ordnungs- und Haftstrafen, drücken dieses hohe Maß der Vorverurteilung aus. Aber all diese Maßnahmen haben Ihnen nicht viel genutzt. Keiner der Angeklagten hat sich von der Demonstration am 19.3. distanziert, keiner der 20.000 Menschen, die an der Demonstration teilgenommen haben, hat sich von den Angeklagten distanziert. Im Gegenteil: Sie haben innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals zu spüren bekommen, daß die Solidarität mit den Angeklagten ständig zugenommen hat. Zehntausende haben durch ihre Unterschrift und auf Demonstrationen die Einstellung der Verfahren gefordert.

Im Prozess selbst ist die konstruierte Anklage in sich zusammengebrochen, vor allem durch Zeugenaussagen von Bürgern aus Grohnde und Kirchohsen, die darstellten, durch wen die "Ruhe" gestört wurde und wird, und wer eigentlich auf die Anklagebank gehört. Es ist deutlich geworden, daß kein öffentliches Interesse an der Verurteilung von Atomkraftgegnern besteht, sondern daß ein öffentliches Interesse daran besteht, das Atomprogramm zu verhindern.

Unser Widerstand ist gerecht

Die Berechtigung, dieses abenteuerliche und menschenfeindliche Programm zu verhindern, bestätigt sich von Tag zu Tag mehr. Trotz aller Schikanen des Gerichts wurden viele Argumente vorgebracht, und sie bleiben bis heute unwiderlegt.

Die Bewegung gegen das Atomprogramm, die von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird, zeigt, daß viele nicht mehr bereit sind, ihren Kopf für die Profitinteressen einiger weniger hinzuhalten. Täglich ereignen sich neue Stör- und Unfälle in atomaren Anlagen, es ist nur eine Frage der Zeit, wann es zur ersten Katastrophe kommt. Sie wird alles bisher dagewesene, wie die Seveso- und die jüngste Ölkatastrophe vor der französischen Küste in ihren Auswirkungen in den Schatten stellen. Tausende sind bedroht, ihre Gesundheit, ihr Leben und ihre Existenz zu verlieren.

Deshalb erklären wir: Solange Atomanlagen gebaut werden und in Betrieb sind, werden wir unseren aktiven Widerstand fortsetzen. Wir halten fest an dem für uns legitimen Recht der Bauplatzbesetzung. Unsere Solidarität und Unterstützung Andreas Hankes sowie der anderen Angeklagten besteht nach wie vor. Wir lassen uns nicht spalten.
Wir fordern:

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER PROZESSE !!

KEIN ATOMKRAFTWERK IN GROHNDE, BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !!

Sommer 1978:
In Grohnde, Brokdorf und Kalkar ist Widerstand angesagt. Die Anti-AKW-Bewegung diskutiert über Formen und Inhalt ihres Kampfes. (atomexpress 4)

Wochenende im Anti-Atom-Dorf

Die Strecke Göttingen - Grohnde wird mir immer vertrauter. Und es ist auch ein gutes Gefühl, wenn in Bodenwerder der erste sichtbare Hinweis auf das besetzte Kühlturmgelände auftaucht: Anti-Atom-Dorf 11 km. Je weiter man kommt, desto mehr nehmen die Bemalungen auf Mauern, Straßen und Brücken zu: kein AKW in Grohnde! Die Parolen muntern zwar irgendwie auf, reißen hochnur: das AKW wird damit nicht verhindert.
Eben diese Frage nach der Nützlichkeit im Kampf gegen das AKW stellt sich mir auch bei jeder Aktion, die im Dorf läuft, bei jedem Projekt, das in Angriff genommen wird.
Ich habe den Eindruck, daß viele -zu viele- Leute im Lager andere Dinge als den Kampf gegen Atomenergie in den Vordergrund gestellt haben. Beispielsweise das Ausprobieren von "alternativen Lebensformen", die Aneignung und Verbesserung von handwerklichen Fähigkeiten, das Lernen vom Zusammenleben in einer Gruppe usw.
Sicher ist das grunsätzlich nicht angreifbar und sicher ist das Funktionieren solcher Prozesse eine Voraussetzung für ein möglichst langes Bestehen des Dorfes. Trotzdem muß im Mittelpunkt aller Aktivitäten und Überlegungen der Kampf gegen das AKW stehen und alles, was man macht, muß an diesem Punkt gemessen werden.
Ein Beispiel: am Sonntag ist Hochzeit im Dorf. So richtig mit weißem Kleid, Trauzeugen und Kuchen. Ein paarLeute machen Musik, das Wetter ist herrlich und alle haben viel Spaß. Nach der Trauung gibt es einen Zug zum Bauzaun. Alle singen, tanzen und machen irgendwelche Spiele auf der Straße. Die Feierlichkeiten enden mit einem großen Tauziehwettbewerb - auf einer Wiese.
Ich gebe zu, daß mich die Sache emotional angesprochen hat. Ich wende mich auch nicht dagegen, daß sowas gemacht wird, aber es reicht eben nicht aus! An Öffentlichkeitsarbeit z. B. ist meines Wissen - bis auf einen Büchertisch an der Straße an demselben Nachmittag - so gut wie nichts gelaufen!

Vom organisatorischen und technischen Ablauf her klappt aber inzwischen vieles besser als noch eine Woche zuvor. Bei den Lagerversammlungen sind die Leute viel disziplinierter und viel weniger aggressiv, was wohl hauptsächlich daran liegt, daß die künstlich hochgespielte Gewaltfrage nicht mehr behandelt wird. Auch kommen von weit mehr Anwesenden Wortbeiträge.
Eine andere Sache, die gut läuft, ist die Integration von Besuchern und Neuankömmlingen. Eine Gruppe macht an Wochenenden Dorfführungen und durch die immer wieder neu anfallenden verschiedenen Arbeiten wird ein großer Teil gerade der Neuangekommenen zum Mitmachen motiviert. Es zeigt sich, daß es immer wieder andere Leute sind, die neu anfallende Sachen initiieren und koordinieren; so das Siebdrucken von Plakaten, das Anlegen eines Gemüsegartens, das Einbauen einer Pumpe in den Brunnen und das Konstruieren eines Windrades.
Natürlich passieren auch ärgerliche Dinge: ein Fotoapparat wird geklaut und auch Geld aus der Küchenkasse, was wohl eine der größten Sauereien überhaupt ist. Dann geht jemand zur Polizei und erzählt, daß im Dorf Haschisch geraucht wird - für die Gegenseite natürlich ein gefundenes Fressen, schließt sich der Kreis der Vorurteile gegen uns: Kommunisten - Gewalttäter - Terroristen - Rauschgiftsüchtige.
Davon abgesehen trägt aber die Arbeit in der Bevölkerung langsam ihre ersten Früchte: immer mehr Einwohner der umliegenden Dörfer kommen jetzt öfter ins Dorf, machen Vorschläge, diskutieren selbstbewußter.
Natürlich ist es noch lange nicht soweit, daß die Bevölkerung "den Kampf in die eigenen Hände nimmt" und ich bezweifle auch, daß es jemals soweit kommen wird, aber es hat immerhin Fortschritte gegeben, die es zu verteidigen und auszubauen gilt.
Trotzdem:Grohnde ist noch kein zweites Wyhl und wird es wohl auch in nächster Zeit nicht werden, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen!

Randbemerkung:

Kalkar - ein Fortschritt im Wiederstand gegen AKW's?
War Kalkar der bisherige Höhepunkt des Wiederstandes gegen AKW's oder war Kalkar ein weiterer Schritt zurück" auf das Geleise friedlicher Demonstrationen",wie deie FAZ am 26.9.77 schrieb.Die Frage so zu stellen, hieße, sich eine Antwort, wie es in der gegenwärtigen Phase des Widerstandes weitergehen soll, zu verbauen. Nur aus der Betrachtung des Stellenwertes von Kalkar in der Entwicklung des Wiederstandes und der sich aus Kalkar abzeichnenden Möglichkeiten und Gefahren läßt sich die Antwort finden,wie es weiter gehen soll.
Schon nach Grohnde stzte die Diskussion darüber ein,ob weiter am direkten Wiederstand festgehalten werden sollte oder ob Aktionen wie am 19.3. in Zukunft nicht mehr sinnvoll seien.
Weder in Grohnde noch auf der Bundeskonferenz konnte die Spaltung von Brokdorf und Itzehoe überwunden werden.Kalkar hat für sich als Erfolg zu verbuchen die gemeinsame Demonstration verschiedenster Strömungen innerhalb der AKW - Gegner auf der Wiese des Bauern Maas.
Der Dreh und Angelpunkt der Anti - AKW - Bewegung,der ihr erst ihre politische Stoßkraft verliehen hat,nämlich das Vertrauen auf die eigene Kraft und nicht nur auf die bürgerliche Legalität,das zum Ausdruck kommt in dem Recht auf Bauplatzbesetzung ,daran ist in Kalkar nur verbal festgehalten worden.
In Kalkar wollten wir erklärtermaßen keinen Versuch machen,den Bauplatz zu besetzen,um den weiterbau direkt zu verhindern.Aber das bedeutet nicht, auf dieses bisher wirksamste Mittel in unseren berechtigten Kampf gegen das mörderische Atomprogramm zu verzichten.Das haben auch alle Gruppen bekräftigt,die zur Demonstration in Kalkar aufgerufen haben,weil die Bedingungen in und um Kalkar nicht geschaffen worden waren um erfolgreich direkt gegen den Schnellen Brüter vorzugehen.
Die Frage ist,ob die Demonstration am 24.9. einen Beitrag dazu geliefert hat,bessere Bedingungen für einen konsequenteren Kampf zu schaffen.Diese Frage stellt sich insbesondere deshalb, da in Kalkar praktisch keine Informations - und Agitationsarbeit geleistet worden ist.
Wir müssen uns vor Augen halten,

daß die Anti - AKW - Bewegung ihre politische Kraft verloren hat,wenn sie zurückgeht in den Rahmen bürgerlicher Rechtmäßigkeit,darauf verzichtet,Bauplätze wieder zu Wiesen zu machen.
Wir müssen es erreichen;im Falle der Aufhebung des Baustpps in Brokdorf ein noch breiteres Bündnis als bisher für eine Bauplatzbesetzung zu gewinnen.Entscheidend ist,welche Bedeutung Kalkar in diesem Rahmen zugemessen werden wird.
Beginnen wir die Diskussion!!!

WAHLEN-

1978:
Es beginnt zu grünen.
Die BI's sind skeptisch.

Ende des praktischen Widerstandes ?

In Hamburg und Niedersachsen finden im Juni '78 Landtagswahlen statt; bei den durch die Gebietsreform notwendigen Nachwahlen in einigen Kreisen Niedersachsens beteiligten sich bereits sogenannte "Grüne Listen".
In Göttingen und vielen anderen Initiativen ist die Diskussion über eine Teilnahme an den Wahlen noch voll im Gange. Sie wird jedoch erschwert durch den Zeitdruck des nahen Wahltermins und durch die Existenz der schon bestehenden Grünen Listen, die größtenteils nicht aus den Reihen der Bewegung kommen(AvP, AUD, GLU usw.)(vgl. den anderen Artikel zu den Wahlen in dieser Ausgabe).
Im folgenden einige (unvollständige)Thesen zur Kandidatur:

Eines ist überall unumstritten, nämlich, daß die Anti-AKW-Bewegung den Wahlkampf intensiv nutzen muß, um ihre Forderungen offensiv zu vertreten.
Im folgenden einige (unvollständige) Thesen zur Frage, was uns eine Kandidatur bringen kann und welche Gefahren in ihr stecken:
I. Eine Wahlbeteiligung bedeutet eine enorme Erleichterung der Kriminalisierung jedes eigenständigen praktischen Widerstandes gegen den Bau von AKWs,
-weil unsere Gegner immer wieder behaupten werden, wir hätten die Möglichkeit, den Bau von AKWs über parlamentarische Mehrheiten zu beeinflussen. Wenn wir die dazu nötigen Mehrheiten nicht bekommen, sei daß als Volksentscheid für AKWs zu werten, das sei halt das Wesen der Demokratie.
II. Eine Solidaritätsarbeit mit den Strafverfolgten der Aktionen in Brokdorf und Grohnde wird unglaubwürdig,
- weil wir z.B. nie zu Bauplatzbesetzungen hätten aufrufen dürfen, wenn wir die parlamentarischen Spielregeln akzeptierten;
-weil wir mit den Grohnde-Angeklagten nur solidarisch sein können, wenn wir offen die Berechtigung von Widerstandsmaßnahmen gegen den Bau von AKWs propagieren, auch wenn sie nach geltendem Recht illegal sind.
III. Es wird immer der "ordentliche" (der im Parlament sitzt) Teil der Bewegung gegen den Teil, der auch den herrschenden Gesetzen zuwider den praktischen Widerstand fortsetzt, ausgespielt werden.
IV. Es ist eine Illusion zu glauben, durch unsere Kandidatur könnten wir die Parteien zu Zugeständnissen zwingen;
-denn was für Zugeständnisse sollten das wohl sein? Spätestens nach den Parteitagen von SPD und FDP und dem Herumtaktieren von Ministerpräsident Albrecht bei der Frage der WAA wissen wir, was von solchen Scheinkompromissen zu halten ist.
-Im Parlament und sicher auch schon während des Wahlkampfes werden die Parteien eine inhaltliche Auseinandersetzung zu verhindern wissen mithilfe der Machtmittel,über die sie verfügen: Rednerliste, Geschäftsordnungen, Abstimmungsmaschinerien usw. ...
V. Wenn wir zu den Wahlen kandidieren, erwekken wir in vielen Menschen, die uns vertrauen (sonst würden sie uns ja nicht wählen), falsche Vorstellungen darüber, wie wir AKWs verhindern können und das wider eigenen besseren Wissens;
-denn alle Erfahrungen, die wir bisher im Kampf gegen Atomanlagen gemacht und versucht haben zu vermitteln, zeigen, daß wir gerade nicht über Parlamente und Gerichte AKWs verhindern können,
-Wir können doch nicht Menschen davon überzeugen, daß Parlamente "nichts taugen" und daß es besser ist deshalb ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen, indem wir ihnen eine "neue,gute" Partei hinsetzen, von der sie sich mal wieder vertreten lassen sollen!

Man kann nicht Menschen über eine falsche Sache (Wahlen) für eine richtige Politik (eigenständige, praktische Aktionen) gewinnen!!!

VI. Ein Vorschlag geht dahin, aus verschiedenen fortschrittlichen Initiativen (Mieterinitiativen, §218, Berufsverbote, Anti-AKW-Bewegung) eine sogenannte "WEHRT EUCH"-Liste zu bilden, wobei der Schwerpunkt von der Anti-AKW-Bewegung getragen werden soll.Wir halten eine solche Liste nicht für sinnvoll,
-weil sie nichts weiter sein kann als ein oberflächlicher Aufguß "linker" Forderungen in einem nichtssagendem Minimalprogramm,
-weil wir es für falsch halten, alles was einige Leute für "fortschrittlich" halten, in einen Topf zu werfen;
denn wer gegen AKWs ist, ist noch lange nicht gegen den §218 und wer gegen Wohnraumzerstörung ist, vertritt noch lange nicht die Forderungen der Initiativen gegen Atomanlagen.

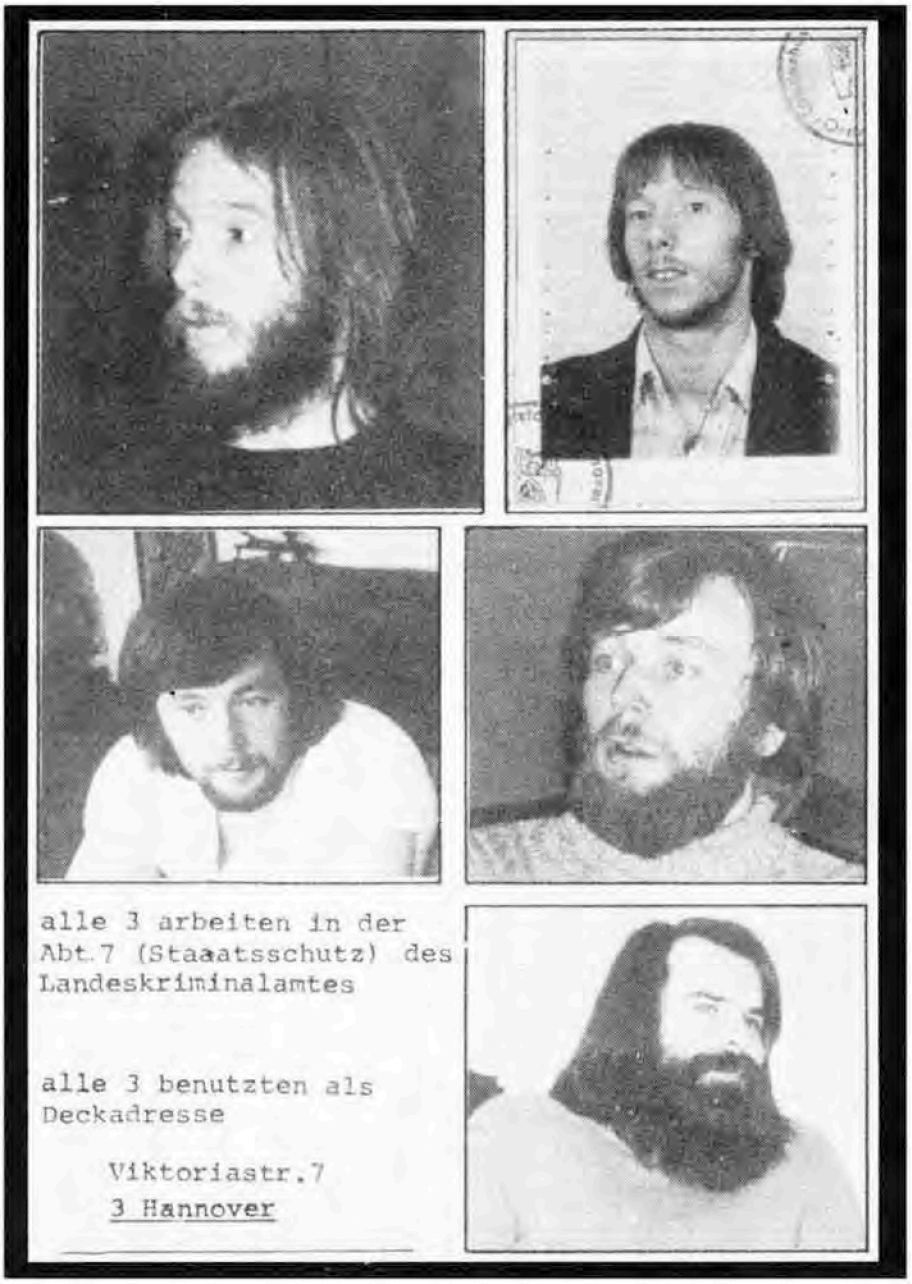
Wenn sich die Anti-AKW-Bewegung zur Wahl stellt, gibt sie dann nicht das auf, was ihre Stärke war und ihre Stärke in Zukunft sein muß: autonome Strukturen, eigenständiges, selbstverantwortliches Handeln, die Möglichkeit für jeden, sich seinen Fähigkeiten entsprechend am Kampf zu beteiligen, unsere Aktionen danach zu bestimmen, was wir für notwendig halten, und nicht danach, was im herrschenden Sinne legal ist.

Zugunsten einer Struktur, deren Wesen es ausmacht,
-daß Interessen delegiert werden (an Abgeordnete),
-daß der einzelne Mensch nur als Stimmvieh von Bedeutung ist,
-daß Entscheidungen nicht auf der Grundlage einer bestimmten Notwendigkeit gefällt werden, sondern nach machtpolitischen Gesichtspunkten.

Diejenigen, die eine Wahlbeteiligung propagieren, haben damit begonnen, unseren Widerstand auf eine legislative Ebene zu verlagern -weg vom praktischen Widerstand-!
Das ist keine Antwort auf die zunehmende Kriminalisierung und Erschwerung unserer Arbeit, sondern ein Rückzug.
Wir wollen keine Mitbestimmung am Bau von AKWs sondern wir wollen verhindern, daß weitere gebaut und in Betrieb genommen werden und erreichen, daß schon laufende AKWs stillgelegt werden. Es ist ein schon oft formuliertes Ziel der Bundesregierung, die Bürgerinitiativen als eigenständige politische Kraft auszulöschen und in die bestehenden parlamentarischen Strukturen einzugliedern.
Diesen Gefallen dürfen wir unseren Gegnern nicht tun!!!
Es geht uns nicht darum, den AKW-Gegnern,die sich von einer Kandidaturetwas versprechen, einen bösen Willen zu unterstellen. Wir meinen aber, daß sie ihre Position anhand der dargestellten Argumente (die bislang noch unwiderlegt sind) noch einmal überdenken sollten.
Eine Kandidatur des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie in irgendeiner Form lehnen wir allerdings strikt ab!

Polizeispitzel !

Februar 1979:
Staatsschutz an Bord.
(atomexpress 12)



alle 3 arbeiten in der Abt.7 (Staaatsschutz) des Landeskriminalamtes

alle 3 benutzten als Deckadresse

Viktoriastr.7
3 Hannover

Deckname:
Marc Baumann

in Wirklichkeit:
Klaus Eggert
Kriminalbeamter

Breslauerstr.12
3163 Sehnde 2

Name gesucht !

Deckname:
Christian Rudolph Modhorvicg
Kriminalbeamter

Name gesucht !

Deckname:
Bernd Steynmann
Kriminalbeamter

Ihr Auftritt

Zwei der drei Herren lernten wir auf einem Seminar in Hamm kennen. Das Seminar hatten wir im Atomexpress angekündigt und so war es auch nichts Besonderes, daß zwei "AKW-Gegner" aus Hannover daran teilnahmen (Klaus Eggert und "Bernd Steynmann")Das war im März 78. Später dann kam "Wicky"(K.Eggert) nur noch mit seinem Freund Rudi (Christian Rudolf Modhorcvig). Sie nahmen am Koordinationsausschuß des Göttinger Arbeitskreises teil, schliefen nachts in verschiedenen Wohngemeinschaften, gingen mit uns ins Kino, nahmen an persönlichen Gesprächen teil, verliebten sich in eine 15-jährige AKW-Gegnerin, machten Büchertisch auf dem Markt, kurz: fielen nicht aus dem Rahmen. Wir hatten auch keinen Grund, Verdacht zu schöpfen, dadurch daß sie im Göttinger AK mitmachten, obwohl sie in Hannover wohnen, denn sie klagten uns immer ihr Leid, daß in den Hannoverschen BIs "nichts los" sei, daß die "zu viel labern " und zu wenig "Aktionen machen". Außerdem hatten sie vor, nach Göttingen zu ziehen, Sie waren ständig auf "Wohnungssuche". Beide gaben vor, in der Victoriastr. 7 in Hannover-Linden zu wohnen. Wie wir später erfuhren, war das früher eine Wohnung des Rauschgiftdezernats.
Im Juli nahmen dann "Rudi" und "Wicki" am Gorleben-Seminar des Göttinger AK teil.Dort machte Wicky wie wild Fotos (bestimmt 10 Filme) und drehte einen Film Auch das war kein Grund zur Aufregung, denn "Wicky" gab sich als ehemaliger Fotolehrling aus. Die Fotos wie auch den Film führte er uns zu unserer großen Freude später in Göttingen vor.
Beide schliefen von nun an, wenn sie in Göttingen weilten, in einer Wohngemeinschaft, in der sich Wicky eng mit einem AK-Mitglied befreundete. Wicky fuhr mit der Wohngemeinschaft nach Schweden zu einem Treffen über alternative Energieformen. "Wicky" gab sich als armer Arbeitsloser aus, weshalb die Urlaubsgruppe einen Teil seiner Reisekosten übernahm.
So viel zu ihrem Auftritt hier in Göttingen. Er macht zumindest klar, daß sich Spitzel nicht unbedingt durch nur formelle Kontakte, einen stechenden Blick oder eine Sonnenbrille bemerkbar machen.

Wie wir dahinterkamen

Einige von uns erhielten einen Hinweis aus Hannover. Ein Schulkamerad hatte Wicky auf einer Veranstaltung wiedererkannt und warnte uns, er sei möglicherweise nicht ganz sauber. Jetzt fingen unsere Schwierigkeiten erst an. Wir hatten keine Beweise und ohne Beweise wollten wir die beiden nicht auffliegen lassen, das wäre ohne Konsequenz verpufft. Die beiden wären auf Nimmer-Wiedersehen verschwunden wie vorher in Hannover. Außerdem konnten wir nicht 100%ig sicher sein, daß die beiden wirklich Spitzel sind. Mit solchen unbewiesenen Behauptungen kann man auch unschuldige Leute vor den Kopf schlagen und das Klima in den BIs vergiften.
Also mußten Beweise her. Aber wie?
Die Idee, ihnen eine Falle zu stellen, haben wir sehr schnell aufgegeben, denn damit kann man nur einen Verdacht bestätigen, aber keinen Beweis liefern.
Bei der tatsächlichen Enttarnung kam uns schließlich sehr stark unsere Phantasie, Zufall und Glück zu Hilfe. Über den Namen war schlecht was zu machen. "Wicky" besaß komplette falsche Papiere (Personalausweis, Führerschein, KFZ-Schein und VHS-Hörerkarte) auf den Namen Marc Baumann. Also versuchten wir es über seine Wohnung, über Tankzettel, Telefonbücher, Autonummern und das Telefon...
Auf diese Weise bekamen wir schließlich heraus, daß Marc Baumann in Wirklichkeit Klaus Eggert heißt, in Ihlten (Sehnde 2) bei seinen Eltern in der Breslauerstr. 1 12 wohnt, 2 Dienstwagen (schloddrige Käfer) fährt, selbst eine grüne Ente mit Atomkraft-Nein Danke-Aufkleber fährt, und bei der Polizei arbeitet. Über Rudi und Bernd Steynmann wußten wir noch nicht nichts genaues. Mit diesem Wissen bzw. Unwissen belastet standen nun die weniger Mitwisser vor einer Gewissensentscheidung. Sollten wir die beiden nun endlich hochgehen lassen und damit verhindern, daß sie noch weiteren Schaden, vielleicht auch in anderen Städten, anrichten oder sollten wir noch warten bis wir mögliche Mitarbeiter mithochgehen lassen können. Wir entschieden uns für Ersteres.

Enttarnen - aber wie?

Auf einer Sitzung des Koordinationsausschusses (KOA) wurden die beiden mit unseren Erkenntnissen konfrontiert. Beide bestritten zunächst alles, aber als ihnen klar wurde, daß wir zu viel wußten, gab Klaus Eggert zu, daß er Kriminalbeamter des Staatsschutz sei (wie wir später erfuhren ist er Obermeister der Abteilung 6, Staatsschutz), daß er dort z. Teil auch als Ausbilder gearbeitet habe, daß er Informationen und Filme wietergereicht habe. Die bisher ahnungslosen Arbeitskreis-Mitglieder fielen fast vom Hocker. Ihr werdet jetzt wahrscheinlich fragen,, warum wir denen nicht an die Grugel gegangen sind. Grund genug hätten wir wahrhaftig gehabt, aber das hätte sicherlich üble Folgen gehabt.
Also wurden sie nur verhört. Rudi sagte garnichts, meinte nur, er sei nicht von der Kripo (er ist aber sogar einer der verläßlichsten Männer), und habe nur aus Freundschaft mit Klaus Eggert aus "Abenteuerlust" mitgemacht. (Zu einem wirklichen Abenteuer sollte das in Zukunft für solche Leute auch werden.) Klaus Eggert gab schließlich nur das zu, was wir ihm sowieso beweisen konnten. Er war bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde dabei (auf der Dorf-Bewohner-Seite natürlich) und hat dabei umfangreiches Foto- und Filmmaterial erstellt. Er ist wahrscheinlich auch an der Anklage gegen Gerd (transporterabräumung) Schuld, der demnächst in Hameln vor Gericht steht. Er ist dafür verantwortlich, daß ein Flugblatt zu den Landtagswahlen beschlagnahmt wurde und ist für den Riesen-Polizei-Aufmarsch bei unserer Würgassen-Aktion während der Gorleben-Aktionstage verantwortlich. Wieviel Informationen sie über Einzelpersonen weitergegeben haben, können wir nur ahnen.
Neben dieser Informationstätigkeit dienten sie auch noch als Provokateure. In Klaus Auto fanden wir z.B. eine Tränengasgranate, die er nach eigenen Angaben auf der nächsten Demo loswerden wollte. "Aber bestimmt nicht hinter mich".
Uns muß klar sein, daß wir es hier mit hochbezahlten (ein Obermeister verdient vielleicht 2000 DM) und ausgebildeten Kriminalbeamten zu tun haben, deren einzige Aufgabe es ist, gerichtsverwertbares Material zu sammeln. Das ist noch ein erheblicher Unterschied zu den mittellosen Studenten, deren Lage ausgenutzt wird, sie als Verfassungsschutzspitzel zu benutzen. Diese Typen sind wahrscheinlich noch stolz darauf, wenn sie es mal wieder geschafft haben, einen von uns hinter Gitter zu bringen.
Wer wissen will, was bei solchen Leuten im Kopf oder im Gemüt vorgeht, der besuche doch Klaus Eggert mal zu Hause und frage ihn. Wir wissen es nicht.

Eggert

WAS NUN MIT DEM WISSEN ANFANGEN

Auf einer Versammlung berieten wir, was wir nun mit unseren Informationen anfangen sollten. Auf jeden Fall mußten sie wiet verbreitet werden. Einmal aus politischen Gründen und zum Zweiten, damit sich diese Leute nirgendwo mehr blicken lassen können. Wir gaben einen Steckbrief heraus, den wir klebten und verteilten, u.a. auch in Eggerts Heimatdorf Ihlten (Da kommt übrigens auch Albrecht her!) Die Dorfjugend soll zumindest wissen, daß ihr Volleyball-Trainer ein übler Kripo-Spitzel ist. In der Richtung müßte sicher noch mehr gemacht werden!
Wir verfaßten eine Presseerklärung, die wir mit Fotos fast an alle Zeitungen schi schickten. Nur wenige machten was draus (NDR, FR, Hannoversche Allgemeine und Göttinger Tageblatt). Ohne persönliche Kontakte läßt sich da bei unserer Pressefreiheit wenig machen.
Das Landeskriminalamt gab eine Presseerklärung heraus, in der es mit Lügen und unbewiesenen Behauptungen klarstellte, daß es nichts rechtsstaatlicheres gebe, als Spitzel im Göttinger Arbeitskreis.

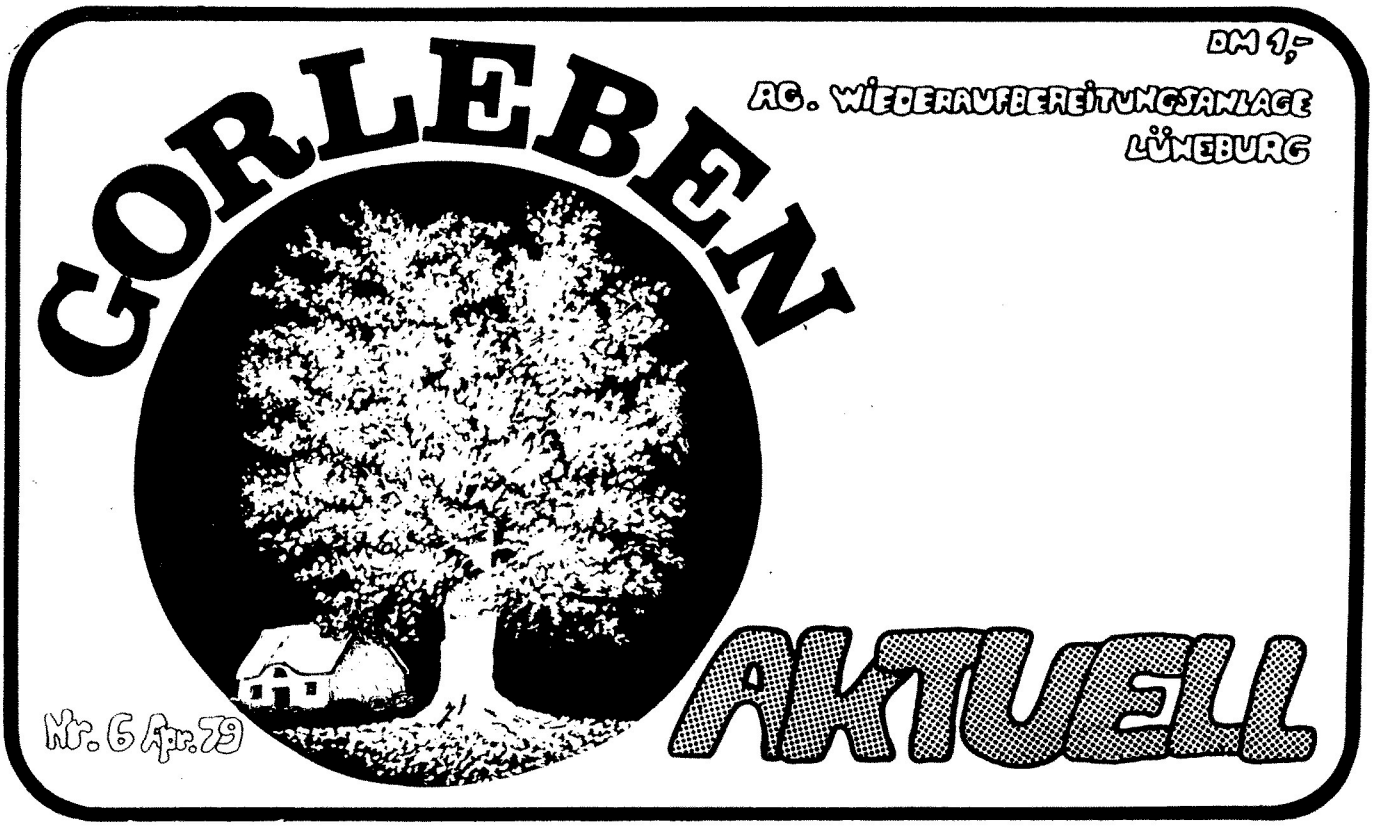
PRESSEERKLÄRUNG DES DIREKTORS DES LKA-HANNOVER, WALDEMAR BURGHARD:

"Bei der Demonstration der Kernkraftgegner am 19. März 77 in Grohnde gewannen wir Erkenntnisse, daß Teile der gewalttätigen Gruppen aus Göttingen kamen. Der Verdacht, hier könnte ein Zentrum politisch motivierter Kriminalität bestehen, wurde letztlich abgesichert im Zusammenhang mit der Räumung des AKW-Dorfes Grohnde im August 77. Seitdem wußten wir mit Sicherheit, daß es gerade Angehörige des Gaga sind, die militante Aktionen planen und mit erheblicher krimineller Energie durchzuführen bereit sind. ..
Interessiert hat uns allein ein harter Kern des Arbeitskreises, der sog. Koordinationsausschuß (KOA). Dieser KOA muß als Schwerpunkt der, auch über Göttingen hinauswirkenden militanten Kräfte angesehen werden. Hier werden Aktionen geplant, bei denen - und daher kommt ihre evidente Gefährlichkeit - vor allem auch die Anwendung massiver Gewalt durchaus ins Kalkül gezogen wird...
Die (in der Erklärung des Gaga) beschworenen "freundschaftlichen Kontakte und die Offenheit der Bürgerinitiativen für alle, die mitarbeiten wollen," ist eine wirklich freundlich frisierte Formulierung für das in Wirklichkeit im KOA praktizierte System der gegenseitigen Abschottung und der Abklärung aller schließlich in den Ausschuß aufgenommenen Personen...

Zur Information: Der Koordinationsausschuß ist ein Ausschuß, an dem jeder teilnehmen kann (sonst wären die Spitzel ja wohl auch nicht reingekommen). Er setzt sich aus ständig wechselnden Mitgliedern der einzelnen Arbeitsgruppen zusammen. Deshalb ist es gerade über den KOA möglich, den gesamten Arbeitskreis zu observieren.
Was unsere Militanz oder Nichtmilitanz angeht, so weiß jeder, der den Atomexpress liest, also auch das Landeskriminalamt, daß wir zum wirksamen Widerstand gegen das Atomprogramm aufrufen, daß wir sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Widerstand haben. Dazu hat es bisher noch keiner geheimen Sitzungen bedurft. Im Gegenteil: Die Anti-AKW-Bewegung ist auf eine öffentliche Diskussion ihres Widerstandes angewiesen.
Sicher für das LKA und seine Auftraggeber, das Innenministerium sind Spitzel genauso gerechtfertigt wie Grohnde-Prozesse und Knast für AKW-Gegner. Informationsfreiheit, Redefreiheit und Demonstrationsfreiheit haben eben ihre Grenzen, wenn ein höheres Rechtsgut" gefährdet ist. Da kö ä n können wir uns auch nicht auf die Verfassung berufen. Die hat diese Grenzen schon eingebaut. Eine Grenze ist eben da, wo der Bau von Atomkraftwerken = Energieversorgung = Bestand der freiheitlich demokratischen Bundesrepublik Deutschland gefährdet ist.

WELCHE SCHLÜSSE ZIEHEN WIR ?

Das Schlimmste, was uns passieren kann, wäre, wenn jetzt die große Selbstzensur und das große Mißtrauen losgeht nach dem Motto: Bevor-ich-was-sage-guck-ich-mich-erstmal-um, ist-da-jemand-den-ich-nicht-kenne, -aber-halt-, auch-mein-guter-Freund-kann-ein-Spitzel-sein-und-überhaupt, -ich-will-Lehrer-werden! Das wäre das sicherste Grab, das sich die AKW-Bewegung schaufeln kann. Bei uns hatte, da bin ich eigentlich ziemlich sicher, die Spitzel-Geschichte nicht diese gewünschte Wirkung.


GORLEBEN
DM 1,-
AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE
LÜNEBURG
AKTUELL
Nr. 6 Apr. 79

BOHRBEGINN !

GEHT UNS VOM ACKER
PLUTONIUM KACKER
DER BÜRGERDIALOG GEHT WEITER!
Hiermit werden keine Entscheidungen vorweggenommen.

Republik Freies Wendland

Mai 1980:
In Gorleben wird die Republik Freies Wendland gegründet – genau auf der Tiefbohrstelle 1004. Einen Monat lang hielt die freie Republik – bis zur Invasion durch die bundesdeutsche Staatsmacht. (atomexpress 20 und 21)

Laßt 1004 Türme blühen !

"...als wär nie Leben darauf gewesen"

Unsere Gruppe bildete sich eine Woche Vor der Räumung mehr oder weniger zufällig aus den Leuten, die den Turm mitgebaut hatten. Nur wenige kannten sich schon vorher. Aber innerhalb der einen Woche - wir aßen, arbeiteten, schliefen und diskutierten zusammen - haben wir uns zu einer relativ stabilen und guten Gruppe entwickelt. Was nicht heißt, daß wir immer einer Meinung waren, z.B. bei der Diskussion um die Verteidigung des Turms waren schon unterschiedliche Auffassungen da.
Der Diskussionsprozess wurde durch die Spekulationen über die Räumung des Turms ziemlich erschwert, die Zeiteinschätzung, wie lange wir uns wohl halten können, gingen von einer Stunde bis zu zwei Wochen und die Spekulationen über die Art und Weise von Absägen, Ausräuchern, Aushungern, Gerüsthochziehen, Plattformanheben, Hubschraubereinsatz und bis zur einstweiligen Erschießung: unserer Phantasie waren keine Grenzen gesetzt. Hinzu kam noch Mißtrauen von Teilen des Dorfes, da wir von einem bestimmten Zeitpunkt an den Turm für alle Besucher dicht machten, daß wir uns als Elitegruppe verständen und auch zu militantem Widerstand entschlossen wären. Mensch denke nur an die Gerüchte von der Bildzeitung von heißem Wachs und schön sauber aufgestapelten Mollis, womit sie wohl unsere Berge besten Aldi-Weins gemeint haben.
Die Sperrung des Turmes hatte zwei Gründe. Erstens Selbstschutzinteressen wegen bestimmter installierter Anlagen (ihr wißt sicherlich, was gemeint ist), Angst vor Spitzeln und Angst vor einer handstreichmäßigen Besetzung des Turmes durch die Bullen schon vor der Räumung. Und zweitens hat es uns beim Arbeiten und bei Besprechungen genervt und behindert, wenn dauernd Leute hochkamen, die nur mal gucken wollten.
Mit Helm, Gasmasken, mehrmaligem Abdichten des Daches, Lebensmittelvoräte für mindestens 2 Wochen, Wein und was zu rauchen waren wir für die Räumung gut gerüstet. Am 4.Juni war es dann so weit. Um ein Haar hätten wir den Beginn der Räumung noch verschlafen. Als "Lebensversicherung" hatten wir während der Räumung einen DPA-Reporter oben, der aber leider kurz bevor wir abgeräumt wurden, den Turm verließ. Als der Turm geräumt wurde, waren wir psychisch in einer miesen Situation, da wir hilflos mit ansehen mußten, wie alle Häuser plattgewalzt wurden, wie einige Bullen sich sogar einen Spaß daraus machten, im Wettspiel Scheiben einzuwerfen und mit welcher Brutalität die Bullen teilweise auf dem Platz gegen die Leute vorgingen.

Der einzige Trost war, daß wir die ganze Schweinerei von oben filmen und fotographieren konnten und sämtliches Filmmaterial sicher durch die Bullensperre gekriegt haben. Nachdem das Freundschaftshaus auch abgeräumt worden war, saßen nur noch die Leute auf der Schiffschaukel, dem Lüneburger Turm und dem Berliner-Turm.
Die Stimmung bei uns war dann relativ ruhig. Es wurde gepennt, Skat gespielt, mit den übrigen Besetzern geklönt oder versucht, die Bullen zu verarschen. Im Laufe des Nachmittags entwikkelte sich eine rege Verhandlungstätigkeit. Um ca 16 Uhr gaben die Leute von der Schiffschaukel und dem Lüneburger Turm auf unter der Garantie des freien Abzuges. Ebenfalls gingen noch 4 Leute vom Berliner Turm. Um 17.20 Uhr sollte ein Pfaffe zu uns als Vermittlungsperson hochgeschickt werden, was aber daran scheiterte, daß der Ärmste die Strickleiter nicht hochkam. Daraufhin wurde uns ein etwas sportlicherer Typ von der BI hochgeschickt, der uns ein letztes Ultimatum des Einsatzleiters verkündete, das zu diesem Zeitpunkt allerdings schon seit 10 Minuten verstrichen war.
Wir machten unseren Standpunkt noch einmal klar, daß wir den Turm erst dann freiwillig verlassen, wenn die allgemeinen Forderungen der Platzbesetzung "Stop des Bohrprogramms, keine WAA, usw" erfüllt werden. Noch während der Vermittler sich auf dem Weg nach unten befand, machte sich dort bereits eine Sondereinheit bereit, den Turm zu entern. Zuerst sah es so aus, als wollten sie Gas gegen uns einsetzen. hachdem wir aber verkündet hatten, daß wir passiven Widerstand leisten und jetzt mit unserem Abschiedsfest beginnen würden, kamen sie lediglich an Strickleitern mit dem Beil in der Hand hoch. Während die MEKis schweißtriefend an der Strickleiter hingen, fingen wir an, Lieder zu singen, Wein zu trinken, die besten Fressalien (Obst, Schokolade) und die Reserven aufzurauchen.
Als es unseren schwer arbeitenden Freunden und Helfern nach 1 1/2 Stunden endlich gelungen war, durch das Dach einzudringen, wurden sie mit einer Flasche Wein und Luftschlangenbeschuß empfangen. Wir erzählten ihnen dann, wie sie unsere Klamotten zu packen hätten und gingen dann aufs Dach, um weiter zu feiern und zu singen.
Mit einem Hubwagen wurden wir jeweils zu zweit auf die Erde befördert.... Wir wurden erstmal mehrfach gefilzt (die beiden Frauen mußten sich sogar im Bulli unter Aufsicht von zwei reizenden Politessen nackt ausziehen) und nach 1003 deportiert. Dort wurden wir in Einzelzellen gesperrt und erkennungsdienstlich behandelt. Dabei ereignete sich die Schweinerei mit Peter.
Er wurde ohne ersichtlichen Grund zusammengeprügelt (einige Bullen waren ziemlich aggressiv und haben offensichtlich die ganze Zeit schon lechzend auf so einen Zwischenfall gewartet). Peter kam dann blutend in die Zelle, woraufhin wir anderen nach einem Sanitäter geschrien haben. Als Antwort darauf kam der Polizeihauptmann Winter, um nochmals auf Peter einzuknüppeln, ihn mit dem Kopf gegen die Scheibe zu stoßen, sodaß diese zu Bruch ging und ihm die Hände so stramm zu fesseln, bis diese blau wurden. Peter wurde dann mit Sprüchen wie "der ist je betrunken", "Simulant" zur ED-Behandlung geschleift, wo er dann endgültig zusammenbrach. Erst jetzt wurde es für nötig gehalten, den "Simulanten" ins Krankenhaus zu bringen. Wir übrigen wurden nach der ED-Behandlung nach 2 Stunden wieder freigelassen.

(Augenzeugenbericht von 2 Turmbesetzern/innen)

Peter mußte eine Woche lang im Dannenberger Kreiskrankenhaus bleiben, weil der Verdacht eines Schädelrisses bestand. Neben ihm lag ein AKW-Gegner aus Braunschweig, der ebenfalls zusammengeschlagen worden war.
Inzwischen hat Peter gegen drei Beamte Anzeige wegen schwerer Körperverletzung gestellt. Wie nicht anders zu erwarten war, anworteten die Bullen mit Gegenanzeigen; Widerstand, versuchte Körperverletzung usw.

Das Wendlandlied

Wir wolln keine Polizisten
Wir wolln keine Staatsgewalt
Bullenterror, Bürokraten
eure Herzen, die sind kalt

Hey Cops, schmeißt die Knüppel weg

Der Kampf um unsere Heimat
ist nicht nur ein wort
Das Wendland ist befreit
wir gehn hier nicht mehr fort

Wir wolln keine Dorfplatzräumung
nehmt die andern in den Arm
Bäume pflanzen, Häuser bauen
unsere Herzen, die sind warm

Hey Wenden, wat mutt dat mutt

Der Kampf um unsre Heimat
ist nicht nur ein Wort
Das Wendland ist befreit
wir gehn hier nicht mehr fort.

Melodie nach: *Pink Floyd, The Wall*

Sommer 80:
Gorleben Aktuell Nr. 12
1004 Broschüre

GORLEBEN AKTUELL

Herausgeber

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe / Hamburg

WAA Gruppe Lüneburg

33 Tage Besetzung auf 1004

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Vorwort

Während wir diese Broschüre zusammenstellen, dauert die Welle der Eröffnung wendländischer Botschaften, der Kirchenbesetzungen und Demonstrationen aus Anlaß der Räumung des Besetzerdorfs 1004 im ganzen Bundesgebiet an. Die große Ausstrahlung der kleinen aber freien „Republik Wendland" hat mehrere Gründe:

- Die Besetzer und Besucher der „Freien Republik" konnten 33 Tage lang erleben, daß es sich in Selbstverwaltung ganz hervorragend leben, arbeiten und feiern läßt. Schon frühzeitig sah sich der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff dazu veranlaßt zu warnen, daß er „gegen eine Utopisierung des Volkes Widerstand leisten werde" (dpa-Meldung vom 23.5.).
- Die örtlichen Widerstandgruppen ließen sich auch durch die Androhung von 50 000 Mark Geldstrafe bei Betreten der Bohrstelle nicht vom Plan der Besetzung abbringen. Auch mehrmalige Einschüchterungsversuche der Behörden während der Besetzung bewirkten nur einen weiteren Zulauf. Es hat sich erwiesen, daß angesichts des Vorgehens der Betreiber mehr und mehr AKW-Gegner persönliche Risiken in Kauf zu nehmen bereit sind. Der „bürgerliche Ungehorsam", das bewußte und massenhafte Übertreten bestehender Ordnungsverfügungen und Gesetze ist nach wie vor im Kampf gegen die Atomenergie eine zentrale und von großen Teilen der Bevölkerung mit Wohlwollen betrachtete Widerstandsform. Lüchow-Dannenberger Kommunalpolitiker beklagten gar einen „Sog in die Ungesetzlichkeit", der nach und nach auf das Bundesgebiet übergriff und sogar die Jusos, Judos, die Verbände der Grünen, größere Teile der niedersächsischen Landeskirche usw. erfasst.
- Während der Besetzung entwickelte sich zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung eine enge Zusammenarbeit (Bezugsgruppensystem/Sprecherrat) – bis zum Ende der Aktion konnte ein Konsens über das Vorgehen gefunden und eingehalten werden. Dieser erfolgreiche Ausgang hat optimale Voraussetzungen für gemeinsame zukünftige Aktionen aller Strömungen der Anti-AKW-Bewegung geschaffen.

Die Besetzung verfolgte das Ziel, bundesweit darauf hinzuweisen, daß in Gorleben nach wie vor ohne Berücksichtigung irgendwelcher Sicherheitskriterien das Entsorgungskonzept der Bundesregierung durchgezogen werden soll. Daß die Bundesregierung unter allen Umständen hieran festzuhalten bereit ist, wurde erneut mit der brutalen Räumung des Besetzerdorfes bewiesen. Mit dem Faustpfand der Besetzung konnten am Verhandlungstisch nur unzureichende – das Gesamtkonzept kaum beeinträchtigende – Zugeständnisse abgerungen werden, die dennoch einen Teilerfolg darstellen (Hearing über die Bohrergebnisse).

Mit der Zerstörung des Dorfes und der von bürgerkriegsmäßigen Aufmärschen der Atomstaatstruppe begleiteten Räumung wollen die Betreiber uns demoralisieren und von weiteren offensiven Aktionen abhalten. Mit unserer Broschüre wollen wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt und die Räumung lediglich den Auftakt bietet für weitere gemeinsame Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung.

Das Dorf könnt ihr zerstören –
aber nicht die Kraft, die es schuf.

Gemeinsame Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und der Bewohner des Dorfes 1004

Gegen alle Propaganda von Regierungsstellen und einem Teil der Presse haben die Bewohner des Dorfes 1004 und die vielen Lüchow-Dannenberger Unterstützer ihre Gemeinsamkeit bewahrt und das Konzept des passiven Widerstands durchgehalten. Vergebens hat die Polizei nach Waffen gesucht; unsere Waffen sind unsere Argumente und unsere Phantasie.

Gewalttätigkeiten gingen ausschließlich von Polizei und BGS aus. In vielen Fällen wurden wehrlos am Boden sitzende Menschen mit Knüppeln geprügelt, einige wurden noch hinter den Polizeiketten ohne den Schutz der Öffentlichkeit krankenhausreif geschlagen. Noch immer liegen zwei der Dorfbewohner mit Kopfverletzungen in der Klinik. Der gigantische Polizeieinsatz, die totale Absperrung des Landkreises und die teilweise brutalen Übergriffe seitens der Einsatzkräfte haben überdeutlich werden lassen, was wir in einem künftigen Atomstaat zu erwarten haben.

Wir betrachten die Inbesitznahme der geplanten Bohrstelle 1004 trotz der Räumung als einen vollen Erfolg. Zwar sind nicht alle unsere Forderungen erfüllt worden, aber wir haben erreicht, daß die grundlegenden Probleme der Endlagerung von radioaktivem Müll wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht worden sind. Die Taktik der Betreiber, ihr verantwortungsloses Handeln in Gorleben ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung mit einem Mantel des Schweigens zu umgeben, ist durchbrochen worden. Ohne gesicherte Endlagerung wird außerdem weiter Atommüll produziert, der noch Tausende von Jahre unzählige Generationen gefährden wird. Nur unter dem starken Druck der protestierenden Bürger waren die Verantwortlichen bisher bereit, ihre Entscheidungsgrundlagen zumindest teilweise offenzulegen und zur Diskussion zu stellen. So sind auch die Veröffentlichung der Bohrergebnisse, die Zusage des Bundesinnenministers, eine öffentliche Anhörung zu diesen Bohrergebnissen durchzuführen und die Zulassung einer Beobachtergruppe zu der bisher nichtöffentlichen Informationssitzung des Bundestagsinnenausschusses zu den Problemen der Endlagerung nur auf Grund der Platzinbesitznahme und ihrer breiten Unterstützung im Landkreis und in der ganzen Bundesrepublik zustandegekommen. Diese Zugeständnisse reichen jedoch bei weitem nicht aus, denn es geht uns nicht nur um den Gorlebener Salzstock, sondern um das Entsorgungskonzept der Bundesregierung überhaupt. Die besondere Bedeutung der Aktion sehen wir auch darin, daß wir die Voraussetzung für weiteres gemeinsames Handeln geschaffen haben. Wir werden der Atomindustrie nicht weichen, sondern unseren Widerstand gemeinsam verstärken.

Gartow, 6.6.80

gez. i.A. Wolf Römmig

RUND UM GORLEBEN

Trebeler Treffen

Am 3. und 4. November trafen sich mehr als 80 AKW-Gegner aus etwa 20 Bürgerinitiativen wiederum in Trebel. Ich vermißte eine Reihe von Vertretern auswärtiger Gruppen, die schon seit längerem an diesem Treffen teilgenommen hatten. Andererseits viel mir auf, daß viele neue Leute aus dem Landkreis anwesend waren, während andere aktive Mitglieder der BI-Lüchow-Dannenberg fehlten. Die veröffentlichte Stellungnahme der BI zur Blockadewoche, das Seminar zwischen ausgewählten BI-Mitgliedern und höheren Polizeibeamten, sowie der Ablauf des Trebeler Treffens vom 6. und 7. Oktober ließen zwar erahnen daß es nicht einfacher in der Zusammenarbeit zwischen der BI und uns "Auswärtigen" werden würde, doch was dann am 3. November ablief, konnte wohl keiner der "Auswärtigen" so richtig fassen.
Noch bevor es zur Aufstellung einer Tagesordnung kam, wurden von Seiten der Einheimischen massive Vorwürfe gegen die "Auswärtigen" vorgetragen. Diese gezielten und m.E. gut vorbereiteten Angriffe wurden zunächst von U. von Plottnitz - nach eigenen Angaben Sprachrohr der gesamten Landwirte - lautstark begonnen.
Ihre Vorwürfe und Anschuldigungen konzentrierten sich auf das Redeverbot von M. M. Fritzen während der Bonn-Demonstration. Es sei zwischen allen Beteiligten im Landkreis abgesprochen worden, daß M. Fritzen als Vertreterin der Bürger und Bauern dieser Region reden sollte. Die Begründung, warum M. Fritzen nicht reden durfte, entnahm sie einer K-Zeitung ("sie sei kleinbürgerlich, hemme den Widerstand" etc.). Jens Scheer ging mit einer vorbereiteten Erklärung auf diesen Vorwurf ein, ohne jedoch auf allzu großes Gehör bei den anwesenden Mitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg zu stoßen. Andererseits muß hier angemerkt werden, daß das Trebeler Treffen weiß Gott nicht der Ort ist, der sich mit dem Redeverbot von M. Fritzen auf der Bonn-Demonstration auseinanderzusetzen hat.
- die Kritik der "Auswärtigen" an BI-Mitgliedern. In diesem Zusammenhang wurde den "Auswärtigen" vorgeworfen, sie würden durch die Diffamierung einiger Vorstandsmitglieder (M. Fritzen, J. Janning und M. Mombauer) bewußt die Spaltung der AKW-Gegener betreiben.
Dann wurden die Anschuldigungen durch Herrn Fritzen fortgesetzt. Anschuldigunger und Konsequenzen sind nachzulesen in seinem Brief, der inzwischen u.a. an fast alle überregionalen Zeitungen und Zeitschriften als Leserbrief verschickt wurde.
- geplante Aktionen im Landkreis durch auswärtige Gruppen. Eine Kieler Zeitung und insbesondere der Bericht über das letzte Trebeler Treffen im Atomexpress Nr. 16 wurden zum Anlaß genommen, daß die "Auswärtigen" Bauplatzstürmungen, Sprengstoffanschläge und andere Sabotageaktionen geplant hätten. Auch unsere Erklärung, daß es sich um einen Vorschlag gehandelt habe, auf eine Bauplatzbesetzung hinzuarbeiten, der jedoch keine mehrheitliche Unterstützung fand, half wenig. Makabre Nebenbemerkung von U. von Plottnitz: auch die Polizei hätte sich aufgrund dieses Trebel-Protokolls schon bei ihnen erkundigt, was denn da durch auswärtige AKW-Gegner geplant sei ! Schlußfolgerung durch U. v. Plottnitz insgesamt: keine gemeinsamen Aktionen mit auswärtigen Gruppen in den nächsten zwei Monaten und ansonsten ohnehin nur mit gewaltfreien Charakter.
Schließlich nahm O. Kleuke als Landwirt und Vertreter der "Grünen" Stellung zu den bisherigen Sabotageaktionen. Einerseits hätte er diese Aktionen innerlich begrüßt, andererseits würden sie die weitere Arbeit und insbesondere die Möglichkeit, über die Wahlen 90 % der Bevölkerung hinter sich zu bringen, gefährden. Konsequenz durch O. Kleuke: wenn weiterhin Bohrlöcher verstopft, Reifen zerschnitten würden etc., dann seien die "Auswärtigen" für ihn nichts anderes als bezahlte Polizeiagenten und verkappte Atombefürworter.
Die Richtigstellungen und Argumente durch auswärtige AKW-Gegner fanden kein Gehör, so daß zunächst eine Pause eingelegt wurde, nach der dann allerdings nur noch wenige Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg anwesend waren. Es war klar, daß nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden konnte, sondern daß die einzelnen BIs sich in der nächsten Zeit ausführlich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen haben. Infolgedessen wurde es für richtig gehalten, sich auf die Weitergabe von Informationen über die Blockadeprozesse der Landwirte, der Veranstaltung der Pro-BI, die Brokdorf- und Grohndeprozesse zu beschränken.
Am Sonntag wurde dann ein vorläufiger Bericht über die Bedeutung des gesamten Bohrprogramms vorgelegt, der auch die Möglichkeit des Störens der Bohrungen aufzeigen soll. Die vollständigen Ergebnisse werden demnächst in einer Broschüre vorliegen. Über das weitere Vorgehen einigte man sich insofern, als zunächst ein Treffen der "Auswärtigen" am 14./15. Dezember in Hannover stattfinden wird. Hier sollen die Diskussionsergebnisse der einzelnen BIs zur Situation im Landkreis ausgeatuscht und Möglichkeiten zur weiteren Arbeit im Landkreis erörtert werden. Für das Ende der zweiten Januarwoche ist dann ein weiteres Treffen in Trebel geplant. Schließlich wurde von einem Landwirt der bäuerlichen "Notgemeinschaft" das Angebot übermittelt, in ca. 3 Wochen im kleineren Kreis (Bauern und Auswärtige) ein Gespräch zu führen. Hieran bekundeten ca. 10 BIs ihr Interesse.

Bundeskonferenz Bremen 29./30.Nov.

"...mit dem Gefühl von Brokdorf, daß wir es schaffen können und mit dem Wissen um die Kräfteverhältnisse, daß es ein langer und ausdauernder Kampf werden wird, das Atomprogramm zu kippen ..."

Am 30.November wird in Bremen nach über einem Jahr wieder eine Bundeskonferenz der BI's gegen Atomanlagen stattfinden. Auf einem Vorbereitungstreffen in Kassel wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte festgelegt:
1.Auswertung der Aktion 1004
2.Neues Entsorgungskonzept der Bundesregierung
3.Energiepolitik der Bundesregierung (Enquete-Kommission, Sparkampagne, Alternativ-Energien)
4.Zusammenhang von Atomprogramm und Atomwaffen (AKW-Export, Krieg ums Öl oder AKW's, Zusammenhang friedl. und militärischer Nutzung der Atomenergie)
Außerdem soll es eine Arbeitsgruppe zur Kriminalisierung geben.

Diese Themenschwerpunkte werden jedoch den entscheidenden Fragestellungen, denen sich heute die Bewegung gegenübersieht, nicht gerecht. In vielen Bürgerinitiativen herrscht nach einer kurzen Phase des Aufschwunges während der Gorleben-Besetzung Resignation und Ratlosigkeit. Für die nächsten anstehenden Aktionen gegen den Ausbau des Atomprogramms gibt es praktisch überhaupt keine erfolgversprechenden Vorstellungen. Im Gegenteil, es hat sich allgemein die Einschätzung verbreitet, daß wir im Moment wenig machen können.
Die in Kassel festgelegten Themenschwerpunkte erwecken den Eindruck, als sollten möglichst die heißen Eisen auf der Bundeskonferenz nicht angepackt werden. Doch so geht es nicht. Wir kommen um die mühselige, anstrengende und in vielen Punkten wohl auch desillusionierende Diskussion über die sogenannte Krise nicht vorbei. Folgende Fragenkomplexe müssen deshalb auf der Bundeskonferenz diskutiert werden:

1. Unter welchen Bedingungen sind die bisher von der Anti-AKW-Bewegung angewendeten Widerstandsformen entwickelt und praktiziert worden? Wann waren welche Aktionen erfolgreich, worauf waren letztendlich unsere Teilerfolge zurückzuführen?
2. Wie haben sich die Kräfteverhältnisse in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. entwickelt, in welche Richtung werden sich diese Kräfte in naher Zukunft bewegen. Wie stark ist demnach die Basis, auf der die Atomlobby den weiteren Ausbau des Atomprogramms versucht und wie stark ist die Basis, auf der wir Protest und Widerstand dagegen organisieren können?
3. Die Anti-AKW-Bewegung ist in ihrer Argumentation im wesentlichen bei Fragen wie gesundheitliche Gefahren, Unfälle, Entsorgung, Alternativenergien stehengeblieben. Die Atomlobby verknüpft schon seit längerem das Atomprogramm mit Sein oder Nichtsein unseres gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Wenn wir in Zukunft in der Argumentation in der Öffentlichkeit unter uns selbst bestehen wollen, müssen wir dann nicht die Kritik weiter fassen, das wirtschaftliche und gesellschaftliche System in seinen Grundfesten in Frage stellen und z.B. für den Bereich der Energieversorgung konkrete Alternativen entwickeln (Enteignung der Energieversorgungskonzerne, Dezentralisierung der Versorgung, Entwicklung volksdemokratischer Strukturen als Entscheidungsträger in Fragen der Energieversorgung)? Müssen wir nicht das Profitstreben des Kapitalismus als entscheidende Triebfeder für Atomprogramm und Umweltverschmutzung mehr als bisher herausarbeiten und öffentlich angreifen?
4. Hat die Anti-AKW-Bewegung als Ein-Punkt-Bewegung eine Zukunft? Ist sie überhaupt in der Praxis der letzten Jahre eine Ein-Punkt-Bewegung gewesen? Kann sie die thematische Ausweitung auf Anti-Militarismus und andere Fragen kräftemäßig leisten oder wird sie überfordert? Kann und soll sie das Vakuum, daß durch die Auflösung der linken Organisationen entstanden ist, überhaupt ausfüllen?
5. Welches sind auf Grundlage der Analyse der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und der nächsten Schritte im Ausbau des Atomprogramms die anstehenden Aufgaben für die Anti-AKW-Bewegung? Welches sind die inhaltlichen Fragen, denen wir uns verstärkt in der Zukunft stellen müssen, und welche praktischen Widerstandsaktionen folgen daraus für die nächste Zeit? An welchen Standorten hat massiver Widerstand zur Zeit eine Perspektive? Wie schätzen wir die Bedeutung der Arbeit in den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem in den Gewerkschaften und den Parteien, in Zukunft ein?
6. Reichen unsere bisherigen Organisationsstrukturen für einen kontinuierlichen Kampf auf allen Ebenen aus?

Die Diskussion über diese Fragen kann eine inhaltliche Debatte über die derzeitige Lage ermöglichen. Es sind grundlegende Fragen, die keineswegs neu sind, zu denen aber innerhalb der Anti-AKW-Bewegung immer noch keine eindeutigen Positionen entwickelt worden sind. Deshalb befindet sich die Bewegung auch nicht in einer plötzlichen neuen Krise, sondern in einer Phase, in der die Schwierigkeit, diese schon seit Jahren bestehenden Fragen anzupacken und zu lösen, besonders krass sichtbar ist.
Die Diskussion über diese Fragen auf der Bundeskonferenz darf aber nicht abstrakt und nicht ins Blaue hinein geführt werden. Von der Praxis abgehobene Theoriediskussionen führen allzu leicht zu einer Lähmung im Handeln. Angesichts der bestehende und vor allem der bevorstehenden Offensive der Atomlobby können wir uns eine solche Schwäche nicht leisten. Brokdorf, Lingen und die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben, daß sind die praktischen Fragen, denen wir uns stellen müssen. Unsere Aufarbeitung von Erfahrungen, Situationsanalysen und Perspektivendiskussionen müssen, jedenfalls ansatzweise, in konkrete praktische Vorschläge münden.
Die Möglichkeit, sich auf der Bundeskonferenz auf gemeinsame Schritte für die nächste Zeit zu einigen, muß auf jeden Fall erhalten bleiben.
Konkret schlagen wir vor, auf dem nächsten Vorbereitungstreffen die oben formulierten Fragestellungen in die bisherige inhaltliche Konzeption mit einzubauen und womöglich auf die Erörterung einiger ursprünglich geplanter Punkte zu verzichten.

Red.

Winter 1980/81
In Gorleben und anderen Standorten kommt es zu harten Debatten zwischen „Einheimischen" und „Auswärtigen". Dahinter stecken auch Differenzen über den Charakter und die Ziele des Widerstands. In Bremen diskutierten ca. 1500 AKW-GegnerInnen aus 220 Gruppen über das weitere Vorgehen. Ein Ergebnis war der Aufruf zur Demonstration im Februar 81 gegen das geplante AKW Brokdorf. (atomexpress 22)

Atom Express

DM 1,50 Nr. 23 Februar 81

Gemeinsam gegen Brokdorf

Collection Labadie Internationale
www.laka.org
Digitized 2016

BBA nach Brokdorf: Die Einheit der Vielfalt

Das wär der größte Erfolg der ersten Brokdorf-Demo Anno 81, abgesehen von der Tatsache, daß 100.000 AKW-Gegner sich trotz präventiv-legitimierter Gewalthetze, höchstrichterlichem Hick-Hack und bürgerkriegsähnlichem Polizeiaufmarsch ihr Recht auf Demonstration wann und wo mann/frau es für richtig hielt, nicht nehmen ließen, diese denkwürdige Nacht des 28. Februars. Es war die Nacht der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen). Selbst die Altmeisterin des Krimis, Agatha Christie, hätte die Dramaturgie dieser Nacht nicht besser inszenieren können.
Aufbauend auf Erfahrungen vorangegangener Großdemonstrationen und ewig lähmender Gewaltdiskussionen wurde in Bremen mit der Einigungsformel von der „ganzen Palette unseres Widerstandes" ein qualitativer Sprung, der Durchbruch, erzielt. Da die ganze Palette des Widerstandes selbstredend den ungestörten und unkontrollierten Anmarsch nach Brokdorf voraussetzte, lautete die Parole folgerichtig: „Wir lassen uns nicht kontrollieren!" Das mann/frau darüber das eigentliche Ziel der Demonstration am Bauplatz, nämlich die Verwandlung desselben in eine Wiese vergaß, ist nur von zweitrangiger Bedeutung.
Und so verlief diese Nacht der Lehrstunden für Staats- und Gesellschaftsführung und zeigte, was alles möglich ist, wenn die schon immer in der Umweltbewegung ruhende geistig-intellektuelle und soziale Kraft zur Entfaltung kommt: Um zwei Uhr morgens verließ ein Konvoi von 1.500 Fahrzeugen (incl. 26 Busse) mit ca. 7.000 Personen die Bremer Innenstadt, um genau abgestimmt auf der Autobahn Richtung Hamburg den Oldenburger Zug zu treffen und sich mit ihm zu vereinigen. Zur Führung der BBA, in der Spitze des Zuges fahrend, gelangten alle wichtigen Informationen, um über ein „Freies Radio" den Treck geschlossen zu lenken.
Mit Handfunkgeräten ausgerüstete Krad-Melder beaufsichtigten ständig den Zusammenhalt des Konvois und benachrichtigten weit vorausfahrend die Zentrale über mögliche Straßensperren. Ein zweites Fahrzeug war mit Abhören und Auswertung des Polizeifunks beschäftigt, wiederum andere hielten Kontakt zu befreundeten Radios der aus allen Teilen der Republik auf Brokdorf zurollenden Konvois. Die Vollsperrung der Autobahn bei Sittensen wurde so rechtzeitig bemerkt. Der gesamte Zug verließ die Autobahn bei Bockel und verschwand in der Weite des niedersächsischen Flachlandes. Über Rotenburg, so hieß es im Radio, wolle man nun gen Hamburg ziehen. Nur Ortskundige merkten allerdings, daß die Fahrt keineswegs nach Rotenburg, sondern über Zeven und Buxtehude nach Hamburg ging. Im Zug mitrollende Polizeispitzel nahmen unterdessen die gezielten Falschinformationen für bare Münze und halfen erfolgreich ihre Einsatzleitung zu verwirren.
An Schlaf war überhaupt nicht zu denken. Das Freie Radio sendete ununterbrochen, informierte über die Recherchen der Krad-Melder. Eine knisternde Spannung hielt uns alle wach. Fast Stoßstange an Stoßstange fahrend, um eventuelles Dazwischenfahren und Abspaltung zu vermeiden, war die volle Konzentration der Fahrer gefordert. Als der Zug im Morgengrauen endlich Hamburg erreichte, die Krad-Melder zudem freie Fahrt durch den Elbtunnel signalisierten, löste sich die Anspannung in lautem Jubel- und Freudengeheul. Nun konnten auch die Spitzelfahrzeuge enttarnt und aus dem Konvoi entfernt werden. Man bedurfte ihrer nicht mehr. So wurde es möglich, daß der vereinigte Oldenburger-Bremer Zug als einziger unkontrolliert Brokdorf erreichte (von wegen als einziger; wenn wir aufschreiben würden, wie geschickt wir waren, würde das hier gar nicht abgedruckt werden vor lauter Blässe, d.S.).
Dieser Organisationsgrad, diese Kreativität und Flexibilität übertragen auf alle Gruppen und den Demo-Ablauf vor Ort, läßt neue Perspektiven erahnen. Da werden sich Schmidt, Stoltenberg & Co. wohl was einfallen lassen müssen, angesichts der Starrheit und Verkrustung des Polizeiapparates und der bedingt durch die soziale Stellung tendenziell abnehmenden Intelligenz.
In Brokdorf allerdings zeigte sich, daß es mit der Umsetzung der ganzen Palette des Widerstanses noch hapert.
Wenn auch nun unumstritten ist, daß das Absingen fröhlicher Lieder zwar den Zusammenhalt stärkt und Spaß macht, wohl aber kaum millionenschwere Konzerne und weder Landes- noch Bundesregierungen ins Wanken bringt. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, daß die vielfältigen Widerstandsformen einander bedingen, sozusagen nur in der Einheit möglich sind. So wären friedliche Demonstranten den Provokationen der Polizei hilflos ausgeliefert, wenn nicht militante, behelmte und mit Stöcken ausgerüstete Gruppen allein durch ihre Anwesenheit die Polizei im Zaum halten (aktive Solidarität). Andererseits stellt die gesamte Menge der Demonstranten den Schutzwall dar, hinter den sich nach Aktionen zurückgezogen werden kann, allen gemeinsam ist der Dschungel, der Unterschlupf bietet (passive Solidarität). Beide Gruppen brauchen einander, sie sind aufeinander angewiesen, wenn erfolgreich Widerstand geleistet werden soll. Nur in ihrer Vereinigung können passive und aktive Solidarität transzendieren (o gott, d.S.). Die Einheit ist nur durch Vielfalt, die Vielfalt nur durch Einheit möglich.
(Den Rest haben wir wegzensiert).

Es schrieb uns dies **Siegfried W. aus Bremen.**

Persönliche Erklärung von Markus Mohr

Michael Duffke mußte sich während des gesamten Prozesses von einem psychatrischen Gutachter beobachten lassen, der alle seine privaten Regungen und sein sonstiges Verhalten aufmerksam registriert hat. Er hat für die Aufgabe pro Tag mehrere hundert DM erhalten und wurde von Ihnen, Herr Selbmann, angeblich „vorsorglich" für dieses Verfahren gegen Michael Duffke bestellt, in der Hoffnung, dadurch möglicherweise Ihrer Verantwortung als verurteilender Richter entgehen zu können, indem Sie bei Ihrer Urteilsbegründung einfach aus einem psychatrischen Gutachten über Michael abschreiben.
Sie stellen sich durch die Zuhilfenahme der Psychatrie gegen politische Gegner in eine merkwürdige Allianz mit Personen, die z.B. in der Sowjetunion der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner dadurch enthoben werden, indem diese einfach für verrückt erklärt werden. Diese „kranken" Menschen versucht man dann mit ein paar Tabletten und einer medizinischen Spezialbehandlung in Irrenanstalten die richtige Perspektive vom dortigen Gesellschaftssystem zu verschaffen.
Auch in der Geschichte dieses Landes ist Ihre Maßnahme, die Sie als „vorsorglich" deklariert haben und die doch ganz andere Zwecke verfolgt, leider nicht ganz ohne Beispiel: Auch für Ulrike Meinhoff war eine Zeit lang ein psychatrischer Gutachter vor dem Stammheim-Verfahren vorgesehen, was jedoch aufgrund des Protestes vieler Menschen nicht durchgeführt worden ist.
Unser Widerstand, den wir nach unseren Vorstellungen und bescheidenen Möglichkeiten und vor allem nach unserer eigenen Moral versuchen durchzuführen, ist keine Krankheit, Herr Selbmann, sondern berechtigt und notwendig angesichts
– der fortschreitenden Zerstörung der natürlich gewachsenen Lebenszusammenhänge in der Wilster Marsch durch AKW's und Chemie-Industrie
– der hunderten von Millionen Menschen in der dritten Welt, die für schwarzen Bilanzen einiger multinationaler Konzerne mit deutscher Beteiligung wie z.B. die Bayer AG, um ihre Lebensbedingungen gebracht werden.
– der ständig aggressiver werdenden Kriegspolitik der USA und ihrer Büttel hier in meinem Land, die einen Atomkrieg in naher Zukunft immer wahrscheinlicher werden läßt.
Kriege und Umweltkatastrophen werden nicht vom lieben Gott gemacht, sondern von eiskalt berechnenden Menschen, die andere Interessen verfolgen als wir AKW-Gegner. Von Menschen, die auch schon mal die Sicherheitseinrichtungen in einem AKW vorsätzlich ausschalten, wenn dies auf Geheiß der Betreiber-Chefs mit deren Blick auf schwarze Bilanzen angesagt ist; So geschehen im Sommer des Jahres 1978 in Brunsbüttel.
Vielleicht werfen diese Umstände die Frage auf, Herr Selbmann, ob nicht die Gesellschaft, in deren Namen Sie Recht sprechen, und die nicht die ist, in der ich leben will, mit ihren jährlich 13 000 Selbstmorden, den über 100 000 Selbstmordversuchen, den mehr als 2 Millionen Drogenabhängigen und 150 000 Menschen, die jährlich an Krebs sterben, ob nicht diese Form der gesellschaft krank ist und nicht die Menschen, die sich dagegen wehren, wie z.B. Michael Duffke und ich.
Ich habe bisher in diesem Prozess vieles hingenommen, ohne daß ich zu manchen Dingen etwas gesagt habe. Bei einem so zentralen Angriff wie es jedoch die Psychatrisierung von Michael Duffke darstellt, die auch mich als Mitangeklagten AKW-Gegner trifft, werde ich nicht ruhig und still dasitzen und so tun, als ginge mich das gar nicht an.
Ich fordere Sie auf, Herr Michaelis, von Ihrer fragwürdigen Aufgabe hier im Gerichtssaal Abstand zu nehmen und nach Hause zu gehen. Untersuchen Sie lieber AKW-Betreiber und Kriegsbefürworter, die haben es nötiger als Michael Duffke und ich.
Sie, Herr Selbmann, möchte ich auffordern, den Gutachter zu entlassen. Wenn Sie Michael Duffke und mich schon verurteilen wollen, und dafür spricht alles, verstecken Sie sich bitte nicht hinter irgendeinem Gutachten, sondern sagen Sie dann ganz klar, daß das die von Ihrer Gesellschaft Ihnen zugewiesene Aufgabe ist.
Am Schluß bleibt für mich auf jeden Fall aber die Feststellung, daß, wenn ich vielleicht auch die Stellungnahme von Herrn Michaelis nicht verhindern kann, ich jedoch dann versuchen werden, sie nicht ohne weiteres hinzunehmen.

Markus Mohr

1981:
Trotz massiver Störungen durch die Polizei wird in Brokdorf demonstriert.
Zwei der Festgenommenen stehen später stellvertretend für 100.000 DemonstratInnen vor Gericht: wegen angeblichen Mordversuchs am Wassergraben.
(atomexpress 24, 29)

1983: Der Staat schlägt zurück. Hauptwaffe: § 129 a (Bildung / Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). (atomexpress 34)

In der letzten Zeit vermehren sich wieder die Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts, sich des § 129a StGB schuldig gemacht zu haben. Aus diesem Grund hatten wir eigentlich schon für die letzte Ausgabe eine Darstellung dieses Paragraphen geplant. Auch deswegen, daß mit dieser Keule gegen eine Zeitung vorgegangen wurde, die von der Struktur dem AtomExpress in vielem ähnelt, der RADIKAL. Leider ging das beim letzten wegen Zeitmangels und anderen Problemen unter.

Mittlerweile hat uns das Geschehen aber förmlich überrollt. Wollten wir mit einem solchen Artikel aufzeigen, wer in unserem Land mit diesem Paragraphen bedroht wird, so war der AtomExpress am 9. März plötzlich selbst zum Verfolgten geworden. Damit aber nicht genug - am 14. April wurde das Verfahren bezüglich 129a wieder eingestellt. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dem Staatsschutz jederzeit zu rechnen ist. Es zeigt aber, daß die Betroffenen nicht immer gleich mit dem Schlimmsten rechnen müssen, oft dienen diese massiven Warnungen mehr der Einschüchterung und dem schnelleren Wachstum der Schere im Kopf.
Wenn wir diesen Artikel abdrucken, wollen wir gleichzeitig an diejenigen erinnern, die derzeit mit diesem Paragraphen zu kämpfen haben. Wobei sich auch zeigt, daß alle Varianten des 129a vorkommen: Bildung, Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine »terroristische« Vereinigung.

In Wuppertal wird im Moment versucht, die dortige politische autonome Szene trocken zu legen. Frank John, der seit Juni 1982 in U-Haft sitzt, und 10 weiteren Personen wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gebildet, darin Mitglied zu sein bzw. diese unterstützt zu haben. Die 270 Seiten umfassende Anklageschrift wirft ihnen praktisch alles vor, was in den letzten Jahren in Wuppertal passiert ist - vom Brandanschlag bis zu irgendwelchen Sprühaktionen.
Auch, wenn der Prozeß noch nicht begonnen hat, so ist der erste Erfolg für den Staatsschutz schon zu verzeichnen: die Leute reiben sich ausschließlich noch an der Prozeßarbeit auf.

In Münster erschienen am 5.12.82 etwa 80 Polizeibeamte ohne !!! Durchsuchungsbefehl und stellten die KRONENBURG auf den Kopf. Die Durchsuchung wurde im nachhinein mit dem Verdacht nach § 129a begründet. Die Kronenburg ist ein selbstverwaltetes Haus, in dem sich auch eine kollektiv betribene Kneipe befindet. Diese Kneipe und die 50 Bewohner des Hauses sind der dortigen Polizei seit langem ein Dorn im Auge - sie vermutet, daß sich dort die »linksextreme Szene« trifft.

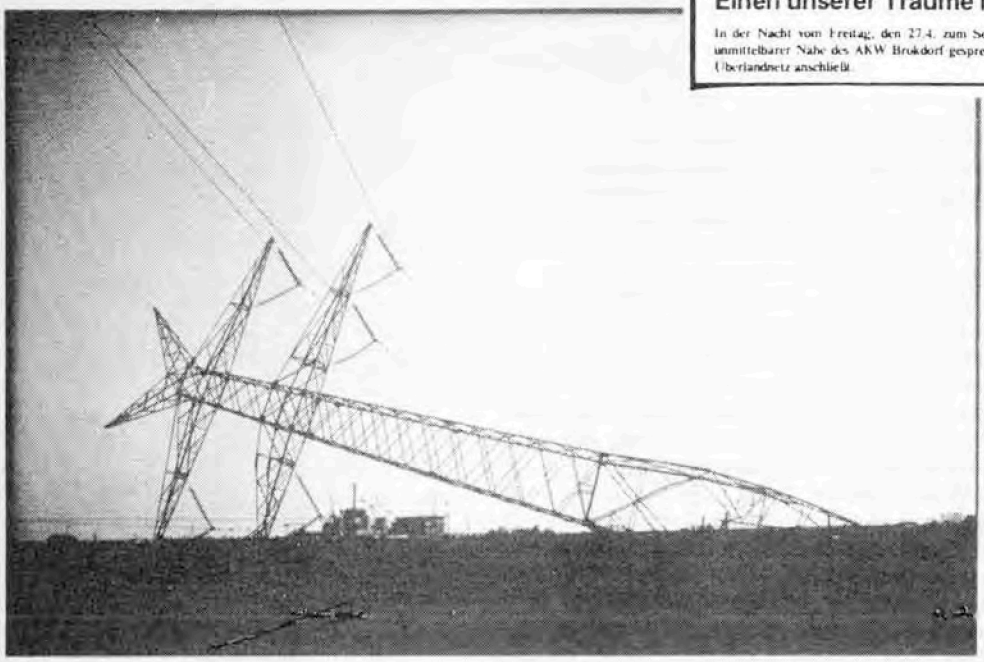
In Stuttgart-Stammheim wird zur Zeit Helga Roos der Prozeß gemacht. Ihr wird »schwere Unterstützung« vorgeworfen, zudem soll sie Mitglied der »legalen RAF« sein. Die Bundesanwaltschaft hat in ihrem Plädoyer bereits 4 Jahre Knast beantragt.

Die neueste Variante des § 129a ist der Versuch der Bundesanwaltschaft Leute der »Unterstützung« anzuklagen, aus dem einzigen Grund, nämlich Briefkontakt mit den Gefangenen zu unterhalten. Diese Briefe werden mehrmals vom zuständigen Richter kontrolliert, bevor sie in bzw. aus dem Knast heraus kommen. Die BAW sieht hierin jedoch den Aufbau eines »illegalen Informationssystems« mit dem die Gefangenen, und damit ihre Gesinnung unterstützt werde.
Nachdem in einer großangelegten Aktion im ganzen Bundesgebiet mehrere Wohnungen sowie Gefängniszellen durchsucht wurden, wurde 5 Tage später, am 12.4. Inge Krobs in Frankfurt auf offener Straße verhaftet. Sie sitzt seitdem in U-Haft in Totalisolation. Ihr wird »schwere Unterstützung nach §129a« vorgeworfen.

wer keinen Mut zu träumen hat, hat keine Kraft zu kämpfen!

Einen unserer Träume haben wir erfüllt:

In der Nacht vom Freitag, den 27.4. zum Sonnabend, den 28.4.'84 haben wir einen Strommasten in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf gesprengt. Dieser Mast gehört zur Trasse, die das AKW an das Überlandnetz anschließt.



Der über 10-jährige Kampf gegen das AKW Brokdorf war für viele ein Symbol des Widerstands und der Hoffnung, unsere Vorstellungen gegen die menschenvernichtende Politik dieses Staates – zumindest an dieser Stelle selbst zu bestimmen.

Aber während Polizeiarmeen, Kriminalisierung, Verfolgung und Tonne um Tonne Beton und Stahl, bei einem Großteil der Bewegung Hoffnung in Resignation umwandelte, heißt Weiterbau und vielleicht sogar die Inbetriebnahme für uns nicht die Beendigung unseres Widerstandes, sondern eine neue Phase unseres Kampfes.

Diese Zuversicht haben wir, weil wir wissen, daß wir unseren Kampf nicht ausschließlich über einzelne Projekte wie AKWs oder die Startbahn-West bestimmen können, sondern wir die Ursachen dafür, nämlich den Staat bekämpfen müssen. Dies wird ein sehr langfristiger Kampf sein, der Siege und Niederlagen mit einbeziehen muß. Aber unserem Ziel, einem selbstbestimmten Leben ohne Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung näher zu kommen, heißt, nicht nur gegen die äußeren Erscheinungsformen dieses Staates wie Umweltzerstörung, Kriegsvorbereitung, Überwachung, Kontrolle und funktionale Ausrichtung des Menschen, Vereinzelung und soziale Verelendung zu kämpfen, sondern gleichzeitig mit unserem Kampf auch da anzusetzen, wo die Ideologie, Moral und scheinbare Allmacht des Staates unsere Herzen und Köpfe bestimmt. Wir meinen damit auch **unsere** Formen der Auseinandersetzung, **unsere** zwischenmenschlichen Beziehungen, **unsere** Vorstellung von Recht, Unrecht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand.

So geht es uns mit dieser Aktion nicht nur um den Sachschaden, den wir unserem Gegner zufügen, sondern auch darum, Möglichkeiten und die Kraft zu eigenständig bestimmtem Widerstand zu finden und ist natürlich auch Ausdruck unserer Lebensfreude.

Wir wissen, daß viele Leute klammheimliche Freude empfinden werden, wenn sie von dieser Aktion erfahren. Genauso, wie wir uns gefreut haben, als wir von dem Anschlag auf das MAN-Computerzentrum oder den zahlreichen Aktionen gegen die Einrichtung eines Atommüllagers und einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und Dragahn sowie gegen Bau und Inbetriebnahme der Startbahn West erfahren haben.

Diese Freude wird auch wichtig dafür sein, daß immer mehr Menschen selbstbestimmte Widerstandsaktionen durchführen, und es wird wichtig sein, sich auch öffentlich zu äußern, damit wir gegenseitig merken, daß wir nicht alleine sind.

Ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme werden wir mit allen Folgen des AKW Brokdorf konfrontiert sein. Das bedeutet - und das trifft natürlich nicht nur für das AKW Brokdorf zu - daß wir uns verstärkt damit auseinandersetzen müssen, unseren Kampf nicht nur gegen die technischen Einrichtungen, sondern auch gegen die Verantwortlichen zu richten.

Schade, daß der Knall nicht bis in die Knaste zu hören war, aber wir grüßen damit besonders auch unsere gefangenen Genossinnen und Genossen.

Schafft viele autonome revolutionäre Zusammenhänge!

Autonome Revolutionäre Aktion

Über Vorbereitung und Ablauf der Aktion werden wir demnächst noch genau berichten.

**April 1984:
Es steht, nein stand ein Mast in der Wilster Marsch. Jetzt liegt er nur noch, genau neben dem AKW Brokdorf.
(atomexpress 40)**

März 84:
atommüllzeitung Nr. 26

Auf zur Wend

Kontroverse Widerstandsdiskussion

Das Jahr 1984 wird für das Wendland, den weiteren Widerstand in der Region, aber auch für den bundesweiten Widerstand gegen Atomkraft/Atombomben? von großer Bedeutung sein!

Im Frühjahr/Frühsommer soll mit der „heißen Phase" der Einlagerung von schwach- sowie hochradioaktiven Müll in oberirdischen Zwischenlagern in Gorleben begonnen werden.

Im Gorlebener Salzstock sollen Schächte für ein riesiges Endlager abgeteuft werden.

Im Sommer/Herbst soll die Entscheidung zugunsten des Standortes Dragahn für eine Wiederaufarbeitungsanlage fallen.

Vor allem auf Grund der bedrohlichen Situation der Einlagerung von Atommüll bekam die gesamte Widerstandsdiskussion in der Region (Uelzen, Lüneburg und Lüchow-Dannenberg, Zusammengefaßt in der Regionalkonferenz) neuen Auftrieb.

Bereits im Spätsommer/Herbst 1983 wurde die Idee der Wendlandblockade in der Regionalkonferenz diskutiert.

Im Rahmen von bundesweiten Zusammenkünften im Dez. 83 (BBU-Mitgliederversammlung, Atommüllkonferenz in Amberg) stellten Vertreter der BI Lü.-Dan. ein 3 Stufen Konzept vor, welches im Frühjahr 1984 zur Anwendung kommen sollte. Dieses Konzept weicht von der ursprünglich geplanten Wendlandblockade durch die Aufnahme einer 1. Stufe, der Menschenkette ab, und wurde vorher nicht in der Regionalkonferenz diskutiert. Dieses 3 Stufen Konzept sieht folgendermaßen aus:

1. Stufe = Menschenkette um das Wendland
2. Stufe = Wendlandblockade
3. Stufe = Zwischenlagerblockade beim ersten Transport

Diese 3 Stufen sollten als ein gemeinsames Konzept der Öffentlichkeit bekanntgemacht und im Zusammenhang vertreten werden.

Mittlerweile hat die BI Lü.-Dan. Anfang Jan. 84 einen Aufruf verfaßt, in dem nur noch die ehemalige 1. Stufe, die Menschenkette um das Wendland propagiert wird. Dieser Aufruf hat nichts mehr zu tun mit den Diskussionen die in den letzten Monaten z.T. auch schon bundesweit über die Wendlandblockade geführt wurden. Wenn es nicht gelingen sollte eigene, weitergehende Widerstandsvorstellungen in den Widerstand gegen die drohenden Atommülltransporte einfließen zu lassen, kann dieser Aufruf eine verhängnisvolle Wirkung haben, da durch die eingeschränkte Aktionsform eine geringere Anzahl Menschen angesprochen wird. Dadurch kann schon diese Aktion (die Menschenkette) wegen zu geringer Teilnehmerzahl scheitern. In der BI Lü.-Dan. haben sich die ängstlichen und vorsichtigen Kräfte gegenüber denjenigen die für einen radikaleren, weitergehenden Widerstand eintreten zumindest bei diesem Aufruf durchsetzen können. Die Gorleben-Frauen und die Emigrantengruppe treten dagegen schon heute für die Wendlandblockade ein.

Es ist nur zu hoffen, daß bei allen Kräften, die für ein atommüllfreies Wendland eintreten eine hohe Diskussionsbereitschaft und auch der Wille zur Einigung vorhanden ist, um evtl. doch noch zu gemeinsamen Konzepten mit der BI Lü.-Dan. zu kommen. In diesem Zusammenhang stehen uns allen schwierige Wochen und Monate bevor.

Im Nachfolgenden sollen die kontroversen Diskussionstandpunkte durch verschiedene Artikel bzw. Aufrufe deutlich gemacht werden.

Wendlandblockade

Es folgt ein Diskussionsbeitrag eines Mitgliedes der atommüllzeitung-Redaktion, der inhaltlich das ursprüngliche Konzept der Wendlandblockade und einer späteren Zwischenlagerblockade vertritt. Die zweite Strömung innerhalb der Redaktion befürwortet das in der Einleitung kurz dargestellte 3 Stufen-Konzept.

1. Entstehung der Idee

Die Wendlandblockade als Idee spuckt schon seit Jahren in den Köpfen der Widerständler im Wendland herum. Bereits 1979 wurde sie auf der Bundeskonferenz in Bochum vorgestellt

um gegen die drohenden Tiefbohrungen vorzugehen. Von vielen anderen Ideen wie kleinere Blockaden, Treck nach Hannover, Platzbesetzung ist sie nur noch nicht zur Anwendung gekommen. Zum Teil wurde auch argumentiert der Widerstand müßte sich die Durchführung der Wendlandblockade für akute Notsituationen „aufheben" und nicht schon vorher bei evtl. nichtigen Anlässen verpuffen lassen.

2. Akute atomare Bedrohung

Noch ist das Wendland atommüllfrei!
Dies kann gar nicht oft genug betont werden! Den Hintergrund für die Wendlandblockade bilden die bedrohlichen Transporte von schwachradioaktiven Abfällen verpackt in Fässern und von

land-Blockade

hochradioaktiven Abfällen (Brennelemente aus Atomkraftwerken) verpackt im Castor-Behälter, in die beiden Zwischenlager in Gorleben.

Dies wäre der erste Schritt aus dem Wendland die größte Atommüllkippe Europas zu machen.

Ferner ist dies ein Schritt zur Verwirklichung eines Integrierten Entsorgungszentrums in Lü.-Dan., wie es die frühere Planung von 1977, damals noch für den alleinigen Standort Gorleben vorsah. 1977 sollte das Integrierte Entsorgungszentrum oder auch Entsorgungspark genannt, ein Eingangslager (heute: Zwischenlager in Gorleben), eine WAA (heute: Standort Dragahn) und ein Endlager für hochradioaktiven Müll (heute: Gorleben) beinhalten.

3. Ablauf und Durchführung der Wendlandblockade

Die Wendlandblockade ist eine gewagte und hochbrisante Widerstandsaktion

Im späten Frühjahr sollen, noch bevor der erste Atommüll über die Straßen des Landkreises Lü.-Dan. geht, die 4 - 5 größten Zufahrtsstraßen aus den Kreisen Lüneburg und Uelzen kommend kurz hinter der Kreisgrenze, durch Materialien und Menschen zugestopft werden, sadaß hier kein Straßenverkehr mehr fließen kann. Bisher wurde dies so diskutiert, daß es eher zu Materialbloakaden als zu Menschenblockaden kommen sollte. Es wurde auch gesagt, daß wir uns nicht auf sinnlose, evtl. unüberschaubare Auseinandersetzungen mit der Polizei einlassen wollen, d.h. es soll nicht zu einer Verteidigung von bestehenden Barrikaden kommen, falls die Polizei angreift, sondern es soll an einer anderen Stelle der Straße, neue ,Barrikaden errichtet werden.

An den behinderten Privatpersonenverkehr sollen Handzettel verteilt werden, mit der Aufforderung für die Tage der Blockade Neben- und Schleichwege zu benutzen, die auf einer Lagekarte sichtbar gemacht werden.

Die gesamte Blockade soll auf ca. 2 Tage begrenzt werden. Ob sie an einem Werktag oder Wochenende stattfindet ist noch unklar. Von großer Bedeutung ist es wie sehr es uns gelingt die ganze Aktion vorher breit zu verankern und eine Große Unterstützung zu gewährleisten. Dies wird auch von Entscheidendeer Bedeutung sein für das Verhalten der Polizei uns gegenüber. Es müßte eine ähnliche Situation geschaffen werden wie sie in Bremerhaven bei der Belagerung der Karl Schurz Kaserne gegeben war. Hier hatte es die Polizei aus taktischen Gründen unterlassen am 2. Tag der Blockade die Zufahrtswege zu räumen um nicht wieder in der Öffentlichkeit starker Kritik ausgesetz zu sein.

4. Ziel der Wendlandblockade

Es soll deutlich gemacht werden, daß die am direktesten betroffene Region den hochverstrahlten atomaren Müll aus Atomkraftwerken nicht haben will. Es soll politischer Druck auf die politisch und wirschaftlich Verantwortlichen gemacht werden. Erstrebenswertes Ziel ist es die Inbetriebnahme der beiden Zwischenlager zu verhindern. Hierzu könnte die Wendlandblockade als ein Mittel angesehen werden.

Durch die Schließung der Zufahrtsstraßten des Wendlandes und der damit entstehenden spektakulären Situation kann es gelingen die gesamte Atom-Problematik bundesweit in die Medien zu bekommen und damit auch unter die Bevölkerung zu bringen.

Wichtig ist es einen längerfristigen, andauernden Widerstand, der auch bundesweit verankert ist, gerade zu den vielfältigen Atomanlagen im Wendland aufzubauen. Die Wendlandblockade könnte zu einem Kristallisationspunkt für die Reste der bundesweiteiten Anti-AKW-Bewegung werden. So könnte erreicht werden wieder mehr Menschen aus den Städten zu gewinnen, sich wieder aktiv am Widerstand und den Auseinandersetzungen im Lü.-Dan. zu beteiligen, und damit die Bewegung längerfristig zu stärken.

5. Warum das Mittel Wendlandblockade?

Der politische Druck auf die Verantwortlichen muß immens erhöht werden damit wir etwas erreichen. Jahrelang geisterte die Wendlandblockade in den Hinterköpfen von vielen Menschen, nun ist an der Zeit dies auch in die Tat umzusetzen. Hierbei ist die Wendlandblockade nicht der alles entscheidende Schritt um die atomare Bedrohung von Lü.-Dan. zu nehmen, vielmehr ist es ein Schritt unter vielen anderen, der aber einen ganz besonderen Stellenwert hat.

Im Rahmen der Wendlandblockade werden ganz bewußt gesetzliche Rahmen (z.B. Straßenverkehrsordnung) überschritten um noch schlimmeres nämlich die Gefahr der atomaren Bedrohung bzw. Verseuchung abzuwenden. Hierbei wird es auch zu Unannehmlichkeiten, wie längere Fahrzeiten usw. für unbeteiligte Dritte kommen. Vergleichbar ist diese Situation vielleicht mit einem Streik im öffentlichen Dienst, z.B. bei der Straßenbahn, dem Busverkehr oder vor einigen Monaten als die Fernfahrer Autobahnen und Grenzübergänge sperrten.

Anhand der wirklichen Bedrohung in der wir uns befinden ist für mich der BI-Vorschlag der Menschenkette keine geeignete Aktion um unseren Unmut und Widerstand gegen die Atompläne deutlich zu machen.

Mit der Wendlandblockade müssen wir unser Selbstvertrauen wiedergewinnen und Stärke demonstrieren. Es muß angedroht werden, daß wir es nicht zulassen werden, daß Transporte mit radioaktivem Abfall ins Wendland kommen. Hierfür müssen wir uns geeignete Mittel überlegen und diese auch zur Anwendung bringen.

6. Zwischenlagerblockade

Eine Zwischenlagerblockade sollte ganau an dem Tage stattfinden, an dem der erste atomare Transport kommen soll. Direkt um das Zwischenlager gibt es nur 3 Zufahrtsstraßen die blockiert werden müßten.

Evtl. gelingt es auch den Transport schon vorher an der Anfahrt zu hindern. Punkte hierfür sind: Bahnstrecke Uelzen /Dannenberg, Umladebahnhof Dannenberg Ost usw...
Voraussetzung ist allerdings das die Ankunft des Transportes einige Zeit vorher bekannt ist. Hierzu sollten in der Region und den umliegenden Städten Alarmketten aufgebaut werden um auch kurzfristig reagieren zu können.

7. Praktischer Vorschlag für das weitere Vorgehen

Zu kritisieren ist das Vorgehen der BI Lü.-Dan., die momentan alleinig dazu Aufruft eine Menschenkette durchzuführen und offen läßt ob sie sich an den anderen Widerstandsaktionen beteiligt. Ein solcher Aufruf kann nicht meine Zustimmung finden und ich bin auch dagegen ihm im Namen des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen zu unterstützen.
Ich finde es wichtig einen eigenen Aufruf zu entwerden, der die Wendlandblockade und Zwischenlagerblockade als festen Bestandteil hat und auch die Menschenkette erwähnt. Allerdings sollten wir darin betonen, notfalls auch auf die Menschenkette zu verzichten, falls es nicht zu einer massenhaften Unterstützung der Menschenkette kommen sollte. Hierzu muß gesagt werden, daß zu der Menschenkette ca 30.000 bis 35.000 Menschen benötigt werden. Falls sich also „nur" 9.000 Menschen beteiligen wäre dies eine Niederlage und zwar für die gesamte Anti-AKW-Bewegung. Die größte Demonstration in Lü.-Dan. fand 1977 mit 15.000 Teilnehmern statt.

Ziel wäre es den eigenen Aufruf in Absprache und gemeinsam mit den Gorleben Frauen, der Emigrantengruppe und weiteren BI's aus der Region zu erstellen um diesen dann bundesweit bekannt zu machen. Nach einer Einigung in der Region müßte dann auch sofort zu bundesweiten Treffen eingeladen werden.
Vielleich gelingt es uns auf diesen Weg auch die Zustimmung der BI Lü.-Dan. zu erhalten.

Liebe Frauen,

Wir Gorlebenfrauen wollen zusammen mit Euch eine Frauenblockade planen und verwirklichen, voraussichtlich vor, während und am Tag nach der Walpurgisnacht (Mo. 30.4. - 1.5.84).

Zur gemeinsamen Vorbereitung möchten wir Euch zu einem Frauenseminar in den Landkreis einladen für das Wochenende vom

17. - 19. Februar 1984

Zur Orientierung ein kurzer Überblick zur Situation in Lüchow-Dannenber:

Die oberirdischen Atommüllager sind fast fertig, 1984 soll mit der Einlagerung begonnen werden. Voraussichtlich schon im April sollen die ersten Fässer mit mittelaktivem Müll anrollen, im Sommer sollen Transporte mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen ankommen (oder auch nicht!).
- 1984 soll mit der Schachtabteufung in den zu Einlagerung ungeeigneten Salzstock von Gorleben begonnen werden.

1984 sollen die Entscheidungen für oder gegen die geplante WAA bei Dragehn fallen. Eine Anlage zur Gewinnung von Plutonium, dem Stoff, aus dem die Bomben sind.

Das Wendland bleibt atommüllfrei!

Die Atomanlagen sind politisch nicht durchsetzbar! Eine vierzig Kilometer lange Menschenkette entlang der Kreisgrenze wird es am 24. März zum Auftakt demonstrieren.
In der darauffolgenden Stufe sollen die fünf Zufahrtsstraßen in den Kreis blockiert werden, **Wendlandblockade.**

Unsere vorläufigen Vorstellungen sind, wir Frauen blockieren innerhalb der Wendlandblockade eine Hauptstraße durch eine Art „Grenzstelle" mit Schlagbaum, Strohballen, Wendlandpässe werden verlangt... Ein- und Ausreisende können langsam passieren, indem sie sich über die zu erwartenden Gefahren informieren (Theater, Musik, Bilder...)

Dabei bleiben wir beweglich: bevor die Polizei eine Gruppe auflöst, ist die nächste Frauengruppe an einer anderen Stelle der Straße zur Stelle, durch Netze knüpfen, Straßenspiele ausprobieren, Spaziergänge wollen wir in Bewegung bleiben. Zu dieser offen-bewegten Frauenblockade brauchen wir Eure Unterstützung!

Es wäre sinnvoll, wenn ein oder zwei Frauen Eurer Gruppe zum Vorbbereitungstreffen am 17.-19. 2.84 in die **Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, Kirchstraße 14, Wustrow,** kommen könnten. Die Kosten betragen ca. 30 DM. Weitere Informationen, Anregungen und notwendige Anmeldung bei:
Waltraut Brückner, Tel.:05841/5443 Burgmühlenweg 20, 3130 Lüchow.

Diese Blockade mit Euch zusammen wird sicher wieder soviel Spaß machen, wie das Frauentreffen Ostern '80 und das Frauensommercamp '83.
Wir freuen uns auf Euch und Eure Ideen.

Grüße
aus dem atommüllfreien
Wendland

Eure Gorlebenfrauen

letzte Meldung...letzte Meldung...letzte Meldung...letzte Meldung...letzte Meldung...letzte Meldung...letzte

In Lüchow-Dannenberg hat am 14. 1.84 ein erstes gemeinsames Treffen von denjenigen Gruppen und Einzelpersonen stattgefunden die konkret die Wendlandblockade vorbereiten wollen. Es sollen hierzu weitere Diskussionstreffen folgen.

Ein bundesweites Treffen soll am 25. März 1984 einberufen werden.

Zu welchem Zeitpunkt ein Aufruf vorliegen wird und ob es schon vorher bundesweite Treffen geben wird war noch nicht klar.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei: Silvia, Tel: 05844/1442

Erste Blockade eines Castor-Transportes

1984 sollen die ersten radioaktiven Transporte nach Gorleben rollen!

Bereits Ende 1983 wurde für die beiden weitgehend fertiggestellten Zwischenlagerhallen in Gorleben die Genehmigungen zur Lagerung von atomaren Abfall erteilt.
Zum einen handelt es sich um eine Lagerhalle für 35.000 Fässern mit schwachradioaktiven Abfällen aus Atomkraftwerken, zum anderen um die „Aufbewahrung" von 1.500 t. hochradioaktiv verstrahlten abgebrannten Brennelemten aus Atomkraftwerken.
Nach bisherigen Informationen ist mit der „heißen Phase" der Einlagerung, von schwachradioaktiven Abfällen ab Mitte April 1984 und von hochradioaktiven Abfällen ab Mitte Juli 1984 zu rechnen.
Im Folgenden soll nun auf zwei „Probetransporte" hingewiesen werden, die die DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) durchführen ließ, um sich schlauer zu machen über die technische Abwicklung der Transporte des Be- und Endladens usw..

Antransport des „Probe"-Castor-Behälters verzögert!

Der erste Probetransport eines noch unbeladenen Castor-Behälters sollte in aller Stille und Heimlichkeit das Zwischenlager in Gorleben erreichen. Daraus wurde aber nichts.
Bereits in Uelzen sollte der leere Castor-„Übungsbehälter" eigentlich vom Schwerlastgüterwagen auf einen LKW-Tieflader gehoben werden, um auf der Straße nach Gorleben transportiert zu werden. Dagegen erhoben die Stadt Uelzen, das Landesverwaltungsamt und das Wasser- und Schiffahrtsamt Einspruch. Hierzu muß man wissen, daß der leere Castor-Behälter bereits ein Gewicht von 80 Tonnen hat. Für eine so schwere Last sind die Brücken über die Ilmenau und über den Elbe-Seiten-Kanal aber nicht ausgelegt, so daß die Gefahr bestand diese würden beim Transport einstürzen.
Daher wurde der Sonderzug, mit dem Castor für 20 Stunden auf ein Nebengleis in Uelzen geschoben um dann am Freitag, dem 16.Dez.83 in Richtung Dannenberg zu rollen.

Obwohl der Transpot geheim gehalten wurde, gelang es der BI Lüchow-Dannenberg vorher davon „Wind zu bekommen" und eine spontane Blockade auf dem Dannenberger Ostbahnhof zu organisieren.

Der Tieflader auf dem der Castor mittels eines herbeigeschafften Kranes gehoben werden sollte wurde von einer Menschentraube (ca. 70 Leute) umringt und schließlich von einer Sitzblockade zum stoppen gebracht. Die angerückte Dannenberger Polizei war von dem Transport offenbar überrascht worden, da die Polizisten trotz eisiger Kälte in Halbschuhen und ohne Mantel erschienen. Trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Polizeiführung unverzüglich die Straße zu räumen blieben die Atomgegner wo sie waren. Auch ein Räumungsbefehl half wenig, da die ca 20 eingesetzten örlichen Polizisten sich nicht in der Lage sahen und zum Teil auch wenig Lust zeigten der Blockade ein Ende zu bereiten.
Die Blockade des Tiefladers wurde erst nach einigen Stunden, in der Abenddämmerung gebrochen, als Verstärkung durch die Besatzermacht der „Gorleben-Polizei" eintraf. Diese diskutierten nun ncht lange und gingen teilweise ziemlich brutal vor. Bei einem Handgemenge mit der Polizei wurde ein Atomgegner am Kopf verletzt als er (mit diesem) gegen einen Eisenbahnwagen-Puffer geschleudert wurde.
Mittlerweile hatte sich eine Gruppe von ca. 10 Leuten auf den Castor gesetzt, und verursachte damit eine abermalige Verzögerung. Mit dem Ansetzen von Leitern an den Castor gelang es der Polizei die Leute von dem Castor zu tragen.
Das Verladen des Castors auf den Tieflader mußte dann unter Scheinwerferlicht im Dunkeln erfolgen.
Der Abtransport des Castor's vom Dannenberger Bahnhof glich einer eher gespenstischen Szene. Der Tieflader welcher mit seinem gelben Blinklichter seine unmittelbare Umgebung aufhellte wurde begleitet von einem großen Aufgebot von Polizeifahrzeugen. Die Atomgegner/innen liefen und warfen sich zum Teil immer wieder vor die Polizeifahrzeuge bzw. vor den Tieflader und zwangen diesen dazu etwa bis 1 1/2 Kilom. aus Dannenberg heraus nur im Schrittempo zu fahren. Hierbei kam es dann auch zu einigen „Rangeleien" mit den Polizisten, die immer wieder versuchten die Fahrbahn frei zu bekommen. Beinahe kam es noch zu einem Frontalzusammenstoß als ein Dannenberger seinen Bulli vor den Tieflader fuhr, dieser aber noch abbremsen konnte.
Der Castor wurde von einem laut hupenden Autokonvoi begleitet. In Gorleben hatte die Polizei dann eine Straßensperre errichtet, und ließ nur noch die Polizeifahrzeuge samt Tieflader durch. Nach Aussagen der DWK soll der Castor zu „Trainingszwecken' einige Monate im Zwischenlager bleiben.

Mich überfiel nach dieser Aktion die kalte Wut, wieder einmal der „Unterlegene" gegenüber der Polizei gewesen zu sein, aber auch die Gewißheit: **Es ist nicht mehr viel Zeit bis die ersten wirklichen atomaren Transporte ins Wendland rollen. Noch haben wir Zeit und können Gegenkonzepte entwerfen.**

Noch ist das Wendland atommüllfrei!
Es soll auch dabei bleiben!
Laßt uns alle etwas dafür tun!

Geniestreich

Schilda/Gorleben (taz) Wie wir erfahren haben, ist das Faßlager für sogenannten schwach- und mittelradiokativen Atommüll in Gorleben am Freitag einer ersten technischen Probe unterzogen worden: Ein mit Fässern beladener LKW sollte in die neu fertiggestellte Lagerhalle gefahren werden, weil man mit leeren Fässern ausprobieren wollte, was nach dem Willen der DWK ab nächstem Jahr tagtäglich Routine sein soll: das Abladen von Atommüllfässern mit Hilfe eines Laufkrans.
Verblüffendes Ergebnis des Entladetestes: Die Tore der Halle sind zwar groß genug, um jeden Tag Dutzende von staunenden Besuchern aus dem In- und Ausland einzulassen, nicht aber groß genug, um einen LKW einfahren zu lassen.
Die Planer haben die Tore so niedrig bemessen, daß die LKWs bei der Probefahrt nicht durchpaßten – ca. 15 Zentimeter fehlten an der Höhe.
Eine schlichte Wahrheit: Wer nach den Sternen greift, sollte wenigstens mit einer Trittleiter umgehen können.

BI Lüchow-Dannenberg

Juni 84:
atommüllzeitung Nr. 27
wg. öffentlicher Aufforderung
zu Straftaten § 111 verboten!

Nr.27, Juni 1984, DM 3,–

atommüll zeitung

GORLEBEN AKTUELL

Dokumentation Wendlandblockade

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

AB HERBST '84 :

Fusion Atomexpreß — Atommüllzeitung

Nun ist es soweit. Die Redaktionen des Atomexpress (Göttingen) und der atommüllzeitung (Lüneburg) wollen ab Herbst 1984 eine gemeinsame Anti-AKW-Zeitung herausgeben.

Vorangegangen war dem ein 1 1/2 jähriger Diskussionsprozeß. In den beiden Redaktionen selbst, und auf gemeinsamen Wochenenden der beiden Zeitungen wurde über Vor- und Nachteile einer Fusion, über Perspektive, Veränderungen in der Zeitungsarbeit, Finanzen, über die verehrte Leserschaft (Der Leser, das unbekannte Wesen) heiß debattiert. Unklar war besonders die Perspektive des Atomexpress: Strömungszeitung für unterschiedliche politische Bereiche oder vorrangig Anti - AKW - Zeitung.

An dieser Diskussion beteiligten sich auch Leute aus Initiativen, die mit den beiden Zeitungen arbeiten.

Am Wochenende dem 30.März/1. April 84 wurde dann der Startschuß für das gemeinsame Projekt gegeben (kein Aprilscherz).

Danach wird dies die letzte Nummer der atommüllzeitung in seiner jetzigen Form sein. Ab Herbst 1984, noch vor der stattfindenden Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, soll die erste gemeinsame Nummer erscheinen.

Der genaue Name der neuen (alten Zeitung) steht noch nicht fest. Allerdings sollen die drei Namen Atom - müll - express darin vorkommen. (Vorschläge für die neue Titelseite, Embleme und Namenszug bitte an die beiden Redaktionen schicken. Die besten Einsendungen werden prämiert!).

Die Fusion ist für ein Jahr auf Probe vereinbart worden; dabei soll es 2 autonome Redaktionen (mit Bestell- und Redaktionsanschriften in Göttingen und Lüneburg) geben; Erscheinungsweise ca. alle 2 Monate; 1 gemeinsame Redaktionssitzung (Diskussion und Aufteilung der Themengebiete) pro Ausgabe; versuchsweise ein gemeinsames Lay Out; 52 Seiten.

Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit den „Göttingern" an der Zeitung. Die Fusion bringt einige offensichtliche Vorteile mit sich. Es würde in Zukunft nur noch eine bundesweite Anti-AKW-Zeitung geben, damit gäbe es keine Überschneidungen bei den Artikeln, in der Erscheinungsweise und in der Leserschaft. Schrumpfende Abbozahlen bei beiden Zeitungen machen diesen Schritt aber auch aus finanziellen Gründen notwendig. Mit unseren Texten könnten wir mehr Menschen erreichen.

Die Fusion bedeutet für uns nicht, daß wir die jetzigen Inhalte der atommüllzeitung aufgeben. Ganz im Gegenteil. In den letzten Jahren haben wir uns zu einer Zeitung entwickelt, die sich inhaltlich mit der Atommüllentsorgung, den Zusammenhang der zivielen und militärischen Atomenergienutzung, der Kriminalisierung von Atomkraftgegnern und mit dem Abbau von demokratischen Rechten (Polizeibewaffnung, Verschärfung des Demonstrationsrechts) beschäftigt. Wir versehen uns auch als Sprachrohr von den vielen Standortinitiativen, die sich in der Atommüllkonferenz zusammengeschlossen haben, und die oft in einer mühevollen Kleinarbeit der Atommafia Parole bieten. Ferner veröffentlicht die Gruppe Ökologie und andere kritische Wissenschaftler Beiträge bei uns. Besonders verbunden fühlen wir uns dem Widerstand gegen die vielfältigen Atomanlagen im Wendland, da der Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen Bestandteil dieses Widerstandes ist. Unser Ziel ist es die oben aufgezählten Inhalte in der neuen Zeitung zu repräsentieren und auch weiterhin Ansprechpartner für die Initiativen aus diesem Bereichen zu sein.

Die neue Zeitung müßte in der Lage sein, sowohl Großstadt-BI's, Menschen aus der „Szene", als auch Standort-BI's und weniger politisch vorbelastete Leute anzusprechen. Damit besteht auch der Anspruch verschiedene politische Strömungen der Anti-AKW-Bewegung zu erreichen. Begünstigt wurde die Entscheidung zur Fusion auch durch die konzeptionellen Vorstellungen der Göttinger, die sich dazu durchgerungen haben die Anti-AKW-Problematik als Schwerpunkt zu nehmen. Hierbei soll, der Anti- Kriegsteil und aktuelle Themen eingeschränkt und der Kriminalisierungsteil hauptsächlich auf Anti-AKW-Themen begrenzt sein.

Klar ist, daß wir weiter eine eigenständige Redaktionsarbeit machen wollen. Wobei wir hierbei genauso die Unterstützung und Ideen unserer Leser brauchen wie bisher auch.

Wir hoffen, daß Ihr genauso gespannt seid, wie wir auf die nächste Ausgabe der Atom - (express) atom - (müll) Zeitung

„ ... und ich segg noch: Heinz, Heinz, bau nicht am Zwischenlager" Bei diesem Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Firma Heinz Licht, die bisher zahlreiche Atomaufträge im Wendland ausführte, entstand ein Schaden von 300.000 DM (Foto: Atommüllzeitung)

April 1984:
Renaissance der Bewegung im Wendland, wenige Tage nach dem Brokdorf-Mastbruch. (atomexpress 40)

Erste Stellungnahme der Freien Republik Wendland zur Wendlandblockade am 30. April 1984

1. Am 30.4. wurden erstmals 5 Bundesstraßen von Atomkraftgegnern gleichzeitig blockiert. 5.000 Freunde von nah und fern haben somit unter Inkaufnahme großer persönlicher Risiken bewiesen, daß die atomare Modellregion Lüchow-Dannenberg noch verhindert werden kann.
2. Das Ziel der Wendlandblockade, für 12 Stunden „hier den PKW-Verkehr erheblich zu verlangsamen, dort aufgrund „dichter" Blockadeformen zu stoppen und aufzustauen bzw. zu größeren Umwegen über Nebenstrecken zu veranlassen" (Wendlandblockade-Info) wurde vollständig erreicht. Im einzelnen:
   a) 5.000 Teilnehmer sorgten dafür, daß das vom Oberkreisdirektor Poggendorf verhängte Versammlungsverbot politisch und militärisch nicht durchsetzbar war.
   b) Wie geplant wurden 2 Bundesstraßen total blockiert. Die B 216 war ab 6 Uhr morgens bei Metzingen durch Menschen und PKWs total verstopft, bis ca. 16 Uhr unpassierbar und noch um 18 Uhr nur mit langwierigen Verzögerungen zu befahren (s. Durchsage Verkehrsstudio). Weitere Blockaden gab es ab 16 Uhr in der Göhrde und bei Oldendorf. Die B 191 war trotz vorheriger Verhaftung von über 500 Atomkraftgegnern ab 7.30 unpassierbar: Von Hohenzethen bis Zernien wanderte ein 3 m breiter Drachen über die Bundesstraße; auf einer Strecke von 4 km wurden durch selbständig agierende Gruppen unzählige Materialblockaden errichtet und nach Beseitigung durch Polizeikräfte immer wieder aufgebaut. („Alle 200 m ein Mannschaftswagen, alle 100 m eine Blockade"). Ab 14 Uhr mußte die Polizei die Straße sperren.
   c) Auf der B 71 (Frauen), der B 493 (Bauern) und der Strecke Clenze-Bodenteich gab es, wie angekündigt, ganztägig phantasievolle Behinderungen: 300 Frauen blockierten ab 6 Uhr die B 71, unterstützt durch Polizeiblockaden in Clenze und Kreyenhagen. Nachdem die Blockade um 8 Uhr 30 aufgelöst wurde, blockierte ein „Hexenkessel" von 11.45 bis 17.30 nochmals die Straße; Unbeteiligte konnten durchtröpfeln. Auf der B 493 standen um 3 Uhr ca. 30 Schlepper mit Ackergeräten, gegen 5.30 war die Straße dort wieder passierbar. Um 9 Uhr stellte sich ein hoch mit Stroh beladener Hänger quer. Hinzukommende Autos vervollständigten die Blockade, die sich erst gegen 11 Uhr langsam wieder auflöste. Um 13 Uhr beteiligte sich ein 3 m hoher Strohballen „mit Feuer und Flamme" an der Blockade.
   Auf der Strecke Clenze-Bodenteich begleiteten ca. 400 Blockierer vorwiegend aus Lüchow-Dannenberg die Riesenkrake (= DWK) aus Clenze heraus; ein Baufahrzeug zum Atommüll-Endlager wurde festgesetzt. Der Weg der Krake endete gegen 17.30 in Spithal, nachdem die Polizei ihre aufgestauten Aggressionen durch Zertrampeln der Krake (= DWK) abreagiert hatte.
3. Die Polizei begann die Auseinandersetzung mit einer Massenfestnahme, die an die Methoden südamerikanischer Regimes erinnert. 500 Personen wurden gegen 3 Uhr morgens aus Zelten und einem Schlafsaal gezerrt, in bereitgestellte Gefängnisbusse verfrachtet und 30 km weiter auf freiem Feld ausgesetzt. Mit Chemical Mace wurde im Laufe des Tages aus Mannschaftswagen heraus in PKWs und auf Motorradfahrer (während der Fahrt!) gesprüht. Eine Frau erlitt wegen Armumdrehung durch die Polizei einen Gelenkkapselriß. Ein passiver Sitzblockierer erlitt durch Knüppeleinsatz Nierenprellungen und wurde außerdem so über die Straße geschleift, daß er Kopf- und Handverletzungen davontrug. Ein Fotograf wurde mit dem Polizeischild auf den Rücken geworfen.
   Mehrfach wurden PKWs in Straßengräben geschoben, wo sie z.T. auf dem Dach landeten, bzw. beschädigt wurden. Anderen PKWs wurden die Scheiben eingeschlagen und Kotflügel abgerissen. Auch in leerstehende Fahrzeuge wurde mit der chemischen Keule gesprüht. Bei ca. 50 PKWs wurde von Polizeikräften die Luft aus den Reifen gelassen, z.T. wurden PKWs hierfür extra gestoppt und in einen Seitenweg gewunken. Für alle diese Vorfälle können Zeugen namentlich benannt werden.
4. Am Vortag der Wendlandblockade erklärte die Polizei, „sie werde es nicht zu einer Blockade kommen lassen." Zum Versammlungsverbot hieß es zuvor: „Wir sind gehalten, das Verbot durchzusetzen und wir werden dies auch tun." Wenn die Polizei heute von einem erfolgreichen Vorgehen am 30.4. spricht, so können wir ihr nur weitere „Erfolge" wünschen! Tatsächlich stand die 3.000-köpfige, schwerfällige Polizei-Armada trotz Wasserwerfer- und Hubschraubereinsätzen recht hilflos vor der Aufgabe, den ungehinderten Verkehrsfluß zu gewährleisten. Zudem bildeten sie, wie von uns angekündigt, selbst ein blockierendes Element. Den konzeptionellen Fehlschlag versuchte man jedoch mit Körperverletzungen und blindwütigen Sachbeschädigungen zu kompensieren.
   Widersprüche in der NDR-Berichterstattung (Nachrichtensendung: „Blockaden aufgelöst" — Verkehrsstudio: „Straßen unpassierbar") hoffen wir in Kürze durch Veröffentlichungen aus dem Polizeifunkverkehr aufklären zu können...
5. Der Erfolg der Wendlandblockade ist das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von einheimischen und auswärtigen Atomkraftgegnern. Es haben sich Zuversicht und Entschlossenheit verstärkt, das Wendland atommüllfrei zu halten. Die Wendland-Blockade war die 2. Aufforderung an die Landesregierung: KEIN ATOMMÜLL, KEINE WAA INS WENDLAND!

Über Atomkraftwerke, Männerherrschaft und Frauenbewegung

Was Entsorgungszentrum mit AKW-Gegner zu tun hat?

Anlässe hatten wir, die Frauen der Redaktion, schon viele, über unsere Rolle, unser Selbstverständnis, unsere Wut und Frusts zu schreiben. Praktisch geht es uns aber so, wie es wohl allen Frauen geht, die mit Männern Politik machen - die letzte oder nächste Demo, die vielen vorliegenden Artikel oder die anstehenden Verfahren und Prozesse sind immer wichtiger. Wen interessieren schon die angeblich gruppeninternen Probleme, die gehören nicht in eine Zeitung, kriegt frau zwischen den Diskussionen beigebogen.
Konkreter Anlaß uns aufzuraffen und sozusagen öffentlich schriftlich über die Frauen in der Anti - AKW - Bewegung zu reflektieren ist (endlich!) eine diesbezügliche Reaktion von aussen. Bei einer der Redaktionssitzungen zur Januar/Februar - Ausgabe lag plötzlich ein Leserbrief auf dem Tisch, der eben kein solcher war. Da setzte sich nicht wie üblich irgend ein Typ mit Atomtechnologie oder Widerstand auseinander, sondern da fragten einige Frauen aus Münster »inwieweit ihr Machtstrukturen ernsthaft in Frage stellt«.
Unsere - zumindest nicht sichtbare - Auseinandersetzung mit der Frauenfrage, die kritiklose Übernahme der HERRschenden Sprachformen und somit die Ignoranz von Frauen in der Bewegung wurde gleichgesetzt mit der manipulierten Sprache in offiziellen Medien (Entsorgungszentren statt Atommüllager).
Noch bevor wir Frauen vage Vorstellungen davon hatten, ob wir uns als Teil der Redaktion angegriffen oder unterstützt fühlen sollten, hatten die Männer schon reagiert: 'Ist doch klar, daß der abgedruckt wird, oder?' Das wärs dann wohl gewesen, wahrscheinlich hätte mann, solange mann dran denkt, die lästigen Buchstaben - In - in seinen Artikeln berücksichtigt und damit auf die Kritik reagiert. »Schließlich ist mann ja auch linksorientiert und daher auch für Gleichberechtigung!« hatten die Münsteranerinnen geschrieben und so ist es natürlich tatsächlich auch bei uns. Die Mehrheit der Redaktion ist aber glücklicherweise nicht nur linksorientiert; wir sind nämlich - frau/mann lese und staune - regelmäßig mehr Frauen als Männer.
Den meisten von uns also krochen Erinnerungen hoch, vom Bauch ins Bewußtsein, von der unteren Schublade mitten auf den Redaktionstisch. Unsere häufigen, inkonsequent und schüchtern angebrachten Aufforderungen zu Strukturdiskussionen und die Reaktionen der Männer, die gleich den Wunsch nach Familienidylle und Kuschelgruppe vermuteten. Unsere Wut über den angeblich unangebrachten persönlichen und nicht objektiv - politischen Schreibstil einiger Frauen. Unsere Unfähigkeit die irgendwie vorhandene Rollen - und Arbeitsverteilung in der Redaktion anzukratzen ohne uns dabei auf den männlichen Stil umpolen zu lassen. Unser ebenfalls inkonsequent durchgeführter Versuch durch kollektive Austrittsdrohung Diskussionen zu erzwingen und vor allem Strukturen aufzubrechen.

Und das alles läuft 'natürlich' schon immer so, mal unterschwellig und leise, mal unübersehbar und laut, auf die Dauer in jedem Fall unerträglich.
Und das alles läuft weiß Göttin nicht nur in der Zeitung der AKW - Gegnerinnen, sondern in der gesamten Szene, die überdurchschnittlich bestückt ist mit autonomen Politmackern, Vätern der Bewegung und frustrierten Apo - Freaks. Bei vielen haben wir auf jeden Fall die Ehre es mit alten Kämpfern zutun zu haben - vermutlich waren sie während der Entstehumgsphase der autonomen Frauenbewegung in Wyhl.
Wir haben nach etlichen, z.T. guten Diskussionen eine längere Reihe über die Frauen in der Anti - AKW - Bewegung beschlossen. Wie sieht diese Szene aus, wie ist das Verhältnis von Männern und Frauen, wie können wir unser Selbsverständnis als Feministinnen mit unserer konkreten politischen Arbeit vereinbaren, warum machen wir nicht ausschließlich Frauenpolitik, was fordern wir von den Männern, wo muß sich was ändern?
Die letzte Nummer der atom sollte ein Anfang sein. Wir hatten gehofft durch die (fast) ausschließliche und kommentarlose Verwendung von weiblichen Endungen und Personenbezeichnungen Reaktionen hervorzurufen und evtl. einige von diesen in der jetzigen Ausgabe abdrucken zu können. Für uns sichtbare Reaktionen blieben leider aus aber auch dies ist vielseitig zu interpretieren...

Wir tun dies - zumindest was die Leser betrifft zu unseren Gunsten und fordern die Leserinnen lautstark auf sich mit uns durch die Zeitung über alles auseinanderzusetzen, was die Frauen in unserer Bewegung betrifft.

Mit feministischen Grüßen,
die Frauen aus der atom

Tag X - Ein Staat sieht rot!

Herbst 1984 (atom Nr. 1)

Wie in einem Amoklauf machten diverse Staatsanwälte der Bundesrepublik in den letzten Wochen Jagd auf gelbe Papierchen und Plakate mit X vorne drauf. Der Erfolg war sagenhaft: Wo immer sie mit ihren Beschlagnahmebefehlen zuschlugen, vermehrten sich schlagartig Angebot und Nachfrage nach Aufrufen zum Tag X.

Bestimmte Örtchen jedoch mieden unsere cleveren Staatsanwälte wie die Pest: Nach dem Motto:„Bundesweiter Skandal - Nein Danke" blieben das Büro der grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen ebenso verschont wie die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, obwohl von beiden Orten fleißig für Tag X mobilisiert worden ist.

Wenn auch einige besonders täppische Maßnahmen der Staatsanwaltschaft lächerlich erscheinen mögen, haben sie doch einen bitteren ersten Hintergrund:

Wie jahrelang vorausgesagt, wird das Leben im Atomstaat in dem Moment spürbar schlimmer, wo massenhaft Atomtransporte beginnen. Atomkraftwerke usw. lassen sich mit Betonmassen umgeben. Zentrale Mobilisierungen der Anti-AKW-Bewegung lassen sich durch Polizeiheere bremsen. Atomtransporte jedoch bieten für kleine Widerstandsaktionen und Sabotagen jeder Art die größte Angriffsfläche.

Eine Dauerüberwachung - und Kriminalisierung der erklärten Gegner der Atomtransporte ist die Folge. Dieser Trend ist z.Zt. in der besonders betroffenen Region Lüneburg/Uelzen/Lüchow-Dannenberg unübersehbar. Die Atomtransportstrecken – Lebensadern des Atomstaats - werden aber mit Eröffnung des Zwischenlager Gorleben bundesweit zunehmen und mit ihnen der Überwachungsstaat. Morgen könntet also auch ihr direkt betroffen sein. Im Folgenden ein Überblick über die staatlichen Repressionen zum Tag X plus einiger Zeilen Einschätzung.

Lüchow-Dannenberg: „Vorbeugende Ermittlungstätigkeit"

Belagerungszustand im Wendland: Polizei fährt auf private Grundstücke, nimmt parkende Autos in Augenschein, leuchtet Höfe ab und blendet die beunruhigt aus ihren Höfen kommenden Bewohner mit Taschenlampen an. Nachteinsätze, darunter PKW-Kontrollen mit gezückter Knarre sind besonders beliebt. So wurde bei einer nächtlichen Polizeikontrolle der PKW einer Frau mit gezückter Pistole gestoppt und die Fahrerin nach der Beziehung zu dem Fahrzeughalter, ihrem angeblichen Freund ausgefragt. Ähnliche Fragen gingen an alle anderen PKW-Insassen. Festgestellt wurden die PKW-Kennzeichen vor Berliner Wochenendhäusern, Mitarbeiter des Cafe „Grenzbereich" wurden nachts „mit Polizeischutz" nach Hause geleitet, Polizeibeschattung- und verfolgung selbst bei alltäglichen Fahrten, z.B. zum Einkaufen. All diese Dinge wurden von der Polizeiführung ausdrücklich bestätigt und verteidigt als „vorbeugende Ermittlungstätigkeit". Regierungspräsident Becker, Lüneburg:*„Angesichts derartiger Ereignisse (die Rede ist von Widerstansaktionen) ist der Einsatz der Polizei nicht nur gerechtfertigt, sondern aufgrund der gesetzlich festgelegten Aufgabenzuweisung unbedingt erforderlich."* (EJZ, 22.09.84)

Schreib- und Mobilisierungsverbot für Tag X

Während es bei den Friedensdemonstrationen im Herbst oder bei der Wendlandblockade noch möglich war, öffentlich zu diskutieren und zu mobilisiern, sind mittlerweile alle Schriften, die zum Tag X aufrufen, verboten. Seit dem 19.07. ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Verfasser- und Hersteller der Tag X-Flugblätter und der gelben Tag X-Plakate, mit der Aufschrift „Verhindert die Atommülltransporte ins Wendland."

Begründet werden diese Maßnahmen mit dem § 111 Strafgesetzbuch (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten), dessen Verstoß mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis zu sühnen sei, und demzufolge aufrufende Personen wie Anstifter zu behandeln seien.

Dieser Paragraph wird erstmals gegen eine soziale Widerstandsbewegung angewandt. Bisher wurde er allein in Fällen von Volksverhetzung (Neo- Nazis) oder gegen die Publizierung von Texten der Roten Armee Fraktion (RAF) angewendet.

Hier die Liste der uns bisher bekannt gewordenen Tag-X-Verfahren, rekonstruiert nach Pressemeldungen:

- **06.08.84**: Das Büro der BI Lüchow-Dannenberg wird nach Tag-X-Aufrufen und Plakaten durchsucht, einzelne Exemplare werden beschlagnahmt.
- **20. 07.84**: Gegen 3 Mitarbeiterinnen des „Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen", die in der Lüneburger Stadtzeitung „Moin" einen Artikel zum Tag X gezeichnet hatten, wird ein Verfahren nach § 111 eingeleitet.
- **29.07.84**: Gegen 2 Bamberger AKW-Gegner werden Ermittlungen eingeleitet wegen „gemeinschaftlicher Aufforderung zu einem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr."(Der Grund: Bei einer PKW-Kontrolle wurden 30 Tag-X-Plakate beschlagnahmt).
- **06.08.84**: Gegen den Pressesprecher der BI Lü.-Dan. wird ein Verfahren nach § 111 eingeleitet.
- **17.08.84**: Die vier presserechtlich verantwortlichen der atommüllzeitung erhalten polizeiliche Vorladungen nach § 111 wegen des Abdrucks verschiedener Widerstandsartikel zum Tag X in der Ausgabe Nr. 27.
- **28.08.84**: Polizeiliche Durchsuchung des Büros des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie und einer Göttinger Druckerei. In der Druckerei werden 3.000 Plakate beschlagnahmt, gegen den Drucker ein Ermittlungsverfahren nach § 111 eingeleitet. Ebenso wird gegen die beiden presserechtlich verantwortlichen des Atomexpress als angeblich „Verantwortliche" des Arbeitskreises ein § 111 Verfahren eingeleitet. Beide haben bereits wegen Abdruck von Tag X-Artikeln im letzten Atomexpress ein § 111 Verfahren, und wegen Abdruck

einer Erklärung zum Sprengstoffanschlag auf einen Strommast beim AKW-Brokdorf ein Ermittlungsverfahren nach § 140 StGB, Billigung von Straftaten- mit gleichen Paragraphen wurden die Urteile im Radikal-Verfahren gefällt!

-12.09.84: Gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Lüneburger Stadtzeitung „Moin" wird ermittelt wegen § 20 Niedersächsisches Pressegesetz (Fernhalten von strafbarer Inhalte aus der Zeitung)

-19.09.84: Das Büro der BI Lü.-Dan. wird erneut nach Tag X-Materialien durchsucht. In Lüneburg wird das Büro des grünen Kreisverbandes durchsucht und ein Tag X-Plakat aus dem Schaufenster mitgenommen.

-23.09.84: Gegen den Sprecher der Grünen Lüneburg (angeblich verantwortlich für das Büro der Grünen) wird ein Verfahren wegen Beihilfe zur öffentlichen Aufforderung zu Straftaten eingeleitet.

-25.09.84: Am frühen Morgen werden gleichzeitig drei Wohnungen und Kraftfahrzeuge von insgesamt 5 Mitgliedern des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen durchsucht und zahlreiche Papiere beschlagnahmt.

-04.10.84: Das Büro der niedersächsischen Grünen in Hannover wird erfolglos durchsucht.

Der Knackepunkt

Die wilde Staatsjagd auf Tag X-Aufrufe bringt eine gewisse Hilfslosigkeit der Staaatsorgane zu Tage. Sämtliche Versuche, den Widerstand gegen Atomtransporte in Lü.-Dan. zu spalten, sind bisher fehlgeschlagen. Das zeigte sich besonders am 30.April, dem Tag der Wendlanblockade, an der 5.000 Menschen trotz Versammlungsverbot teilnahmen. Seit dem 30.04. war klar,

- daß in Lü.-Dan. die Atomtransporte höchst unbeliebt sind
- daß die Zusammenarbeit zwischen auswärtigen und einheimischen AKW-Gegnern wieder funktioniert.

daß ein wichtiges politisches Spektrum (über das Lager der Grünen hinaus) bereit ist, Gesetze zu brechen, um Atomtransporte zu verhindern. (vgl. atommüllzeitung, Nr. 27)

6 Tage nach der Wendlandblockade bekannte das niedersächsische Innenministerium, daß die Durchführung der Atomtransporte im Wendland nun doch „problematisch werden könnte."

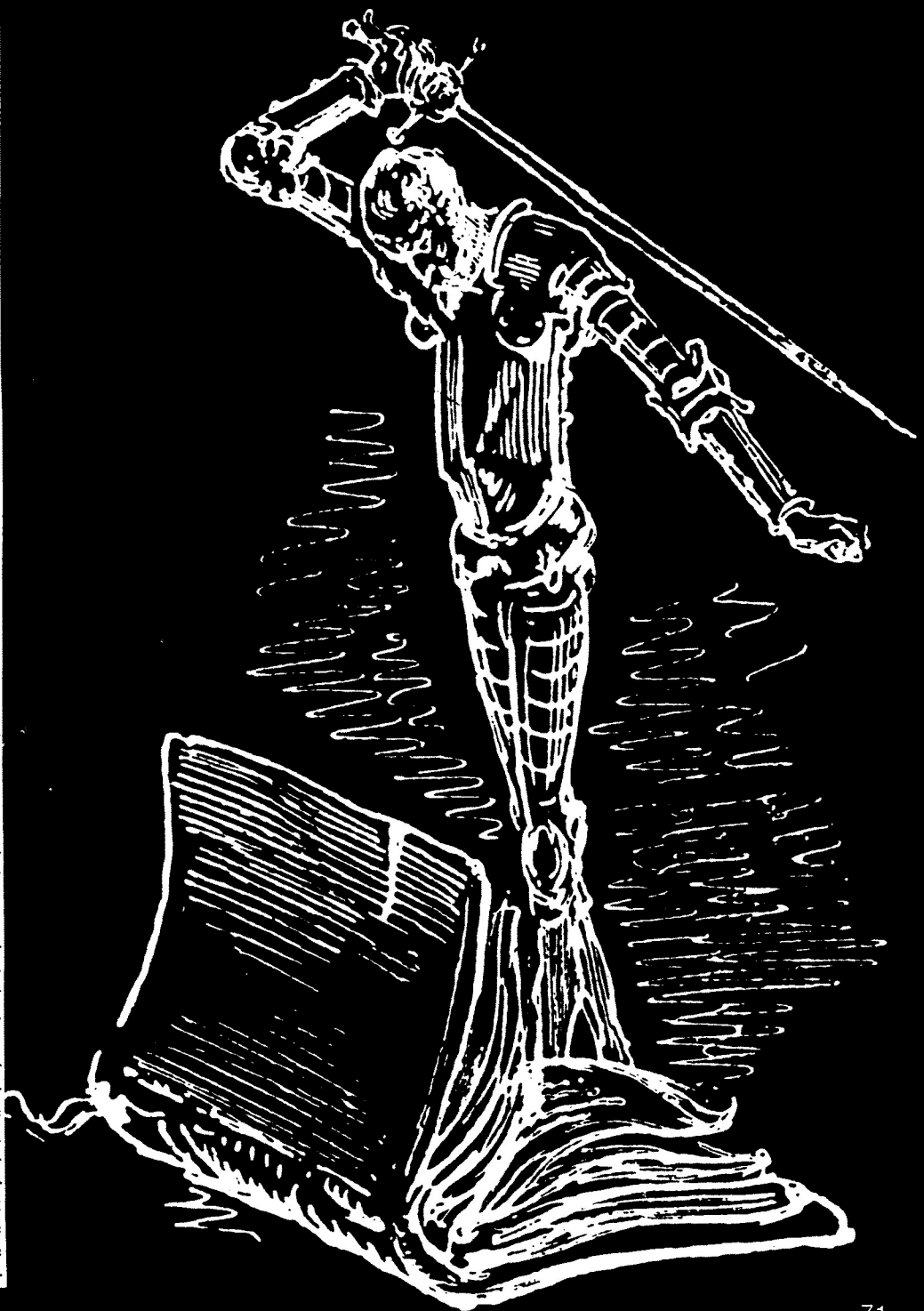
Das politische Dilemma der Gegenseite wurde verschärft durch die Enthüllung der hochbrisanten Studie über das Gefahrenpotential der Atomtransporte.(siehe S 26) Mit der „Mont Louis" schließlich zerbrachen die letzten Illusionen in die „Sicherheit" der Atomtransporte . Noch vor einem Jahr hätte niemand daran geglaubt, daß es so schnell gelingen würde, die ersten Atommülltransporte ins Wendland wie die Akzeptanz der Atomtransporte überhaupt so massiv in Frage zu stellen. In diese Kerbe weiter zu hauen - auch mithilfe dieser Zeitung! - dürfe jetzt das vordringliche Ziel sein.

Das vorrangige Ziel der Staatsanwaltschaft liegt darin, die mit der Wendlandblockade entwickelte gemeinsame Front der Atomtransportgegner zu spalten.

Aus mitgelauschten Gesprächen innerhalb der Lüneburger Staatsanwaltschaft ist bekannt, daß bei allen Repressalien der letzten Wochen die Akzeptanzfrage, d.h. die Angst, das Maß der Dinge zu überziehen, und unerwünschte Solidarisierungseffekte zu provozieren, eine gewisse Rolle gespielt hat. Insofern war auch das bisherige Vorgehen und das Bündnis der unabhängigen Anti-AKW-Bewegung mit den Grünen die denkbar beste Antwort auf die Tag X-Repressalien

Als Reaktion auf die Beschlagnahme von Tag X-Aufrufen übernahmen es zahlreiche Verbände wie BBU und die Grünen, als Bestelladresse zu fungieren. Nach der Beschlagnahme der Plakate in Göttingen übernahm der grüne Bundesvorstand die Herausgabe weiterer Tag X-Plakate.

Wenn wir so weitermachen, besteht also bei einiger Anstrengung eine reale Chance, auch in Sachen Tag X-Ermittlungen zu sagen: Sie kommen nicht durch!" (Wollen wirs hoffen. d. Sätzer)



Es geht unwiderruflich los! Alle AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegner sind aufgerufen, in den nächsten Monaten und Jahren alle Kräfte zu mobilisieren, um die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu Fall zu bringen. Am Freitag, dem 27.September 1985 erteilte die bayrische Landesregierung die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Sicherungszäune können nun gebaut, der Wald gerodet und Erdreich für das WAA-Hauptgebäude ausgehoben werden. Schon Wochen zuvor gab es in Wackersdorf die erste Platzbesetzung von Einheimischen und Auswärtigen WAA-Gegnern. Sie war trotz nur 10 stündiger Dauer ein erster Erfolg im gemeinsamen Widerstand.

Kein Wunder also, das der Schwerpunkt in dieser Ausgabe der atom Wackersdorf heißt. Auf den nächsten Seiten findet ihr ausführliche Berichte über die erste Platzbesetzung und das Sommerlager, einen Einschätzungsartikel zum weiteren Widerstand, eine Presseübersicht, eine Planskizze der geplanten Anlage in Wackersdorf, sowie das neueste WAA-Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover. Wir hoffen, daß euch die nächsten 15 Seiten zu Diskussionen anregen, euch einen Eindruck von der ersten größeren »Tuchfühlung zwischen Einheimischen und Auswärtigen« geben, bzw. für eure Infoarbeit vor Ort von Nutzen sein können. Bis bald im Taxölder Forst ...

Winter 1985/86:
Jetzt soll die WAA nach Wackersdorf. Doch auch dort gibt's vor Ort keine Ruhe für die Atomplaner.
Der Widerstand hat viele Formen und Facetten.
(atom Nr. 6 und 7)

Wackersdorf

Foto: Schwarz-Rot-Fotografie

6.2.86: Hexen stürmen Informationsbüro
Um 17 Uhr stürmen die Anti-WAA-Hexen im Rahmen des Altweiberfaschings das Informationsbüro des bayrischen Staatsministeriums in Schwandorf.
Sie beschlagnahmen Werbematerial für die Todesfabrik und hinterlassen Parolen an den Türen und Wänden. Unter dem Motto »Lügen müssen verbrannt werden« landet das Material auf dem Scheiterhaufen auf dem Schwandorfer Marktplatz.

12.2.: Kein Baustopp
Der bayrische Staatsgerichtshof in München lehnt erneut eine Klage gegen die WAA ab. Damit können die Rodungsarbeiten ungehindert weitergehen. Die Zauntrasse auf dem WAA-Gelände ist inzwischen auf einer Breite zwischen 30 und 90 Metern frei von Bäumen, 45 h Wald sind bereits gerodet.

16.2.: Sonntagsspaziergang
Den ganzen Tag über halten sich bis zu 1000 Personen auf dem WAA-Gelände auf, Baumsperren werden errichtet, die Bauarbeiten müssen eingestellt werden.

19.2.: Christusfigur wird geklaut
Während in Windscale bei einem Unfall in der WAA schon wieder mehrere Arbeiter verseucht werden, sägen Unbekannte die Christusfigur am Franziskusmarterl ab. (Die Figur wurde zum Jahreswechsel im Hüttendorf geschnitzt und erhielt nach der Dorf-Räumung an einem Baum am Martel ihren Platz, wo sie Mittelpunkt mehrerer Andachten am Mahnmal wurde.) Nur die Hände bleiben übrig - ein makaberes Bild. Die Entrüstung unter den Gläubigen ist groß.
Die Polizei beklagt abermals 4 Reifenpannen; auch ein Baufahrzeug ist platt.

22.2.: Behinderung der Bauarbeiten
350 Menschen blockieren einen Bagger, werden von der Polizei abgedrängt; wieder werden Hunde eingesetzt. Die Folgen sind Bißwunden und 3 Festnahmen.

23.2. Sonntagsspaziergang
Andacht und Sonntagsspaziergang mit ca. 500 Leuten.

24.2.: Kundgebung der Grünen am »Roten Kreuz«
Etwa 100 Leute aus Darmstadt demonstrieren im Taxöldener Forst. Am Rande der Kundgebung kommt es zu Behinderungen von Baufahrzeugen, 2 WAA-Gegner/innen werden wegen des Verdachts der Nötigung vorläufig festgenommen.

26.2. Bayrische Stromabnehmer/innen finanzieren seit 1977 die WAA
Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums gibt vor dem WAA-Untersuchungsausschuß des Landtages in München bekannt, daß die bayrischen Stromzahler/innen die WAA seit Jahren indirekt über einen erhöhten Strompreis mitfinanzieren, da seit 1977 die WAA-Planungskosten über »Verlustzuweisungen« der DWK in einer Höhe von inzwischen 400 Mio DM direkt in die Strompreise für Abnehmer/innen in Bayern fließen.

27.2.: Hillermeier in Schwandorf
Der bayrischeInnenminister Hillermeier kommt nach Schwandorf, um im WAA-Informationsbüro eine »Bürger-Sprechstunde« abzuhalten. Er wird von 150 Demonstrant/innen/en empfangen, mit wütenden Beschimpfungen bedacht und sein Auto wird angegriffen. Ein Mann wirft sich auf die Kühlerhaube und wird festgenommen. Noch weitere 3 Festnahmen wegen Nötigung, Widerstand und Sachbeschädigung, wobei eine Frau von einem Polizisten getreten und verletzt wird.

1.3.: »Verbal-Terroristen« werfen mit Eiern...
Während bei einem Unfall in der WAA-Windscale schon wieder 5 Arbeiter radioaktiv verseucht werden, hält die CSU in Bruck in der Oberpfalz einen Bezirkstag ab, wo sich Justizminister Lang für einen harten Kurs in Sachen WAA ausspricht. Den WAA-Gegner/inne/n wirft er »Verbal-Terrorismus« vor, obwohl 150 Demonstant/inn/en vor der Mehrzweckhalle es nicht bei dem »verbalen Terrorismus« belassen, sondern sogar mit rohen Eiern werfen.

2.3.: Tödlicher Sonntagsspaziergang
Beim Sonntagsspaziergan wird der Bauzaun bemalt. Bei einem brutalen Polizeieinsatz am Zaun stirbt die 61jährige WAA-Gegnerin Erna Sielka an Herzversagen. Die Frau war kurz zuvor von einem Polizisten gestoßen wurden, wobei andere Demonstrant/inn/en sie auffangen konnten. Kurz darauf bekommt sie einen Herzanfall. Erst 2o Minuten später kommt der 150 m weit entfernte postierte Sanitätswagen des BGS, 30 Minuten dauert es, bis der Rettungswagen die sterbende Frau abtransportiert. Ein die ganze Zeit über dem Platz schwebender Hubschrauber wurde nicht zur Landung angewiesen.
Neben diesem Todesfall werden viele Leute z.T. schwer verletzt, vor allem durch Bisse von Polizeihunden. Tränengas wird eingesetzt und massenhaft Leute festgenommen.

4.3.: Sicherheitszaun montiert
Mittlerweile sind 70 h Wald gerodet, die Schneise für den Zaun ist fertig und sowohl von dem provisorischen, als auch von endgültigen »Sicherheitszaun« sind je 1,5 km montiert. 4 Mio DM kostet allein der provisorische Zaun, mit dem die DWK das Baugelände bis zur Fertigstellung der eigentlichen Umzäunung vor Störungen schützen will.
Durch einen Steinwurf ist die Scheibe einer Rodungsmaschine zu Bruch gegangen, die auf dem WAA-Baucamp im Taxöldener Forst abgestellt war. Nach Angaben der Polizei entstand rd. 600 DM Schaden.
Ca. 60 Leute demonstrieren spontan vor der Dienstelle der PI Schwandorf. Das Dienstgebäude wird unbemerkt besprüht.
In der gleichen Nacht wird ein Autobahn-Schallschutzwand zu Agitationszwecken benutzt und mit Parolen besprüht.

7.3.: Keinen Einsatz mehr von Polizeihunden
Die Polizei reagiert auf den Druck der Öffentlichkeit - es sollen keine Hunde mehr bei Demonstrationen am Wochenende eingesetzt werden. Bei allgemeinen Arbeitszeiten werden die Hunde jedoch wei-

»Versuchter Totschlag durch die Polizei«

EvaSträußl
Agnesstr. 40
8000 München 40

München, den 15.10.87

An das
Amtsgericht Amberg
Paulinerplatz 4
8450 Amberg

Betreff: Strafanzeige gegen Unbekannt wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, bzw. versuchten Totschlags

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen Unbekannt wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung, bzw. versuchten Totschlages, von mir beobachtet am Baugelände der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, am Samstag, den 10.10.87.

Am Samstag, 10.10.87, nahm ich an der Kundgebung gegen die Wiederaufbereitungsanlage auf dem Wackersdorfer Volksfestplatz teil. Anschließend unternahm ich einen Waldspaziergang zum Baugelände. Vor dem Bauzaun, an der Ecke südlich des "rotes Kreuzes" angelangt, traf ich auf eine größere Anzahl von Anwesenden, wobei eine ständige Bewegung von Kommen und Gehen unter den Zaunbesuchern war. Einige wenige (Anzahl unter 10) standen direkt am Zaun. Im Wald aufgelesene Holzstückchen flogen gegen und nicht über den Zaun. Eine Bierflache zerschellte im Betongraben. Weder auf dem Vorfeld noch hinter dem Zaun sah ich Polizeibeamte.

Weitere Ausschreitungen konnte ich nicht beobachten, während ich umherschlenderte.

Plötzlich stürmte, aus dem Baugelände kommend, durch die Zauntür ein Trupp Polizisten und jagte auf die Anwesenden zu, die durch den Überraschungscoup in Panik davonrannten.

Dabei beobachtete ich folgendes Ereignis:

Ein junger Mann (gelockte, dunkle Haare, ca.1,80 m groß, brauner Pullover, etwas Rotes - ein Schal?, eine Mütze?, ein wegen der unerwarteten Hitze umgebundener Anorak?-) stolperte, stürzte und sofort schlug der nachfolgende Polizist mit seinem Holzknüppel mit wuchtigen Schlägen auf den wehrlosen am Boden Liegenden ein.

Ich stand erhöht auf einer schmalen Sandböschung und konnte von dort aus nächster Nähe (ca. 3 m) sehen, daß der junge Mann inzwischen von mindestens 4 Polizisten umringt war, (alle trugen Helme und Ledergamaschen), die wahllos mit ihren Holzknüppeln auf ihn einschlugen und mit ihren Lederstiefeln eintraten. Aus der eindeutig nach unten gerichteten Schlaghaltung war zu erkennen, daß der junge Mann immer noch am Boden lag.

Für einen kurzen Moment gewährte der Polizeikordon um den jungen Mann Einblick in das Innere des Kreises. Er lag gekrümmt auf der Seite, während ein Polizist mit wuchtigem Ausholen seines Lederstiefels in seine Rückenpartie trat. Die anderen schlugen unverdrossen weiter.

Während dieses entsetzlichen Vorgangs gab der junge Mann keinen Laut von sich. Auch bereits beim ersten Einschlagen, gleich nach seinem Sturz, war er stumm geblieben.

Drei - vier Anwesende, darunter ein älterer Herr, versuchten sich mit teilweise erhobenen Armen zu nähern. Die Polizisten ließen jedoch nicht von ihrem Tun ab.

Der ganze Vorfall dauerte meiner Schätzung nach ca. 5 Minuten. Der junge Mann wurde dann von 2 Polizisten an den Armen untergegriffen über den Boden weggeschleift, während der Rest der Polizisten versuchte, mit ihren Körpern jeden Einblick abzuschirmen.

Immer wieder stürmten Polizeieinheiten in ähnlicher Weise in die Menge vor, die offensichtlich bereit war, sich zurückzuziehen.

Andere Polizeieinheiten beobachtete ich wartend im angrenzenden Waldstück und auf einer zurückliegenden Lichtung.

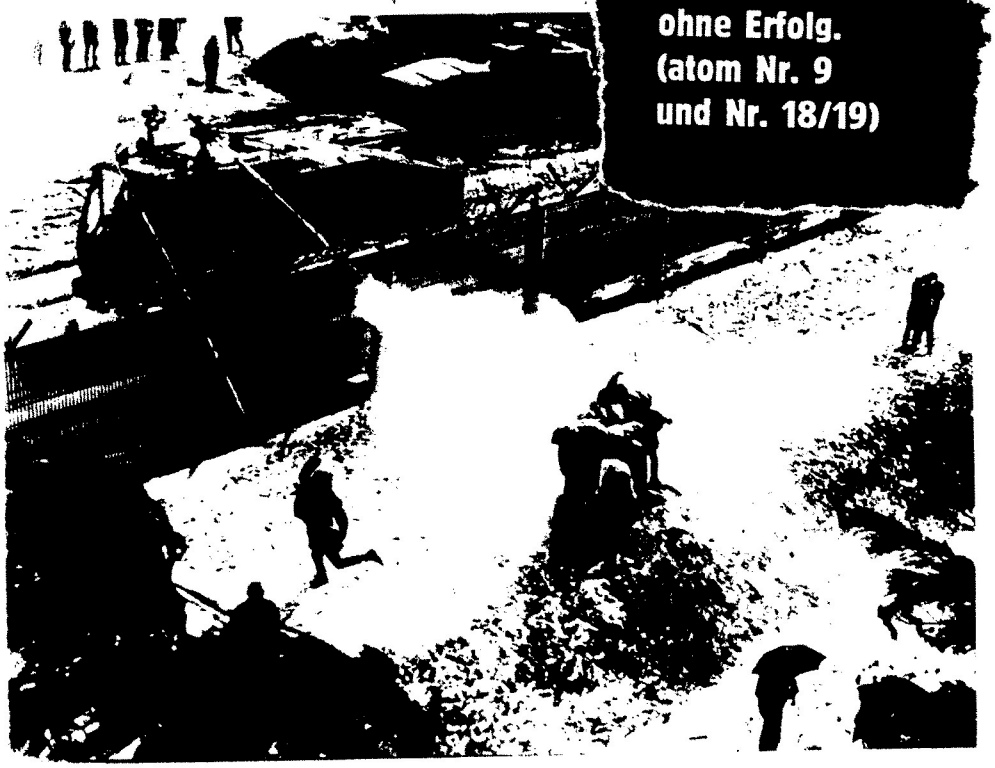
Ich bitte, das Verhalten der Polizisten, insbesondere das ihres Einsatzleiters zu überprüfen und mich über den Fortgang der Ermittlungen zu informieren.

Mit freundlichen Gruß
Eva Sträußl

Abdrucke dieses Briefes wurden an das Landratsamt Schwandorf und die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN im Bayrischen Landtag zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

"10 mal war ich gewaltfrei – aber beim 11. Mal ..."

1985/86/87: In Wackersdorf zeigt sich die Staatsmacht mit bisher nicht gekannter Brutalität. Letztlich aber ohne Erfolg. (atom Nr. 9 und Nr. 18/19)



"Als "unbehaglich" wertete Friker die "seit Anfang des Monats feststellbare Solidarisierung Einheimischer mit Gewalttätern." Auch einzelne Oberpfälzer Demonstranten müsse man mittlerweile der Chaotenszene zurechnuen, meinte der Polizeipräsident." So die "Mittelbayerische Zeitung" vom 25.03.86.

6 Tage später haben wir diese "Chaoten" am Bauzaun der WAA erleben können. Zwischen CS- und CN-Gasschwaden stießen wir unversehens auf eine heftig debattierende Gruppe Einheimischer. Ein Herr in etwas besserer Kleidung, etwa 35 Jahr, war Gegenstand heftiger Empörung: Er vertrat hartnäckig die These von der generellen Sinnlosigkeit der Gewalt gegen die WAA. Eine Hausfrau neben ihm, ca. 45, berichtete mit zunehmender Erregung von dem, was sie mit eigenen Augen an Polizeieinsätzen erlebt hat. Ein älterer Mann, ca. 70 kommt durch das Kreis rund und klopft mit seinem Stock an seine Schulter, um mit seinem Protest Gehör zu finden. Eine 2. Frau, ca. 50, fällt ein– Sie habe nur nicht soviel Mut, wie die da am Zaun, sonst wäre sie längst dabei - beifälliges Murmeln und Nicken im Kreis. Von den etwa 16 Umstehenden unterstützt ein einziger junger Typ - er spricht ohne Dialekt den Vertreter der Gewaltfreiheit. Alle anderen, alles Menschen, die man genausogut bei Karstadt treffen könnte, redeten aufgebracht auf ihn ein.

Szenen, die eine "Freie Republik Wendland" nicht kannte. Schon zuvor, in einer Ecke, aus der auch geworfen wurde, hörte ich plötzlich einen Bayern, ca. 45, sich umdrehen und einem Gegenüber zurufen:*" 10 x war ich gewaltfrei, aber beim 11. Mal ist Schluß!"* Ein Rentner, gibt einem Schwarzmaskierten sein Taschenmesser und verweist auf den Dorn, mit dem sich leichter Steine herauswühlen ließen. Ganze Familien, den Kindern von der Mutter das Tuch vor den Mund gebunden, lassen jede zurückgeworfene Tränengaspatrone hochleben. Die meisten anderen stehen halt nur stumm dabei, gerade soweit vorne, wie sie der Wasserwerfer nicht erreicht.

Schon bei meinem Rundgang mit der „Atom" auf dem Kundgebungsplatz sprudelte eine Käuferin, ca. 40, über ihre Erfahrungen mit der Polizei. Sie wollte, daß etwas passiert heute, zwar sei es nicht so gut, wenn gleich mit Steinen auf die Polizisten geworfen würde, aber :*"Hoffentlich, hoffentlich passiert heute etwas..."*

Es ist ja durchaus üblich, daß es bei Kundgebungen dieser Art zu Auseinandersetzungen zwischen den dogmatisch Gewaltfreien und militanten AKW-Gegner/innen kommt. Noch nie zuvor hatten wir jedoch eine derart tiefe Spaltung zwischen den aktiven Teilen der örtlichen Bevölkerung und denjenigen erlebt, die sich "gewaltfrei" vor Zaun, Wasserwerfer und Bullen stellten, um sie gegen die "Gewalttäter" zu schützen.

Sicher, was sich Ostermontag gegen den WAA-Bauzaun abgespielt hat, war lediglich eine symbolische Militanz. Obwohl ja absehbar war, daß Zig-Tausende WAA-Gegner/innen, und sei es nur zum Gucken, zum Zaun ziehen würden, gab es nichts, um sie in die Aktivitäten einzubeziehen. Etwas wehmütig dachten wir an die Erfahrungen von Grohnde im März 1977, wo es immerhin jede Menge Ankerhaken und an die 40 m lange Taue gab, um - von Megaphonträger/innen mit Hau Ruck angefeuert - mit allen Herumstehenden zusammen am Zaun um das AKW zu ziehen, bis immerhin ganze Teile herausgebrochen waren. Wenn also überhaupt Kritik an der Militanz berechtigt war, dann insofern, daß sie zu unkoordiniert, mit zu wenig Material, und Ausrüstung und fast ausschließlich im Fighter-Stil der schnellen Turnschuhe praktiziert wurde, sodaß der Rest wirklich nur zugucken statt mitanpacken konnte. Es ist sicher sinnvoll, über effektivere Formen der Militanz bei derartigen Situation zu diskutieren.

Viel wichtiger und drängender aber ist die Auseinandersetzung mit jenen "Gewaltfreien", die sich den Schwarzvermummten in den Weg stellten und zum Dank besonders scharf von Wasserwerfern eingedeckt wurden, Menschen, über die man gleichzeitig lachen und weinen möchte und die speziell für die Spaltungsversuche der SPD die wertvollsten Verbündeten waren.

Vorwort:

Sieben Wochen nach Tschernobyl scheint es den Herrschenden gelungen zu sein, wieder Ruhe einkehren zu lassen. Daß dieses nur eine scheinbare Ruhe ist, wissen sie genauso wie wir.
Immerhin, wir haben erfahren müssen, daß unsere eigene Stärke, unsere Strukturen und unsere Einigkeit nicht ausgereicht haben, der menschenverachtenden Politik in der Katastrophensituation ein Ende zu setzen.
Die Politiker und Betreiber haben es verstanden, wenn auch überraschend spät, 3 Wochen nach Tschernobyl der Konfusion in der eigenen Propaganda ein Ende zu setzen und ein gemeinsames Krisenmanagement auf die Beine zu stellen: Die Schuldigen sitzen, mal wieder, im Osten — die "kommunistischen" AKWs (als ob diese ideologisch sein könnten) sind weitaus gefährlicher als unsere. Bei uns kann so etwas nicht passieren. Das Problem der grenzüberschreitenden Strahlung kriegen wir aber darüber in den Griff, daß es (auf Kohls persönliche Initiative) in Zukunft internationale Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkonferenzen geben soll.
Darüberhinaus durften sich unsere philosophischen und parteipolitischen Vordenker öffentlich Gedanken über die Risiken, genauer "Restrisiken", unserer modernen Welt machen. Quintessenz: Ein Umdenken in der Technologiepolitik tut not — wenn auch erst in 50 Jahren.
Dieses war die politische Deeskalationslinie, die sich wie ein roter Faden quer durch alle Medien zog. Ziel: Beruhigung der politischen Situation, Wiederherstellung des Glaubens in das politische Verantwortungsbewußtsein der Politiker, bei gleichzeitiger Sicherstellung und Fortführung der profitorientierten Politik.
Von den ewig-gestrigen — immer noch die Holzhammermethode bevorzugend — Rechtsaußen-Politikern abgesehen, berieselten uns die Ausstiegsszenarien: bis zum Jahre 2010, 2020, 2030; Ersatz der herkömmlichen Reaktoren durch die "neue" Generation der Hochtemperatur- und Fusionsreaktoren; Ausstieg aus WAA und Schnellem Brüter bei gleichzeitiger direkter Endlagerung; bis hin zum "Geschenk" von NRW-Jochimsen, den HTR in Hamm vorläufig abzustellen.

Diese Strategie hat offensichtlich, für uns ebenso überraschend wie für andere, nicht gefruchtet. Die bei weiten Teilen der Bevölkerung zu findende Staatsverdrossenheit (mitausgelöst durch Pershing-Frage, Flick-Skandal usw.) wurde durch die kriminelle Politik der Verantwortlichen in den ersten Wochen nach Tschernobyl noch weiter verstärkt.
Dieses waren auch die Leute, die auch noch Wochen nach Tschernobyl auf die Straßen gingen, mit den klaren Forderungen nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen — und zwar nicht in den traditionellen Orten des Widerstands, sondern quer durch die Republik. Gemischt mit Aktionen gegen Strommasten und Betreiberfirmen.

Die dann stattfindende Auseinandersetzung in Wackersdorf zu Pfingsten, die dabei aufgetretene Einigkeit zwischen "Chaoten" und "Einheimischen" und die parallel anlaufende Mobilisierung zu Brokdorf setzten der — intern ohnehin umstrittenen — Deeskalationslinie ebenso ein Ende wie die Unruhe der Politiker und Betreiber angesichts der Informations"Panne" in Hamm-Uentrop.
Das Ergebnis davon, das Mobilmachen der Hardliner und Scharfmacher, die offene, bedingungslose Repressionspolitik, haben wir jetzt in Brokdorf, Wackersdorf, Hamburg und Berlin erlebt und werden sie in Zukunft an allen Orten des Widerstands erleben.

Dieser erste Versuch, die Menschen durch brutales Zusammenknüppeln und massenhafte Kriminalisierung zu demoralisieren, ist offensichtlich gescheitert.
Die zweite Welle (an der Friedensbewegung im Herbst 1983 erfolgreich angewendet) werden wir jetzt erleben: Spaltungsversuche und Diffamierungen. Bis hin zur juristischen, polizeilichen und sicherheitstechnischen Aufrüstung, die für diesen Staat in den 90er Jahren ohnehin lebensnotwendig ist, um die sozialen Widersprüche beherrschen zu können.

Heute ist das Thema "Atomkraft — Nein! Ja?" in den Medien abgelöst von der Suche nach "Terroristen, Chaoten und Gewalttätern" und der Aufforderung an das "normale" Protestpotential, diese nicht zu decken, sondern sich strikt von ihnen zu distanzieren. Die Spaltungsversuche setzen dabei nicht erst bei den "gewalttätigen" Auseinandersetzungen an, sondern schon bei den "geistigen Betreibern dieser Randale": bei denen, die nicht mehr nur nach Sinn bzw. Unsinn des Atomprogramms fragen, sondern sich dabei auch die Frage nach dem System und den Verantwortlichen für diese menschenverachtende Politik stellen.

Zu uns

Die Katastrophe von Tschernobyl kam für uns nicht überraschend — seit Jahren haben wir davor gewarnt. Die Tragweite der Katastrophe hat uns aber trotzdem erschreckt.
Aber noch mehr hat uns die Einsicht geschockt, mit welchem Zynismus und mit welch krimineller Energie Betreiber und Politiker auf die Katastrophe reagiert haben, wie sie uns wieder nur belügen und uns Versprechungen machen, um uns zu beruhigen. Wie sie, trotz besseren Wissens, Eltern auffordern, ihre Kinder im Sand spielen zu lassen, wie sie die Grenzwerte hochsetzen und uns weismachen wollen, es sei nichts geschehen, wir könnten genauso weiterleben wie bisher.
Wir haben das ja vorher gewußt, aber irgendwie steckte doch in jedem/er von uns die Illusion, daß es zum einen nicht zu einer solchen Katastrophe kommen möge, und daß die Verantwortlichen in diesem Land (Politiker, Wissenschaftler, Parteien) verantwortlich mit einer solchen Situation umgehen würden.
Stattdessen haben wir wieder das Gegenteil erfahren. Stattdessen reden sie in Wackersdorf von der Legitimität des Schußwaffengebrauchs gegen Demonstranten/innen, testen ihre neuen Gaswaffen, fordern Gummigeschosse und haben schon wieder 2 Tote auf dem Gewissen.
Anstatt die Atomanlagen stillzulegen, reden sie von ökonomischen und gesetzlichen Zwängen, die dies verhindern. Es ist nicht die Zeit, diese Probleme in den Vordergrund zu stellen, sondern sich Gedanken um unser Leben zu machen. Das hat nur eine Zukunft ohne die AKWs. Was scheren uns die Profitinteressen.

**April 1986, Tschernobyl:
Das Undenkbare wurde Realität.
(atom-Sondernummer, Nr. 10)**

Stattdessen bauen sie unbeirrt das Atomprogramm weiter aus:
Die DWK betreibt in Wackersdorf gegen den Willen und erbitterten Widerstand der Bevölkerung den Weiterbau der WAA. Im Wendland hat sie jetzt den Bau einer Konditionierungsanlage für Brennelemente beantragt. In Gorleben, im Schacht Konrad und der Asse werden die Atommüllendlager zügig ausgebaut. Die RWE pocht auf die unverzügliche Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar.
Die Atomreaktoren in Hamm und Mühlheim-Kärlich sollen im Sommer ans Netz gehen. Am 12.6. ist in Gronau die Urananreicherungsanlage offiziell eingeweiht worden, in Lingen wird zügig am neuen AKW gebaut und Brokdorf soll jetzt in Betrieb gehen.

Angesichts dessen ist die Überlegung, die sie zu gerne den sog. "Chaoten und Gewalttätern" zuordnen, nämlich nach "Stillegung der herrschenden Klasse" nur zwangsläufig.
Wenn wir leben wollen — und nicht nur ängstlich überleben — dann müssen wir dafür sorgen, daß diese Zynik und dieses profitorientierte, auf Ausbeutung aufbauende, Denken ihre Bedeutung verlieren.

Wir haben nach der Katastrophe in Tschernobyl nicht nur den Zynismus der Herrschenden und eine riesige Betroffenheit in der Bevölkerung erlebt. Wir haben auch gesehen, daß wir selber noch viel zu schwach sind, daß unsere noch bestehenden Strukturen nicht ausgereicht haben, um mit der Situation umzugehen. Das Informations- und Organisationsbedürfnis ist zu groß für uns gewesen. Den Profis aus Parteien, Verbänden und Medien haben wir nicht genug entgegen setzen können. Für uns wird es wichtig sein, uns mit den Wiederangesprochenen und den Neuhinzugekommenen neu zu formieren, unsere Strukturen neu zu entwickeln. Dazu ist es aber notwendig, aus unserer Vereinzelung herauszukommen. Gerade in den ersten Wochen nach Tschernobyl haben wir zu individuell gehandelt (jede/r nur für sich den Nahrungsmitteleinkauf überlegt, nur alleine über den Kauf einer Kühlanlage und von Konserven nachgedacht, nur alleine über die Möglichkeiten des "hier weg" überlegt). Die Versuche, der ganzen Situation gemeinsam entgegen zutreten, kamen erst später, mit den Demonstrationen und gemeinsamen Treffen. Aber nur über ein neues Kollektiv-Verständnis können wir uns von der Illusion an Veränderung über parlamentarische Mehrheiten irgendwie und irgendwann lösen und die eigene Stärke hervortreten lassen.

We want the world, and we want it NOW

Ausblick

Wir haben in den letzten Monaten aber nicht nur die Katastrophe von Tschernobyl mit der Gefährdung unserer Idylle in Europa erlebt.

Wir haben erlebt, wie die Amis Lybien bombardierten und jetzt die Bombardierung von Damaskus vorbereiten.
Wir haben erlebt, wie die französische Regierung die Ureinwohner im Pazifik weiter mit ihren Atombomben-Tests mordet.
Wir haben erlebt, wie parallel zum Super-Gau der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio stattgefunden hat. Ergebnis: nicht die Lösung des Problems der Verarmung und erst recht kein solidarisches Verhalten zu den Ländern der sog. "Dritten Welt", sondern Festhalten am Weg der Atomenergie und internationale Abstimmung im "Anti-Terror-Kampf", d.h. bessere Koordination im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen.
Wir haben erlebt, wie der Imperialismus bereits jetzt mit der Tschernobyl-Katastrophe verdient: 20 Mio. to zusätzliche Getreideimporte aus den USA in die Sowjetunion bei 2,5 Mrd. US-Dollar Kreditaufnahme im Westen. Für die Menschen in der "Dritten Welt" hat dies zur Folge, daß sie noch weniger zum Essen haben werden als eh' schon — ihre Länder können mit den steigenden Getreidepreisen nicht mithalten.
Und wir werden erleben, wie die Länder der "Dritten Welt" noch mehr zum Nahrungsmittelproduzenten der reichen Länder werden, bei gleichzeitigem Verhungern der eigenen Bevölkerung.

Wir können uns noch nicht vorstellen, wie die Menschen in der Sowjetunion mit der Katastrophe umgehen werden. Wir wissen auch nicht, was die Katastrophe für unsere Zukunft bedeutet, ob wir immer in Angst leben oder in Zynismus verfallen.
Die Katastrophe von Tschernobyl wird sicherlich verdrängt und abgelöst werden — von der nächsten Katastrophe. Sei dies das nächste AKW, sei dies der nächste offene Krieg (Nahost o. Nicaragua), sei dies die steigende Arbeitslosigkeit und Verarmung. Es gibt nur eines:

Wir müssen kämpfen für unser Leben. Wir müssen dies alle selber und kollektiv tun und nicht delegieren. Viele von uns werden dabei die Härte dieses Staates erleben, ihnen gehört schon heute unsere Solidarität.

**Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit
Für die Stillegung der herrschenden Klasse und ihrer Philosophie
Für ein neues Bewußtsein des kollektiven selbstbestimmten Lebens**

November 1987:
An der Startbahn West fallen aus einer Demo heraus tödliche Schüsse gegen Polizisten.
(atom-Sonderheft, Nr. 18/19)

Schüsse nach

Warum eine solch ausführliche Dokumentation von Stellungnahmen zu Frankfurt durch die »atom«? Wir wußten, daß das Interesse an Information und Diskussion zu den Ereignissen an der Startbahn ungeheuer groß ist, daß nur wenige Punkte »startbahnspezifisch« sind, aber fast alle uns und unseren weiteren Widerstand und unsere weiteren Perspektiven elementar betreffen. Gerade weil das so ist, wollten wir nicht die vielen Stellungnahmen, die ja Ausdruck der verschiedenen Diskussionen in Gruppen sind und so authentisch ihren derzeitigen Stand beleuchten, zusammenkürzen, oder gar zu einem »Einschätzungsartikel« der atom vermanschen. Ebenso wichtig und unverzichtbar fanden wir es, die zweifelhafte und durch Vorverurteilung der Festgenommenen bzw. Gesuchten geprägte Berichterstattung in den Medien durch eine detaillierte Dokumentation der bisher bekanntgewordenen Tatsachen zu korrigieren. Dabei konnten wir uns auf einen ausgezeichnet recherchierten Beitrag aus dem »Arbeiterkampf« stützen.
Herausgekommen ist die dickste »atom«-nummer unserer Zeitungsgeschichte. Wir hoffen, daß ihr diese Sondernummer akzeptiert, daß ihr mit uns der Meinung seid, daß die Schüsse an der Startbahn für uns eine so große Bedeutung haben, daß eine so breite Debatte in dieser Zeitung zu rechtfertigen ist und daß damit das bisherige Konzept der »atom« weder überstrapaziert, noch gar gesprengt wurde.

Breiter Diskussionsprozeß

Die Schüsse an der Startbahn haben unter den Autonomen, den Bürgerinitiativen der verschiedenen Bewegungen, bei Linken, Grünen und vielen anderen einen Diskussionsprozeß ausgelöst, wie wir ihn in einer solchen Breite und Intensität lange nicht mehr erlebt haben. Kein Wunder, denn nach wie vor stehen die meisten von uns fassungslos vor dem, was am späten Abend des 2. November an der Startbahn geschah. Betroffenheit war vor allem bei den Autonomen und vielen, die ihnen nahe stehen, spürbar und echt. Unter den Autonomen hatte ja bereits vor einiger Zeit eine mehr oder weniger intensive Diskussion über die Fragen autonomer Politik, autonomer Strukturen und vor allem dem Umgehen mit Militanz begonnen. Ausdruck dieser Diskussion war z.B. der vieldiskutierte Artikel von Lupus in der Atom Nr. 16. In diese Diskussion, die den Umgang mit bestimmten Widerstandsformen und dem Mythos der Militanz weit unterhalb des Einsatzes von Schußwaffen hinterfragte, fielen die Schüsse an der Startbahn. So trafen diese Schüsse vor allem das autonome Spektrum bis ins Mark. Seitdem haben wir eine Vielzahl von Erklärungen und Stellungnahmen aus dem autonomen und radikalen Spektrum erhalten, von denen wir viele auf den nächsten Seiten abdrucken. Sie sind weitgehend geprägt nicht nur von Betroffenheit, sondern auch von Fragen, von Versuchen, Verantwortlichkeiten aufzuspüren, Fehlersuche zu betreiben, an den bisherigen Diskussionen über den Umgang mit Militanz anzuknüpfen, mögliche Konsequenzen zu diskutieren, mit den Schüssen und ihren Folgen offen umzugehen, sich nicht zu verstekken oder zu verdrängen.

Herausgekommen ist dabei eine schlaglichtartige Bestandsaufnahme des Zustandes der autonomen Widerstands- und Protestbewegung in der BRD. Die Breite und die wesentlichen Aussagen der verschiedenen Stellungnahmen zeigen eine – von vielen gar nicht vermutete – Stärke des derzeitigen Standes der Diskussion und der Bewegung. Die Ablehnung der Schüsse war einhellig und in der Regel nicht nur taktisch bedingt. Das zeigt einen gewissen politisch-moralischen Konsens, der da heißt: die Bewegung geht auch dann nicht über Leichen, wenn taktische Gründe dafür sprechen könnten (wie entfernt solche Gedankenkonstruktionen auch sein mögen). Ein solcher – wenn auch nur dieses Extrem betreffender – Konsens ist keineswegs selbstverständlich, wenn man/frau sich an manche Diskussionen in der Vergangenheit erinnert. So zeichnen sich viele Erklärungen durch ein hohes Maß an Verantwortlichkeit und Offenheit aus. Alles andere wäre leichter und einfacher gewesen.

Der Riß geht durchs autonome Spektrum

Übersehen werden darf aber auch nicht folgende Entwicklung: Der eigentliche Riß scheint durch die Autonomen selbst zu gehen. Das hatte sich bereits vor den Schüssen an der Startbahn angedeutet. Die Begriffsbestimmung »Die Autonomen« taugt zunehmend weniger zur Klärung von Positionen. In den ersten Wochen nach den Schüssen hat sich vor allem der Teil der Autonomen zu Wort gemeldet, der die Radikalisierung der Auseinandersetzung mit dem Staat auf militanter Ebene zunehmend hinterfragte und darin immer weniger eine Perspektive sah. Die Hard-Liner-Fraktion ist aber viel weiter verbreitet, als die bislang herausgegebenen Erklärungen vermuten lassen (siehe Stellungnahme „Dem Staat keinen Millimeter"). Hier wird mehr oder weniger offen mit Aktionen wie an der Startbahn sympathisiert, die Kritik bezieht sich eher darauf, daß aus einer Demo geschossen wurde, daß es „im Moment nicht unsere Sache ist, irgendwelche Bullen abzuknallen" usw.
Auf der anderen Seite wird der eine Tote als besonders übler Bulle dargestellt, der's ja wohl verdient habe, könnte man/frau sich bei dieser Zusammenstellung denken. Der andere Tote bleibt lieber unerwähnt.
Besonders abgesehen haben es aber die Verfasser auf die Reaktionen der „Linken" und eines Teils der Autonomen. „Feigheit vor dem Feind", mangelnde revolutionäre Gesinnung! Was soll nur aus der Revolution werden, wenn schon bei mickrigen zwei toten Bullen allerorten in die Hosen geschissen wird! Dieser mangelnde „Mut" der anderen ist es, bestenfalls, der den gestandenen Revoluzzer vom Revoluzzen abhält. Da ist der Gedanke nicht fern, diesen „Mut" durch ein Fanal herbeizuzaubern.

Dokumentation zu den Ereignissen an der Startbahn

Mit solchen Einschätzungen wird der Boden mit bereitet für solche abenteuerlichen Aktionen wie den Schüssen an der Startbahn. Eine solche Position hat mit den Zielen, den politischen Ansätzen und den Strategien und Perspektiven der Bewegung nichts mehr zu tun. Gerade die Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung müsser deutlicher als bisher klar machen, daß hier keine Ansätze für einen gemeinsamen Kampf mehr vorhanden sind.

Manche der zitierten Aussagen erinnern auf fatale Weise an die RAF. Vor allem deswegen fatal, weil nichts so eindeutig ist wie die Tatsache, daß die RAF mit ihrem Konzept gescheitert ist. Auf Grundlage dieses Scheiterns noch einmal zu versuchen, einen revolutionären Zustand in dr BRD herbeizuschießen – und darauf läuft es im Endeffekt hinaus – ist doch der helle Wahnsinn. Die Opfer, auf beiden Seiten, die das wieder fordern wird, sind umsonst, jeder, der derzeit dafür stirbt, verletzt wird oder in den Knast gehen muß, wird geopfert in einem aussichtslosen und sinnlosen Kampf.

Es hat keinen Sinn, sich etwas in die Tasche zu lügen. Es gibt keine revolutionäre Situation in der Bundesrepublik, ja nicht einmal Vorstufen davon. Es gibt nicht einmal eine revolutionäre Theorie, ein Ziel, auf daß man/frau hinarbeiten könnte, wofür er/sie Köpfe gewinnen könnte. Es ist nicht einmal klar, ob die klassische Vorstellung von Revolution für unsere gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft eine Bedeutung haben wird, oder ob an ihre Stelle andere Konzepte und Wege treten werden. Niemand weiß das, die Grünen nicht, die Linken nicht und die Autonomen und Antiimperialisten auch nicht. Klar ist bislang nur, daß (zumindest in Deutschland) bislang alle Konzepte für einen tiefgreifende Veränderung des Systems gescheitert sind, revolutionäre wie reformistische Ansätze. Mit diesem Defizit hängt ein guter Teil der mangelnden Popularität der Linken und selbst der Grünen in der Bevölkerung zusammen.

In einer solchen Situation dann den „Internationalen Klassenkampf" herbeizuzitieren, um seine eigenen Aktonen rechtfertigen zu können, ist eine unverantwortliche Verdrängung der eigenen Mängel in Theorie, Strategie und Praxis. Und der Haß, die Wut, die ja tagtäglich in uns entstehen, in uns so oft hineingeprügelt werden, die sind zwar verständlich, aber kein guter Ratgeber für politisches Handeln. Undifferenzierter Haß und platte Feindbilder, die da erzeugt worden sind und gepflegt werden, können einen schon sehr nachdenklich machen. Da entsteht ein Weltbild, eine Sub-Realität, die in sich so abgeschlossen ist, daß sie im tagtäglich erfahrbaren Realitäts-Ausschnitt immer aufs neue bestätigt wird (bzw. sich bestätigt sieht), also ihre eigene Logik hat. Viele sind dann durch Diskussionen nicht mehr erreichbar. Wie viele das sein werden, hängt auch von unserem Verhalten ab, von unseren eigenen Perspektiven und Utopien.

Wir sind in die Defensive geraten

Die Schüsse an der Startbahn haben uns in die Defensive gebracht, den politischen und praktischen Handlungsspielraum enger gemacht für die Anti-AKW-Bewegung und andere Bewegungen. Wie stark, ist heute nur schwer abzuschätzen. Die neuen »Sicherheits«gesetze werden ihre Auswirkungen haben. Die Bereitschaft von Menschen, ungesetzliche oder militante Aktionsformen aktiv oder auch nur passiv mitzutragen, wird abnehmen. Mögliche Aktionsbündnisse werden schwieriger werden, die Teile der Bewegung, die dem Staat, dem herrschenden gesellschaftlichen System letztlich doch sehr nahe stehen, werden weniger als bisher bereit sein, Bündnisse mit »Staatsfeinden« einzugehen. Viele Menschen »dazwischen« werden wohlmöglich wegbleiben, resignieren in diesem Konflikt, sich auf keine Seite schlagen wollen und ihren Protest oder Widerstand gar nicht artikulieren. Viel wird davon abhängen, wie wir gegen diese Tendenzen gegenarbeiten, uns Mühe machen, die Menschen mit unseren Gedanken und Diskussionen auch erreichen. Unsere bisherigen Diskussionen, so wie sie auch in dieser Nummer zum Ausdruck kommen, waren offen und intensiv und haben gute Voraussetzungen geschaffen, mit der Situation fertig zu werden. Bleibt zu hoffen, daß es gelingt, diesen Stil der Auseinandersetzung weiterzuführen.

Atom Express atommüllzeitung

■ Siemens/KWU

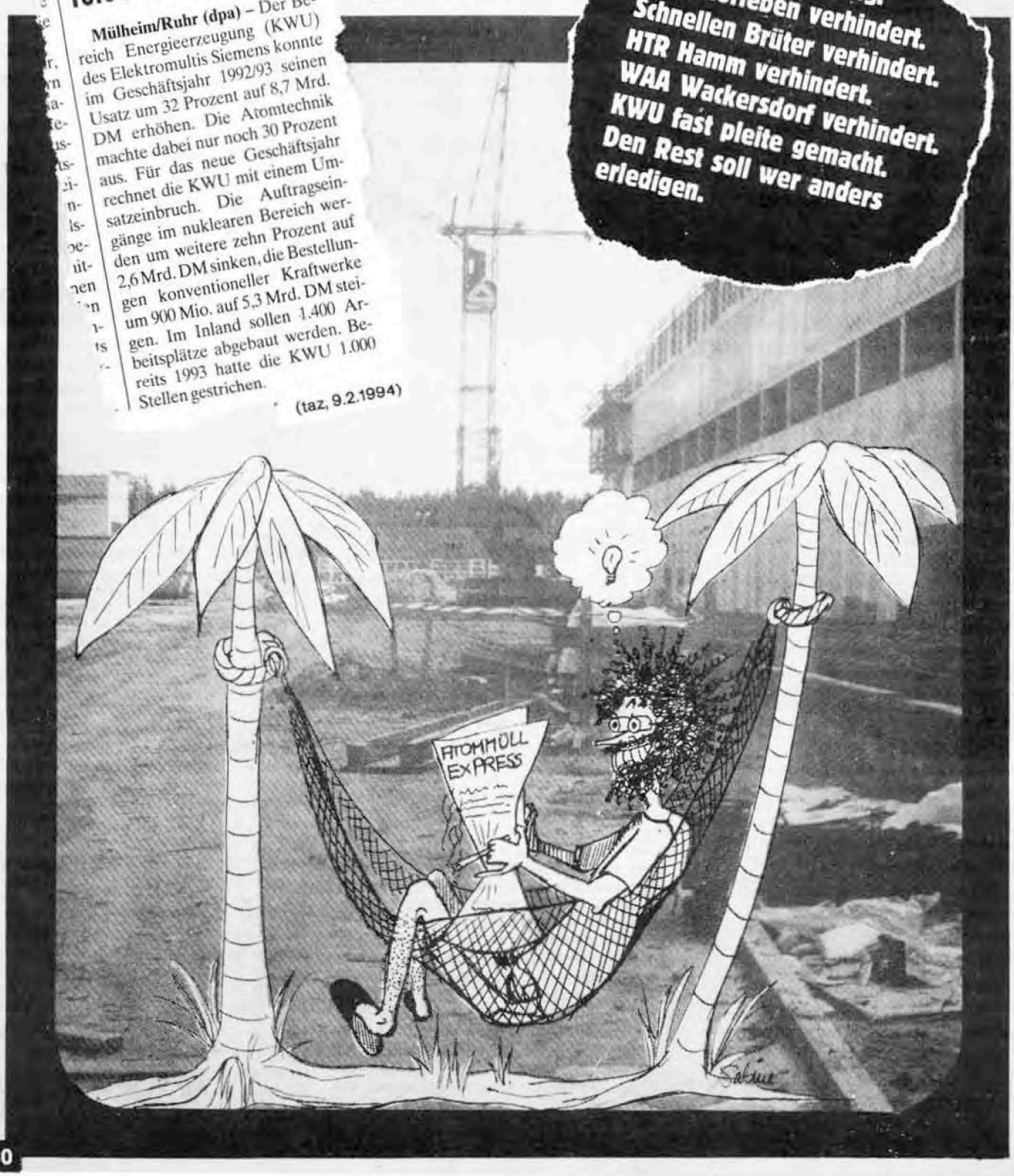
Tote Hose bei AKWs

Mülheim/Ruhr (dpa) – Der Bereich Energieerzeugung (KWU) des Elektromultis Siemens konnte im Geschäftsjahr 1992/93 seinen Usatz um 32 Prozent auf 8,7 Mrd. DM erhöhen. Die Atomtechnik machte dabei nur noch 30 Prozent aus. Für das neue Geschäftsjahr rechnet die KWU mit einem Umsatzeinbruch. Die Auftragseingänge im nuklearen Bereich werden um weitere zehn Prozent auf 2,6 Mrd. DM sinken, die Bestellungen konventioneller Kraftwerke um 900 Mio. auf 5,3 Mrd. DM steigen. Im Inland sollen 1.400 Arbeitsplätze abgebaut werden. Bereits 1993 hatte die KWU 1.000 Stellen gestrichen.

(taz, 9.2.1994)

Sommer

Nun ist's aber genug.
WAA Gorleben verhindert.
Schnellen Brüter verhindert.
HTR Hamm verhindert.
WAA Wackersdorf verhindert.
KWU fast pleite gemacht.
Den Rest soll wer anders erledigen.



INTERNATIONALE LANDMINEN KAMPAGNE

NEUERSCHEINUNG
in der medico-Bibliothek

Das Buch zur Internationalen Landminenkampagne:

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper

♦

Von den Römern wird berichtet, sie hatten Salz in die Felder rund um Carthago gestreut, um wirklich sicher zu gehen, daß die Stadt sich nie mehr erholen wird. Eine zeitgemäße Armee erledigt diese Absicht heute mit Landminen. 120 Millionen verstreute Landminen perforieren den Globus, multiplizieren Zerstörung, Tod, Leid, Hunderttausendfach. Das Buch informiert erstmals umfassend und kompetent über eine bislang wenig beachtete Massenvernichtungswaffe.

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper, 152 Seiten, Paperback, 10 DM, ISBN 3-923363-14-1

Bestellungen an:

medico international

Obermainanlage 7 ♦ 60314 Frankfurt ♦ Tel.: 069/24438-0

Wildcat
Nr. 62 Sept / Okt 93

- Solingen – Revolte der Jugendlichen
- Aufstand in Crotone / Kalabrien
- Bischofferode: Zurück in die Zukunft
- Die Timex-Intifada
- Streik bei Opel-Bochum
- Postreform: Gelbfieber
- Was will die UNO in Somalia
- Interview: Türkei / Kurdistan
- Debatte – Wiederkehr des Proletariats

Einzelheft 5 Mark, Abo: 5 Hefte für 20 Mark
Förderabo: 40 Mark
Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Konto 31502-109,
PGA Berlin (BLZ 100 100 10)

Die Rote Hilfe 4/93

Themen: Schwerpunkt: **4 Monate nach dem Mord an Wolfgang Grams**; Verfolgung von AntifaschistInnen; Politische Gefangene; **§ 129a-Ermittlungen gegen Rote Hilfe**; Abschottung gegen Flüchtlinge in Europa und mehr...

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41

El Salvador

Megaphone für die FMLN-CD

Spenden für den FMLN-CD Wahlkampf:
Sonderkonto Matthias Proske
KtNr: 77 72 014-6
bei der Frankfurter Volksbank
Blz: 501 900 00

Informationen über die Wahlen im März 1994 und die aktuelle Lage bei:

- Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn
- INKOTA e.V., Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin
- Christliche Initiative Romero e.V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster
- Ökumenisches Büro für Frieden u. Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81887 München

Entwicklungsland Deutschland.

Sie wollen wissen, warum sich der WELTFRIEDENSDIENST e.V. mit dem Rassismus der eigenen Gesellschaft auseinandersetzt?

Bestellen Sie das WFD-Antirassismus-Kino-Info!

WELTFRIEDENSDIENST e.V.
Hedemannstraße 14 - 10969 Berlin - Tel. 25 39 90 10
BfG Bank AG - Konto 1600 109500 - BLZ 100 101 11

Widerstände entwickeln! Hier.

EL SALVADOR
Solidarität bleibt unsere Waffe

UNTERSTÜTZT DIE FMLN
KONTOSTAND 1.7.1993
56.099,64 DM

Spendenkonto: BfG Heidelberg
Kto.-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.
Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel.: 0228/69 45 62, Fax: 63 12 26

atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus

Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei der **atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg**

Bei Einzelbestellungen wird 1,– DM Versandpauschale erhoben. Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren werden 30% Rabatt eingeräumt.

Sonderausgabe zum Golf-Krieg

atom Express & Atomnachrichten

atom

Das Golf Inferno

Weltkrieg für die »Wohltaten der Freiheit«

Aus dem Inhalt

- ★ **Chronik eines angekündigten Krieges:** Zur Geschichte des Golf-Konfliktes
- ★ **Zwischen den Fronten:** Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen
- ★ **Husseins Diktatur:** Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen
- ★ **Jonny reitet wieder:** Die USA und ihre „neue Weltordnung"
- ★ **Germans to the Front:** BRD: Vom „Pappsoldaten" zum Weltpolizisten
- ★ **Das verheimlichte Inferno:** Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken
- ★ **Zur Diskussion:** Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

Preis: DM 5,– (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg
(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse plus 1,– Porto)

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 1/1994
Schwerpunkt:
Demokratie & Recht

- Verstaatlichte Demokratie
- Bürgermeisterin als Volkstribun
- Wer kontrolliert die Kontrolleure?
- Der liebe Gott und die Bundesbank
- Selbstbedienungsladen Bundestag

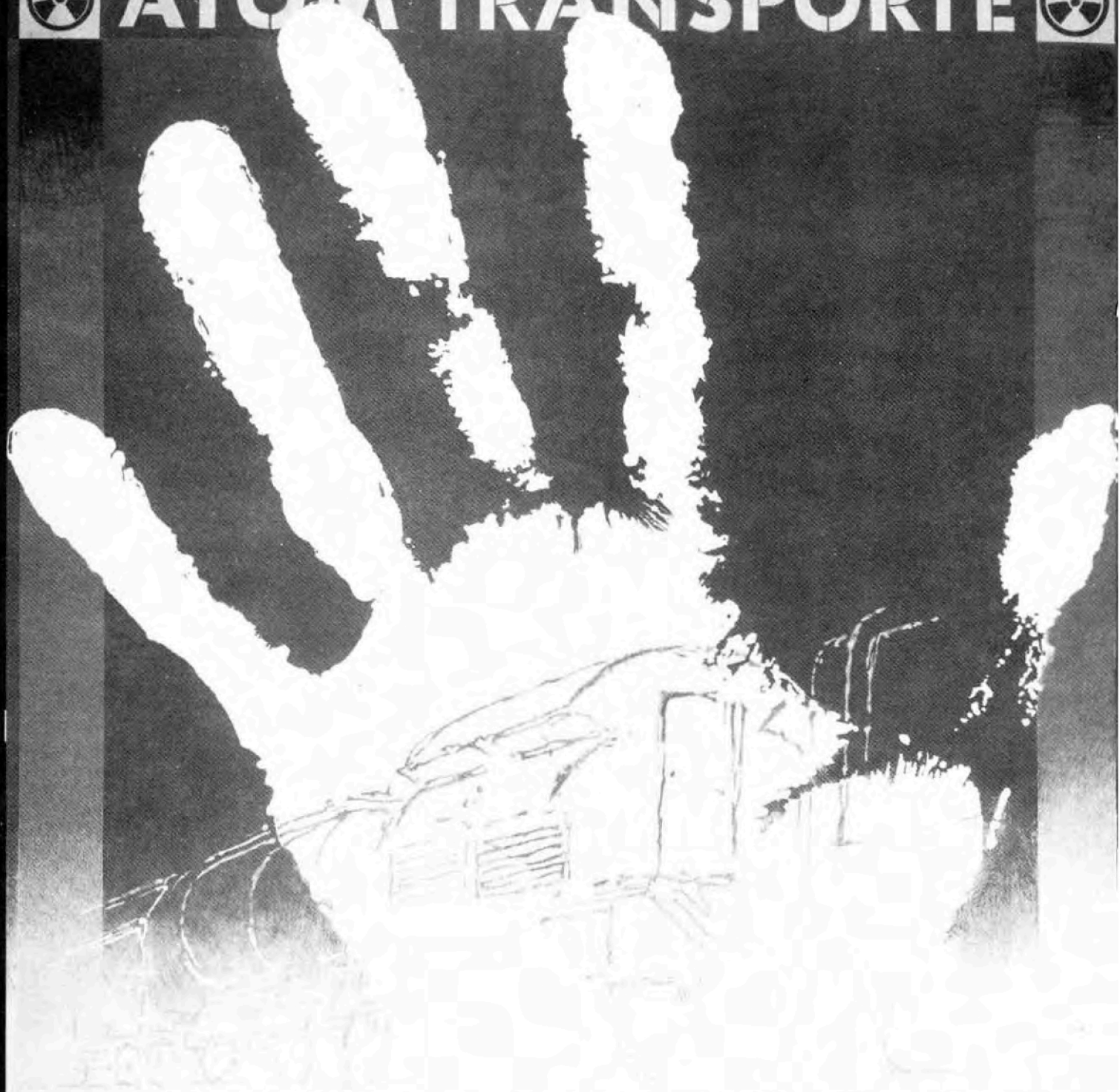
Weitere Themen:

- Polit. Justiz, §ammelsurium u.v.m.

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 3 Hefte für 10 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

ATOM TRANSPORTE



WIR GEHEN GEGEN AN

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

WEHRT EUCH!

Wer noch lebt, sage nicht niemals!

Das Sichere ist nicht sicher
So, wie es ist, bleibt es nicht.

Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen niemals?

An wem liegt es wenn die Unterdrückung bleibt
An uns.
An wem liegt es wenn sie zerbrochen wird
Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat wie soll der
aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger
von morgen
Und aus niemals wird: heute noch.

(Bert Brecht)

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016